

Ein Mann, der das Geheimnis  
der Negev kannte

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

# NEUE ZEIT

Nr. 14 • APRIL 1987

ISSN 0233-8335



**SIBIRIEN-PROGRAMM:  
GEOLOGISCHE  
ERSCHLIESSUNG**

REISE ZU DEN  
NAMIBISCHEN FLÜCHTLINGEN

PEREZ ESQUIVEL: „ÜBERLASST  
DIE STERNE DEN VERLIEBTEN!“



1917-1987

## ZEIT UND MENSCHEN

Er war ein erstaunlicher Mensch. Der auf Fotos mürrisch scheinende Blick von unten herauf verrät eine starke Persönlichkeit und verbirgt ein zartes Fühlen. Dieser Mann schlug Riesensäule in seinen Bann, war aber einem einzigen ungerechten Wort gegenüber wehrlos. Er bereiste viele Länder und gewann Sowjetrußland nur um so mehr lieb. Wie jeder geistreiche Mensch, brachte er andere zum Lachen, lachte aber selbst nur selten. Er liebte die Menschen, aber für sture Leute kannte er keine Gnade. Er sagte, zum Glück brauchte er nur „ein frisch gewasche-

nes Hemd“, und verspottete jedes Spießertum.

Wladimir Majakowski war stets ein patriotischer Dichter. Die russischen Kulturschaffenden standen verschieden zur Revolution. Manche erschranken, andere fanden allmählich zu ihr. Majakowski entschied sich gleich und unwiderruflich: „Das ist meine Revolution.“ Er ging in den Petrograder Smolny, arbeitete, machte alles, was gemacht werden mußte.

Im Herbst 1919 trat im Bürgerkrieg ein kritischer Augenblick ein. Er war entscheidend für die Zukunft der Sowjetmacht. Majakowski ging in die

ПОЛИТЕХНИЧЕСКИЙ МУЗЕЙ

Воскресенье, 10-й Декабря,

в 3 часа дня

# ДИСПУТ

ТЕМА: ПОЭЗИЯ — ОБРАБАТЫВАЮЩАЯ ПРОМЫШЛЕННОСТЬ

ДОКЛАДЧИК

## ВЛАДИМИР МАЯКОВСКИЙ

ОППОНЕНТ

## А. В. ЛУНАЧАРСКИЙ

ТЕЗИСЫ ДОКЛАДА

Ankündigung eines Disputs unter Teilnahme Majakowskis und Lunatscharskis, des ersten Volksbildungskommissars

Russische Telegrafagentur (ROSTA). Er zeichnete aktuelle Plakate, die sogenannten ROSTA-Fenster, und beschriftete sie mit schmissigen Versen. Das war seine Front, und er bot seine ganze Kraft auf. An manchen Tagen verfaßte er 60—70 Plakatbeschriftungen. Schon am nächsten Tag waren sie in aller Munde.

„Von der Revolution einberufen“ — so definierte er seinen Platz im Leben. Schreiben bedeutete ihm für den Menschen und die Menschheit kämpfen. Seine Verse waren geballte Leidenschaft, Gedankengut, er schilderte seine Zeit so, daß er ihr Inbegriff wurde. Majakowski und die Revolution — sie waren füreinander geschaffen, und deshalb werden sie oft zusammen genannt.

„Ich bin ein entschlossener Mensch, ich will mit der Nachwelt selber sprechen und nicht warten, was ihr später einmal meine Kritiker sagen werden“, erklärte der Dichter. Seine Dichtungen bedürfen noch heute keines Mittlers, um bei Millionen Resonanz zu finden.

Majakowski vor ROSTA-Fenstern





IN DIESEM HEFT:

2

Wort des Redakteurs  
WIEDER BEDROHUNG!

3

Zum UdSSR-Besuch der britischen  
Premierministerin Margaret Thatcher

4

W. Loginow, Stellvertreter  
des UdSSR-Außenministers  
KOORDINIERT ANSTRENGUNGEN

6

NZ-Umfrage  
Auf Fragen der Redaktion  
antworten Stephen Rhinesmith (USA)  
und Roddick B. Byers (Kanada)

7

Panorama

10

NATO

W. Boikow. VERWIRRUNG IN  
BRÜSSEL  
ODER DIE ATLANTISCHE DISKUSSION

12

Betrachtungen  
Adolfo Perez Esquivel (Argentinien).  
"OBERLASST DIE STERNE  
DEN VERLIEBTE..."

14

BRD

A. Tolpegin. ALTE PRIORITÄTEN  
NEU AUFGELEGT

16

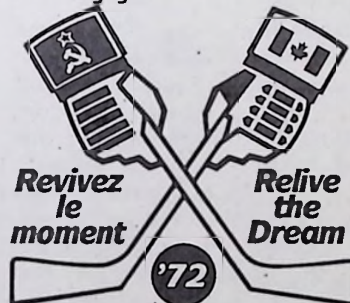
Sowjetunion  
J. Schemjakin. SIBIRIEN.  
WISSENSCHAFTLICH ERSCHLOSSEN



Kindergarten in einem Lager  
namibischer Flüchtlinge



Israel. Vor einem Terrorurteil  
gegen Mordechai Vanunu



Emblem des Erinnerungsspiels der  
Teilnehmer der "Jahrhundertrunde"  
1972

19

NZ-Recherchen  
EINE "WIDERSTANDSINTERNA-  
TIONALE" GAUKLER BEI DER ARBEIT

22

Hintergrund  
J. Korschunow. DROHENDE  
ABRECHNUNG

24

Indonesien  
A. Jurjew. DIE ARMEE UND IHRE  
GEGNER

26

Gemeinsame Betriebe  
A. Kusmin, B. Koslow.  
"MICROMED" LÄUFT AN

27

Literatur  
L. Mletschin. MORAL,  
EHRE, GEWISSEN  
Dialog mit dem Schriftsteller  
Zdenek Pluhar (CSSR)

29

UdSSR--Irak  
A. Wassilinow. DIE ZEIT IST  
ZEUGE

30

Im Süden Afrikas  
N. Reschetnjak. EIN BESUCH  
BEI NAMIBISCHEN FLÜCHTLINGEN

32

Sport  
A. Pin. KÖNIG  
EISHOCKEY

Titelbild: Foto von B. Sadvil

# NEUE ZEIT

Chefredakteur  
V. IGNATENKO  
Redaktionskollegium:  
L. BESYMENSKI,  
S. GOLJAKOW,  
J. GUDKOW  
(verantw. Sekretär),  
A. LEBEDEV,  
A. PIN,  
B. PISTCHIK  
(stellv. Chefredakteur),  
A. PUMPIANSKI  
(stellv. Chefredakteur),  
V. TSCHERNJAWSKI  
(stellv. Chefredakteur)  
Verantwortlicher  
Redakteur der  
deutschen Ausgabe  
R. KRESTJANINOW

9

Mißhandlung von Demonstranten in Santiago



VERBANNT  
IN CHILE-CHICO

Nach 12 Jahren  
Exil kehrte der  
Generalsekretär  
der Sozialistischen  
Partei Chiles,  
Clodomiro Almeyda,  
illegal in die Heimat  
zurück.  
Pinochet persönlich  
ordnete an,  
ihn nach Chile-Chico  
zu verbannen...

# WIEDER BEDROHUNG?

Bei uns in Portugal haben selbst die konservativsten Kreise und das von den Rechtskräften kontrollierte Fernsehen einstimmig Schwierigkeiten damit, die sowjetischen Vorschläge über die Entspannung und internationale Zusammenarbeit zu „deuten“. Dabei zeugen diese Vorschläge meines Erachtens durchaus von den friedlichen, fortschrittlichen und demokratischen Bestrebungen der Sowjetregierung und sind keineswegs als Propaganda abzutun. Ich hoffe, daß Ihre Anstrengungen unbedingt zu einem Aufschwung aller Fortschrittskräfte der Welt führen.

João COUTINHO  
Lissabon, Portugal

Die militärische US-Präsenz im Mittelmeer bewirkt eine überaus komplizierte, angespannte Situation. Unter dem Vorwand, den Terrorismus zu bekämpfen, schützen die USA Konflikte. Selbst die imperialistischen europäischen Regierungen schwanken immer mehr und haben immer weniger Lust, sich der abenteuerlichen Brandstifterpolitik der USA anzuschließen. Eine ernsthafte Krise der „Partnertreue“ [die man richtiger sklavische Abhängigkeit nennen sollte] reißt im europäischen Lager heran.

Vincenzo SENIA  
Rom, Italien

Heute wird weithin erkannt, daß die Existenz zweier deutscher Staaten, der sozialistischen DDR und der kapitalistischen BRD, ein unverzichtbares Element für das Kräftegleichgewicht in Europa und für die Schaffung eines internationalen Sicherheitssystems bildet. Frieden auf deutschem Boden, Frieden in Europa, Frieden in der Welt - das hängt miteinander zusammen.

Uwe KLENNER  
Berlin, DDR

Das ist schon Tradition. Jeden Jahrestag der Reagan-Administration begeht das Pentagon durch einen neuen Bestseller „Die sowjetische Militärmacht“ (lies: militärische Bedrohung). Früher ging das Erscheinen der Broschüre mit einer TV-Ansprache des Präsidenten selbst einher. Von Landkarten, Grafiken und Zahlenkolonnen umgeben, redete er seinen Mitbürgern breit lächelnd ein, die UdSSR stünde „an der Schwelle zu ihrem schlecht geschützten Haus“. Aber von der Iran-Affäre und der seit vier Monaten ersten Pressekonferenz geschwächt, eignete sich Reagan offensichtlich wenig für einen zuversichtlichen Werbespot. Statt seiner zeigte sich der Autor des Vorworts zur 6. Ausgabe der Broschüre auf dem Bildschirm. Verteidigungsminister Weinberger höchstpersönlich.

Er überschüttete die Zuschauer und die an der Fernsehpresskonferenz teilnehmenden Journalisten mit „umwerfenden Angaben“ aus dem Buch: Vierfache Überlegenheit der UdSSR über die USA bei interkontinentalen und bei ballistischen U-Boot-gestützten Raketen, doppelte Überlegenheit der UdSSR bei Jagdflugzeugen, neunfache bei Fla-Raketen. Und so weiter. Moskau habe dem ABM-Vertrag schon den Rücken gekehrt. Die UdSSR entwickle die Rüstungsindustrie nur auf der Basis neuester westlicher Technologien aus den Zivilbranchen. Oder folgende „Tatsache“ auf S. 112: „Die Sowjets richten Laserstrahlen gegen Aufklärungsflugzeuge aus der freien Welt und verursachen bei den Piloten dadurch zeitweilige Blindheit.“ Auf die Frage nach konkreten Zwischenfällen jedoch hörten die versammelten westlichen Journalisten die überraschende Antwort: „Es gab keine.“

Es gab sie also nicht. Oder, anders: Das Ganze entspricht nicht der Wirklichkeit. Wie offenbar auch die meisten anderen im Buch enthaltenen falschen (oder tendenziös ausgewählten) Angaben. Dabei besteht das erklärte Ziel der Herausge-

ber darin, die Wahrheit über Rüstungspotential und Absichten der UdSSR zu sagen.

Wozu diese unverhohlene Desinformation? Weshalb mußte die von den meisten US-Experten anerkannte faktische Parität der UdSSR und der USA auf militärischem Gebiet geleugnet werden? Warum müssen die Autoren die sowjetischen Vorschläge über die Befreiung unseres Planeten von Kernwaffen bis Ende unseres Jahrhunderts, über die Nichtmilitarisierung des Weltraums und die Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa totschweigen? All diese Vorschläge werden im Abschnitt „Die UdSSR und die Rüstungskontrolle“ nicht einmal anstandshalber erwähnt.

Die Antworten auf diese Fragen liegen auf der Hand.

Das Pentagon „entdeckt“ die sowjetische Überlegenheit in der Regel ausgerechnet bei jenen Waffen, für die es im Kongreß neue Bewilligungen zu erhalten hofft.

Demnach ist „Die sowjetische Militärmacht“ eine Salve auf das Kapitäl, wo gegenwärtig die Opposition zu den Pentagon-Plänen immer lauter wird.

Die Kanonen des Pentagon schießen auf US-Geschäftsleute, die wachsendes Interesse an einem ausgedehnteren Handel mit den sowjetischen Partnern zeigen, und auf US-Politiker, die von der Notwendigkeit normaler Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR überzeugt sind. Schließlich auf diese Beziehungen selbst, in denen sich eben erst hoffnungsvolle Ansätze abzeichnen.

Die UdSSR und die USA. Gleich der gesamten Menschheit bahnen diese beiden Länder jetzt ihren Weg ins dritte Jahrtausend. Darf er mit gegenseitigen Beschuldigungen und dem Anheizen der Spannungen gepflastert sein? Nein, sagt man in Moskau fest. Hier sucht man nach Wegen gegenseitiger Verständigung, nach Berührungspunkten. Sehr zum Unterschied von Washington.



# Auf höchster Ebene

Seit zwölf Jahren war kein britischer Premierminister mehr zu einem offiziellen Besuch in die Sowjetunion gekommen. Früher, in den 60er und in den 70er Jahren, unter Tory- wie unter Labour-Regierungen, waren die Kontakte auf höchster Ebene recht regelmäßig und produktiv. Leider entwickelten sich in den Jahren danach die Beziehungen zwischen der UdSSR und Großbritannien im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich ungleichmäßig. Vorübergehend kam es zu einer längeren Abkühlung.

Eine Wende zeichnete sich im Dezember 1984 ab, als eine sowjetische Parlamentarierdelegation unter Leitung Michail Gorbatschows Großbritannien besuchte. Im Vereinigten Königreich fand das völlig neue Herangehen der Vertreter der UdSSR an die Erörterung aktueller internationaler und bilateraler Fragen damals Beachtung.

Seitdem fanden wichtige und nützliche Kontakte auf verschiedenen Ebenen statt. In der UdSSR wurde eine repräsentative Delegation des britischen Parlaments empfangen. Im Sommer v. J. besuchte UdSSR-Außenminister Eduard Schewardnadse London. Wichtige zweiseitige Abkommen wurden unterzeichnet.

Die Stagnation in den Beziehungen zwischen beiden Großmächten, die einst Alliierte gewesen waren und als Sicherheitsratsmitglieder besondere internationale Verpflichtungen haben, machte allmählich einem fruchtbaren Dialog, der in der heutigen Welt lebensnotwendig ist, Platz.

Moskau appellierte immer wieder an London wie an dessen Verbündete, ein neues politisches Denken an den Tag zu legen, nach gemeinsamen Lösungen für die akutesten Fragen der Gegenwart — globale wie regionale — zu suchen und sich für eine "Humanisierung" der internationalen Beziehungen einzusetzen.

In diesem Geist verlief auch der Dialog in Moskau zwischen Michail Gorbatschow und Margaret Thatcher, und das ist ermutigend. Ein ehrlicher Dialog, bei dem man nicht versuchte, akuten Differenzen auszuweichen, auch gegenseitige Vorwürfe und Kritik wurden geäußert. Offenbar gerade so, ohne etwas zu verschweigen, ohne die tatsächliche Weltlage schönzufärben und offenen Einschätzungen der Positionen des anderen auszuweichen, müssen sich heute die Beziehungen auf staatlicher Ebene entwickeln, müssen Verhandlungen geführt werden. Das gibt den Vereinbarungen größeres Gewicht, läßt Differenzen deutlicher werden und er-

laubt somit, sich im weiteren auf eine Annäherung der Ansichten in den Richtungen, in denen das vor allem erforderlich ist, zu konzentrieren.

"Der sowjetisch-britische Dialog", betonte Michail Gorbatschow, "ist ein untrennbarer und wichtiger Bestandteil der heutigen europäischen und Weltpolitik."

Vor den Völkern beider Länder stehen heute neue Probleme, die eine unverzügliche Lösung verlangen — durch gemeinsame oder parallele Anstrengungen. Nicht von ungefähr standen im Mittelpunkt der Gespräche in Moskau Fragen der Zügelung des Wettrüstens.

Die diesbezüglichen Meinungsverschiedenheiten sind immer noch

zitierte Winston Churchill, der erklärt hatte, auf die Atomwaffen solle nicht verzichtet werden, solange man nicht über andere Mittel zur Erhaltung des Friedens verfüge. Doch wir erinnern uns auch an eine andere Warnung Sir Winstons, der dem Osten und dem Westen (nachdem die UdSSR das Kernwaffenmonopol der USA gebrochen hatte) riet, Frieden auf Erden zu schließen, um ihn dann nicht mit dem Herrgott im Himmel schließen zu müssen.

Margaret Thatchers Worte zeugen davon, daß die weltpolitischen Absichten der Sowjetunion auch weiterhin mißverstanden werden — sie sprach von den Befürchtungen, die unsere Erklärungen, wir wollten für den Triumph des



Moskau, Kreml, 30. März. Vor Beginn der Gespräche

groß. Michail Gorbatschow lehnte die Meinung, Sicherheit könne auf einer Politik der Stärke beruhen, entschieden ab. Das ist eine überholte Konzeption, die in der Nachkriegszeit schon viel Unheil angerichtet hat. Die sowjetische Konzeption eines neuen politischen Denkens beruht gerade auf einer Absage an die Politik der Stärke in den heutigen internationalen Beziehungen und an die Doktrin der nuklearen "Abschreckung", die nur zu einer Forcierung des Wettrüstens führt.

Unterdes klingt in Margaret Thatchers Erklärungen oft der Glaube an die Wirksamkeit von "Stärke" und "Festigkeit" in den Ost-West-Beziehungen, die gefährliche Überzeugung von der abschreckenden, ja geradezu friedensstiftenden Rolle der Nuklearwaffen an. Sie

Sozialismus in der ganzen Welt kämpfen, hervorbringen. Unterdes betont Michail Gorbatschow immer wieder, daß die Sowjetunion, die zutiefst an die Vorzüge des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus glaubt, keinerlei ideologische Expansion anstrebt. Im Gegenteil ruft sie zum friedlichen Wettbewerb der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme, zur Durchsetzung der universellen Normen von Moral und Anstand in den internationalen Beziehungen auf.

Das unterschiedliche Herangehen an humanitäre Probleme, an die Fragen der Menschenrechte ist nur natürlich — hier machen sich ideologische Kriterien wohl am stärksten bemerkbar. Hier spielt sich der Westen als Mentor auf und verbreitet Spekulationen. Wir fürchten eine Erörterung dieser strittigen Fragen kei-



neswegs und weichen ihr nicht aus. Doch, wie Michail Gorbatschow bemerkte, "wenn wir schon über die Menschenrechte sprechen, dann laßt uns über alle Rechte sprechen und besonders über jene, die Millionen Menschen berühren".

Offenbar wird auch die Haltung der Sowjetunion zu den Beziehungen Westeuropa-USA nicht voll verstanden — gemäß der schon klassischen Schablone, die UdSSR wolle einen "Keil" zwischen die westlichen Verbündeten treiben. Moskau aber denkt in ganz anderen Kategorien — die UdSSR erkennt die historischen Bindungen zwischen den Staaten und Regionen der heutigen Welt an und ruft Westeuropa nur dazu auf, sich von der Angst vor der UdSSR zu befreien und einen größeren Beitrag zur Weltpolitik zu leisten.

Michail Gorbatschow sagte offen, daß die Sowjetunion, als sie das Problem der Mittelstreckenraketen aus dem Verhandlungspaket herausnahm, mit der Unterstützung Großbritanniens und Frankreichs gerechnet hatte. Die UdSSR klannte die Nuklearpotentiale dieser beiden Länder aus, obgleich sie weiter quantitativ und qualitativ verstärkt werden, um den Verhandlungen über einen Abbau der Rüstungen einen Impuls zu geben. Doch wo bleiben Flexibilität und Kompromißbereitschaft der anderen Seite? Als Antwort ist bislang nur die Absicht zu vernehmen, um jeden Preis die eigenen Nuklearkräfte zu bewahren, werden nicht sonderlich überzeugende Zahlen von einer "überwältigenden" Überlegenheit des Warschauer Vertrages bei den Raketen kürzerer Reichweite sowie bei den konventionellen Streitkräften genannt.

Die Haltung der britischen Seite zeugt von der gefährlichen Fehleinschätzung, SDI könne das Gleichgewicht festigen, ohne die internationale Stabilität zu untergraben, und die "Sternenkriegs"-Pläne würden die Lösung der Frage eines Abbaus der strategischen Waffen angeblich nicht beeinflussen.

Michail Gorbatschow machte deutlich: Der Zusammenhang zwischen einer Reduzierung der strategischen Angriffswaffen und der Nichtmilitarisierung des Weltraums habe strategische Bedeutung. Dieses Paket werden wir nie aufschüren, unterstrich der KPdSU-Generalsekretär.

Wie man sieht, werden die zahlreichen Bekundungen guten Willens seitens der UdSSR meist schnell "vergessen", verlangt man von Moskau immer neue Zugeständnisse. Beim Ungleichgewicht zwischen Ost und West geht es also nicht um ungleiche militärische Stärke, sondern um die ungleiche Bereitschaft, sie radikal abzubauen und eine vollständige Beseitigung der Massenvernichtungswaffen anzustreben.

Offenbar könnte Großbritannien eine aktivere und selbständigere Rolle bei der Erreichung zumindest jener Rüstungskontrollabkommen spielen, zu denen es bereit ist. In Moskau zumindest glaubt man, daß sich London da viel konstruktiver zeigen könnte.

Wir sind dafür, Wege zu einer Welt mit weniger Waffen zu suchen. Vertrauen entsteht nicht im luftleeren Raum.

"Persönliche Begegnungen", erklärte Michail Gorbatschow, "sind der beste Weg, nach Berührungspunkten zu suchen und die Positionen in konkreten Fragen einander näher zu bringen. Hier muß man nicht nur selbst sprechen, sondern auch zuhören können. Nicht nur zuhören, sondern auch den anderen verstehen und gemeinsam nach einer Lösung der kompliziertesten Fragen der heutigen Welt suchen. Eben so wollen wir unseren politischen Dialog mit Großbritannien gestalten."

Vertrauen bildet sich allmählich, hier braucht man Geduld, Takt, den erforderlichen Willen und Glauben an den Erfolg. Die sowjetische Öffentlichkeit hofft, daß der Besuch Margaret Thatchers in der UdSSR und ihre Gespräche mit Michail Gorbatschow ein wichtiger Schritt gerade in dieser Richtung waren.

In Moskau fand eine Tagung des Komitees der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe statt.

Zehn Jahre sind seit der ersten Tagung des Komitees vergangen, das von der höchsten Instanz der Organisation des Warschauer Vertrages, dem Politischen Beratenden Ausschuß (PBA), eingesetzt wurde.

Bei der Moskauer Tagung waren die Minister nicht damit befaßt, Jubiläumsglückwünsche auszutauschen. Es fand vielmehr ein eingehender Meinungsaustausch über die Lage in Europa und in der Welt statt — bleibt sie ja bekanntlich kompliziert, akut, gefährlich.

Im Schlußkommunique der Tagung heißt es: Die von der Sowjetunion in Reykjavik unterbreiteten umfassenden Vorschläge kennzeichnen ein qualitativ neues Herangehen an die Abrüstungsprobleme.

Erneut wurde die Entschlossenheit der verbündeten sozialistischen Staaten unterstrichen, sich für tiefgreifende, radikale Reduzierungen und die Vernichtung der Nuklearwaffen, die Verhinderung eines Übergreifens des Wetrüstens auf den Weltraum und für die strikte Einhaltung des sowjetisch-amerikanischen ABM-Vertrages einzusetzen. Nach Meinung der Minister ist alles zu tun, damit die Vereinbarungen die Gestalt konkreter Abkommen — auf der Grundlage der Fortführung und der Vertiefung des politischen Dialogs zwischen den Staaten — annehmen.

Einstimmig wurde der Vorschlag der Sowjetunion unterstützt, unverzüglich ein Teilabkommen zwischen der UdSSR und den USA zu unterzeichnen, dem zufolge die amerikanischen und die sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa vollständig beseitigt würden. Billigend wurde auch unsere Erklärung aufgenommen, gleich nach Unterzeichnung eines solchen Abkommens die operativ-taktischen Raketen größerer Reichweite aus der DDR und der CSSR in Abstimmung mit den Regierungen dieser Länder abziehen, sowie unsere Bereitschaft, sogleich Verhandlungen über die Raketen operativ-taktischer Bestimmung aufzunehmen.

Ebenso einmütig sprachen sich die Minister für die unverzügliche Einstellung des "Sternenkriegs"-Programms des Pentagon sowie für eine Beendigung von Projekten wie der "Europäischen Verteidigungsinitiative" aus. Sie bekräftigten ihre Entschlossenheit, sich für ein vollständiges und allgemeines Verbot der Kernwaffentests einzusetzen.

Auf der Moskauer Tagung wurde eine Erklärung über das Verbot der chemischen Waffen verabschiedet. Der schnellstmögliche Abschluß der Verhandlungen über ein vollständiges und globales Verbot der C-Waffen wird zu einem Hauptziel der Außenpolitik der verbündeten Länder erklärt.

Um gegenseitig annehmbare Lösungen

Beim Besuch des Troiza-Sergej-Klosters von Sagorsk





# Koordinierte Anstrengungen

Wadim LOGINOW, Stellvertreter des UdSSR-Außenministers

bei den Verhandlungen zu finden, haben wir eine Reihe neuer Vorschläge für die Deklaration der C-Waffenarsenale, die Sicherstellung des Produktionsverbots für diese Waffen in der zivilen chemischen Industrie und für die Durchführung der Kontrolle, darunter der internationalen, vor Ort und von Überprüfungen auf Antrag unterbreitet.

Zugleich appellierten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages an alle anderen Länder, keinerlei Schritte zu unternehmen, die die Erreichung gegenseitig annehmbarer Vereinbarungen bei den Verhandlungen erschweren und diese verzögern könnten: C-Waffen, einschließlich ihrer binären oder aus vielen Komponenten bestehenden Arten, wie sie in Plänen militäristischer Kreise der USA vorgesehen sind, nicht zu erzeugen; keine C-Waffen auf fremden Territorien zu stationieren und sie von jenen fremden Territorien abziehen, wo sie noch gelagert sind, und den Staaten, wo keine C-Waffen lagern, deren Stationierung nicht zu gestatten.

Die Minister behandelten eingehend Fragen der Verwirklichung des Programms für eine umfassende Reduzierung der Streitkräfte und der konventionellen Rüstungen in Europa, das die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Juni 1986 vorgelegt hatten. Bekanntlich verabschiedete damals die Budapest Tagung des PBA einen Appell an die NATO-Staaten und an alle europäischen Länder, in dem sie vorschlug, innerhalb von ein bis zwei Jahren die Truppenstärke der Staaten der gegenüberstehenden militärisch-politischen Bündnisse um 100 000 bis 150 000 Mann auf jeder Seite abzubauen. Anfang der 90er Jahre hätte man dann in ganz Europa — vom Atlantik bis zum Ural — die Landstreitkräfte und die taktische Luftwaffe beider Bündnisse um 25 Prozent reduziert. So würde die Stärke der einander gegenüberstehenden Streitkräftegruppierungen in Europa um über eine Million Mann verringert, wobei vor allem die Truppenkonzentration längs der Nahtlinie zwischen Warschauer Vertrag und NATO abgebaut würde.

Dieses Programm wurde von der europäischen Öffentlichkeit zustimmend aufgenommen. Die führenden Kreise der NATO aber schwiegen sich lange aus und suchten einer Antwort unter dem Vorwand, man müsse die weitreichenden Vorschläge der sozialistischen Länder erst sorgsam prüfen, auszuweichen.

Offenbar hat die NATO bis heute keine klare gemeinsame Position, die

dem Budapester Appell offen gegenübergestellt werden könnte. Manche NATO-Länder zeigen sich an einer Vereinbarung interessiert. Andere stehen einer solchen Perspektive zurückhaltend gegenüber. Die USA und einige ihrer Hauptverbündeten in der NATO aber treten weniger für einen Abbau als vielmehr für eine Verstärkung der Streitkräfte und Rüstungen im Geist der berühmten "Politik der Stärke" ein.

Jetzt müssen die Regierungen Positionen der westlichen Öffentlichkeit berücksichtigen, die sich klar für Verhandlungen auf der Grundlage des Budapester Programms ausspricht. Wie bei der Begegnung der Teilnehmer der Tagung des Komitees der Außenminister mit Michail Gorbatschow zu Recht betont wurde, gewinnen die Initiativen der Sowjetunion und der anderen Staaten des Warschauer Vertrages zur Abwendung eines Nuklearkrieges und zur Abrüstung die Sympathien und die Unterstützung der Weltöffentlichkeit, verändern die gesamte weltpolitische Atmosphäre.

Unlängst begannen in Wien, parallel zum KSZE-Nachfolgetreffen, Konsultationen zwischen Vertretern von 23 Staaten — der Mitgliedsländer des Warschauer Vertrages und der NATO. Ein Auftrag für künftige Verhandlungen über eine Reduzierung der Streitkräfte und der konventionellen Rüstungen vom Atlantik bis zum Ural wird erarbeitet.

Wie die Außenminister in Moskau betonten, treten ihre Staaten für eine Senkung des militärischen Konfrontationsstandes in Europa ein, und zwar so, daß es die Maßnahmen zur Reduzierung der Streitkräfte erlauben würden, die Möglichkeit eines Überraschungsangriffs wenn schon nicht vollständig auszuschließen, dann doch zu verringern. Die Verwirklichung der Vorschläge der DDR und der CSSR, der VR Bulgariens und der SR Rumäniens für die Schaffung von kern- und C-Waffen-freien Zonen in verschiedenen Regionen Europas könnte zu einem wichtigen Beitrag zur Lösung dieser Aufgabe werden.

Besondere Aufmerksamkeit auf der Tagung galt der Erörterung aller Aspekte des gesamteuropäischen Prozesses und der Erarbeitung eines solchen Kurses der verbündeten Länder bei dem Wiener Treffen, der zu dessen erfolgreichem Abschluß beitragen würde. Die sozialistischen Länder meinen, bei einer allseitigen Entwicklung könne der gesamteuropäische Prozeß zu einer Art Modell für ein System der umfassenden Sicherheit werden. Das ist unsere prinzi-

pielle Haltung. Erinnern wir uns: Der 1955 geschlossene Warschauer Vertrag beginnt mit Worten, in denen sich das Streben der verbündeten sozialistischen Länder "nach Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa" manifestiert, "das sich auf die Beteiligung aller europäischen Staaten, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, gründet, was es erlauben würde, ihre Anstrengungen im Interesse der Sicherung des Friedens in Europa zu vereinen".

Das Wiener Treffen ist jetzt in die Phase verantwortungsvoller Handlungen und Entscheidungen getreten. Verbal stimmen dem im Grunde alle zu. In Wirklichkeit aber sind die Vertreter vieler NATO-Länder bemüht, die Abrüstungsprobleme aus dem Helsinki-Prozeß auszuklammern sowie die neutralen und die nichtpaktgebundenen Länder von deren Erörterung fernzuhalten.

Die Teilnehmer der Moskauer Tagung erklärten, daß im Rahmen des gesamteuropäischen Prozesses die Fragen der Sicherheit und der Abrüstung behandelt und gelöst werden müssen. Eben darauf ist der von Polen auf dem Wiener Treffen unterbreitete Vorschlag gerichtet, das Mandat der Stockholmer Konferenz durch Abrüstungsfragen zu ergänzen, die parallel zur Ausarbeitung solcher Maßnahmen wie dem allmählichen Abbau der militärischen Aktivitäten, besonders der beiden Militärbündnisse, der Benachrichtigung über selbständige Übungen der Luft- und der Seestreitkräfte und der Erfassung der Territorien aller KSZE-Staaten durch vertrauensbildende Maßnahmen zur Schaffung eines militärischen Gleichgewichts auf möglichst niedrigem Stand führen würden.

Zur weiteren Entwicklung und Vertiefung des gesamteuropäischen Prozesses tragen auch solche Aktionen der sozialistischen Staaten bei, wie die Vorschläge für die Einberufung eines Wirtschaftsforums in Prag, einer Konferenz über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in Bukarest und eines ökologischen Forums sowie der Vorschlag der Sowjetunion, in Moskau eine Konferenz zur Entwicklung der humanitären Zusammenarbeit abzuhalten.

Die Außenminister der Bruderländer bekundeten so das Streben, alles zu tun, damit das KSZE-Nachfolgetreffen in Wien in konstruktivem Geist verläuft, damit seine Beschlüsse das neue Denken in internationalen Fragen demonstrieren und die Festigung von Frieden und Sicherheit, die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa und in der ganzen Welt fördern. Sie appellierten aus Moskau an alle Teilnehmerländer des Wiener Treffens, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit das Forum mit der Annahme bedeutungsvoller und ausgeglichener Entscheidungen abgeschlossen wird.





# IST EINE KERNWAFFENFREIE WELT MÖGLICH UND WIE STELLEN SIE SICH DIE GRUNDLAGEN DER INTERNATIONALEN STABILITÄT VOR?

**Stephen Rhinesmith:**

## SIMPLE ANTWORTEN GIBT ES NICHT

Stephen Rhinesmith ist Botschafter der USA, Koordinator des Präsidentenprogramms für amerikanisch-sowjetischen Austausch.

Wie wird unsere Zukunft aussehen? Wird sie ohne Kernwaffen sein? Frieden — das ist ein sehr komplizierter Begriff, und simple Antworten gibt es hier nicht. Die Frage einer kernwaffenfreien Welt hängt, wie ich meine, nicht nur von den USA und der UdSSR ab, sondern auch von vielen anderen Ländern und den Menschen, die dort leben — obgleich sie natürlich in großem Maße von den Beziehungen zwischen unseren beiden Mächten abhängt. Es ist völlig klar, daß die Frage des Vertrauens hier, wie man sagen kann, erstrangige Bedeutung erlangt. Wenn Menschen über Programme des kulturellen Austauschs sprechen, dann sind das im Grunde Versuche, als Vorbedingung das gegenseitige Vertrauen zu festigen, um Fortschritte bei Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen zu erzielen. Zweifellos wird der Bereich der nationalen Sicherheit der USA für uns stets primär sein. Doch wir wollen so verfahren, daß das Überleben der Menschheit nicht gefährdet wird. Das ist ein langsamer und komplizierter Prozeß (ich meine den Weg zum Abschluß von Abkommen), zudem nicht nur für die USA und die UdSSR, sondern auch für unsere Verbündeten, für die anderen Länder, die Zugang zu Nuklearwaffen haben: Sie werden gleichfalls die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen müssen.

Seit vielen Jahren versuche ich Menschen, die ihre eigenen Vorstellungen von sich haben, zu helfen, jene, die sich von ihnen unterscheiden, besser zu verstehen. Und ich meine, daß wenn sich die Menschen nicht bemühen zu erkennen, wie sie sich in die Vielfalt der Kulturen, der politischen und philosophischen Strömungen einfügen, wenn sie ihren Platz nicht bestimmen können, wir auch in Zukunft mit Routine, Chauvinismus und Argwohn konfrontiert werden. Es wird keine Stabilität in der Welt geben. Deshalb möchte ich zusammen-

fassend sagen: Die Frage der Stabilität ist sehr eng sowohl mit der Wirtschaft als auch mit den Vorstellungen der Menschen verbunden. Gerade in diesen Bereichen der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen wird jetzt eine große Arbeit geleistet.

In diesem Jahr werden mehr Künstler als im Vorjahr aus den USA in die UdSSR kommen, intensiver wird sich der Austausch von Fachleuten in verschiedenen Bereichen der Wissenschaft und des gesellschaftlichen Lebens gestalten, wird die Zahl der amerikanischen Schüler, die

ihre Altersgefährten in der Sowjetunion besuchen werden, bedeutend — von 1500 auf 4000 — zunehmen. Wir hoffen, daß auch die Zahl der Sowjetbürger, die in die USA reisen, insbesondere der jungen Menschen, zunehmen wird.

Natürlich haben wir nach wie vor Differenzen über die Menschenrechtsproblematik, über Probleme der Emigration und andere Fragen, die mit einem freien Informationsfluß, mit dem freien Austausch von Ideen und Menschen zusammenhängen. Doch ich möchte sagen, daß heute für private Organisationen der USA die Zusammenarbeit mit der sowjetischen Seite viel leichter und einfacher geworden ist als noch vor kurzem. Ich meine, daß die amerikanische Privatwirtschaft großes Interesse an einer partnerschaftlichen Teilnahme bei jenen Veränderungen zeigt, die sich in Ihrem Land vollziehen. ■

**Roddick B. Byers:**

## EIN SCHÖNES ZIEL, ABER...

Roddick B. Byers ist Direktor des Zentrums für internationale und strategische Forschungen der Universität York (Kanada)

Ich meine, eine kernwaffenfreie Welt ist unmöglich. Das ist ein schönes Ziel, doch dabei ist zu berücksichtigen, daß Ost und West nun schon über 40 Jahre Nuklearwaffen als Mittel zur Gewährleistung der Sicherheit betrachten, und angesichts der komplizierten Lage glaube ich, daß sie auch in Zukunft so oder so Nuklearkräfte als Instrument der Abschreckung ansehen werden. Zudem müssen wir berücksichtigen, daß außer den USA und der UdSSR auch andere Länder über Kernwaffen verfügen.

Deshalb wird es wohl auch im Jahr 2000 noch Kernwaffen geben, die wir aus Sicherheitserfordernissen beibehalten werden. Zugleich muß ihre Zahl bedeutend verringert werden. Reykjavik war zweifellos ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es ist erforderlich, daß die Amerikaner und die Russen die Erörterung einer Reduzierung der Nuklearwaffen fortsetzen.

Was SDI angeht, so wird dieses Projekt, wie es sich Präsident Reagan

denkt, aus wirtschaftlichen, politischen und technischen Gründen kaum realisierbar sein.

Als reale Grundlagen der internationalen Stabilität würde ich zwei Aspekte hervorheben. Erstens wären wir — damit meine ich die ganze Welt, Ost und West — in einer vorteilhafteren Lage, wenn wir ein Gleichgewicht der offensiven und der defensiven Kräfte zur Gewährleistung der strategischen Stabilität erreichen könnten, wobei die Zahl der nuklearen Offensivwaffen bedeutend zu verringern wäre. Diese Idee ist mit sowjetischen Sicherheitsvorstellungen historisch vereinbar.

Und zweitens das Verhältnis von Nuklear- und konventionellen Waffen. Diese Frage beunruhigt viele Europäer. Dabei stimme ich Generalsekretär Gorbatschow zu, der sagte, daß dieses Problem im Kontext von Verhandlungen über eine europäische Abrüstung erörtert werden müsse. ■



## CHINA

## Erfolge

## und

## Probleme

● IN PEKING IST DER VI. NATIONALE VOLKSKONGRESS ZU SEINER 5. TAGUNG ZUSAMMENGETRETEN

Die Abgeordneten des höchsten Organs der Staatsmacht der VR China erörtern den Bericht über die Arbeit der Regierung im vergangenen Jahr, den der amtierende Generalsekretär des ZK der KPCh und Premier des Staatsrates der VR China, Zhao Ziyang, verlas. Sie werden den Plan für die ökonomische und soziale Entwicklung verabschieden und den Staatshaushalt für 1987 bestätigen.

Auf der Tagung wurde betont, daß China im vergangenen Jahr in seiner sozialökonomischen Entwicklung vorangekommen ist. Die Volkswirtschaft entwickelte sich insgesamt stabil. Die Bruttoproduktion in Industrie und Landwirtschaft stieg gegenüber dem Vorjahr um 9,3 Prozent. 1986 wurden 391,09 Mio t Getreide eingebracht - 11,98 Mio t mehr als 1985. Die Realeinkommen (unter Berücksichtigung steigender Preise für Bedarfsartikel und Dienstleistungen) der Stadtbewohner stiegen um 13 Prozent, die der Bauern um 3,2 Prozent.

Zugleich bleiben, wie auf der Tagung betont wurde, akute Probleme ungelöst. So ist der Anteil der Investitionen in den Bau von Schlüsselobjekten relativ gering. Im Staatshaushalt 1986 entstand aus verschiedenen Gründen ein Defizit von 7,08 Md. Yuan, die Einzelhandelspreise einiger Waren kletterten durchschnittlich um 6 Prozent, die Devisenausgaben



„Wie schön! Es heißt, Gott habe die Welt in sechs Tagen erschaffen. Dafür kann ich sie in einem Augenblick zerstören!“

Zeichnung: W. Arsenjew

und -einnahmen konnten nicht ausgeglichen werden.

Die Wirtschaftsreform wird fortgeführt. Wie Zhao Ziyang sagte, soll die Reform in den Industriebetrieben vertieft werden, um sie in relativ eingeständige wirtschaftliche Einheiten, die nach den Prinzipien der Eigenfinanzierung

und der Rentabilität arbeiten, zu verwandeln.

Auf der heutigen Etappe wird der Ausweitung der Außenwirtschaftsbeziehungen, einer effektiven Nutzung des Auslandskapitals, der modernen Technik und Technologie sowie der verstärkten Heranziehung von Devisen aus dem

Export große Bedeutung beigemessen. In dem Bericht war davon die Rede, wie wichtig es ist, ausländische Unternehmer zur Schaffung von Betrieben, die auf chinesischem und ausländischem Kapital beruhen, in Zusammenarbeit oder ganz auf Auslandskapital basierend, zu gewinnen.

Zum ideologisch-politischen Bereich konstatierte Zhao Ziyang, daß dank der Arbeit der letzten Monate die ideologische Strömung der "bürgerlichen Liberalisierung" zurückgegangen ist. Nichtsdestoweniger werden, um ihren Einfluß zu beseitigen, noch nicht geringe Anstrengungen erforderlich sein.

Im außenpolitischen Abschnitt des Berichts heißt es, daß die heutige Weltlage kompliziert bleibt und die Gefahr eines Krieges weiter besteht. Doch die Stärkung der Friedenskräfte macht die Erhaltung des Weltfriedens durchaus möglich. China wird auch weiter eine eigenständige und unabhängige Außenpolitik verfolgen und sich um die Wiedervereinigung der Heimat bemühen. Hierbei betonte Zhao Ziyang die Bedeutung des Abkommens zwischen den Regierungen der VR China und Portugals über Aomen (Macao).

Die winzige portugiesische Kolonie, wo auf nur 15,5 Quadratkilometern ca. 500 000 Chinesen und an die 10 000 Portugiesen leben, soll am 20. Dezember 1999 an die VR China übergeben werden — also zwei Jahre nach Übergabe der britischen Kronkolonie Xianggang (Hongkong) mit ihren 6 Millionen Einwohnern an China. Entsprechend diesen Abkommen wird sowohl in Xianggang als auch in Aomen nach ihrer Rückgabe an China 50 Jahre lang die heute dort bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung bestehen bleiben.

Die Tagung wird ein Gesetz über die Bauernkomitees verabschieden. Bei der vor acht Jahren eingeleiteten neuen Agrarreform waren die Volkskommunen, in denen die administrative und wirtschaftliche Macht konzentriert war, beseitigt und die Amtsbezirke, die mit administrativen Rechten versehen wurden, wiederhergestellt worden. Die Bauernkomitees entstanden dabei als Organe der Selbstverwaltung. Ihr Status soll jetzt gesetzlich verankert werden.

Die Tagung des Nationalen Volkskongresses, die am 25. März begann, wird ihre Arbeit am 16. April beenden.

M. JAKOWLEW

## INDIEN

# Regionalwahlen von großer Bedeutung

● AM 23. MÄRZ FANDEN IN DREI UNIONSSTAATEN WAHLEN ZU DEN DORTIGEN GESETZGEBENDEN VERSAMMLUNGEN STATT.

Diese Unionsstaaten sind Dschammu und Kaschmir im Norden, Kerala im Süden und Westbengalen im Osten. In diesen Unionsstaaten leben 60 Millionen Wähler — mehr als die Einwohnerzahl eines beliebigen westeuropäischen Landes. Über 3000 Kandidaten bewarben sich um die mehr als 500 Abgeordnetenmandate. Doch vor allem war es die erste Kraftprobe seit den allgemeinen Wahlen von 1984 zwischen dem regierenden Indischen Nationalkongreß (I) und der Opposition. Damals, unmittelbar nach der Ermordung Indira Gandhis, errang der INC(I) die überwiegende Mehrheit im Zentralparlament. Doch in einigen Unionsstaaten sind nicht Kongreß-Vertreter an der Macht oder regieren nur mit der Unterstützung lokaler Parteien. Das gilt auch für die drei besagten Unionsstaaten.

In Dschammu und Kaschmir regierte der INC(I) im Bündnis mit der lokalen islamischen Nationalkonferenz. Diese Allianz siegte auch diesmal und wird die Regierung bilden. Die klerikal-chauvinistischen und die anderen reaktionären Gruppierungen erlitten eine schwere Schlappe. Ein solcher Wahlausgang wird es erlauben, den Separatismus in diesem grenznahen Unionsstaat wie im benachbarten Punjab erfolgreich zu bekämpfen.

In Westbengalen steht der INC(I) schon seit langem in

unversöhnlicher Opposition zur dortigen Regierung der Linksfrent, die von der KPI(M) geleitet wird. Die Wähler unterstützen schon zum dritten Mal diese Front, die zwei Drittel der Mandate in der gesetzgebenden Versammlung errang.

In Kerala leitete der INC(I) die Regierungskoalition einiger lokaler Parteien. Bei den jetzigen Wahlen errang die Linke Demokratische Front unter Führung der KPI(M) eine klare Mehrheit und kann so die Regierung bilden.

Die von dem INC(I) geführte Koalition geriet in Kerala in einen üblen Ruf, gekennzeichnet durch Korruption, lokale Engstirnigkeit und Fraktionskämpfe, was auch die Stimmung der Wähler beeinflusste.

So verlor die Regierungspartei des Landes in Südindien den letzten Unionsstaat, in dem sie an der Macht war. Insgesamt werden jetzt in 9 von 24 Unionsstaaten die dortigen Regierungen nicht vom INC(I) geleitet.

Der Mißerfolg in Kerala kann sich ungünstig auf Rajiv Gandhis Ansehen auswirken, der den Wahlkampf des INC sowohl in diesem Unionsstaat wie in den beiden anderen leitete. Sein nach wie vor großes Ansehen vermochte den Einfluß örtlicher Faktoren nicht zu neutralisieren.

Zugleich widerspiegeln Lokalkahlen natürlich nicht unbedingt die gesamtstaatliche Lage der einen oder anderen Partei. In den letzten Jahren hat man gesehen, daß, wenn es um gesamtstaatliche Probleme und die Außenpolitik geht, die Wähler meist für den INC(I) stimmen, da sie in ihm den Garanten für den Kurs von Jawaharlal Nehru und Indira Gandhi sehen. So geschah es auch diesmal. Am Tag des lokalen Urnengangs fanden Nachwahlen zum Zentralparlament statt. Alle drei Kandidaten des INC(I) errangen dabei einen eindeutigen Sieg. Lokale Leidenschaften hatten den Wählern nicht den Blick auf gesamtstaatliche Prioritäten versperrt.

L. SHEGALOW  
NZ-Korrespondent

Delhi

## PERSISCHER GOLF

# Man schürt Unruhe

● DAS PENTAGON SCHLUG EIN WEITERES MAL ALARM.

Der Anlaß: Angeblich hat der Iran an der Straße von Hormus, die aus dem Arabischen Meer in den Persischen Golf führt, Raketenbatterien aufgestellt und kann dort die Schifffahrtswege sperren. Genauere Angaben darüber, daß diese Batterien tatsächlich aufgebaut wurden oder daß der Iran zumindest über sie verfügt, besitzen die USA nicht — das gestehen Vertreter der US-Administration ein. Nichtsdestoweniger erklärt Washington, in der Golfregion sei eine neue Bedrohung entstanden.

Also — klare Angaben gibt es nicht, und iranische Raketenstellungen, die die Straße von Hormus bedrohen, wurden gleichfalls nicht ermittelt. Unzählige Bordgeschütze der U. S. Navy aber sind bereits auf die Küste gerichtet — eine ganze Armada von 18 Schiffen unter dem Flugzeugträger "Kitty Hawk". Das ist eine nicht imaginäre, sondern durchaus reale Bedrohung für die Schifffahrt im Persischen Golf und die Anrainerstaaten.

Offensichtlich ist die "iranische Bedrohung" nicht mehr als ein Vorwand für die USA, um sich in das Geschehen in der Region einzumischen und die belebteste Orlarie der Welt unter Kontrolle zu bringen. Diese Provokation hat Washington von langer Hand vorbereitet. Bereits im Januar beklagte sich Ex-Verteidigungsminister James Schlesinger darüber, daß in der Golfregion bislang keine US-Truppen stationiert sind. Er verlangte Abhilfe, indem zwei Flugzeugträgerverbände Dutzende Kriegsschiffe mit Kampfflugzeugen an Bord — in den Persischen Golf entsandt werden.



Schlesingers Offenbarungen könnte man als Rückfall in die Kriegspsychose abtun, wenn sie sich nicht auf Erklärungen von Vertretern der Administration stützen würden, sie sei bereit, ihre strategischen Interessen in der Golfregion zu sichern. Hierbei wurde auf eine "gewisse Macht" angespielt, die angeblich jeden Augenblick die Ölfelder der Golfregion unter ihre Kontrolle bringen, ja die in den Golfstaaten bestehende politische Ordnung verändern könne.

Doch die Einschüchterung der Golfstaaten durch eine nichtexistente Bedrohung aus dem Norden ruft entgegen Washingtons Wunsch bei den Völkern der Region keine Panik hervor. Dort versteht man Kommentaren der einheimischen Presse zufolge, daß es sich um falschen Alarm handelt und dabei schon viele Jahre nur das Ziel verfolgt wird, den an der Küste des Persischen Golfs gelegenen arabischen Staaten US-Militärstützpunkte aufzuzwingen. Den amerikanischen Militaristen gelang es nicht, sich in der Region festzusetzen. Und so gehen sie eben, da man sie nicht durch die Tür läßt, durchs Fenster. Das Pentagon stellt ungebeten Wachposten an den Zugängen zum Persischen Golf, in der Straße von Hormus, auf.

Überdies sind die USA der "New York Post" zufolge bereit, einen Schlag gegen den Iran unter dem Vorwand der "Verteidigung der Schifffahrt" in der Golfregion zu führen. Gestützt auf offizielle Vertreter der U.S. Navy, schreibt die Zeitung, der Flugzeugträger "Kitty Hawk" habe bereits Gefechtsstellung bezogen. Und erst vor relativ kurzer Zeit antwortete Pentagon-Sprecher R. Sims auf Bitten von Journalisten, Meldungen zu kommentieren, der Flugzeugträger bewege sich auf den Persischen Golf zu. "Ich weiß nicht, welchen Kurs die 'Kitty Hawk' steuert."

Möglicherweise hat Sims durch seine "Unwissenheit" jemanden ins Bockshorn gejagt. Doch sehr schnell schon wurde für Klarheit gesorgt. Heute ist deutlich, daß das Weiße Haus durch die Entscheidung einer Armada in den Persischen Golf Kurs auf die Destabilisierung der Lage in der Region genommen hat.

A. KAPRALOW

## CHILE

### Chile-Chico 288

● AM 26. MÄRZ WURDE DER GENERALSEKRETÄR DER SOZIALISTISCHEN PARTEI CHILES, CLODOMIRO



Demonstranten protestieren gegen die Menschenrechtsverletzungen in Chile

Foto: AFP-TASS

ALMEYDA, IN DEN ÄUSSERSTEN SÜDEN DES LANDES NACH CHILE-CHICO VERBANNT.

Seit ihrem Bestehen erreichten diese Ortschaft nicht so viele Anrufe aus aller Welt wie dieser Tage. Das kleine Fernsprechamt konnte nur mit Mühe und Not rund um die Uhr die Gespräche vermitteln, die pausenlos nicht nur aus Santiago und anderen chilenischen Städten, sondern auch aus Buenos Aires, Madrid, Paris und Berlin eingingen...

Clodomiro Almeyda war Außenminister in Salvador Allendes Regierung der Unidad Popular. Nach dem Militärputsch von 1973 wurde er verhaftet und zusammen mit anderen Ministern und führenden Politikern (darunter auch dem Generalsekretär der KP Chiles, Luis Corvalan) in ein KZ auf der menschenleeren Insel Dawson im Süden der Magellanstraße verbannt.

Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit mußte Pinochet zwei Jahre später das Lager schließen und diese Gruppe von Häftlingen freilassen. Sie alle wurden des Landes verwiesen — wie weitere Zehntausende Chilenen. Viele emigrierten selbst, um ihr Leben zu retten. Andere (es sind Hunderttausende), Opfer der Wirtschaftskrise, verließen die Heimat auf Suche nach Arbeit.

Nach Schätzungen der katholischen Kirche Chiles leben heute nicht weniger als eine Million Chilenen in vielen Ländern Lateinamerikas und Europas im Exil — und das bei einer Gesamtbevölkerung von nicht mehr als 11 Millionen.

Die Emigranten kämpfen schon viele Jahre für die Anerkennung ihres Rechts auf Heimat. Diese Forderung findet ein großes Echo selbst in Kreisen, die der regierenden Junta nahestehen. Deshalb mußte Pinochet einige Zugeständnisse machen. In den letzten Jahren durften viele Ausgewiesene zurückkehren. Doch bislang stehen noch ca. 2000 Emigranten, die der Diktator als "Gefahr für die nationale Sicherheit" betrachtete, auf der schwarzen Liste. Unter denjenigen, denen mit dieser Begründung die Rückkehr verweigert wurde, war auch Clodomiro Almeyda.

Nach 12 Jahren Emigration beschloß er, illegal in die Heimat zurückzukehren. Einige Stunden nach Almeydas Eintreffen in Chile mußte er vor Gericht treten. Vor dem Gerichtsgebäude hatten sich Tausende von Chilenen versammelt, um den Patrioten zu begrüßen. Der Richter ließ Almeyda auf freien Fuß und erlaubte ihm, in Santiago zu leben. Selbst rechte Gruppierungen, die sich nicht gegen die Diktatur wenden, unterstützten diesen Beschluß. Doch was bedeutet Gesetzlichkeit für Pinochet? Er persönlich befahl, den Ex-Minister zu verhaften und für 90 Tage nach Chile-Chico zu verbannen. Dort wurde er unter strenge Polizeiaufsicht gestellt (zweimal täglich muß er sich in einer Kaserne melden).

Das Telefon unter der Nummer 288 in Chile-Chico, wo sich Clodomiro Almeyda befindet, läutet ununterbrochen. In der vergangenen Woche wurde sogar — was beispiellos ist! — aus Moskau angerufen. Aus der sowjetischen Hauptstadt konnte ich mit diesem Mann sprechen, der beispielhaften Mut und enorme Standhaftigkeit demonstriert. Obgleich die Verbindung schlecht, das Gespräch kurz und zudem ununterbrochen war, konnten wir doch Clodomiro Almeydas Worte hören: "Ich möchte meine Genugtuung über die Rückkehr in die Heimat zum Ausdruck bringen... Wenn ich auch auf Beschluß des Regimes nach Chile-Chico verbannt wurde, so bin ich doch unendlich froh, daß ich erneut mit meinem Volk und in meinem Land lebe — zwölf Jahre nach der Ausweisung." Almeyda dankte allen, die in Chile und im Ausland ihre Solidarität mit ihm bekundeten und äußerte die Gewißheit, daß der mutige Kampf des chilenischen Volkes letztlich zur Wiederherstellung der Demokratie führen werde.

Über 400 politische Häftlinge in chilenischen Gefängnissen sind in den Hungerstreik getreten. Almeydas Rückkehr trotz Pinochets Verbot hat den Patrioten Chiles, allen Kämpfern gegen die faschistische Diktatur neue Kraft gegeben.

Jose Miguel VARAS  
chilenischer Journalist

# Verwirrung in Brüssel

oder die atlantische Diskussion über "Sternenkriege",  
kernwaffenfreie Perspektiven und konventionelle Rüstung

„In der Nordatlantikunion schwirrt es wie in einem aufgestörten Wespennest“, sagte ein westlicher Kollege über die gegenwärtige Situation im NATO-Hauptquartier. Das geht schon seit Monaten so. Zuerst die Reaktion auf Reykjavik und die dort erörterte Idee der Beseitigung von Kernwaffen. Dann auf den Bruch der US-Administration mit den SALT-II-Bestimmungen. Die Erörterung einer eventuellen Reduzierung der konventionellen Waffen verlief stürmisch. Kaum hatten sich diese Leidenschaften gelegt, da entzündeten sich neue. Zwei Themen kamen an die Tagesordnung. Washington ging daran, die Pläne der Stationierung der ersten SDI-Staffel zu besprechen und den ABM-Vertrag diesen Plänen anzupassen. Moskau kam dem Westen entgegen und erklärte sich bereit, das eurostrategische Problem gesondert zu lösen.

## Über „Sternenkriege“

Die US-Versuche, den Waffen den Weg in den Weltraum zu ebnen, beunruhigten die Westeuropäer. Wie die Wochenschrift „NATO Report“ schrieb, befürchte man hier, daß „die Ausfälle gegen den ABM-Vertrag und eine frühe SDI-Entfaltung den Vertrag selbst und die Hoffnungen auf neue Abkommen unterminieren“. Laut Pressemeldungen verwiesen der Bundesaußenminister Genscher, sein belgischer Amtskollege Tindemans und andere Washington darauf, daß die SDI-Forschungen nicht über den Rahmen hinausgehen dürfen, den der ABM-Vertrag in seiner üblichen Interpretation festlegt. Kritik hörte man aus Amsterdam, London, Rom und anderen Hauptstädten.

Die ursprünglichen Versuche, die „in Panik geratenen“ Partner zurechtzuweisen oder einfach zu überhören, lösten die Spannungen nicht. NATO-Generalsekretär Carrington richtete eine übermässige Forderung an Washington, keine Entscheidungen zu treffen, ohne seine Bündnispartner zu Rate gezogen zu haben.

Die NATO-Länder mögen zu Einzelproblemen unterschiedliche Meinungen vertreten. Aber das Ergebnis der atlantischen Diskussionen läuft in der Regel auf die Unterstützung der US-Position hinaus. Washington ist es so gewöhnt, und die Juniorpartner hätten über seine gereizte Reaktion auf ihre Kritik eigentlich nicht staunen sollen, zumal ihre eigene Haltung gegenüber



Caspar Weinberger (l.) und Lord Carrington. Worüber sinnieren der Pentagon-Chef und der NATO-Generalsekretär? Was können sie den Initiativen aus Moskau außer der leeren Handfläche anbieten!

Foto aus „NATO Review“ (Belgien)

SDI inkonsequent und widersprüchlich ist. Bekanntlich war die erste Reaktion der westeuropäischen Spitzenpolitiker auf die amerikanischen Star-War-Pläne negativ.

Dann begannen Rückzieher. Großbritannien, die BRD und Italien schlossen sich SDI offiziell an. Andere Länder, z. B. Frankreich, erklärten, keine Einwände gegen eine Teilnahme der nationalen Firmen an diesem Unternehmen zu haben.

Wie werden sich die Westeuropäer weiter verhalten? Angesichts der Gesinnung im US-Kongreß könnten eine feste Haltung der Bündnispartner und ihr

Verzicht auf die Teilnahme an der Militarisierung des Weltraums die Verwirklichung der Star-War-Pläne ernsthaft behindern. Nach allem zu urteilen, hält man in Washington so etwas jedoch für wenig wahrscheinlich: Das Geschrei werde sich legen, und die werden - im Namen der atlantischen Solidarität - klein beigeben. Schließlich sei das schon immer so gewesen.

Man nehme den SALT-II-Vertrag. Auf der Frühjahrstagung des NATO-Rates 1986 löste die Absicht, gegen die vom Vertrag auferlegten Beschränkungen zu verstoßen, eine für die Washingtoner Administration wenig erfreuliche Polemik aus. Ein halbes Jahr später, auf der winterlichen Ratstagung, die kaum zwei Wochen nach dem Verstoß der USA gegen die „Limits“ von SALT II stattfand, stand diese Frage schon im Hintergrund. Nach einer Serie amerikanischer „Erläuterungen“ und „Konsultationen“ verschoben einige westeuropäische Spitzenpolitiker die Akzente. Nun redeten sie davon, beide Seiten hätten SALT II einzuhalten. Einige von ihnen schrieben

der UdSSR sogar Verstöße zu - die USA hatten es ihnen vorgemacht. Aber die Haltlosigkeit solcher Vorwürfe liegt auf der Hand.

In den letzten Februartagen waren Paul Nitze und Richard Perle in Europa und besuchten auch die NATO-Residenz. Washington schickte sie auf die Reise, um sozusagen nicht gegen die Anstandsregeln zu verstoßen und sich mit seinen Partnern zu „beraten“ zu haben. Genauso wie seinerzeit über SALT II. Nach diesen Konsultationen traten jedoch in der US-Position keine grundsätzlichen Veränderungen ein. Nur daß Washingtons polemischer Ton vielleicht weniger scharf wurde.



## Über kernwaffenfreie Perspektiven

Reykjavik war für die atlantische Gemeinschaft besonders strapaziert. Die Perspektive einer kernwaffenfreien Welt mißfiel nicht nur im Hauptquartier des Obersten Befehlshabers der Vereinten NATO-Streitkräfte Europa, sondern auch vielen Politikern. Im Ergebnis rückte der Westen von den Positionen, die in der isländischen Hauptstadt erreicht wurden, ab. Aus der Haltung der amerikanischen und westeuropäischen Führung ging hervor, daß sie nicht dazu bereit war, Kernwaffen bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu vernichten. Die NATO gibt der 50prozentigen Reduzierung der sowjetischen und der amerikanischen strategischen Arsenale den Vorrang.

Daß man dort die nuklearen Keller unseres Planeten nicht räumen will, hat mehrere Gründe. Die atlantischen Experten meinen, es seien die Kernwaffen, die „West und Ost 40 Jahre Frieden gesichert“ haben.

Eine Entnuklearisierung Europas erscheint ihnen unrealistisch. Die „Null-Option“, die ja ursprünglich von der NATO kam, wird abgelehnt. Warum? Weil die Beseitigung der sowjetischen und amerikanischen Raketen für den Westen unvorteilhaft sei. In diesem Fall werde er die „erdrückende Übermacht“ der UdSSR bei Raketen mit einer Reichweite von weniger als 1000 km durch nichts wettmachen können, und bei den konventionellen Rüstungen drohe ihm eine nicht weniger „gefährliche Disparität“. Außerdem würde der Abzug der amerikanischen Euroraketen die Rüstungspotentiale der USA und Westeuropas auseinanderbringen und die Alte Welt nahezu wehrlos machen.

Der griechische Premierminister Papandreu nannte solche Argumente in einer Rede vor dem Parlament Mitte Februar haltlos. Das stimmt. Wir wollen das am Beispiel der Kurzstreckenraketen (Reichweite nicht über 1000 km) veranschaulichen. In Reykjavik schlug die UdSSR vor, gleich nach Beseitigung der Euroraketen diese Waffen quantitativ einzufrieren und sofort über ihr weiteres Schicksal zu verhandeln. In seiner Erklärung vom 28. Februar kam Michail Gorbatschow dem Westen einen weiteren Schritt entgegen. Nach Abschluß eines Abkommens über die Beseitigung der sowjetischen und der amerikanischen Mittelstreckenraketen aus Europa werde die UdSSR ihre operativ-taktischen Raketen erhöhter Reichweite aus der DDR und der CSSR abziehen. Im Hinblick auf die anderen Nuklearraketen sei die UdSSR bereit, sofort in Verhandlungen zu treten, um auch sie zu reduzieren und vollends zu beseitigen. Das dürfte klar genug formuliert sein. Inzwischen verknäueln die NATO-Politiker das Ganze immer mehr.

Einst sagte Disraeli: „Auf der Welt bestehen Lügen, gemeine Lügen und Statistiken.“ Zu solcherlei Statistiken

gehört die Behauptung, der Warschauer Vertrag habe eine mehrfache Überlegenheit bei den konventionellen Waffen. Zieht man alle Faktoren - den qualitativen und quantitativen Aspekt der konventionellen Rüstungen, die (vorläufig ausgeklammerten) Rüstungspotentiale Frankreichs und Spaniens - in Betracht, so sieht man, daß die Kräfte annähernd gleich sind. Im vorigen Jahr erklärte George Shultz z. B.: „Wenn ich höre, in einer kernwaffenfreien Welt werde man uns bei den Kräften allgemeiner Bestimmung überholen, nehme ich das einfach nicht ab.“ Vor kurzem sprach Senator Pell, der dem Auswärtigen Ausschuß des Senats vorsteht, einen ähnlichen Gedanken aus. Und die maßgebliche Brookings Institution zog den Schluß: Das Verhältnis zwischen Warschauer Pakt und NATO im Bereich der konventionellen Kräfte ist nicht nur paritätisch, sondern zeige sogar einen gewissen Überhang zugunsten des Westens.

Die Frage nach einer „Disharmonie“ der Rüstungspotentiale der USA und Westeuropas wurde auf der im Winter abgehaltenen NATO-Ratstagung im Rahmen einer Pressekonferenz gestellt. In seiner Antwort sagte Lord Carrington, dieses Problem beunruhige ihn nicht, „die Präsenz von mehr als 300 000 US-Soldaten in Europa ist ein anschaulicher Beweis besagter Harmonie“.

Viele wagen es nicht, gegen die populäre Idee der Beseitigung von Euroraketen aufzutreten, und versuchen indirekt abzublocken. Neuerdings wird das Problem der Kontrolle aufgebauscht. Die westliche Presse meldet: Die USA hätten die Absicht, der UdSSR notorisch unannehmliche Methoden zur Verifikation des Abkommens über die Beseitigung der Euroraketen vorzuschlagen. Aber diese diplomatische List ist ein Bumerang. Kaum ein US-Bündnispartner ist für den Gedanken einer Superkontrolle zu begeistern. Wie „Nouvelles atlantiques“ schreibt, verstünden die Westeuropäer, daß es zu einer Vereinbarung nur auf gegenseitiger Grundlage kommen könne, und so gäben sie zu verstehen, daß es „ihnen schwerfallen wird, in eine Inspektion durch sowjetische Kontrolleure einzuwilligen“. „Le Soir“ schrieb, daß der belgische Premierminister Martens der Aussicht, auf belgischem Boden sowjetischen Offizieren zu begegnen, nichts Erfreuliches abzugewinnen vermöge. Ein solcher Schritt würde, schließt die Zeitung, „auch der nationalen Gesetzgebung widersprechen, der zufolge Belgien nur für NATO-Militärangehörige offen ist“.

## Über die konventionelle Rüstung

Auf ihrer Brüsseler Konferenz im Dezember beschlossen die Außenminister der NATO-Länder eine Deklaration über die Kontrolle der konventionellen

Rüstungen. Im Prinzip waren sie mit dem Vorschlag der UdSSR und ihrer Verbündeten einverstanden, die Erörterung des Problems der konventionellen Rüstungen in Europa vom Atlantik bis zum Ural aufzunehmen. Die Brüsseler Deklaration entstand in heftigen Diskussionen und fiel sehr mager aus. Das fällt besonders auf, wenn man dieses Dokument mit dem Budapester Appell des Warschauer Vertrages vom Juni 1986 vergleicht.

Die sozialistischen Länder haben ein Programm für einen radikalen Abbau von Truppen und Rüstungen in Europa unterbreitet. So schlugen sie vor, die einander gegenüberstehenden Militärgruppierungen um mehr als eine Million Mann zu vermindern. Die Brüsseler Deklaration dagegen weist, von der Bereitschaft zu Verhandlungen über Verhandlungen (der Meinungsaustausch zu dieser Frage hat am 17. Februar in Wien begonnen) und von der Wiederholung der alten Grundsätze der westlichen Seite abgesehen, nichts auf.

Seitdem ist die westliche Position nicht konkreter oder konstruktiver geworden. Auf dem Wiener Nachfolgetreffen der KSZE-Staaten sprachen die Delegierten Renard (Frankreich) und Zimmerman (USA) von künftigen Verhandlungen als einem Forum, dessen Aufgabe nicht Abbau von Truppen und konventionellen Rüstungen sei, sondern die Erzielung einer „konventionellen“ Stabilität. Der schon erwähnte „NATO Report“ sieht das so: „Einige NATO-Länder wünschen ihr Verteidigungspotential nicht als Gegenleistung für eine Reduzierung beim Warschauer Vertrag zu reduzieren.“

Versuche werden unternommen, die Notwendigkeit einer einschneidenden Reduzierung der europäischen konventionellen Potentiale in Zweifel zu ziehen. Ein anschauliches Beispiel ist die Rede, die Stephen Ledogar, Ständiger amtierender Vertreter der USA bei der NATO, im Februar vor Reservisten hielt. Die UdSSR wolle die Verhandlungen über die konventionellen Waffen benutzen, um zwischen die USA und ihre europäischen Partner einen Keil zu treiben. Im Grunde verlangte er eine einseitige Abrüstung der UdSSR: „Angesichts der militärischen Situation in Europa ist die Reduzierung überwiegend auf seiten der sowjetischen Kräfte vorzunehmen.“ Ähnlich äußerte sich vor kurzem der bundesdeutsche Verteidigungsminister Wörner. Da der Warschauer Vertrag „eine riesige Übermacht“ bei der Truppenstärke und den konventionellen Rüstungen habe, müsse er auch größere Anstrengungen unternehmen. Gleiche oder nur etwas asymmetrische Reduzierungen würden die NATO nicht befriedigen.

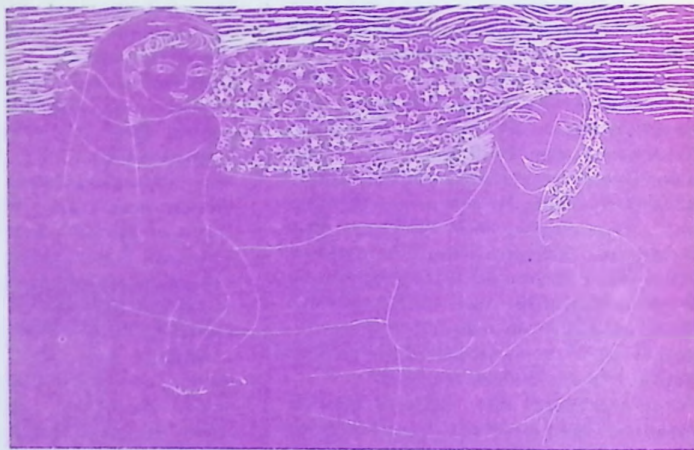
Mal sehen, ob im gegenwärtigen Streit innerhalb der NATO die Wahrheit geboren wird.

W. BOIKOW

Brüssel

# „Überlaßt die Sterne den Verliebten“

Adolfo Perez ESQUIVEL  
Friedensnobelpreisträger (Argentinien)



Zeichnung von S. Krasauskas

Ich werde oft gefragt, wie ich mir die Zukunft vorstelle, ob ich nicht ein wenig draußlospantastieren wolle. Phantasie ist jedoch hierbei nicht nötig. Schon im Heute erkennen wir die Zukunft. Wie sie dann aussieht, hängt davon ab, was wir heute machen. Deshalb möchte ich davon sprechen, was ich heute sehe.

Ich komme gerade von einer längeren Auslandsreise zurück und habe eine Unmenge von Eindrücken und Begegnungen hinter mir. Manch unauslöschlicher Augenblick, wie etwa, als ich in Athen mit einer älteren Japanerin sprach, die Hiroshima überlebt hat. Sie sagte, daß die Explosion der Atombombe ihr Leben verkrüppelt hat, ihr die Möglichkeit genommen hat, normal mit Menschen zu verkehren, eine Familie zu haben, Kinder zu bekommen. Die Bombe beraubte sie ihres Rechts auf Liebe.

Mir scheint, diese Frau hat das Wesen der Situation, wie sie heute in der Welt besteht, zur Sprache gebracht. Ihr Schicksal wird unser Schicksal sein, wenn die Atomkatastrophe eintritt.

Als das Treffen zwischen Gorbatschow und Reagan in Reykjavik ergebnislos zu Ende ging, weil der US-Präsident sich nicht von SDI trennen wollte, fand in Milano eine Friedenskundgebung von Jugendlichen statt. Ich erinnere mich, wie siebzigttausend junge Italiener sich auf einem riesigen Platz versammelten

und ein Lied sangen, das sie extra für dieses Ereignis gemacht hatten. Darin hieß es: "Reagan, überlaß die Sterne den Verliebten!" Die jungen italienischen Männer und Frauen sangen nicht von zwei Verliebten unter Sternen, sondern von allen Menschen, die ihr Leben lieben, von der Japanerin auch, der die Atombombe die Liebe geraubt hatte... Als sie "Reagan, überlaß die Sterne den Verliebten!" sangen, wollten sie ihm sagen: "Laß die Menschen am Leben. Nimm ihnen nicht ihre Liebe!" Diese Italiener in Milano waren genau so alt, wie die Japanerin damals, als die Bombe in Hiroshima explodierte. Wir können also aus der Gegenwart heraus einen Blick in die nicht allzu ferne Zukunft werfen, wenn wir uns die entsetzlichsten Annalen der Vergangenheit vergegenwärtigen.

So kann es in Zukunft aussehen, wenn wir nicht hier und heute entschieden handeln.

Ich möchte noch auf etwas anderes zu sprechen kommen, auf die lautlose Katastrophe, wie ich sie nenne. Sie tötet bereits heute, so, als würden mehrere Hiroshima-Bomben detonieren. Diese Katastrophe heißt Hunger und Armut. Jeden Tag sind Millionen Lateinamerikaner mit ihr konfrontiert.

Die Menschen, mit denen ich mich in Europa unterhielt, waren überwiegend in Sorge über die Gefahr eines Atomkrieges. Sie haben auch allen Grund dazu, schließlich leben sie in einem Atomraketenwald. Diese Raketen sind eine direkte Bedrohung für das menschliche Leben auf der Erde.

In Lateinamerika stehen andere Sorgen an erster Stelle. Unsere Völker werden immer weiter über die Armutsgrenze geschoben. Die Existenz, das Überleben ganzer Nationen stehen auf der Kippe. Ist es etwa ein Zufall, daß in Argentinien, dem reichsten Land Lateina-

merikas, sechseinhalb Millionen Menschen hungern? Natürlich nicht, das Ergebnis ist einkalkuliert in den Plan, die Länder Lateinamerikas dem Imperialismus zu unterwerfen.

In Argentinien hat die Militärdiktatur ganze Arbeit geleistet, als sie diesen Plan verwirklichte. Auf Empfehlung der berühmten Wirtschaftsschule Milton Friedmans in Chicago hat sie ein ökonomisches Modell übernommen, das sich nur für ausländische Monopolisten und das einheimische Großkapital rentierte. Ein Argentinier, Wirtschaftsminister Jose Alfredo Martinez de Hoz, Kreatur internationaler Banken, setzte diese Empfehlungen um. Grausame Verbrechen und empörende Menschenrechtsverletzungen wurden damals in Argentinien nicht etwa deshalb verübt, weil eine Handvoll amoklaufender Generale die Macht hatte, sondern DIE brauchten den Terror, um die Arbeiterbewegung kaputt zu machen. Massenorganisationen zu liquidieren und den Argentinern die Fähigkeit zu nehmen, klar zu denken, um dann ungestört dem Land IHRE Wirtschaftspolitik aufzuzwingen. Der von den Militärs ersonnene "Prozeß der nationalen Wiedergeburt" hat Argentinien um 40 Jahre zurückgeworfen. Die Produktion nahm rapide ab, die sozialen Konflikte spitzten sich zu. Um ihre Position zu festigen, fingen die Militärs den Krieg auf den Malwinen an. Die Vereinigten Staaten jedoch, die sich sonst so gern auf den Inneramerikanischen Vertrag über gegenseitigen Beistand berufen, versagten Argentinien diesen Beistand und halfen ihrem NATO-Partner Großbritannien.

Die von Pentagon-Beratern in die Streitkräfte der lateinamerikanischen Länder hineingetragene "Nationale Sicherheitsdoktrin" bricht zusammen. Sie führt alle Konflikte in der Welt auf die Ost-West-Konfrontation zwischen UdSSR und USA zurück. Natürlich hat man uns

Der Argentinier Adolfo Perez Esquivel ist Bildhauer und Architekt. Er ist bekannt dafür, daß er öffentlich Partei ergreift für Frieden und Menschenrechte. 1980 wurde er mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Er leitet die lateinamerikanische Organisation "Frieden und Gerechtigkeit". Ende der 70er Jahre, als die Militärs in Argentinien die Macht ergriffen, verbrachte er 14 Monate in den Folterkellern der Junta.



eingetrichtert, daß die Sowjetunion unser Hauptfeind ist. Tatsächlich aber versuchen die Vereinigten Staaten, unsere Länder zu unterdrücken und auszubeuten.

Auf Bitten des UNO-Generalsekretärs beteiligte ich mich letztes Jahr an der Arbeit einer Kommission zu Problemen Südafrikas, Namibias und zur Funktion der multinationalen Konzerne in dieser Region. Wir trafen mit allen interessierten Seiten zusammen, von der Südwestafrikanischen Volksorganisation Namibias (SWAPO) bis zum Verband der Südafrikanischen Handelskammern. Wir sprachen mit Vertretern des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Informationen, die ich dabei erhielt, zwangen mich, vieles, was in Südafrika passiert, mit anderen Augen zu sehen. Ich begriff, daß die multinationalen Konzerne die einzelnen Staaten schon längst unter ihre Gewalt gebracht haben und daß die Interessen der Völker keinerlei Bedeutung für sie haben. Wenn man gefragt wird, warum sich bis heute das Apartheidregime in Südafrika halten konnte, ist die Antwort recht einfach. Dort operieren schließlich multinationale Konzerne, und die stützen das Regime. Mit amerikanischem, britischem, mit westdeutschem Kapital... Um so mehr, als in Südafrika der größte Teil des Goldes auf der Welt gefördert wird.

Ich komme zu dem Schluß, daß die Repräsentanten von Entwicklungsländern viel mehr Aufmerksamkeit auf die Beziehungen zwischen unseren Ländern verwenden sollten, zwischen Lateinamerika und Afrika, Afrika und Asien. Das würde dazu beitragen, daß wir unsere eigenen Probleme besser analysieren. Immerhin haben wir viel gemeinsam. Was auf den Philippinen geschehen ist, hat Ähnlichkeit mit den Vorgängen in Argentinien...

Die Tätigkeit der "Sechs von Delhi" wirkt sich positiv auf das internationale Klima aus. Auch Argentinien gehört zu diesen sechs Staaten. Ich habe ihre Friedensinitiativen unterstützt. Wir brauchen den konkreten Ausdruck guter Absichten. Trotzdem kommt es mir so vor, als sei die Welt der Deklarationen überdrüssig. Handlungen sind geboten, die darauf abzielen, die entstandene Situation zu verändern.

Gewiß, der Einfluß moralischer Unterstützung auf den Lauf der Ereignisse, wie sie die Repräsentanten der "Sechs" artikulieren, zu denen auch der argentinische Präsident Raul Alfonsín zählt, steht außer Zweifel. Ich glaube jedoch, daß nur moralische Unterstützung heute nicht mehr ausreicht. Deswegen bin ich auch mit vielen Aspekten der Politik von Präsident Alfonsín nicht einverstanden. Besonders damit, daß er viel zu viel deklariert und zu wenig macht, um diese Deklarationen in die Praxis umzusetzen.

Nehmen wir zum Beispiel die Auslandsschulden Lateinamerikas. Warum kann er sich eigentlich nicht mit anderen lateinamerikanischen Ländern absprechen über gemeinsame Aktionen und gemeinsame Positionen gegenüber den Kreditgebern?

In Argentinien, wo es nicht genug Lebensmittel gibt, um die Hungernden zu ernähren, wo es an Geld für die Verbesserung der medizinischen Versorgung, für die Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft und für neue Arbeitsplätze mangelt, werden das von der Nation erwirtschaftete Vermögen und neue Kredite aus dem Ausland praktisch nur darauf verwendet, die Schuldzinsen abzuführen. Wohlgermerkt, nicht die ursprünglichen Kredite, sondern Zinsen und Zinseszinsen. Wir wissen andererseits, daß 60 % unserer Schulden durch ungesetzliche Finanzmanipulationen zustande gekommen sind. In Argentinien leben heute zahllose vagabundierende Kinder, aber der IWF bringt seine Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß Argentinien seine Kreditzinsen abzahlt.

Und die Rüstungsausgaben? Die Entwicklungsländer kaufen 70 % aller in der Welt produzierten konventionellen Waffen. Auch Argentinien, Brasilien und Uruguay vergeuden nicht gerade wenig Mittel für die Rüstung... Man sieht also, wo das Geld für die notwendige sozialökonomische Entwicklung bleibt.

Die meiner Meinung nach inkonsequente Politik Argentiniens und Brasiliens in nuklearen Fragen möchte ich ebenfalls nicht unerwähnt lassen. Den Tlatelolco-Vertrag über einen atomwaffenfreien Status Lateinamerikas haben beide bis heute nicht ratifiziert. Allerdings tut sich Brasilien mit einem wichtigen Vorschlag hervor, den Südatlantik zu einer Zone des Friedens zu erklären. Ein tadelloser Vorschlag, nur noch besser wäre, ihn durch konkrete Handlungen zu untermauern.

Als ich in Bolivien war, besuchte ich die größten Zinnbergwerke der Welt, "Siglo XX" in Catavi. Ich wurde von der Bergarbeiterin Domitila Chungala und einigen Bergarbeiterfrauen begleitet. Wir gingen vor Ort und unterhielten uns mit den Kumpels über ihren Hungerstreik. Sie waren nicht etwa deshalb in Hungerstreik getreten, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern oder um mehr zu verdienen, sondern sie protestierten dagegen, daß die staatlichen Zinnminen an multinationale Konzerne übergeben wurden. Hungerstreik ist hart, wenn ringsum wirklich Hunger herrscht. Trotzdem hungerten sie. Das Problem besteht darin, daß der IWF seine Politik der Schuldzinstilgung durchsetzen will und dafür sorgt, daß staatliche Unternehmen in den Ländern Lateinamerikas an multinationale Kon-

zerne verkauft werden. Das ist noch ein Schlag gegen die nationale Unabhängigkeit. Ratenzahlung verwandelt sich in systematische, moderne Sklaverei.

Ich möchte an den Ausgangspunkt meiner Überlegungen zurückkommen, zur Frage des Friedens und wie wir uns der nuklearen Gefahr entledigen können. Genau so, wie die Zukunft in der Gegenwart erkennbar ist, reflektiert auch die Vergangenheit unser Heute. Was will man nicht alles für die Verhinderung des zweiten Weltkrieges getan haben. Man sollte zugeben, daß wenig getan wurde. Sehen wir uns einmal an, was heute passiert: Die Sowjetunion ist mit einer Initiative hervorgetreten, über die wir uns alle freuen, als sie Kernwaffentests auf einseitiger Grundlage einstellte und ihr Moratorium fünfmal verlängerte. Über anderthalb Jahre dauerte der Teststopp. Die USA folgten ihrem Beispiel nicht, obwohl allen klar ist, daß die Vervollkommen und Hortung von Atomwaffen das Kriegsrisiko vergrößert und die Gefahr für den Frieden wächst. Kein Staat kann mehr seine Sicherheit mit Waffen garantieren.

Auch die Haltung Frankreichs trägt nicht dazu bei, die Spannung zu verringern. Paris setzt seine Atomwaffentests auf dem Mururoa-Atoll im Stillen Ozean fort. Wir sprachen schon über den Waffenhandel. Die größten Waffenproduzenten sind bekanntlich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion. Die anderen, die entgegen allen UNO-Resolutionen Waffen an Südafrika liefern, sollte man jedoch ebenso wenig vergessen.

In London sprach ich mit Labour-Parlamentariern. Sie sagten mir, daß während des Malvinen-Krieges das britische Geschwader Atomwaffen mitführte und daß die britische Admiralität die Möglichkeit in Betracht gezogen hatte, für den Fall einer ungünstigen Wendung der Ereignisse die argentinischen Häfen mit Nuklearmunition (1) zu beschießen.

Gibt es einen Ausweg? Mir scheint, es gibt nur einen Ausweg: Denkende Menschen sind aufgerufen, öffentliches Bewußtsein zu schaffen, dazu beizutragen, daß alle diese Probleme, Atomkrieg und lautlose Katastrophen, Hunger und Armut, sehen; ihre Stimme nicht nur in den USA und in der UdSSR zu erheben, sondern auch in anderen Ländern.

Vor 10 bis 12 Jahren entstand in Lateinamerika eine Bewegung für die Annäherung der Völker unserer beiden Länder. Nicht der Regierungen, sondern eben der Völker, der Öffentlichkeit. Diese Annäherung geht allmählich vonstatten, um einer Lösung unserer gemeinsamen Probleme willen. In der gemeinsamen Solidarität mit Nicaragua liegt der Beweis dafür. Es gibt also allen Grund, optimistisch zu sein.



# Grundlagenforschung im Dienst des Fortschritts

Prof. Jewgeni SCHEMJAKIN, Mitglied der AdW der UdSSR, Direktor des Bergbauinstituts der Sibirischen Abteilung der AdW, sprach über die Entwicklung und Erschließung Sibiriens. Scheinbar faßte er das Gesprächsthema etwas eng und beschränkte sich auf Arbeiten seines Instituts. Von diesen spannte sich aber eine Brücke zu den Problemen ganz Sibiriens. Die Bergbauingenieure spielen bei der Erfüllung des großangelegten staatlichen Wirtschaftsprogramms "Sibirien" eine große Rolle.

Das Bergbauinstitut (Institut Gornowa Dela — IGD) befaßt sich in der Hauptsache mit drei Forschungsthemen: Gesteinsmechanik, Bergbau- und Baumaschinenkunde und Theorie der Gewinnung von Bodenschätzen in Tagebauen und Gruben. Vom Niveau der Forschungen zeugt die Tatsache, daß die Sibirische Abteilung der AdW der UdSSR gemeinsam mit dem Geologischen und Geophysikalischen Institut eine Anlage zur Vibrodurchleuchtung der Erde entwickelt hat. Das IGD hat in den letzten Jahren rund 600 Patente und 1200 Urheberkunden erworben. Auch sind sechs Lizenzen in die USA und die BRD verkauft worden, und aus dem ganzen Land laufen Anfragen und Anforderungen ein. Mit der Zahl der Patente und Erfindungen ist das IGD in der Sibirischen Abteilung unstreitig führend, und außerhalb der Abteilung kann es z. B. dem Kiewer Institut Prof. Patons für elektrisches Schweißen, dessen Entwicklungen zügig in der Industrie Verwendung finden, an die Seite gestellt werden. Praktische Resultate der Grundlagenforschungen am IGD sind: Hämmer, Luftdrucklochhämmer, Rammen, Betonbrecher, Einphasenschlagmaschinen, Luftdruckbohrer und Vibratoren. Außerdem hat das IGD rege ausgedehnte Verbindungen mit verschiedenen Industriezweigen. Am IGD ist man sich über den Bedarf und die Bedürfnisse der Produktion genau im klaren und reagiert darauf. Und doch...

## Wer einen Abbauhammer braucht

Im Gespräch mit Prof. Schemjakin erinnerte ich ihn an den Diskus-

sionsbeitrag K. Petrows auf dem XXVII. Parteitag. Petrow ist ein altes Mitglied der KPdSU. Der ehemalige Bergmann, Held der Sozialistischen Arbeit sprach sehr eindringlich, aber deprimiert. Er sagte, daß die Kumpel noch jetzt stark vibrierende unvollkommene Abbauhämmer benutzen, wie ihn der berühmte Stachanow vor 50 Jahren gebrauchte. Wie ihm aber auf dem Parteitag bestätigt worden sei, hätten wir am IGD einen Abbauhämmer entwickelt, der nur halb so stark vibriert und um 20–30 Prozent mehr leistet. Wo er denn ist, fragte ich. Der Parteitag liege schon eine ganze Zeit zurück. Es sei damit aber nicht besser geworden. Wann bekommen die Bergleute den neuen, vibrationssicheren Abbauhämmer?

"Eigentlich müßten das die Spitzenfunktionäre der Branche und nicht wir Wissenschaftler beantworten", entgegnet Prof. Schemjakin. "Eine definitive Antwort liegt noch nicht vor, ohne unsere Hilfe wird es nicht abgehen. Ja, der neue Hammer existiert und ist schon unter ganz verschiedenen Verhältnissen — im Donez-, im Kusnezckbecken und in anderen Grubengebieten — ausprobiert worden. Manches muß noch besser daran werden, und damit beschäftigen sich bei uns die Wissenschaftler mehrerer Labors unter Leitung Dr. Nikolai Kluschins."

"Also dürfen die Kumpels hoffen?"

"Das Problem ist lösbar. Bei seiner Lösung stoßen wir aber auf andere Probleme, die für die Auswertung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Sibirien typisch sind. Wodurch soll unsere Region schnell vorwärtskommen? Be-

kanntlich durch modernste Lösungen und eine fortgeschrittene Technologie. Mehr Leute, als da sind, bekommen wir nicht, die Fröste hören nicht auf, die rauen Naturverhältnisse bleiben. Wir brauchen nicht eine x-beliebige wirtschaftliche Effektivität die, sagen wir einmal, durch das Auswechseln untauglicher Anlagen gegen mittelmäßige und der erzielten Effektivität gegen eine größere zu erzielen wäre. Wenn eine von der akademischen Wissenschaft angeregte Neuerung keine mehrfache Verbesserung ergibt, dann lohnt sie nicht. Dieser Gedanke liegt der Forderung der Partei nach hoher Qualität zugrunde. Wir stoßen da aber auf zwei Schwierigkeiten. Unlängst kamen Kluschin und ich aus Tomsk zurück. Dort wurde auf einer sehr repräsentativen Konferenz über Probleme debattiert, die mit der Herstellung von Abbauhämmern zusammenhängen. Zwei kontrastierende Einstellungen traten deutlich hervor, die leider noch immer für unseren Maschinenbau und einige andere Branchen typisch sind. Die erste möchte ich so umreißen: Man könne den alten Abbauhämmer etwas umkonstruieren und erneuern. Dabei blieben die Vibration und die technologisch ungünstige Bauart und folglich auch die Beanstandungen der Bergleute unverändert. Man möchte, daß das Objekt wie neu aussieht, will sich aber nicht besonders anstrengen. Die zweite Einstellung ist ein Vorschlag der Wissenschaft. Wir entwickeln einen technisch grundsätzlich neuen Abbauhämmer. Aber kaum schlagen wir ihn vor, dann häufen sich die Bedenken der Branche: die Konstruktion habe noch Schwächen, die Produktion werde nicht ohne Probleme laufen usw. Es gibt bei uns noch ziemlich viel Leute, die vorwärts wollen, aber sich nicht vom Fleck rühren. Wir haben den Praktikern aus den Tomsker Betrieben gesagt: 'Sehen wir erst einmal, wie groß die Schwierigkeiten und ob sie überwindbar sind.' — 'Das sind sie', kommt die Antwort, 'wie kommen wir aber dazu, Ihren Hammer nachzuarbeiten? Ja, haben Sie überhaupt die kompletten technischen Zeichnungen?'"

Prof. Schemjakin lächelt und fährt fort: "Zum Glück haben wir sie. Wir am IGD haben es uns schon lange zur Regel gemacht, für jede neue Maschine, Technologie und Vorrichtung die kompletten, sorgfältig bearbeiteten Zeichnungen und sämtliche Unterlagen zu haben. Also wozu das Gerede? Ich glaube, man muß mit vereinten Kräften und nicht getrennt vorgehen, man darf die Arbeit nicht in 'unsere' und 'ihre' teilen, sondern muß die Probleme gemeinsam lösen. Wenn man sie ihrer Wichtigkeit nach anordnet, dann sind jetzt zwei die wichtigsten: Sinn für Neuerungen und freie Bahn für sie."

"Könnte im Fall der Abbauhämmer nicht der Import aushelfen?"



"Im Westen haben sie keine guten, und das aus zwei Gründen: Erstens brauchen die dortigen Firmen noch keine optimalen Konstruktionen, und zweitens werden sie durch die sozialen Verhältnisse nicht dazu gedrängt. Es rüttelt den Bergmann? Darum kümmert man sich nicht. Wenn ihm die Arbeit nicht paßt, kann er gehen — draußen warten Arbeitslose."

"Wie zynisch!"

"Nicht wahr? Unlängst sprach ich mit Vertretern von Krupp. Ich erkundigte mich nach den Qualitäten ihres Abbauschammers, besonders nach der Stärke der Vibration. Ein Vertreter sagte gelangweilt: 'Wissen Sie, das geht mich nichts an.' Uns aber sehr, die drüben und wir tragen eine verschiedene Verantwortung vor den Leuten. Die Gesundheit unserer Menschen ist Staatsangelegenheit. Das wissen die Wissenschaftler am IGD und gehen schon seit Jahren, geführt von Prof. Kluschin, energisch gegen die Vibration an. Er hat etwa 30 ausländische Patente."

Wie entstand Kluschins Luftdruckbohrer, der jetzt immer vergriffen ist? Er entstand aus der Wut des Wissenschaftlers darüber, daß beim Bau oder bei der Instandsetzung fast jedes Hauses mit dem Abbau- oder Vorschlaghammer oder mit der Brechstange Hunderte gährender Löcher geschlagen werden. Er verband einen gewöhnlichen, serienmäßig hergestellten Maschinenschraubendreher mit einer Luftdruckschlagmaschine. Das ergab den Luftdruckbohrer, mit dem Öffnungen in Beton und Ziegel gebohrt werden können. Ein Pappenstiell! So ist er eben, dieser Wissenschaftler und Konstrukteur. Zweifellos werden wir auch einen hochleistungsfähigen Abbauschammer bekommen."

## 2 Milliarden zum Fenster hinaus

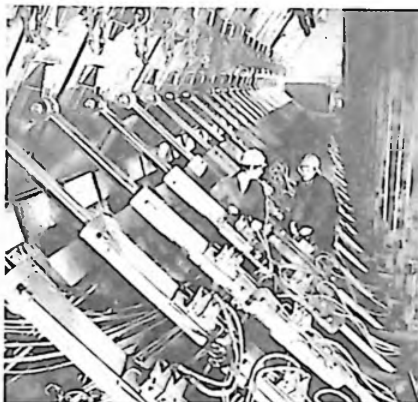
Kennt man Prof. Kluschin, seinen Lebensweg und seine Fähigkeiten, so denkt man wohl, ob er sich nicht verzettelt. Er arbeitet ja an einem Institut der Akademie! Ist es denn seine Sache, etwas bei Instanzen abzusprechen und Durchzudrücken? Das frage ich mein Gegenüber.

"Gewiß, wir verlieren viel Zeit", antwortet Prof. Schemjakin. "Aber ohne unsere Beharrlichkeit, ohne unser Eingehen auf die Leute im Betrieb bliebe vieles auf dem Papier. Ein Beispiel: In den Erzminen von Tashtagol und Scheregesch südlich von Nowokusnezsk sind bei der Gewinnung von Eisenerz Höchstleistungen erzielt worden. Ohne die Einführung von Neuheiten wäre das unmöglich gewesen."

Wir sind an einer Zusammenarbeit mit schwedischen Fachkräften interessiert. Schweden und Kanada, nicht die USA, wie manche glauben, haben bei der

"NEUE ZEIT" 14.87

Eisenerzgewinnung hohe Leistungen. Wir luden Schweden ans IGD ein, um ihnen zu zeigen, was wir erreicht haben, und um auch bei ihnen zu lernen. Die Gäste stellten sich auf eine bloße Spazierfahrt ein. Sibirien war ihnen neu. Warum sollten sie es sich nicht ansehen? Wir brachten sie zu unseren Minen. Sie waren verblüfft. Sie hatten nicht erwartet, in Sibirien eine so hochstehende Technologie vorzufinden. Die am IGD entwickelten Bohrvorrichtungen gefielen ihnen, besonders die Vibrationstechnik.



Auch die Universaltestanlage für mechanisierte Kohleförderungskomplexe wurde von Wissenschaftlern aus Nowosibirsk entwickelt

Foto: TASS

Die Bohrrhalbautomaten, für die den Wissenschaftlern des IGD vor 20 Jahren der Leninpreis verliehen wurde, leisten den Arbeitern noch jetzt gute Dienste. Mit Hilfe der Wissenschaft muß die Industrie solche Fortschritte machen, die nach 20–30 Jahren noch gültig sind. In aller Welt waren solche Halbautomaten unbekannt. Die Schweden haben den von uns schon vor langer Zeit begangenen Weg jetzt auch zurückgelegt.

Mir fällt da übrigens noch etwas ein. In den letzten Jahren haben sich manche Leute daran gewöhnt, neue Ideen im Ausland zu suchen und über unsere eigenen hinwegzusehen. So haben die bei uns entwickelten versenkten pneumatischen Bohrlochsohlenhämmer das Tiefbohren ermöglicht. Die Schweden kamen erst 20 Jahre später darauf."

"Wird wertvolle sibirische Technologie in anderen Landesteilen schnell übernommen?"

"Leider nicht. Sibirien überrundet in der Erzgewinnung zur Zeit sogar unseren Spitzenreiter, Kriwoi Rog. Könnte man dort nicht unsere Erfahrungen übernehmen? Man kommt aber mit allerlei Ausreden, z. B. daß das Erz in Sibirien anders sei. Wir sind hingefahren, um mit den Leuten Erfahrungen und Vorrichtungen auszutauschen, und haben ihnen vorgeführt, wie in Sibirien gearbeitet wird. Die Sache schien in Gang zu kommen. Ist aber etwas anders geworden? Keine Spur! In Kriwoi Rog arbeiten sie wie früher so, daß ihnen ein Gewinn

von vielen Millionen Rubeln entgeht. Eigentlich sollte man das Ministerium nötigen, zur neuen Technologie überzugehen. Aber wer wird das tun? Die wirtschaftliche Umstellung stößt bei uns auf große Schwierigkeiten."

"Wir sprachen schon vom wissenschaftlichen Standpunkt aus über die Wirtschaft. Könnten Sie mir ein paar Beispiele dafür anführen, wie wissenschaftliche Erkenntnisse die Einsparung und bestmögliche Nutzung sibirischer Ressourcen ermöglichen?"

"Ich kann Ihnen viele gute Beispiele nennen. Aber lassen wir das für später. Zunächst ein schlechtes Beispiel, das ist aufschlußreicher. Unsere Sibirische Abteilung der AdW gibt regelmäßig Listen mit den Themen unserer Arbeiten heraus. Wäre das Wunder geschehen, daß Industrie und Landwirtschaft die erste Liste restlos ausgewertet hätten, so hätte unser Land etwa 2 Md. Rubel oder noch mehr eingespart. Natürlich hatte die Liste eine Wirkung, vieles daraus ist ausgewertet worden, aber 2 Md. sind sozusagen zum Fenster hinausgefliegen. Die Sibirische Abteilung produziert für die Bauarbeiter von Sibirien, vor allem von Nowosibirsk, Maschinen für ca. 150 000 Rubel. Scheinbar wenig. Sie werden aber in den kleinen Werkstätten des IGD und in einer überlasteten experimentellen Fabrik gebaut. Noch etwas: Jede Maschine steigert die Arbeitsproduktivität fünf- oder zehnfach. Man sollte meinen, daß sich alle um solche Entwicklungen reißen und die Massenproduktion in Gang bringen würden. Die Ministerien wollen ihre Maschinen aber selbst entwickeln. Wozu eigentlich? Heutzutage ist diese Einstellung um so alarmierender, als das Sibirien-Programm nicht geologisch-ökonomisch, sondern eher technisch-ökonomisch sein muß, wenn es der Wirtschaft unseres Landes maximal nützen soll. Maschinen und moderne Verfahren müssen jetzt Vorrang haben."

## A-Dur und B-Moll

Legen wir eine Pause ein, damit sich Prof. Schemjakin etwas ausruhen kann, und kommen inzwischen zum „subjektiven Faktor“, der bei der Erschließung Sibiriens eine besondere Rolle spielt. Er ist in jedem Fall wichtig, aber unter extremen Verhältnissen kann er gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Die Arbeit in Sibirien, ja das dortige Leben überhaupt treffen gewissermaßen eine Auslese — Schwächlinge halten dort selten durch. Wie kaum eine andere Region fordert diese Persönlichkeiten, ich möchte sogar sagen waghalsige Menschen mit Initiative, solche wie Prof. Schemjakin und Prof. Kluschin.

Zur Bekräftigung des Gesagten möchte ich noch einen Wissenschaftler nennen. Vor einigen Jahren hielt Prof. Juri Matros im Wissenschaftlichen Rat des Katalyse-Instituts einen Vortrag über die instationären Prozesse bei der Katalyse. Viele erhoben damals Einwände, aber der Direktor des Instituts, Prof. Boreskow,

Mitglied der AdW, pflichtete Matros bei. Aus dieser Grundlagenforschung ergab sich schließlich eine ganze Skala praktischer Vorschläge. Die Methode der Erzeugung von Schwefelsäure aus Abgasen wird jetzt nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Ländern immer ausgiebiger angewandt. Auf die Arbeit der Sibirier werden Patente ausgestellt, und Lizenzen zu ihrer Nutzung werden verkauft. Die ungemein wertvolle Säure wird jetzt aus Abgasen und Abfällen gewonnen. Außerdem schon das Verfahren die Umwelt der Städte. Ein Programm für die Säuberung des Luftraums über den Städten Sibiriens nach dieser Methode liegt vor. In vielen Kombinationen des Ministeriums der UdSSR für NE-Metallurgie — in Alawerdi, Krasnouralsk, Mednogorsk u. a. — funktionieren entsprechende Anlagen vorzüglich. Sie werden im Rekordtempo eingesetzt. Ohne den energischen Prof. Matros wäre das gewiß nicht der Fall.

Hat man aber A gesagt, dann soll man auch das weniger erfreuliche B nicht verschweigen. Noch zu Prof. Borezkows Lebzeiten kam man am Katalyse-Institut auf die Idee, aus Braunkohle des KATEK (Wirtschaftskomplex von Kansk, Atschinsk und Ekibastus) mit Hilfe neuer Katalysatoren flüssigen Brennstoff zu gewinnen. Die Idee wird bislang nur schleppend in die Tat umgesetzt. Der KATEK wird größtenteils noch nach dem gewohnten Schema, nach der alten, teilweise modernisierten Technologie nutzbar gemacht. Es ist schwierig, Strom aus Sibirien über riesige Entfernungen zu leiten. Auch entstehen dabei große Verluste. Noch schwieriger ist es, Braunkohle so weit zu befördern. Außerdem sind die Transportmöglichkeiten selbst in dem sich rasch entwickelnden Sibirien nicht unbegrenzt. Dagegen kann man flüssigen Brennstoff in Tankwagen befördern, und solche braucht man weniger als Waggons für Kohle. Kurz, die Wissenschaft hat stichhaltige Argumente, sie hat ein ganzes System von Beweisen für ihren Standpunkt beigebracht. Trotzdem bricht sich das Neue nur zögernd Bahn. Wieso?

„Die Betriebe haben vielfach zu wenig erstklassige Fachkräfte und lassen keine gründlichen Gutachten anfertigen“, sagt Prof. Schemjakin. „Man ist mehr daran gewöhnt, zu rationalisieren, ein wenig zu modernisieren und nachzuarbeiten. Die grundsätzlichen wissenschaftlichen Lösungen bringen dagegen eine Umstellung, eine Umwälzung mit sich. Sie ist nicht leicht, oft sogar schmerzhaft. Die psychologischen Hemmungen sind stark. Auch wirkt sich die in den letzten Jahren eingetretene merkliche Schwächung unseres technischen Personals, besonders bei den Konstrukteuren und Technologen, aus. Aber verstehen Sie mich recht! In den Betrieben, Erzminen und Kohlengruben erkennen die meisten sehr wohl, wo das Problem liegt und welche Lösungen die Wissenschaft dafür anbietet. Die äußeren Umstände aber sind stärker. Ich habe hier schon viele Beispiele genannt. Nun noch eins. Im Werkzeugbetrieb von Nowosibirsk hat ein tüchtiger Ingenieur eine Einrichtung

zum automatischen Beschicken der Pressen mit Rohlingen und zum Forträumen der Werkstücke aus den Pressen in Vorschlag gebracht. Allein kann der Betrieb die Arbeit daran nicht zu Ende führen. Na und wir, die Feuerwehr? Wir haben eine Menge eigene Sorgen. Da wir aber die Situation in dem Betrieb kennen, können wir uns nicht heraushalten. Die Werkzeugmacher haben einen tollen Plan — ein anderes Wort fällt mir dafür nicht ein. Aber der Betrieb hat für die Neuerung und zum Testen neuer Ideen keine Raumreserven, während er, nach Ansicht der Wissenschaftler, wenn schon nicht 15–20 Prozent seiner Kapazitäten, so doch mindestens 5 Prozent in Reserve haben müßte. Das müßte die Norm sein. Wir werden natürlich helfen und ein Muster herausbringen. Es ist aber schon Zeit, den Industriebetrieben die Bedingungen für ein wissenschaftliches und technisches Vorwärtkommen zu verschaffen. Vorläufig lassen sie noch sehr viel zu wünschen übrig.“

## Nutzeffekt der Ideen

„Ist das technische Vorwärtkommen der Industrie nicht auch dadurch gehemmt, daß sich der Maschinenbau jahrelang gewissermaßen abseits von der akademischen Wissenschaft entwickelt hat?“

„Kann schon sein. In der Wissenschaft sind die Probleme des Maschinenbaus über verschiedene Konstruktionsbüros verstreut. Viele Probleme haben sich angesammelt. Neue Sparten müssen vorangebracht werden: Wir brauchen Makro- und Mikromaschinen, neue Werkstoffe, Komponenten und Konstruktionen. Natürlich arbeiten Institute der Akademie so oder so für den Maschinenbau. Sie erfüllen aber nur Teilaufgaben. Es ist Zeit, im Rahmen der Akademie eine Koordinationszentrale ins Leben zu rufen. Soviel ich weiß, ist es schon beschlossene Sache, in Nowosibirsk ein maschinenkundliches Institut der Akademie einzurichten.“

„Wieso gerade hier?“

„Nowosibirsk bietet einmalige Möglichkeiten. Es ist eine große, vielseitige Industriestadt, hat eine hochentwickelte Industrie und 16 Hochschulen — kurz, alles, was zur Lösung schwieriger Probleme des Maschinenbaus gebraucht wird.“

„Doch wohl nicht nur des eigenen, nicht wahr?“

„Natürlich nicht. So paradox das auch ist, hilft Nowosibirsk sich selbst vorläufig kaum. Wir haben z. B. Einphasenschlagmaschinen entwickelt, die unstreitig vorteilhaft sind. Hier haben wir viel Reklame dafür gemacht, in großem Umfang werden sie aber im Ural und in Tschernobyl eingesetzt. Wir liefern neue Maschinen und moderne Technologien sogar in Gebiete mit Permafrostboden. Mit den Betrieben der Nachbarschaft aber finden wir nicht immer eine gemeinsame Sprache.“

„Welche in Nowosibirsk aufgekommene wissenschaftlichen Ideen haben letztlich im ganzen Land Resonanz gefunden?“

„Die Zeit ist gekommen, die gängigen Begriffe 'Naturschätze', 'unerschöpfliche Vorkommen' und 'Effektivität der Montanindustrie' zu revidieren. Diese Industrie verlagert sich in abgelegene Landesgebiete — nach Sibirien und in den Hohen Norden —, obwohl dort der Abbau schwieriger ist. Größtenteils werden Bodenschätze aber doch noch in den herkömmlichen Gebieten gewonnen. Nur müssen die Gruben dort tiefer angelegt werden. Das verteuert das Abteufen und Offenhalten der immer umfangreicheren Anlagen, ihre Instandsetzung, Lüftung und Kühlung, den Transport der Bodenschätze aus großen Tiefen usw.“

Im Kusnezsk-Becken z. B., von dem die Wirtschaft Sibiriens weitgehend abhängt, werden die Grubenfelder senkrecht oder schwebend erschlossen. Sie liegen größtenteils in der Mitte eines Reviers, und wir verlieren viel Kohle in den sogenannten Pfeilern, die die Hauptanlagen unter Tage und die Bergwerksobjekte an der Erdoberfläche vor Schädigungen durch die Grubenarbeiten bewahren.

Wir haben zum Projektieren von Schächten eine neue Methode angeregt, bei der ein Fachmann nicht wie bisher 2 oder 3, sondern 200–300 Erschließungsvarianten ökonomisch abwägen kann. Bei der Erschließung wertvoller Bodenschätze gelten Varianten als effektiv, bei denen ein Vorkommen außerhalb des Grubenfeldes angegangen wird, wo sich Schutzpfeiler erübrigen. Bei weniger wertvollen Vorkommen ist es von Vorteil, sie so zu erschließen, daß ein Teil der Bodenschätze nicht in den Pfeilern stecken bleibt. Eine derart verbesserte Projektierung ergibt bei der Nutzbarmachung neuer und bei der Rekonstruktion älterer Kohlenreviere eine Ersparnis an Geld und anderen Ressourcen.“

„Beim Durchsehen der neuesten Themenliste der Sibirischen Abteilung ist mir aufgefallen, daß sie anders als die früheren zusammengestellt ist. Erst ist eine Arbeit charakterisiert und der gesellschaftliche Bedarf daran schätzungsweise angegeben; es folgt die Angabe des Niveaus, auf dem das betreffende Problem gelöst worden ist; dann die Ortsangabe; weiter die Vorteile, die diese Lösung bietet, ihr sozialer, technischer und ökonomischer Nutzeffekt und schließlich Vorschläge zur möglichst vollständigen und effektiven Nutzung der Neuerung. Alles ist genau erläutert, ich möchte sagen, vorgekauft. Wie meinen Sie, werden die Praktiker in den Betrieben jetzt lebhafter auf Anregungen der Wissenschaft reagieren?“

„Ich will doch hoffen. Ich bin Optimist, mein Optimismus wird durch die jetzige Situation in unserem Land genährt. Die Umstellung bewirkt, daß die Menschen besonderen Wert auf Kenntnisse, Neuerungen und Initiativen, d. h. auf die Wissenschaft legen. Die Zeit grundlegender Resultate der Grundlagenforschung ist da.“

Interviewer: Rolan NOTMAN

Nowosibirsk



# EINE „WIDERSTANDSINTERNATIONALE“

## Gaukler bei der Arbeit

Der Pariser „Figaro“ veröffentlichte im März den Brief „Gorbatschow soll es beweisen“. Das erklärte Ziel war, auf die „Neuigkeitslawine aus Moskau“ zu antworten, die „in letzter Zeit bei vielen aufrechten Menschen in Ost und West Staunen und sogar Verwirrung hervorruft“. In Wahrheit handelt es sich um eine Schmähschrift über die demokratischen Wandlungen in der UdSSR. Das Schreibe ist von W. Aksjonow, W. Bukowski, A. und O. Snowjew, E. Kusnezow, J. Ljublmow, W. Maximow, E. Neiswestny, J. Orlow und L. Pljusch unterschrieben. Diese Menschen, so oder so bekannt, haben die UdSSR auf verschiedenen Wegen verlassen. Diesmal haben sie sich in einer Organisation zusammengefunden, die sich „Internationale des Widerstands“ nennt. In Ihrem Namen wurde der Brief veröffentlicht.

Im November 1982 trafen sich in Brüssel Gruppen von Emigranten aus sozialistischen Ländern, Vertreter der kubanischen Gusanos, von Somoza- und Pol-Pot-Banden, afghanischen Dschamnen und in den USA lebenden vietnamesischen Konterrevolutionäre. Sie erörterten die Gründung einer neuen antikomunistischen Organisation. Zuerst hieß sie „Komitee zur Bekämpfung des Totalitarismus“. Das schien ihnen zu sanft. Deshalb bedienten sie sich fremder Wörter und Symbole. So kam die auf Höheres reflektierende Wortverbindung „Internationale des Widerstands“ zustande.

### Die Organisatoren

Das waren folgende Menschen.

Wladimir Bukowski, der seinerzeit in der UdSSR „Sturmabteilungen“ aufzuziehen versuchte und 1976 des Landes verwiesen wurde. In den USA erklärte Bukowski ohne falsche Bescheidenheit, nach dem Sturz der Sowjetmacht werde er Präsident und seine Mutter Vizepräsidentin sein.

Olga Swinzowa ist Sekretär des in Paris niedergelassenen „Intellektuellenkomitees für ein Europa der Freiheiten“. Außerdem ist sie Abgesandte des „Volksbundes der Arbeit“ (NTS), was ihr ebenfalls nicht gerade zur Zierde gereicht. 1930 im Königreich Jugoslawien von der Führung der weißen Emigration gegründet, belieferte die NTS zahlreiche ausländische Dienste, die gegen die UdSSR vorgingen, mit ihren Leuten. Während des Krieges kollaborierte die NTS mit den Hitlerfaschisten und half ihnen, auf dem zeitweilig okkupierten sowjetischen Territorium „neue

Ordnung“ herzustellen. Als diese 1945 endgültig zusammenbrach, wechselten die NTS-Leute zu den Geheimdiensten Großbritanniens und der USA über. 1956 traten die Briten das Monopol auf die NTS an die amerikanische Central Intelligence Agency ab.

Jose Furtado ist Vertreter einer Pariser Gruppierung der von der CIA finanzierten reaktionären angolanischen UNITA

### Das Geld

Die Leute, die in Brüssel zusammenkamen, hatten vor allem eine Garantie nötig: die finanzielle. An Wohltätigkeit glaubte keiner. Bukowski gab Garantien.

Zuerst redete er davon, daß einige einflußreiche Kongreßmitglieder die Tätigkeit der neuen Organisation zu finanzieren versprochen hätten. Dann nannte er den Hauptgaranten, die CIA, und präziserte bei dieser Gelegenheit, daß die Finanzierungsquelle, die Teilnahme der Leute aus Langley im Dunkel bleiben würde.

Zunächst brachte Bukowski persönlich Geld für die „IdW“ aus den USA; 1983 legte der Kongreß eine jährliche Quote für die „Internationale“ von 6 Mio Dollar fest. Runde Summen kommen von der Leitung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL/CIO, der Handelskammer der USA und den zionistischen Kreisen. Außerdem riefen die Emigrantenzeitungen dazu auf, einem „Komitee zur Förderung der Widerstandsinternationale“ beizutreten, wozu man auf deren Konto nur 100 Franc zu überweisen brauche; ein Mitgliedsbuch werde unverzüglich zugesandt. Die Francs kamen nur spärlich, eher schon Dollars.

Auch jetzt werden die Kontakte mit den Paten in den USA über Bukowski abgewickelt.

### Die Ziele

In den USA entstand bald ein Organisationskomitee, und Mitte Mai 1983 fand in Paris die amtliche Gründung der „IdW“ statt. Die Hauptziele der Organisation wurden festgelegt: „alle wahren Kämpfer für den Sturz der Kommunistenmacht zusammenzuschließen“, ihre Tätigkeit zu koordinieren und „objektive Information über alle Arten des Widerstands gegen den Totalitarismus“ zu verbreiten. Was als Totalitarismus anzusehen sei, wurde anschließend durch Einführung des Ausdrucks „Totalitarismus sowjetischen Typs“ erläutert.

Später konkretisierten die „IdW“-Führer ihre Ziele wie folgt: „die sozialistischen Länder zu unterwandern und dort eine Basis für moralische und physische Unterstützung zu schaffen“.

Als weitere Zielscheibe wurde in Paris die Bewegung der Friedensanhänger in den westlichen Ländern bestimmt. In Westeuropa sollten bald neue amerikanische Raketen stationiert werden. Millionen Westeuropäer traten dagegen auf. Die Regierungen der NATO-Länder bezichtigten die Friedensfreunde eines „Komplots mit Moskau“ und schleusten Provokateure in ihre Reihen ein. Bukowski, nicht faul, verfertigte sein Buch „Pazifisten gegen den Frieden“, worin er die Friedensfreunde „nützliche Idioten“ im Dienst Moskaus nannte, der „unausrottbaren katholischen Geistlichen in verdächtiger Mission“ gedachte und sonst dazu aufrief, „mit dem sowjetischen System aufzuräumen“. Außerdem zog er den bemerkenswerten Schluß, daß die Abrüstung „zu einem raschen Zusammenbruch“ der UdSSR führen würde. Deshalb werde die UdSSR niemals abrüsten.

### Die Führungsspitze

Ebenfalls in Paris wurde die „IdW“-Leitung gewählt. Bukowski ist ihr Präsident.

Der Vorsitzende ist ein gewisser Eduard Kusnezow. Am 15. Juni 1970 hatte er mit einer Gruppe auf dem Leningrader Flughafen eine AN-2 zu entführen und nach Schweden zu fliegen versucht. Gegenwärtig leitet Kusnezow die Abteilung Russischer Dienst beim CIA-finanzierten Radio „Liberty“.

Der Exekutivdirektor ist der Schriftsteller Wladimir Maximow. Seit 1974 leitet er die antikommunistische Zeitschrift „Kontinent“. Maximow selbst erzählte einem Bekannten 1977, daß er bei „Liberty“ fest angestellt und ein Gehalt habe, das der Stufe GS-13 in den USA entspreche.

Vizepräsident ist der kubanische Konterrevolutionär Armando Valladares. Seine Laufbahn begann er 1957 unter Batista, als Polizeiagent Nr. 2747. Nach der Revolution von 1959 bekam er einen Arbeitsplatz, trat jedoch der illegalen Gruppe des ehemaligen Batista-Offiziers Obregon bei. Vor Gericht gestand er ein, mit Sprengstoff gefüllte Zigarettenschachteln auf Havannas Straßen ausgelegt zu haben.

Die „IdW“-Vertretung befindet sich auf den Champs-Élysées. Zunächst zeigten die Emigranten eher Reserve gegenüber der „IdW“, jemand bemerkte giftig, im „Widerstand“ auf den Champs-Élysées kämpfte man in der Hauptsache für ein warmes Plätzchen und einen wohlgepolsterten Lebensabend. Auch eine Erklärung Alain Ravnennes', Generalsekretär des „Intellektuellenkomitees für ein Europa der Freiheiten“, machte die „IdW“ nicht gerade populärer. Dieser Mann, der mit Olga Swinzowa, einer Mitbegründerin der „IdW“, lange zusammengearbeitet hatte, mußte im Bilde

sein. Er zweifelte daran, daß die neue Organisation in Frankreich und der Welt Vertrauen finden würde, denn zwei ihrer Leiter, Kusnezow und Maximow, seien mit den israelischen Geheimdiensten verbunden.

## Die Aktionen

Die „IdW“ entfaltete ihre Tätigkeit sofort. Schon Ende August 1983 beteiligte sie sich am „dreitägigen Friedensmarsch für die Befreiung der Völker“ in der BRD. Bürgerliche Zeitungen informierten über den Marsch, die dortige Bevölkerung dagegen zeigte sich deprimierend passiv. Im Oktober zog die „IdW“ in Paris das viertägige Forum „Die dritte Welt. (K)eine Zukunft?“ auf. In Washington redete man damals von einer globalen sowjetischen Unterwanderung und davon, daß die dritte Welt zu einem „Schauplatz der Konfrontation“ werde. Demnach erörterte man in Paris gehorsam „Probleme und Aufgaben bei der Organisation eines effektiven Widerstands gegen die zunehmende kommunistische Expansion“. Auf dem Forum wurde z. B. „geklärt“, daß die Unzufriedenheit der Einwohner einiger lateinamerikanischer Länder über die blutigen Militärdiktaturen vom „Export kommunistischer Ideologie“ herrühre. In einem wenig später der „Stimme Amerikas“ gewährten Interview gab W. Bukowski seiner Besorgnis Ausdruck, der Kommunismus könnte auf Chile übergreifen, und fügte hinzu: „Zweifelloos haben wir ein ewiges großes Problem. Wir müssen betonen und verdeutlichen, daß wir Rechtsdiktaturen nicht unterstützen.“

Das dürfte Vizepräsident Valladares und auch so manchem anderen recht schwer fallen.

Auf Betreiben der „IdW“ wurde am 25. November 1983 im Brüsseler Haus des Europäischen Parlaments eine Konferenz über das „Afghanistan-Problem“ durchgeführt. Zu jener Zeit wurden auf Betreiben und unter Vermittlung der CIA Kontakte mit den Chefs antiafghanischer Gruppierungen in Pakistan schon in die Wege geleitet. Damit beschäftigte sich die ehemalige Liberty-Mitarbeiterin L. Thorn. Im März 1984 sagte Bukowski in einem Interview für die „Stimme Amerikas“, seine Organisation unternehme „sehr viel“ im Hinblick auf Afghanistan. So liefere sie den Mujaheddin Sender, um für die örtliche Bevölkerung und die sowjetischen Soldaten bestimmte Programme auszustrahlen. Bukowski ließ sich über die technischen Aspekte eines „Projekts Radio Freies Kabul“ aus. Aber entweder verfolgte Thorn die Übergabe der Sender nicht aufmerksam genug, oder Bukowski hatte sich an Selbstreklame berauscht, auf jeden Fall erhielten die Konterrevolutionäre vom groß angekündigten Projekt nur einen winzigen Teil.

1984 veranstaltete die „IdW“ eine „internationale Konferenz über Desinformation“, wobei natürlich die „kommunistischen Länder“ als Desinformationsquelle hingestellt wurden. Über die eigenen Erfahrungen, z. B. über die vor kurzem fabrizierte gefälschte Ausgabe der Armeezeitung „Krasnaja Swesda“ mit einem provokatorischen Appell an die sowjetischen Soldaten und einem Haufen antisowjetischer Witze, schwieg man sich bescheiden aus.

## ANRUF IN NEW YORK

Wir riefen den Bildhauer Ernst Neiswestny in New York an.

„Sagen Sie bitte, inwiefern waren Sie an der Abfassung des Briefes an den 'Figaro' persönlich beteiligt?“

„An dem Abschnitt über bildende Kunst und über Kultur nahm ich unmittelbar teil.“

„Und die politischen Abschnitte?“

„Ich betrachte mich weniger als Politiker denn als Künstler.“

„Könnten Sie alles unterschreiben, was im Brief steht?“

„Also, da steht ja meine Unterschrift.“

„Und konkreter?“

„Ich muß alles verantworten, worunter meine Unterschrift steht.“

„Sie sagen, daß Sie 'müssen'. Uns schien, daß einige Momente des Briefes für Sie nicht ganz typisch sind.“

„Ich möchte das jetzt nicht kommentieren.“

„Der Brief wurde unter der Ägide der 'Internationale des Widerstands' abgefaßt. Das ist eine auch in den Emigrantenkreisen nicht gerade populäre Organisation. Aber Sie haben Ihre Unterschrift unter einen von ihr inspirierten Brief gesetzt. Keine Bedenken?“

„Diesen Brief haben meine Freunde geschrieben. Ich wußte nicht, daß ihn diese Organisation aufgesetzt hat.“

„Er wurde auf Betreiben der 'Internationale des Wi-

## Was wußte Ernst Neiswestny?

derstands' veröffentlicht, von ihr geht der Brief auch aus.“

„In westlichen Publikationen wurde das nirgends erwähnt.“

„Dieser Umstand wurde im Untertitel des Exklusivmaterials im 'Figaro' genannt.“

„Das weiß ich nicht. In der 'New York Times' wird, glaube ich, nichts dergleichen erwähnt.“

„Ich spreche vom Wortlaut im 'Figaro'.“

„Den habe ich nicht gesehen.“

„Wie stehen Sie zu dieser Organisation?“

„Im Moment weiß ich nichts davon.“

„Das heißt, von dieser Organisation wissen Sie nichts?“

„Ich weiß, daß es eine

solche Organisation gibt, ich kenne einfach ihren Charakter nicht.“

„Aber über diese 'Internationale' wurde nicht wenig veröffentlicht. Der Vizepräsident der Organisation z. B. ist ein Mann aus Batistas Geheimpolizei, für Bombenexplosionen in den Straßen verantwortlich, dafür, was wir heute Terrorismus nennen. Wie Sie sehen, ist das eine keineswegs humanitäre oder gar humane Organisation.“

„Ich möchte das nicht kommentieren, weil alles, was Sie jetzt sagen, mir absolut neu ist. Ich höre zum erstenmal von dieser Organisation in einem solchen Zusammenhang und davon, daß der Brief in ihrem Namen veröffentlicht wurde.“



Während die westliche Presse Dokumentarberichte über die Bestialitäten der Contras veröffentlicht, veranstaltet die „IdW“ in Paris Pressekonferenzen, auf denen die „Kämpfer für die Freiheit Nikaraguas“ als untadelige Ritter gepriesen werden. Im Jahre 1985 publizierte die „IdW“ im Pariser „Monde“ einen Aufruf an den US-Kongreß, die Hilfe für die Contras zu erneuern.

Eine Gesetzmäßigkeit: Die „IdW“-Aktionen gingen immer gleichzeitig mit denen der US-Administration einher. Nun hat man es sich auch im Weißen Haus angewöhnt, sich auf die „IdW“-Emigranten zu berufen: Sie seien die „Stimme des Gewissens“, die gegen das „Reich des Bösen“ erhoben werde, sie wüßten, wie das „Böse“ von innen aussehe. „Wir müssen die Lehre beherzigen, die uns der russische Menschenrechtler Wladimir Bukowski erteilt“, sagte Reagan in einem Interview für James Buckley, Präsident der Sender „Liberty“ und „Free Europe“. Der Logik Reagans zufolge hätte der Hinweis auf den antisowjetischen Emigranten die darauffolgenden Ausfälle gegen Afghanistan, Nikaragua und die UdSSR rechtfertigen sollen. Der Schluß klang beinahe kanonisch: „... Bukowskis Lehre beherzigen und aktiv die kommunistische Expansion eindämmen“.

Das ist in der Tat eine Schwachstelle der „IdW“.

Dann kam die „Ostseekreuzfahrt“, bei der die „IdW“ antisowjetische Emigranten aus den baltischen Sowjetrepubliken um sich scharte. Die Fahrt endete sang- und klanglos in Helsinki, wo die sonst tolerante Polizei die Teilnehmer wegen Störung der öffentlichen Ordnung inhaftierte.

Nach etwas mehr als zwei Jahren seit ihrer Gründung hat die „IdW“ einen Riß bekommen. In ihrer Führung gibt es zwei Fraktionen, eine unter Kusnezow und eine unter Olga Swinzowa. Der Pressedienst der „IdW“ widersprach sich alle Tage bei der Festlegung der „Kampffront“ und der Ziele der Organisation. Letzten Endes kehrte Olga Swinzowa der „IdW“ den Rücken und warf dem Exekutivdirektor Maximow auch noch „Diktatorallüren“ vor. Maximows Tätigkeit löste selbst bei „IdW“-Aktivisten „Befremden und Bitternis“ aus. Maximow weigerte sich, in die Organisation Vertreter der emigrierten Intellektuellen aufzunehmen, wenn sie ihm „zu wenig“ antisowjetisch tätig gewesen seien.

1986 hörte man von der „IdW“ so gut wie nichts. Offenbar waren innere Eifersüchteleien daran schuld. Aber der Hauptgrund liegt doch wohl anders. Die „Internationale des Widerstands“ fand keine Antwort auf den Prozeß der Umgestaltung, Demokratisierung und Publizität in der UdSSR. Stereotypen vom Schlage „sowjetische Kommissare“ oder „Gulag“ ziehen nicht mehr. Wie sollte die „IdW“ reagieren?

## Der Brief

So brachte der „Figaro“ das von den Zehn unterzeichnete Schreiben, das sofort von anderen bürgerlichen Ausgaben nachgedruckt wurde.

„Die Veröffentlichung des vorliegenden Schreibens in der sowjetischen Presse wäre der überzeugendste Beweis für die Aufrichtigkeit des Geredes von Publizität“, schreiben die Autoren selbstgerecht und leichtsinnig. Unsere Kollegen aus der Zeitung „Moskowskije Nowosti“ nahmen sie beim Wort und veröffentlichten das Schreiben. Deshalb brauchen wir hier keine Wiedergabe. Höchstens ein paar Gedanken dazu.

Die Argumentation weist einen miserablen Wortschatz auf. Sie leitet sich nicht von Informationen über das Leben in einem Lande ab, das ihnen zur Fremde geworden ist, eher schon von der Sprachregelung der westlichen Propaganda, die für diese Leute jetzt wohl „die ihrige“ ist.

Wer die Autoren sind? Offenbar „IdW“-Funktionäre. Stellenweise klingt das Schreiben zu sehr an Bukowskis Buch „Pazifisten gegen den Frieden“ an. Doch weder seine Unterschrift noch alle drei Unterschriften der „IdW“-Führer hätten das erwünschte Resultat gezeitigt. Deshalb zog man Namen heran, die „etwas hergeben“. Obriens wurde diese Art Werbung schon angewandt. In den ersten Tagen der Organisation wurden in das „Komitee zur Förderung“ Prominente vom extrem rechten Flügel geholt: Lord Nicholas Bethell und Winston Churchill jun., Mitglieder des britischen Parlaments, sowie Simone Veil, ehemalige Präsidentin des Europäischen Parlaments.

Wir telefonierten mit Ernst Neiswestny in New York. Früher hatte er sich aus solchen Aktionen herausgehalten. Wußte er, daß er seinen Namen für so eine zweifelhafte Organisation hergegeben hatte? Nein, Ernst Neiswestny wußte nichts davon (das Interview unten. - d. Red.).

Enthebt das die Unterzeichner der Verantwortung? Nein. Wenn sich „einsame Schöpfer“, die sich zu Kämpfern für die Freiheit des Geistes aufspielen, zu einem Schwarm vereinigen, wirkt das schon grotesk. Es kommt jedoch auf etwas anderes an. Der Sinn des Schreibens an den „Figaro“ liegt ja nicht darin, auf die „ungenügenden“ demokratischen Wandlungen in der UdSSR hinzuweisen, sondern darin, diese Wandlungen zu kompromittieren, zu vereiteln. Wer diese Trennlinie nicht sieht, wer den politischen Diversanten seinen Namen leiht, kann sich nicht auf politische Naivität herausreden.

Die „IdW“-Führer haben wieder einmal einen Auftrag erfüllt und sich „im richtigen Augenblick“ gemeldet. Wessen Auftrag?

Der Charakter der „IdW“ läßt daran keinen Zweifel.

M. PUTINKOWSKI

## ARCHIV AKTUELL

### Das Todeslager

### Mudjug

Anfang März 1918 liefen die britischen Kreuzer „Glory“ und „Cochrane“, dann der französische Kreuzer „Admiral Aube“ und am 24. Mai der amerikanische Kreuzer „Olympia“ den Hafen von Murmansk an.

Trotz der Proteste der Sowjetregierung und der Forderungen, die Schiffe wieder abziehen, verstärkten die Entente-Länder weiter ihre Präsenz im Norden Sowjetrußlands. Am 1. Juni beauftragte US-Präsident Woodrow Wilson Außenminister Lansing zu erklären, die amerikanische Regierung sei bereit, sich an der Intervention zu beteiligen und reguläre Truppenverbände nach Murmansk zu schicken.

Am 6. Juli 1918 errichteten die Interventen — unter ihnen der Kommandant des Kreuzers „Olympia“, Kapitän Biere — in der Region eine Militärdiktatur. Die Besatzungstruppen setzten sich in Murmansk fest und begannen nach Süden vorzurücken. In wenigen Tagen nahmen sie Kem, dann Onega ein. Anfang August hatten sie die Insel Mudjug in der Mündung der Dwina-Bucht, die Archangelsk vom Meer aus deckt, eingenommen. Hier wurde vom US-Kommando eines der ersten Todeslager eingerichtet.

Ein Augenzeuge des Geschehens, der Arzt Marschawin aus Archangelsk, berichtete:

„Am 2. Oktober 1918 um 4 Uhr morgens wurden 119 Häftlinge unter Bewachung auf den Hof und dann auf einen vor Anker liegenden Lastkahn gejagt. Es war schon halb vollgelaufen, und das Wasser war von einer dünnen Eisschicht überzogen. In dieses kaum seetüchtige Boot wurden wir Häftlinge gestoßen. Wir dachten, daß sie uns im Meer ertränken wollten. Doch das Boot wurde nach Mudjug mit seinem berüchtigten Todeslager geschleppt. Unter unzähligen Schlägen, bis zur Brust im eiskalten Wasser erreichte der Rest unserer Gruppe das Land — die Todesinsel. Wir wurden in eine kalte Baracke geführt und mußten uns nackt ausziehen. Viele von uns sollten diese Nacht nicht überleben.“

Die Interventen errichteten in den besetzten Gebieten im Norden Sowjetrußlands ein Schreckensregime. 52 000 Menschen wurden in Kerker geworfen. 4000 Sowjetbürger wurden standrechtlich erschossen, Tausende wurden ohne Prozeß ermordet oder zu Tode gefoltert... Daraufhin traf eine weitere Verstärkung für die amerikanischen Truppen in Archangelsk ein: 5000 Soldaten und Offiziere wurden unter dem Kommando von Oberst Stewart in die Kämpfe gegen die Rote Armee geworfen.



# Drohende Abrechnung mit Mordechai Vanunu,

dem früheren Techniker am geheimen  
Kernforschungszentrum Dimona in der  
Negev-Wüste

Vor einigen Wochen war ich in Frunse, der Hauptstadt Sowjetkirgisiens, bei einer NZ-Leserkonferenz. Man fragte auch nach dem israelischen Techniker Mordechai Vanunu. Aus Gewissensgründen enthüllte er das Geheimnis der Negev-Wüste und lieferte die Angaben darüber sowie einige Dutzend Fotos von der dortigen Zentrale in Dimona der Londoner "Sunday Times". Zu diesem Zeitpunkt hatte er Israel bereits verlassen.

Fünf Tage vor der Veröffentlichung seiner Enthüllungen in der "Sunday Times" verschwand Vanunu. Später stellte sich heraus, daß er von Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad aus Italien entführt worden war. Man erfuhr auch, daß die Geheimdienste von NATO-Staaten ihre Hand im Spiel hatten.

Wir schrieben schon zweimal darüber (NZ 44/86 und NZ 2/87) und berichteten auch, daß das Kreisgericht in Jerusalem am 28. November 1986 gegen Vanunu ein Verfahren wegen Hochverrats und Spionage anhängig gemacht hat, wofür ihm, dem Pariser "Matin" zufolge, lebenslängliche Haft oder die Todesstrafe droht. Drei Wochen später, am 21. Dezember 1986, wurde der verhaftete Vanunu unter verstärkter Bewachung zur Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit ins Gericht überführt.

## Vanunu ungebrochen

Auf den damals in vielen Medien des Auslands erschienenen Fotos sieht man, wie Wachen ihm die Arme verdrehen, ihm den Mund zudrücken und ihn ins Gericht schleifen. Man erkennt, daß ihr Opfer ungebrochen ist, obwohl der Mann fast drei Monate in

Einzelhaft war. Im Gefängnis hatte man alles getan, um seinen Widerstand zu brechen. Seinem Anwalt wurde streng verboten, irgendjemandem etwas über ihn zu sagen. Erlaubt war nur die Mitteilung, daß Vanunu die Anschuldigung zurückwies. Später erfuhr man, daß er aus Protest gegen die Schikanen im Gefängnis in den Hungerstreik getreten war. Und schließlich, daß er den Anwalt abgelehnt und erklärt hat, sich selbst verteidigen zu wollen.

Seit dem 20. März erscheinen Meldungen, daß der Prozeß schließlich hinter verschlossenen Türen stattfinden soll. Das Interesse an Vanunu und den Gründen, warum er "besonders wichtige Staatsgeheimnisse" publik gemacht hat, lebte wieder auf.

Betrachtet man, was die zionistische Propaganda im Zusammenhang mit diesem Fall behauptete, so stellt man vor allem den dringenden Wunsch Tel Avivs fest, sein Opfer zu kompromittieren. Was hat man nicht alles über ihn gesagt und geschrieben! Bald nannte man ihn nur sonderbar, bald wieder deutete man an, Habsucht habe ihn zum Landesverrat getrieben. Auch beschuldigte man ihn der Sympathien für die Palästinenser, was vom zionistischen Standpunkt aus ebenfalls Verrat ist. Oder man deutete an, er habe die Geheimnisse der Negev nicht nur an die "Sunday Times", sondern auch an Moskau verkauft.

In Tel Aviv möchte man eine Art Prozeß des Jahrhunderts, einen Prozeß wegen Atomspionage, aufziehen. Etwa wie den vor etwas mehr als 30 Jahren (1950-1953) gegen Ethel und Julius Rosenberg, die auf dem elektrischen Stuhl ermordet wurden.

Vanunu nennt man heute rosa oder rot und wirft ihm Verbindungen mit Kommunisten vor. So etwas ist in den Augen zionistischer Machtheber mindestens gleichbedeutend mit Unzuverlässigkeit. Nun, nach den zufälligen und keineswegs authentischen Bruchstückangaben

über Vanunu, die Ende vorigen Jahres in verschiedenen Medien erschienen, könnte man vermuten, daß sich seine Anschauungen nach links verlagert haben. Doch seine Beweggründe hat der australische Geistliche John McKnight, ein Freund von ihm, restlos klargestellt. McKnight hat erklärt: "Zu dem Entschluß, die Wahrheit auszusagen, kam Mordechai durch die Bekanntschaft mit der Tätigkeit einer Gruppe von Friedenskämpfern. Die Politik Israels machte ihm Sorgen."

Der Geistliche, der nach Vanunus Verschwinden als erster Alarm schlug, hat erklärt, sein Freund habe für das Reportern von der "Sunday Times" Berichtete kein Geld bekommen, er habe einzig aus "hochsinnigen Motiven" gehandelt. Als der Mossad dieses Zeugnis eines Mannes erhielt, der schwerlich verdächtig und nicht so leicht kompromittiert werden kann, sah er ein, daß es nicht gelingen würde,



Ein Wachsoldat drückt Vanunu, der zu einem Prozeß „unter Ausschluß der Öffentlichkeit“ gebracht wird, den Mund zu

Vanunu als Kommunisten oder Agenten der Kommunisten zu brandmarken. Darauf wechselte Mossad seine Taktik.

Ein UPI-Korrespondent meldete aus Jerusalem: "Wie die 'Newsweek' mitteilt, haben Mossad-Agenten Vanunu auf dem Mittelmeer von einer Yacht entführt und nach Israel zurückgebracht, wo er vor Gericht kommt. Der 'Sunday Times' zufolge ist das vielleicht eine vom Mossad inspirierte Falschmeldung, mit der er die fest bleibenden arabischen Staaten mit dem vermutlichen Atompotential Israels einschüchtern will."

Die Behauptung der "Newsweek", Vanunu sei von Bord einer Yacht entführt worden, wurde sofort als Falschmeldung des Mossad, als Versuch festgenagelt, die Öffentlichkeit über das skrupellose Vorgehen israelischer Agenten in Italien hinwegzutäuschen. Die Mitteilung, daß der Mossad dahintersteckt, ging jedoch um die Welt.



## Der Skandal dauert an

Zur Vorbereitung des Prozesses hinter verschlossenen Türen brauchte Tel Aviv ein halbes Jahr. Die Verzögerung erscheint nicht so harmlos, wenn man bedenkt, daß die Schergen Zeit brauchten, um den Häftling kleinzukriegen, damit der Prozeß im politischen Interesse des zionistischen Staates ausgeschlachtet werden könnte. Andererseits rechnete man darauf, daß der Skandal, den die Entführung Vanunus als staatlicher Terrorakt ausgelöst hatte, abflauen und durch irgendeinen anderen internationalen Skandal — beispielsweise durch das inzwischen aufgeflogene Irangate — in den Schatten gestellt werden würde.

Ist es laut vorliegenden Angaben nicht gelungen, Vanunu kirre zu machen, so scheint die Hoffnung auf ein Abflauen des Skandals eingetroffen zu sein. Zwar hat noch am 24. Dezember v. J. der derzeitige italienische Ministerpräsident Craxi erklärt, daß sich die Behörden mit der Entführung Vanunus aus Italien befassen, aber mit welchem Resultat, das ist noch jetzt unbekannt. Ebenso haben die Behörden Frankreichs auf die Meldung nicht reagiert, Vanunu sei von den Entführern über den Pariser Flughafen Orly nach Israel geschafft worden. Die Aufregung, die wegen der Rolle der britischen Geheimdienste bei der schändlichen Entführung in London auszuberechnen drohte, blieb aus.

Dennoch hält der Skandal an. Es geht ja nicht nur darum, daß ein Mann, der in der unterirdischen Zentrale Dimona tätig war, aus Gewissensgründen gegen die nuklearen Pläne Tel Avivs aufgetreten ist, und auch nicht um seine wiederholte Aussage, daß Israel im Besitz von Massenvernichtungswaffen ist, die es direkt oder indirekt mit Hilfe der NATO-Länder bekommen hat.

Die Hauptsache ist, daß Vanunu die Verantwortung derer zur Sprache gebracht hat, die die Atomkatastrophe

näherbringen und sich in ihrer Politik auf Kernwaffen orientieren. Dafür eben steht er in Israel vor Gericht.

Ist es Tel Aviv vorläufig auch gelungen, Vanunu im Kerker mundtot zu machen, so ist es dazu bei anderen Personen, die etwas zu enthüllen haben, nicht in der Lage. Journalisten des japanischen Zeitungstrusts „Shueisha“ haben einen Bericht über Tel Avivs geheimes Nuklearprogramm abgefaßt, in dem es heißt, daß israelische Piloten auf einem geheimen Testgelände in der Negev den Kernwaffeneinsatz proben. Dort handelt es sich um kleine, aber sehr schlagkräftige nukleare Ladungen, die von F-16-Jagdbombern aus den USA oder mit israelischen Jericho-Raketen ans Ziel befördert werden. Namhafte japanische Experten bestätigen unter Berufung auf geheime Quellen Vanunus Angaben bei der „Sunday Times“. Der japanischen Zeitschrift „Gunji Kenkyu“ zufolge werden, nachdem in Dimona 1964 die Uranaufbereitung anlief, dort bis zu 40 kg „Plutoniumsprengstoff“ jährlich produziert. Ryuichi Hirokawa, ein Nahostexperte, erklärt, daß Israel nicht, wie es bisher hieß, 100–200, sondern bereits „über 200 zum sofortigen Kampfeinsatz bereite nukleare Ladungen besitzt“.

In letzter Zeit ist in der Auslandspressen wieder von dem „Satanbündnis“ Tel Avivs mit Pretoria die Rede. So schreibt die „Washington Post“: „Eine Sonderurkunde über Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik dient als Grundlage dafür, die Ressourcen beider Länder für Nuklearforschungen zusammenzulegen. Kernphysiker und technische Fachkräfte Israels besuchen regelmäßig die RSA. Von vielen Seiten wird geglaubt, daß im September 1979 über dem Südatlantik gemeinsame Atombombentests vorgenommen wurden, obwohl das von beiden Seiten geleugnet wird. Die RSA liefert bekanntlich das Uran für die Zivil- und Militäranlagen Israels, auch die sogenannte Bombenfabrik beim Reaktor von Dimona in der Negev.“

Im vergangenen Oktober, gleich nach Vanunus Enthüllungen, verlangte eine Gruppe arabischer Länder, daß der Punkt „Israels Kernwaffen“ in die Tagesordnung der 41. UNO-Vollversammlung aufgenommen wird. In dem betreffenden Schreiben an den UNO-Generalsekretär

war von „den äußerst gefährlichen nuklearen Vorbereitungen Israels“ und davon die Rede, daß sie zur Verletzung von UNO-Resolutionen und zur Umgehung der IAEA führen. Damals verurteilte die UNO-Vollversammlung Israel für seine Weigerung, den diesbezüglichen früheren Resolutionen nachzukommen. Auch wurde beschlossen, Israels Atompolitik auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung zu setzen.

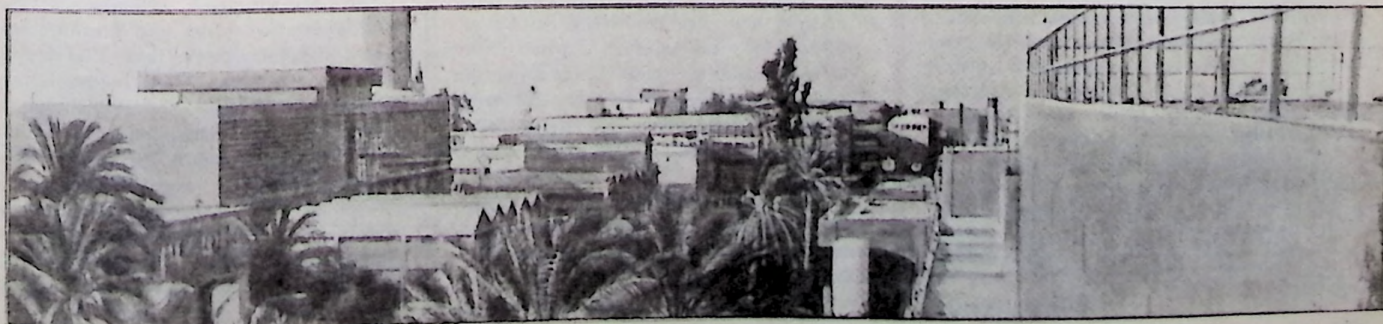
Tel Aviv hat aber, von Washington unterstützt, dafür nur taube Ohren. Es hat sich dem Beitritt zum Kernwaffensperrvertrag von 1968 entzogen und weigert sich heute, seine nuklearen Zentren für eine internationale Inspektion freizugeben. So hat Norwegen, das seinerzeit 20 t schweres Wasser an Israel verkaufte, das Recht zu überwatchen, ob es dieses nicht für militärische Zwecke verwendet. Nachdem bekannt geworden ist, daß es in Dimona tatsächlich zur Plutoniumerzeugung benutzt wird, brachten die Norweger ihr Kontrollrecht zur Sprache, aber damit hatte die Sache ihr Bewenden.

## Einschüchterungsversuch

Aber kommen wir auf den Fall Vanunu zurück. Wie gesagt, heißt es, Tel Aviv selbst stecke hinter dem Durchsickern von Atomgeheimnissen aus Dimona, es wolle damit die arabischen Länder einschüchtern, um ihnen seine eigenen politischen Entscheidungen aufzuzwingen zu können. Zu dem Verdacht gegen Tel Aviv liegen gewisse Gründe vor. Nach den politischen Niederlagen der letzten Zeit im Nahen Osten können sich die strategischen Bundesgenossen Tel Aviv und Washington auch zu einer nuklearen Erpressung entschließen. Es ist, wie sich im Oktober v. J. in der UNO zeigte, nicht gelungen, bei den arabischen Völkern eine Panik auszulösen, nachdem Vanunu bestätigte, daß Tel Aviv Kernwaffen besitzt. Die imperialistische und zionistische Propaganda schreckt die Araber ja schon seit den 70er Jahren mit israelischen Kernwaffen. Die UNO-Debatten haben gezeigt, daß die arabischen Länder die nukleare Bedrohung durch Israel ernst nehmen. Die Sache ist aber bekanntlich zweischneidig. Ein Kernwaffeneinsatz Tel

Ein von Vanunu gemachtes Foto von der Kernforschungszentrale in Dimona

Fotos: „Espresso“ (Italien) und „Sunday Times“ (Großbritannien)





Aviv in einem so engen Raum wie dem Nahen Osten wäre für den Angreifer purer Selbstmord. Das weiß man sowohl in den arabischen Hauptstädten als auch in Tel Aviv. Wenn man aber sagt, daß der Kernwaffenbesitz Israels eine militärische Bereinigung des Nahostproblems ausschließe, so weiß man in Tel Aviv aber auch genau, daß sich die arabischen Länder auf eine politische und nicht militärische Lösung des Problems orientieren und daß der Gedanke an eine internationale Nahostkonferenz unter Teilnahme der ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats und aller interessierten Seiten sowohl in dieser Region als auch in der übrigen Welt immer mehr Zustimmung findet. Tel Aviv fürchtet aber gerade eine politische Lösung. Diese würde ja die heutige Rolle des zionistischen Staates als US-Gendarm unweigerlich entwerfen, und das wiederum würde zur jähen Drosselung des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bestands der USA für Israel führen. Ohne Gegenleistung zahlt Washington nichts.

Übrigens setzen sich heutzutage immer mehr Israelis für eine politische Lösung des Nahostproblems ein. Sie sind des 40jährigen Kriegszustandes müde und drücken immer stärker auf Tel Aviv, um eine friedliche Regelung durchzusetzen. Vanunu gehört zu den Israelis, die diese Einstellung in tapferen Aktionen zum Ausdruck bringen. Deshalb will Tel Aviv mit dem geheimen Prozeß und Strafgericht über Vanunu alle Verfechter einer friedlichen Regelung im Staate Israel einschüchtern.

Es ist durchaus kein Zufall, daß einen Tag vor dem Prozeß über Vanunu in Ramleh ein Prozeß gegen vier israelische Pazifisten begann, die im November 1986 an einem Treffen mit einer PLO-Delegation teilnahmen. Sie werden nach einem Gesetz vom August v. J. gerichtet, laut dem es Staatsbürgern Israels verboten ist, Kontakt zu Vertretern "terroristischen Organisationen" zu haben. Das Verfahren in Ramleh ist der erste Prozeß nach diesem Gesetz. Zugleich ist Michel Warschawski, Leiter des Zentrums für Alternativinformation, festgenommen worden. Dieses Zentrum hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Öffentlichkeit und die Presse auf Verstöße Israels gegen die Menschenrechte in den besetzten arabischen Gebieten hinzuweisen. Warschawski sind Glieder ein und dung mit "Terroristen" beschuldigt.

Der Prozeß gegen Vanunu, das rigorose Vorgehen gegen die vier israelischen Pazifisten und die Festnahme Warschawski sind Glieder ein und derselben Kette. Der zionistische Staat, der die Völkerrechtsnormen in den besetzten arabischen Gebieten und in Israel selbst mit Füßen tritt, hat gegen alle, die gegen seine abenteuerliche Politik sind, eine Offensive eingeleitet.

Also nicht von ungefähr möchten die NZ-Leser jetzt mehr über das Schicksal Vanunus wissen. Auch er kämpft gegen ein nukleares Inferno, gegen die Gefahr, in der jetzt die ganze Menschheit schwebt.

J. KORSCHUNOW

Bringen die nächsten Parlamentswahlen Veränderungen?

## Die Armee und ihre Gegner

Das Wahlergebnis vom 23. April steht praktisch fest. Von den 500 Mandaten im Rat der Volksvertreter sind bereits 100 für die Armee reserviert. Seit 1965 ist sie die führende politische Kraft dieses Landes mit seinen annähernd 170 Millionen Einwohnern. Die Organisation der funktionellen Gruppen (Golkar) rechnet mit 70 % der verbleibenden 400 Plätze. Die Golkar ist eine Massenorganisation unter Aufsicht der Armee und des Staatsapparats. Auf Grund der vorausgegangenen Wahlen 1971, 1977 und 1982 kann man mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß die Golkar mit Unterstützung der Militärs ihr Ziel erreicht. General Murdani, Oberkommandierender der indonesischen Streitkräfte, hatte Präsident Suharto bereits im September 1986 gemeldet, daß die Armee in der Lage sei, "den Verlauf des Wahlkampfs unter Kontrolle zu halten".

Um die verbleibenden 100 - 120 Plätze bewerben sich die Demokratische Partei Indonesiens (DPI) und die islamische Partei der Einheit und Entwicklung (PEE). Mit mehr dürfen sie nicht rechnen, denn beide sind durch internen Streit und Spaltungen geschwächt. Eine Sonderkommission überprüft pedantisch alle Kandidaten auf ihre Loyalität und hat vorsorglich 60 von 800 Golkar-Kandidaten ausgesiebt, 250 von 800 PEE-Kandidaten und 259 von 629 DPI-Kandidaten. Weil sie mit dieser Selektion gerechnet hatten, stellten Golkar und die beiden anderen Parteien Kandidaten auf Vorrat auf.

Selbst wenn man die unwahrscheinlichste Variante annimmt, nämlich daß eine der genannten Parteien die Parlamentsmehrheit erringt, heißt das noch lange nicht, daß sie auch wirklich regiert, weil das Staatsoberhaupt die Minister nach Gutdünken ernannt, und zwar ohne Rücksicht auf das politische Kräfteverhältnis im Parlament. Zudem sind die Möglichkeiten des Parlaments, die Tätigkeit der Regierung zu kontrollieren, praktisch gleich Null: Das Kabinett ist ausschließlich dem Präsidenten verantwortlich.

Trotzdem waren die drei vorausgegangenen Wahlkämpfe stürmisch verlaufen, und der Kampf der politischen Leidenschaften hatte zu spontanen Zusammenstößen geführt. Die Armeeführung

hatte offensichtlich deshalb bereits erklärt, daß massenhafte Mobilisierung zu Wahlkampfveranstaltungen unerwünscht sei, weil es dabei zu einer Entladung der Emotionen, zu Aufruhr und Gewaltakten kommen könne.

Wenn aber das Wahlergebnis bereits feststeht, woher rühren dann diese Leidenschaften? Offenbar daher, daß alle die Wahlen als einzige Möglichkeit ansehen, die Armee, um ihren Regierungseinfluß zu stärken, die Parteien, um ihr Existenzrecht zu behaupten und der normale Wähler, um sich, zumindest während der Stimmabgabe in die Politik einzuschalten und seine Einstellung zu der im Land herrschenden Ordnung zu artikulieren.

Nach

dem Wirtschaftsboom

Diese Wahlen in Indonesien werden unter erheblich schwierigeren Umständen stattfinden, als in den ganzen letzten 20 Jahren davor. Das recht überzeugende Wirtschaftswachstum der 70er Jahre, begünstigt durch die hohen Erdölpreise (Indonesien exportiert Erdöl) und den Zustrom westlicher Investitionen und Kredite wurde 1982 durch einen Rückgang abgelöst, dem nach einer kurzen Atempause eine zweite Flaute folgte. Diese wurde schon durch den Preissturz bei Flüssigbrennstoffen ausgelöst. Das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich: von 6,1 % 1984 auf 1,9 % 1985 und 1 % 1986. Der Wirtschaftsflaute folgte ein Preisanstieg und Senkung des Beschäftigungsgrades. Um den Export zu beleben, wertete die Regierung im September 1986 die indonesische Rupie um 45 % ab.

Die Abhängigkeit Indonesiens von westlichen Investoren und Kreditgebern macht sich jetzt bemerkbar. 1981 betrugen die Ausgaben für Schuldentilgung noch 10 % der Exporteinnahmen, 1986 dagegen überstiegen sie bereits 30 %. Das geschieht heute vor dem Hintergrund eines versiegenden Zustroms an Auslandsinvestitionen, an denen sich die Wirtschaft Indonesiens in bedeutendem Maß orientiert, von 2,5 Md. US-Dollar 1983 auf nicht ganz 700 Mio 1985.



In Indonesien ist man beunruhigt, daß, wenn diese negativen Tendenzen sich ausweiten, die Errungenschaften zunichte machen, wie etwa die Selbstversorgung mit Reis, dem wichtigsten Nahrungsmittel des Landes, den Produktionszuwachs in mehreren Industriezweigen, u. a. in der verarbeitenden Industrie, den Inflationsstopp und eine Preiskontrolle für Waren des Grundbedarfs. Die Behörden verbuchen auch das verzögerte Bevölkerungswachstum und relativ hohe und stabile Devisenreserven unter Erfolg.

Inzwischen leitet die Regierung Maßnahmen ein, um Produktion und Export solcher Waren zu erhöhen, die nicht mit Erdöl und Erdgas zusammenhängen, und um die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit sozialistischen Staaten und Entwicklungsländern auszuweiten. Während der Unterredungen in Djakarta zwischen UdSSR-Außenminister Schewardnadse und führenden indonesischen Politikern kamen die Seiten überein, die bestehenden Möglichkeiten für gegenseitig vorteilhaften Warenaustausch besser zu nutzen.

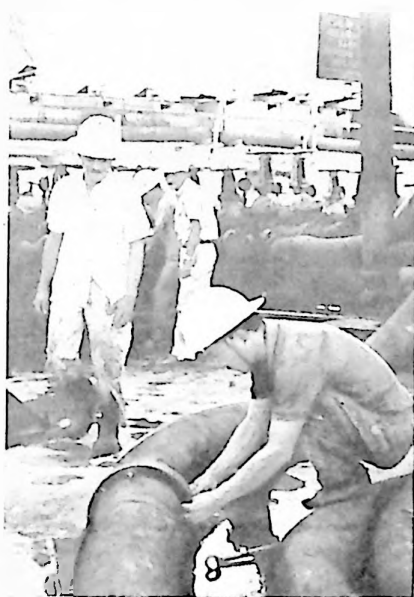
Diese Maßnahmen können natürlich auf längere Sicht dazu beitragen, die ökonomischen Schwierigkeiten zu überwinden. Ihre Resultate werden sich allerdings erst nach einiger Zeit bemerkbar machen. Solange bleibt die Lage ernst. Um so mehr, als der Westen, vor allem die USA, Indonesien mit allen Mitteln daran hindern, als Exporteur von Industrieerzeugnissen auf den Weltmarkt zu treten.

Die zunehmenden wirtschaftlichen Gebrechen stehen in engem Wechselverhältnis zu sozialpolitischen Erschütterungen. Die Entwicklung des Kapitalismus in Indonesien führte zu einer sich vertiefenden Differenzierung der Klassen- und Eigentumsverhältnisse. Soziale Unruhen in den Städten und auf dem Land waren die Folge. Obwohl die Organisationen der Werktätigen nach wie vor streng verboten sind, brechen diese Unruhen oftmals und in den verschiedensten Formen, manchmal gewaltsam, hervor. Auch die Übermacht des Auslandskapitals ruft Unwillen hervor. Die Öffentlichkeit sieht darin nicht nur eine intensivierte wirtschaftliche Abhängigkeit, sondern auch die Gefahr, daß traditionelle nationale geistige Werte zersetzt werden.

## Suche nach Alternative

Im Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung Indonesiens weiteten sich die "Mittelschichten" aus, steigert den Anteil der einheimischen Unternehmer und der an sie angrenzenden wissenschaftlich-technischen Intelligenz. Sie sind objektiv daran interessiert, daß das Vorrecht der staatlichen Einflußnahme von der Armee auf zivile Kreise verlagert wird, daß die

nationale Bourgeoisie unmittelbar an der Regierung des Landes teilhat und daß der Einfluß der repräsentativen Organe erhöht wird. Die objektiv sich vollziehende Veränderung in der sozialen Zusammensetzung der indonesischen Gesellschaft erfordert auch im politischen Überbau eine Entsprechung auf demselben Niveau, wie die wirtschaftliche und technische Modernisierung, die diese Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten



Sumatra - das indonesische Erdölzentrum

erreicht hat. Man kann sagen, daß sich in Indonesien eine bürgerlich-liberale Opposition herausbildet, die bei allen inneren Widersprüchen und der klassenbedingten Beschränktheit ihrer Forderungen nach mehr Demokratie in Zukunft das politische Leben des Landes maßgeblich prägen kann.

Die Militärs dagegen halten die politische Initiative fest in der Hand und machen nicht den Eindruck, als wären sie geneigt, die Macht mit irgend jemandem zu teilen. General Murdani und andere führende Militärs haben kategorisch verlautbart: Niemand hat die führende Rolle der Armee in der Gesellschaft in Zweifel zu ziehen. Erklärungen dieser Art werden durch politische und Verwaltungsakte bekräftigt, die dazu dienen sollen, jede Veränderung im gegenwärtigen Staatsaufbau oder gar Alternative abzuwürgen.

Die bereits 1966 illegalisierte Kommunistische Partei Indonesiens ist immer noch grausamen Repressalien ausgesetzt. Der Staatsapparat wird nach wie vor von allen gesäubert, die man linker Gesin-

nung verdächtig, ja selbst von Personen, die mit Mitgliedern vor über zwei Jahrzehnten verbotener fortschrittlicher Organisationen weitläufig verwandt sind.

Die Regierung hat vor zwei Jahren durchgesetzt, daß im Parlament ein Gesetz verabschiedet wurde, das die "Panca Sila" genannten folgenden fünf Prinzipien der Staatsideologie für alle Parteien und gesellschaftlichen Organisationen verbindlich erklärt: Monotheismus, Demokratie, nationale Einheit, soziale Gerechtigkeit und Humanismus.

Für sich genommen sind diese Prinzipien über jeden Einwand erhaben. Die politischen Gruppierungen Indonesiens befürchten jedoch, daß die Militärführung, die sich das Recht vorbehält, die offizielle Ideologie ausulegen und zu bestimmen, inwiefern die Haltung einer bestimmten Organisation mit diesen fünf Prinzipien übereinstimmt, über ein universelles Machtmittel verfügt für eine noch rigide Kontrolle über jede politische Betätigung in diesem Land.

Die Einschränkung legaler Möglichkeiten für die Diskussion um grundlegende gesellschaftliche Probleme konnte nicht dazu führen, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen. Ein entgegengesetzter Prozeß läuft ab, und die politischen Auseinandersetzungen nehmen erbitterte Formen an.

Hier liegt ein Grund für die Aktivierung der oppositionellen Islam-Bewegung. Sie operiert sowohl innerhalb der existierenden legalen Strukturen als auch unabhängig davon. Sie wendet sich an die Massen, die mit der Einschränkung demokratischer Freiheiten und mit den negativen Auswirkungen der kapitalistischen Entwicklung unzufrieden sind, und an alle diejenigen, die angesichts des Verbots, fortschrittliche Ideologien zu verbreiten, außer der religiösen, keine Alternative zur bestehenden Wirklichkeit sehen. Die radikalen Moslems ziehen Menschen aus allen Schichten der indonesischen Gesellschaft an, vor allem Jugendliche. Was sie nicht haben, ist ein reales, positives Programm, um es dem jetzigen Regierungskurs entgegenstellen zu können. Viele indonesische Beobachter, auch aus der Umgebung der Militärs, meinen jedoch, daß die Moslemextremisten eine potentielle Gefahr für die politische Stabilität Indonesiens darstellen.

Die Probleme, mit denen Indonesien jetzt, zu den fünften allgemeinen Wahlen in der Geschichte des Landes konfrontiert ist, sind nicht neueren Ursprungs, sondern aus der mehrere Jahrzehnte währenden Entwicklung des Landes erwachsen. Heutzutage haben sie sich jedoch derart zugespitzt, daß von den Methoden ihrer Lösung abhängt, wie die indonesische Gesellschaft in der nächsten Zukunft aussehen wird.

A. JURJEV

Wenn jeder von uns einen Apfel hat und wir sie tauschen, ist das Ergebnis nichtig. Ich habe einen Apfel, und Sie haben ebenfalls nur einen. Wenn wir aber Gedanken austauschen, wird jeder von uns doppelt so reich. Zudem bringt ein Gedanke einen anderen hervor. Heute hat die Literatur eine weitere, vielleicht die vornehmste Aufgabe: die Menschen an die Wichtigkeit des Friedens, an die Notwendigkeit des Friedenskampfes, daran zu mahnen, daß der Frieden der höchste Wert ist. Wer den Krieg erlebt hat, versteht das besonders gut."

"Schreiben Sie auch heute über den Krieg?"

"Ja, kann man denn anders? Mein Roman 'Ein Silberling' handelt vom Slowakischen Nationalaufstand. Ich weiß, was Faschismus ist, und habe meine persönlichen Erfahrungen, was faschistische Gefängnisse betrifft. Seit Beginn 1944 bis Kriegsende war ich in einem Gefängnis für politische Häftlinge. Ich hatte versucht, Dokumente für einen Illegalen, nach dem die Gestapo fahndete, zu beschaffen. Jeder Tag konnte für mich der letzte sein."

"Ihre Lebenserfahrungen bestimmen den Themenkreis Ihrer Werke. Bereuen Sie nicht, daß Sie so viele Jahre als Ingenieur tätig waren?"

"Neunzehn Jahre lang saß ich auf zwei Stühlen, war Ingenieur und schrieb zugleich Bücher. An den Schreibtisch konnte ich mich nur nach Feierabend oder sonntags setzen, arbeitete viel nachts, schlief erst gegen Morgen ein. Dann endlich sah ich ein, daß ich wählen mußte, und entschied mich für die Literatur. Meinen technischen Beruf verdanke ich meinen Eltern, die einst beschlossen hatten, daß ich Ingenieur werden müsse. In der Jugend tat es mir leid, ich meinte, klassische Bildung wäre mir nützlicher gewesen. Jetzt aber bin ich meinen Eltern dankbar, weil ich 20 Jahre unter Menschen gelebt habe, die sich ihre Existenz mit schwerer körperlicher Arbeit verdienen. Ich kenne ihre Probleme und ihre Freuden. All das kann ich in meinem literarischen Schaffen gut gebrauchen."

"Nach dem Krieg ging die tschechoslowakische Literatur erstmalig daran, Arbeit als Schaffensprozeß zu zeigen. Das war eine Art Experiment. Es erschienen zahlreiche 'Produktionsromane', aber nur wenige davon haben die Probe der Zeit bestanden. Viele dieser Werke waren dogmatisch und schematisch. An sich ist die Hinwendung zur Produktionsthematik logisch, sie gab die Möglichkeit, den Helden vor eine Alternative zu stellen und in einem Konflikt seinen Charakter auszuleuchten. Doch die Konfliktformel 'Neuerer gegen Konservative' kompromittierte sich schließlich vollends, und die Künstlichkeit der Konstruktion verurteilte die Autoren zum Mißerfolg. Übrigens nannte damals keiner solche Bücher mißglückt... Warum bildeten Pluhars

Romane und Erzählungen aus jenen Jahren, ebenfalls 'Produktionsprosa', z. B. das 1954 herausgekommene 'Blaue Tal', eine glückliche Ausnahme?"

"Unsere Literatur machte eine Krankheit durch, von der die Literaturen aller volksdemokratischen Länder angesteckt waren. Die Schriftsteller wollten ihrem Volk beim Aufbau des neuen Lebens helfen und schrieben Romane, die die Menschen zu guter Arbeit aufforderten. Sie besangen Bestarbeiter und Neuerer, und dies aufrichtig, weil sie vom allgemeinen Schwung der Aufbauarbeit mitgerissen waren. Trotz aller schönen Absichten der Autoren blieben diese Bücher kurzlebig. Sie waren künstlerisch seicht und beschäftigten sich nur mit positiven Helden. Der Inhalt hatte den Vorrang vor der Form."

"Auch für Sie? Oder war Ihnen der Mensch in der Produktion interessanter als die Produktion selbst? Kann man sagen, daß Sie sich mit ethischen Problemen auseinandergesetzt haben?"

"Was mich immer bewegt hat, war das: wie verhält sich ein Mensch in einer schwierigen Situation, da die Entscheidung von seinem Gewissen, seinen moralischen Prinzipien abhängt?"

"Wir wissen, daß der Dogmatismus in der Literatur nicht wenig Schaden angerichtet hat, daß seine Überwindung ebenfalls mit Überspitzungen verbunden war und viele tschechoslowakische Schriftsteller es nicht vermochten, sich in dieser komplizierten Situation zurechtzufinden. Nach den Ereignissen von 1968 entdeckte die Literatur eine für sich neue Etappe in der künstlerischen Darstellung des Lebens."

"Ja, charakteristisch für unsere Literatur sind seit über 10 Jahren ein erhöhtes Interesse für die menschliche Individualität und das Streben, eine facettenreiche Gestalt unseres Zeitgenossen zu schaffen, sein ethisches Wesen und sein Verantwortungsfühl gegenüber der Gesellschaft, der Epoche, gegenüber sich selbst zu zeigen."

"Ich denke an Ihren Roman 'Endstation', der in den 70er Jahren entstand. Er ist zwar ins Russische übersetzt, aber für jene unserer Leser, die den Roman nicht kennen, will ich ein paar Worte dazu sagen. Die Handlung spielt in einem Altersheim. Statt des für Pluhar typischen dynamischen Sujets haben wir hier eine langatmige Erzählung, lange Überlegungen der Helden, eine ausführliche Schilderung des traurigen Alltags von Menschen, deren Leben die Endstation erreicht hat. Die Helden - und zugleich der Autor selbst - denken an ihr Leben zurück, noch einmal überprüfen sie in Gedanken ihr Handeln und sich selbst. Moral, Ehre, Gewissen - mit diesen Kategorien arbeitet der Autor hier. Die Helden erleben schwierige moralische Kollisionen, eine richtige Entscheidung fällt ihnen nicht leicht. Erneut stellt sich hier das Thema der moralischen Wahl ein. Nach allem zu urteilen, ein besonders wichtiges Thema für Sie?"

"Das Thema der Entscheidung, die das gesamte spätere Leben eines Helden bestimmen soll, kennzeichnet die ganze tschechoslowakische Gegenwartsliteratur. Die komplizierte Geschichte unseres Landes verleiht diesem Thema eine besondere, tragische Aktualität. Vielleicht handelt es sich dabei auch um das Hauptthema der gesamten Literatur des 20. Jahrhunderts. Ich weiß, daß mein Roman 'Wenn du mich verläßt' den sowjetischen Lesern gefallen hat. Auch das ist ein Buch über jene, die ihre Wahl treffen - und sich dabei irren. Über jene, die aus eigenem Antrieb Emigranten werden."

"Was charakterisiert die tschechische Literatur der 80er Jahre?"

"Seinerzeit warf die Kritik den Autoren vor, daß sie mit 'versteckter Kamera' arbeiten und das Leben widerspiegeln, ohne es gedanklich verarbeitet zu haben. In den letzten Jahren beginnen viele junge Autoren, die komplizierten Erscheinungen unseres Heute tiefgreifender zu analysieren. Man kann sagen, daß sie ein ausgeprägteres Verantwortungsbewußtsein haben. Unter anderem würde ich das nachlassende Interesse für den historischen Roman erwähnen."

"Wie erklärt sich das?"

"Die Gattung wurde von den früheren Schriftstellergenerationen ausgiebig durchgearbeitet. Es ging auch nicht ohne einen gewissen Druck der Kritik auf die Autoren ab: Man erwartet einen positiven Helden. Meiner Meinung nach bestimmt nicht die Zeit der Handlung den Umstand, ob ein Literaturwerk gegenwartsnah ist oder nicht. Ein Buch über Sokrates kann viel aktueller sein als etwa ein schlechter Roman über das heutige Leben unserer Arbeiter. Gegenwartsnähe ist das bildhaft reproduzierte Gefühl für das Geschichtsbewußtsein."

"Überraschend formuliert! Ich glaube, das findet bei unseren Lesern Interesse. Die letzte Frage: Gehören Sie zu jenen Schriftstellern, die Fragen nach ihren schöpferischen Plänen nicht beantworten?"

"Nein. Ich möchte ein Erinnerungsbuch schreiben. Memoiren sind bei uns sehr populär. Manchmal steckt die Neugier nach skandalösen Geschichten aus dem Privatleben berühmter Menschen dahinter, aber im Ernst gesprochen, möchte ich versuchen, zu vereinigen, was unvereinbar scheint: Erinnerungen und Dichtung. Unter realen historischen Umständen sollen literarische Gestalten handeln, denen ich Leben verleihen will. Die Handlung spielt zwischen 1918, als der Tschechoslowakische Staat gegründet wurde, und 1938, als die Republik zugrunde ging. Natürlich möchte ich meine Leser, auch in der UdSSR, nicht in ihren Erwartungen täuschen. Es ist mir eine große Freude, daß bei Ihnen jetzt gleich mehrere meiner Bücher übersetzt werden."

Leonid MLETSCHIN

Prag-Moskau

"NEUE ZEIT" 14.87



# Die Zeit ist Zeuge

Einige Kilometer nordwestlich von Bagdad reicht die Wüste bis unmittelbar an die Straße. Immer seltener werden die grünen Oasen, die Menschen und Tiere. Und schließlich ist es so weit — um uns herum nur Sand, soweit das Auge reicht. Der glühend heiße Wind peitscht die seltenen Bündel der kärglichen Wüstenflora, läßt sich entsetzliche Sandstürme am Horizont zusammenballen. Und nur die entgegenkommenden Wagen und die Nottelefone, die in gleichmäßigen Abständen am Straßenrand stehen, erinnern an die Gegenwart des Menschen.

Unwillkürlich fährt man schneller, und da endlich nähert sich die Straße dem Euphrat — und sogleich, als wäre es ein Wunder, eine Fata Morgana, tauchen hinter der Wegbiegung dichte Palmenhaine, Gärten und bestellte Felder, das satte Grün von Wiesen auf, sieht man lächelnde braungebrannte Bauern.

Immer ist es so gewesen, das geschichtsträchtige, legendäre Mesopotamien — ein faszinierend schönes und erstaunlich fruchtbares Land, dort, wo Wasser ist, und leblos, dem Menschen feindlich, dort, wo das lebenspendende Naß fehlt.

An den Euphrat schmiegt sich die gemütliche Kleinstadt Al Qadisiya, ein wahres Eldorado für Freunde der traditionellen arabischen Kultur. Doch nun schon einige Jahre hat die Stadt mit ihren engen Gassen ihre jahrhundertelange Ruhe verloren. Jeden Tag rollen durch Al Qadisiya LKW-Karawanen mit Baumaterial, Technik und Menschen.

Etwas weiter den Euphrat aufwärts geht der Bau des leistungsstarken Wasserkraftwerks Al Qadisiya, eines Objekts der sowjetisch-irakischen Zusammenarbeit, seinem Abschluß entgegen. Das Wasser aus dem riesigen Stausee wird Hunderttausende Hektar bewässern. Der erste Block des Kraftwerks, das nach sowjetischem Projekt und mit technischer Unterstützung der UdSSR gebaut wird, liefert bereits Strom. Die geplante Leistung des Wasserkraftwerks beträgt 660 000 KW.

Jedesmal, wenn ich den Bau besuchte, war ich erstaunt, wie harmonisch sein riesiger, angespannt arbeitender Mechanismus funktioniert. Dutzende gigantischer Fahrzeuge, die den irakischen Bedingungen hervorragend angepaßt sind, Sprengungen in den Felsen, Bagger, insbesondere Saugbagger. Meter für Meter wuchs der Staudamm. Gemeinsam waren hier sowjetische und irakische Ingenieure und Arbeiter tätig.

"Findet ihr eine gemeinsame Sprache?" fragte ich den Dolmetscher Alexander Golzow.

"Kein Problem! Bald werde ich arbeitslos sein", lacht er, wobei er auf Dmitri Kalinkewitsch und Munzer Bakr zeigt, die lebhaft ein Schaltbild erörtern. Sie sprechen ein merkwürdiges Gemisch aus Russisch und Arabisch, wobei sie einander großartig verstehen.

Man könnte jetzt viel aufzählen: Wie viel Kubikmeter Gestein aus dem Boden geholt werden mußten, um den Staudamm zu errichten (30 Millionen!), mit welcher Effektivität die sowjetische Technik genutzt wird, ja wie viele Neuerervorschläge und untraditionelle Lösungen bei dem Bauvorhaben gefunden wurden.



Jeder Abschnitt des Staudamms vermittelt neue berufliche Erfahrungen.

Foto des Autors

"Doch wie lassen sich Begeisterung, Talent und Energie von Tausenden hervorragender Spezialisten messen, also das, was den Damm so fest und für Jahrhunderte unerschütterlich gemacht hat?" Diesen Satz des Generaldirektors des Bauobjekts, Basem Al-Abaiji, habe ich in meinem Notizbuch unterstrichen.

"Der Bau des Wasserkraftwerks wurde zu einer Bewährungsprobe für die Arbeit unter komplizierten, bisweilen extremen Bedingungen und die Freundschaft, den Internationalismus und wahre gegenseitige Hilfe sowohl für die sowjetischen Menschen als auch für die Irakis", sagte der sowjetische Chefexperte Viktor Skripnikow.

Das Wasserkraftwerk Al Qadisiya ist nur eines der ca. 100 Wirtschaftsobjekte, die in Zusammenarbeit mit der UdSSR auf irakischem Boden entstanden sind. Diese Zusammenarbeit umfaßte die Schlüsselzweige der Wirtschaft. Wichtige Bewässerungskanäle wurden verlegt, Kraftwerke gebaut. Betriebe der Schwer- und der Leichtindustrie entstanden, nationale Kader werden ausgebildet. Von nicht geringer Bedeutung für die unabhängige Entwicklung des Landes ist die Zusammenarbeit in Bildung und Kultur. Doch vom Erdöl — dem Hauptreichtum

des Irak, der zweifelsohne das Schicksal des Landes bestimmt — soll gesondert die Rede sein.

Die Sowjetunion kam dem Irak an einem Wendepunkt seiner Geschichte zu Hilfe, als Anfang der 70er Jahre die Ölindustrie nationalisiert wurde. Diese Entscheidung war ein revolutionärer Schritt und ein wichtiges Beispiel für viele Entwicklungsländer. Die UdSSR half, den Wirtschaftsboykott der Monopole zu durchbrechen. Der Tanker, der die erste Ladung von dem irakischen Volk gehörenden Öl an Bord nahm, fuhr unter sowjetischer Flagge. Auch heute helfen sowjetische Erdölarbeiter, die Förderung des „schwarzen Goldes“ zu vervollkommen.

Der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und dem Irak wurde am 9. April 1972 unterzeichnet. Dieses Dokument wurde zu einer Art Bilanz und zugleich zu einem festen Fundament für die weitere Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen. Die vergangenen 15 Jahre haben gezeigt, daß sich Moskau und Bagdad dabei nicht täuschten: Der Vertrag hatte eine wichtige Funktion bei der Festigung der antiimperialistischen Solidarität und dem Zusammenwirken unserer Völker, bei der Konsolidierung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit des Irak.

"Die Zeit ist der unvoreingenommenste, ehrlichste Zeuge für die Aufrichtigkeit und die Festigkeit unserer Freundschaft", sagte mir der Vorsitzende der Gesellschaft für irakisch-sowjetische Freundschaft Najih Mohammad Khalil.

... Über dem Damm des Wasserkraftwerks Al Qadisiya sind die Luftabwehrgeschütze in ständiger Bereitschaft. Selbst Hunderte Kilometer von der Front entfernt spürt man die Auswirkungen des tragischen iranisch-irakischen Krieges. Er fügte der Wirtschaft des Irak schweren Schaden zu, verlangsamte ihre Entwicklung. Doch auch in schweren Jahren hielt die sowjetisch-irakische Zusammenarbeit allen Belastungen stand. Unter den nicht einfachen Bedingungen des Krieges arbeiten sowjetische Spezialisten auf vielen Wirtschaftsobjekten, entwickeln sich die kommerziellen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen.

Die Sowjetunion — das wurde erneut in der Erklärung der Sowjetregierung vom 8. Januar 1987 bestätigt — tritt entschieden für eine schnellstmögliche Beendigung des iranisch-irakischen Krieges, die friedliche Beilegung des Konflikts und für die Lösung aller Streitfragen auf dem Verhandlungsweg ein. Dieser prinzipielle Kurs der UdSSR findet volles Verständnis bei der Regierung wie bei dem Volk des befreundeten Irak.

Bagdad—Moskau

A. WASSILINOW

# Ein Besuch bei namibischen Flüchtlingen

Von unserem Korrespondenten  
Nikolai RESCHETNJAK

Von Lusaka aus führte unser Weg uns westwärts, zur Stadt Mumbwa, dann, durch das Tal des Kafue, nach Kaoma-town und von dort in den Busch. So erreichten wir ein auf dem Territorium Sambias gelegenes Lager der namibischen Flüchtlinge. Ich wollte sehen, wie sie leben, arbeiten und ihre Kinder lehren, diese Menschen, die von den südafrikanischen Rassisten um ihre Heimat gebracht worden sind, aber fest daran glauben, daß die Stunde der Freiheit auch für ihr leidgeprüftes Land einmal schlagen wird.

## Bei Null angefangen

Etwa zwei Stunden schnelle Fahrt braucht man, um den größten sambischen Nationalpark, den von Kafue, zu durchqueren. Unterwegs sahen wir satt schlummernde Löwen, scheue Antilopenherden und Giraffen, die die Menschen aus großen erstaunten Augen anblickten.

Während wir durch den Park sausten, befehlten meine Begleiter zu Gott, daß der Wagen nicht kaputtgehe. Hilfe ist hier keine zu erwarten: keine Menschen, soweit das Auge reicht, und aussteigen darf man nicht. Wer weiß, wie ein Löwe, ein Elefant oder ein Nashorn, die sich zufällig in der Nähe befinden könnten, darauf reagieren würden. Aber am gefährlichsten für die Reisenden sind nicht diese großen Bewohner der Savanne, sondern die kleine Tsetsefliege. Sie überträgt Trypanosomen, den Erreger der Schlafkrankheit, gegen die es bisher kein wirksames Mittel gibt. In einigen ausgedehnten Regionen herrschen Arten der Tsetsefliege vor, deren Stich für große Rinder und Pferde tödlich ist. Die Fliege wird bekämpft, aber vorläufig mit wechselndem Erfolg.

Als der Kafue-Nationalpark hinter uns lag, wurden wir an einem Posten angehalten. Ein Beamter ließ uns aussteigen und fing in unserem Wagen mit einem gewöhnlichen Schmetterlingsnetz etwa zehn Tsetsefliegen.

Dieses Lager der namibischen Flüchtlinge, das offiziell Zentrum für Gesundheitsschutz und Bildung heißt, entstand 1975. Damals kamen die ersten

Aktivisten der patriotischen Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) mit ihren Angehörigen her. Das Kolonialregime der RSA bedrohte sie, viele hatten Verhaftung, Gefängnis und Folter kennengelernt. Eine Zuflucht fanden hier auch die Frauen und Kinder der Gefallenen der Partisanenarmee, die für die Befreiung der durch die RSA rechtswidrig okkupierten Heimat kämpft, und jener, die eingekerkert waren.

Sie begannen bescheiden, bauten zunächst Lehmhütten, und obwohl hier



Im Kindergarten

gegenwärtig, im Rahmen der Flüchtlingshilfe der UNO, Reihenhäuser aufgeführt werden, bilden die Hütten noch immer den Grundstock der „Wohnsubstanz“. Von Wind und Regen angegriffen, mit löchrigen Wänden, beherbergt jede Hütte 7-10 Personen.

In den letzten Jahren wurden eine Schule, ein Kindergarten und ein Krankenhaus sowie Anlagen für Sport und Jugendveranstaltungen gebaut. Dort werden Kundgebungen durchgeführt und an Nationalfeiertagen Lagerfeuer entzündet.

Wir besuchten Werkstätten, wo Frauen Kleidungsstücke und Decken für die Lagerbewohner nähen, und eine Farm, die für aller Verpflegung sorgt. Der Alltag der Menschen, die sich zeitweilig in der Fremde befinden, ist gut organi-

siert, weist jedoch keine Spur von Militär auf.

Dabei behauptet die amtliche RSA-Propaganda, die SWAPO-Lager in Sambia, Angola und anderen „Frontstaaten“ seien dazu da, Soldaten und Kommandeure auszubilden, die Namibias Befreiungsarmee auffüllten und eine potentielle Bedrohung der RSA seien. Immer wieder wird die Drohung ausgestoßen, die Lager zu vernichten und „mit den Partisanen und Terroristen aus dem Busch“ aufzuräumen.

## Leben in der Kommune

Der Direktor des Lagers, der 32jährige energische Leonard Nambahu, geht in seiner Arbeit, mit der ihn das ZK der SWAPO beauftragt hat, auf. Mit 16 Jahren war er der nationalen Befreiungsorganisation beigetreten und dann mehrmals wegen seiner patriotischen Tätigkeit verhaftet worden. Nach der letzten Entlassung mußte er die Heimat verlassen. Er studierte im Ausland, ist Wirtschaftsfachmann und träumt davon, nach der Befreiung Namibias den Bergbau umzustrukturieren und zu entwickeln.

Wie er sagt, leben gegenwärtig 4590 Personen im Lager, davon 700 Kinder, deren Eltern in der Heimat den Kampf fortsetzen bzw. gefallen sind. Ein Teil der Kleinen lebt im Kindergarten, der anderen haben sich einzelne Familien angenommen.

Wie wird das Leben in dieser kleinen Gemeinschaft geregelt?

„Die Direktion“, antwortet Leonard Nambahu, „hat mehrere mit nur wenigen Mitarbeitern besetzte Departements: für Bildung, Gesundheitsschutz, Wirtschaft und Landwirtschaft, für Angelegenheiten der Jugendlichen und der Frauen, für Kindererziehung. Außerdem eins für Politik und Mobilisierung und eins für Rechtsfragen. Ihr Wirkungsbereich dürfte klar sein. Zu den beiden letzten vielleicht nur dies: Das Departement Politik und Mobilisierung sorgt für die Ausführung der grundsätzlichen politischen Bestimmungen des ZK der SWAPO, das für Rechtsfragen gegen jene vorzugehen hat, die im Lager gegen bestimmte Regeln verstoßen. Zum Glück gibt es keine solchen Fälle“, sagt der Direktor lächelnd.

„Und wie ist es mit den militärischen Vorbereitungen, den bewaffneten Einfällen und dem Terrorismus, all dem, wovon Ihre Gegner so viel reden?“

Leonard unterbricht mich:

„All das ist Unsinn. Am besten ist wohl, ich zeige Ihnen, wie wir leben, arbeiten, wie wir ausspannen.“

Der Toyota des Direktors fuhr durch das Lager, sackte immer wieder im zähen Sand ein.



Zuerst halten wir vor dem Krankenhaus. Das ist eine kleine List des Direktors, denn Ndaham Mthoko, die Leiterin, sagt mir sofort:

„Sprechen Sie bitte russisch mit mir. Ich habe direkt Heimweh nach dieser Sprache.“

Wie ich erfahre, hat Ndaham die Medizinische Hochschule in Kiew absolviert. Sie ist die einzige Diplomärztin im Krankenhaus, ihr Personal sind Schwestern und Sanitäterinnen aus dem Lager. Ndaham reibt sich die entzündeten Augen: Eine schwierige Entbindung heute nacht.

Auf der Station liegen 20 Patienten, weitere 50 sind in die Sprechstunde gekommen.

„Warum so viele?“ fragt die Ärztin zurück. „Im Lager mangelt es an Wasser, die Medikamente sind knapp. Am häufigsten leiden die Menschen an Malaria, Ruhr, akuten grippalen Infekten.“

Ndaham Mthoko sagt, daß sie dem Aufenthalt in der UdSSR nicht nur den herrlichen Beruf als Ärztin verdanke, sondern auch und in erster Linie das Vermögen, zu ihren Freunden zu stehen, uneigennützig zu handeln und den Kummer anderer zu teilen.

„Ich bin da nicht allein. Schauen Sie unbedingt auf unserer Farm vorbei, als Hauptveterinär ist dort meine Freundin Rosa Engombe tätig. Auch sie hat in der UdSSR studiert.“

Die Farm sehen wir dann etwas später. Bis dahin haben wir noch Begegnungen mit anderen Lagerbewohnern.

Rhona Halwendo ist in der Näherei beschäftigt. Sie spricht leidenschaftlich, schnell, als hätte sie Angst, nicht alles aussprechen zu können:

„Ich bin mit meinen vier Kindern hergekommen, weil ich die Verfolgungen, denen wir in der Heimat ausgesetzt waren, nicht mehr ertragen konnte. Die Okkupationsbehörden veranstalteten eine regelrechte Jagd auf meinen Mann und mich, und dabei bestand unsere Schuld nur darin, daß wir den Menschen die Augen darüber öffnen wollten, wohin die Marionettenregierung das Land führt. Inzwischen weiß die ganze Welt, daß die Urbevölkerung Namibias im Elend lebt. Das durchschnittliche Einkommen eines Weißen ist 24mal so hoch wie das eines Afrikaners. Den 5000 weißen Farmern gehören über 80 Prozent des fruchtbaren Bodens, den 120 000 afrikanischen Familien aber nur 6 Prozent.“

## Kinder gut aufgehoben

Helena Haimbanga leitet den Kindergarten schon seit sieben Jahren.

„Wir sind ein gutes Team“, sagt sie, „25 Erzieher, Köche, Raumpflegerkräfte, freiwillige Aktivisten. Unser 'Betrieb' ist quirlig und lärmreich, auch an Problemen haben wir keinen Mangel: zu wenig Betten, Spielsachen. Wir tun jedoch

„NEUE ZEIT“ 14.87

alles, damit unsere Kinder gesund, freundlich und verständig aufwachsen. Sie sind ja die Zukunft eines unabhängigen Namibia. Sie spielen viel, wir bringen ihnen Singen, Tanzen und Rezitieren bei, aber sie müssen uns auch nach Kräften helfen. Die Älteren beaufsichtigen die Kleineren mit.“

Ein Schwarm von Kindern umringt uns, und die Erzieherin läßt sie für die Gäste das Lied von einem freien Namibia singen.

Ein Schullehrer, dessen Namen ich mir leider nicht notiert habe, greift das



Mitglieder der Jugendliga der SWAPO

Thema Kinder auf. Er zeigt uns den Schulhof, auf dem es sowohl Standardhäuser als auch Flechtwerkhütten gibt. Ich muß an meine Journalistenreise nach Belorussland zurückdenken. Das war vor 10 Jahren, und es ging dorthin, wo während des Großen Vaterländischen Krieges ein Stab der Partisanenbewegung gewirkt hatte. Auch dort, mitten im Wald, hatte man für die Kinder Schulen eingerichtet: Bänke aus rohen Brettern, primitive Wandtafeln, selbstgebasteltes Anschauungsmaterial. Hier sieht es ähnlich aus. Freilich sind mit dem über die UNO erhaltenen Geld ein Sprachlabor mit Tonbandgeräten, mehrere andere gut eingerichtete Fachkabinette und Werkstätten geschaffen worden. Sie bestimmen zwar noch nicht das Antlitz der Schule, aber der Lehrer sieht schon die Zukunft vor sich:

„Im unabhängigen Namibia wird es die allgemeine Schulpflicht geben, alle Schüler werden gleichberechtigt sein, es darf keine Rassendiskriminierung bestehen! Ach käme die Zeit doch schon bald!“

Als wir endlich die Farm erreichten, empfing uns Rosa Engombe.

„Alles, was Sie hier sehen werden, habe ich in der UdSSR gelernt“, sagte sie.

Wir haben dort viel gesehen. Die Farm beschäftigt sich mit Geflügel-, Kaninchen- und Schweinezucht. Wir kamen zur Essenszeit und sahen, daß sich jeder

Bewohner seine Portion aus der gemeinschaftlichen Küche holte. Das haben sie Rosa und ihren Kameraden zu verdanken.

## Zuversichtlich

Hakaye Aicicellah, Jahrgang 1958, ging in Namibia zur Schule, wurde jedoch wegen patriotischer Agitation ausgeschlossen. Später, 1975, trat er in die SWAPO ein. Die Verfolgungen durch die Okkupanten zwangen ihn zur Flucht nach Angola. Dann studierte er in Sambia am UNO-Institut für Namibia. Jetzt leitet er im Lager eine Organisation der Jugendlichen der SWAPO. Über sich spricht er nicht gern, über seine Heimat Namibia dagegen kann er stundenlang erzählen.

„Wie jedes andere Volk haben wir Namibier das Recht auf Freiheit und Glück. Unser Land hat alles, was dazu nötig ist: fruchtbare Ländereien, ein gesegnetes Klima, arbeitsame Menschen, sehr reiche Bodenschätze. Die RSA-Behörden haben Namibia aber in ein Gefängnis für mein Volk, in eine einzige Kaserne verwandelt. Wir stehen hinter der SWAPO, unserer einzig rechtmäßigen Vertretung, und fordern keine vorgetäuschte, sondern eine reale Unabhängigkeit. In diesem Geiste erziehen wir auch unsere Jugend.“

„Das Lernen und die Arbeit unserer Jugendlichen sind ihre Vorbereitung auf das Leben in einem unabhängigen Namibia, dessen wahre Herren sie sein werden“, schaltet sich Leonard Nambahu ein. „Im Lager tun wir viel für die Erziehung der Menschen. Wir bringen ihnen die Moral der Zukunft bei, erläutern ihnen die Ziele der SWAPO, unterrichten sie über die internationale Lage. Eine gute Schule der Erziehung ist der Kampf für den Frieden, gegen eine nukleare Katastrophe. Wir wollen ja Freiheit in Frieden. Von hier aus, schicken unsere Kinder Briefe an Reagan und an internationale Organisationen mit der Forderung, die Kriegsvorbereitungen einzustellen.“

Der Sekretär der Jugendsektion fügt hinzu:

„Ich bin überzeugt: Das freie, unabhängige Namibia wird eine aktive Politik von Frieden, Solidarität und Freundschaft, eine Politik der Zusammenarbeit mit allen Völkern verwirklichen.“

Unser Gespräch mit den Leitern des Lagers im Busch von Sambia über die Zukunft Namibias dauerte bis in die späten Abendstunden. Wir unterhielten uns in völliger Dunkelheit, weil ein mechanischer Generator des Lagers höchstens für anderthalb Stunden Strom liefert.

Aber das Licht der Hoffnung ging von diesen Menschen aus, die von der Gerechtigkeit ihrer Sache überzeugt sind und fest glauben: Die Stunde der Freiheit ihrer Heimat ist nah.

Lusaka

# König Eishockey



Zehntausende Kanadier konnten unlängst bewegende Augenblicke, die bereits in die Sportgeschichte eingegangen sind, neu durchleben. In der Heimat des Eishockeys spielten sowjetische Cracks, deren Namen hier jung und alt kennt. Vor 15 Jahren hatten sie als Mitglieder des sowjetischen Teams mehrere Spiele gegen die besten Profis Kanadas. Diese Begegnungen fanden auf den Eisarenen beider Länder statt. In drei Spielen siegte die sowjetische Mannschaft, eine Begegnung endete unentschieden, und in vier Spielen setzte sich das kanadische Team durch. Auf das Konto der sowjetischen Eishockeyspieler kamen insgesamt 32 Tore, die Kanadier brachten es auf 31. Das Tor, das den Kanadiern den entscheidenden, vierten Sieg brachte, schoß Paul Henderson nach einem Paß von Phil Esposito 34 Sekunden vor dem Abpfiff.

Die Spiele von 1972 wurden in Kanada die "Jahrhundertrunde" genannt. Solche Worte mögen manchem als Übertreibung oder journalistische Schablone erscheinen, der sich nicht vorstellen kann, was den Kanadiern Eishockey bedeutet. Für sie und die gesamte Sportwelt wurden die mitreißenden Spiele zu einer wahren Entdeckung: Die sowjetischen Spieler bewiesen damals, daß sie den kanadischen Profis ebenbürtig sind.

Der glückliche Gedanke, die "Jahrhundertrunde" wiederaufleben zu lassen, wurde in Kanada begeistert aufgenommen. In dem bunt aufgemachten Programmheft zum Freundschaftstreffen der Eishockeyveteranen begrüßten Premierminister Brian Mulroney, Sportminister John Jelinek sowie der Botschafter der Sowjetunion in Kanada, Alexej Rodionow, die Teilnehmer. Medien und Öffentlichkeit zeigten am Besuch unserer Veteranen enormes Interesse. Bereits auf dem Flughafen Gander auf Neufundland, wo die Aeroflot-Maschine mit dem sowjetischen Team landete, wurde es von kanadischen Journalisten förmlich belagert. Fotos unserer Eishockeyspieler, ein Interview mit Wladislaw Tretjak, Alexander Jakuschew und anderen Größen der "Jahrhundertrunde" 1972 nahmen Spalten, ja ganze Seiten der führenden Zeitungen von Montreal, Toronto und Ottawa ein. Vor jedem Spiel ehrten die Sportler und die Zuschauer mit einer Schweigeminute das Andenken an Wsewolod Bobrow und Valeri Charlamow.

Mehr als 40 000 Zuschauer besuchten die drei Spiele. Die Schlachtenbummler kamen auf ihre Kosten. Kurz vor dem Match in Montreal verfolgte ich im von damals her berühmten Forum-Stadion das Spiel der beiden führenden Mannschaften der Nationalen Eishockey-Liga (NHL) — Montreal Canadiens und Philadelphia Flyers. Und da kann ich sagen, daß die Veteranen mehr Beifall ernteten. Die jungen Profis, sagte mir später Bobby Clark (er war übrigens Kapitän des Teams unserer Rivalen), spielen schnell und hart, wahres Können aber zeigen sie nicht so oft — selbst jene, die als Stars ersten Ranges gelten. In der NHL spielen jetzt nicht 6 Mannschaften wie früher, sondern 21. Bei der gestiegenen Nachfrage nach Eishockeyspielern erfolgt die Auswahl der Nachwuchssportler nicht mehr so streng wie einst.

Übrigens mag das ein Thema für ein besonderes Gespräch sein. Ich habe es hier nur berührt, weil ich betonen will: Die kanadischen Eishockeyfans wußten

das immer noch gekonnt gebotene Spiel der Senioren zu würdigen. Alle Begegnungen, insbesondere die letzte in Ottawa, die unentschieden 8:8 endete, fesselten die Zuschauer. Ein atemberaubendes Tempol Einige Veteranen wie Ivan Cournoyer demonstrierten eine für ihr Alter geradezu unglaubliche Virtuosität. Allen gefiel das korrekte, faire Spiel der Rivalen von damals, ihr Respekt voreinander.

Ebenso freundschaftlich verliefen die Begegnungen der Veteranen auch außerhalb der Eisarena. Natürlich interessierte man sich vor allem dafür, wie bei wem das Leben nach dem Abschied vom großen Sport aussah. Bobby Clark ist jetzt Generaldirektor des Klubs Philadelphia Flyers, den gleichen Posten bekleidet Serge Savard bei Montreal Canadiens. Wjatscheslaw Starschinow leitet den Lehrstuhl für Körperkultur am Moskauer ingenieurphysikalischen Institut und bereitet sich auf die Verteidigung seiner Dissertation vor. Pat Stapleton wurde ein vorbildlicher Farmer und Jewgeni Simin TV-Sportjournalist. Alexander Jakuschew studiert an der Trainerhochschule. Cournoyer hat sich ein Restaurant zugelegt. Übrigens speisten die sowjetischen Hockeyspieler während ihres Aufenthalts in Montreal bei ihm...

Die Kanadier, die zwei von drei Spielen gewannen, gingen als Sieger aus dem ersten Freundschaftsspiel der Veteranen hervor. Offenbar war dabei folgender Umstand nicht unwichtig: Die meisten sowjetischen Eishockeyspieler (unter ihnen 15 Teilnehmer der Runde von 1972) spielten nach dem Abschied vom Nationalteam und von ihren Klubs kaum mehr und waren erst kurz vor der Reise über den Atlantik erneut zusammengekommen. Ihre kanadischen Rivalen aber spielen meist weiter als Amateure in Veteranenteams — sowohl, um sich körperlich fit zu halten, als auch um den Sport zu fördern. Erfahrungen, die sicher Beachtung verdienen. In Kanada gibt es viele solcher Teams. Sie nehmen an Turnieren des Kanadischen Verbandes der Eishockeyveteranen teil, der auch die jetzigen Seniorenbegegnungen ausrichtete.

Nach Meinung des Verbandspräsidenten Larry Regan sowie vieler anderer Organisatoren und Teilnehmer der jüngsten Begegnung, mit denen ich in diesen Frühlingstagen sprach, ist die 1987er Runde ein enormer Erfolg gewesen. Vor allem hat König Eishockey gewonnen — und deshalb sollte auch in Zukunft alles getan werden, um unsere Sportbeziehungen zu festigen.

**Albert PIN**  
NZ-Sonderkorrespondent

Toronto—Ottawa—  
Montreal—Moskau

**Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.**

**Telefon: 229-88-72, 209-07-67**

Verlag der Zeitung "Trud" \* Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache \* Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"



# DIE MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“

kommentieren das Geschehen auf allen Kontinenten, berichten über die wichtigsten außenpolitischen Schritte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, über den Kampf der Ideologien, die sowjetische Wirklichkeit, Probleme des 20. Jahrhunderts. Die NEUE ZEIT bringt Beiträge sowjetischer und anderer Staatsmänner und Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten; ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen. Die NEUE ZEIT erscheint in neun Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch und tschechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

## Bestellungen nehmen entgegen in:

**BELGIEN** (620 bfr.) — Librairie du Monde Entier rue du Midi, 162 B-1000 Bruxelles.  
— Association Belgique—URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.  
— Agence et Messageries de la Presse 1, Rue de la Petite — Ile, B-1070 Bruxelles

**BRD** (36,00 DM) — Plambeck und Co, Druck und Verlag GmbH, Postfach 920, 4040 Neuss 1.  
— W. E. Saarbach GmbH, Auslands-Zeitungshandel Postfach 101610 5000 Köln 1  
— Kubon & Sagner, Postfach 340108 8000 München 34  
— Presse-Vertriebsgesellschaft m.b.H. Börsenstraße 13—15 6000 Frankfurt am Main

**DÄNEMARK** (132 dkr.)

— „Spütnik“ International Vester Voldgabe 11 Copenhagen  
— „Akademisk Boghandel“ Universitetsparken 800 Aarhus C Denmark

**DDR** — Alle Postämter

**HOLLAND** (46 hfl.)

— „Pegasus“ Boekhandel Leidsestraat 25 Amsterdam  
— „Swets“ Subscription Service P.O. Box 845 2160 SZ Lisse

**JUGOSLAWIEN**

— „Jugoslovenska kniga“, 11 000 Beograd, Terazije 27/11, soba 5.  
— Prosveta Export-Import Agency, 11 001 Beograd, Terazije 16/1.  
— „Mladost“, OOUR Vanjska Trgovina 41 000 Zagreb, UVOS Casopisa Ilica 30  
— „Drzavna Zalozba Slovenije“, Export-Import, 61 001 Ljubljana, Titova 25. P.O.B. 50-1

— Veselin Maslesa OOUR Izvoz-Uvoz „Veselin suas lesa“ Ulica Jna 42 71000 Sarajevo, SFRY

— Knigoizdatelstvo Makedonska Kniga Otdelenije za Stranska literatura Ulica Tiranska bb 91 000 Skopje, SFRY

**LUXEMBURG** (620 bfr.)

— Messageries Paul Kraus, Case, Postale 2022, 5, rue de Hollerich Luxembourg-Gare.

**NORWEGEN** (96 nkr.)

— „Narvesens“ A.S. Literaturtjeneste P.O. Box 6125 Etterstad Oslo

**ÖSTERREICH** (216 öS)

— „Globus“-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, A-1206 Wien, Höchstädtplatz 3.  
— „Das Internationale Buch“ Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1.

**P O L E N** — Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherklubs.

**SCHWEIZ** (34,00 sfr.)

— Librairie Rousseau 36, rue J.-J. Rousseau Genève.  
— Pinkus Froschaugasse 7, 8001 Zürich  
— Reiher-Verlag. Postfach 3000. Bern 6.

**TSCHECHOSLOWAKEI**

— PNS-UED Jindiska 14, Praha 1  
— PNS-UED Gottwaldovo nam 6. Bratislava

**UNGARN** — Alle Postämter

**USA** (19,00 \$)

— Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn Drive Rockville, Md. 20852.

**WESTBERLIN** (36,00 DM)

— „Das europäische Buch“, 1000 Berlin 33 West, Thielallee 34.  
— Buchhandlung Elwert & Meurer, 1 Berlin 62 West, Hauptstraße 101.

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden.

Herrn/Frau/Frl. Fa Buchhdlg.

Name: . . . . . Vorname: . . . . .  
Anschrift: . . . . .

### Abonnementbestellung

Anzahl: . . . . . Titel: . . . . .  
Preis: . . . . .

### BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre Datum . . . . .  
Bitte Entsprechendes ankreuzen Unterschrift . . . . .



14159 14 136 304 542  
NVA 32067 A  
2110 9005 0128 PF



„Keinen Pfennig für Raketen!“  
Kinder aus der Bundesrepublik Deutschland

Wie neugeboren



Soner Gürler (Türkei)



„MENSCH,  
MENSCHHEIT,  
MENSCHLICHKEIT“

INTERNATIONALER  
WETTBEWERB

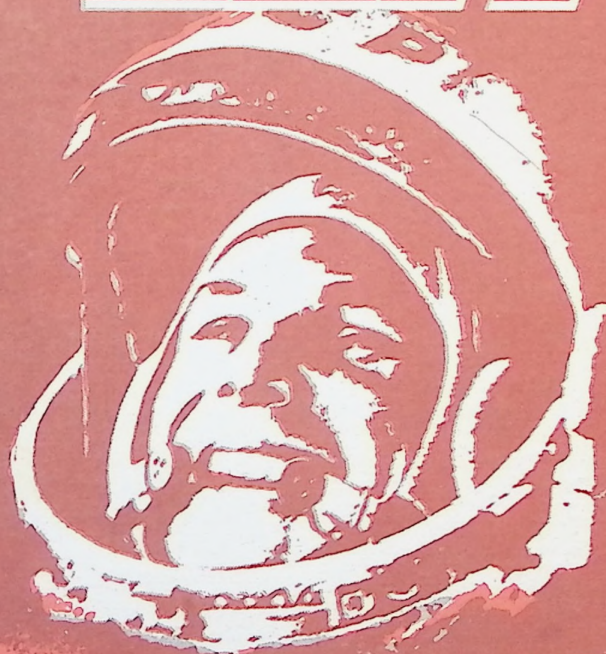
Dieter Urban (DDR)



FRANKLIN ROOSEVELTS  
LETZTE TAGE

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

# NEUE ZEIT



**DAS ALL, OPTIMISTISCH  
BETRACHTET**

Nr. 15 • APRIL 1987

ISSN 0233-8335

**DIE GENERALE. DIE POLITIKER. DAS VOLK.  
GUATEMALA-REPORT**

**SHENZHEN —  
STAAT IM STAATE**



## ZEIT UND MENSCHEN

In den ersten Jahren der Sowjetmacht war in einem Amt Kirgisien ein junges Mädchen als Botin tätig. Da sie nicht schreiben konnte, legte sie dort, wo sie hätte unterschreiben sollen, den Abdruck ihres Zeigefingers an. Einmal bemerkte man, daß sie einen anderen Finger anlegt. Wie sich herausstellte, hatte das Mädchen geheiratet und ihren Familiennamen gewechselt.

Eine eher traurige Geschichte. Als die Revolution vollbracht wurde, konnte die Mehrheit der Bevölkerung Rußlands nur „mit dem Daumenabdruck unterschreiben“. Die nationalen Randgebiete erst waren fast durchweg analphabetisch.

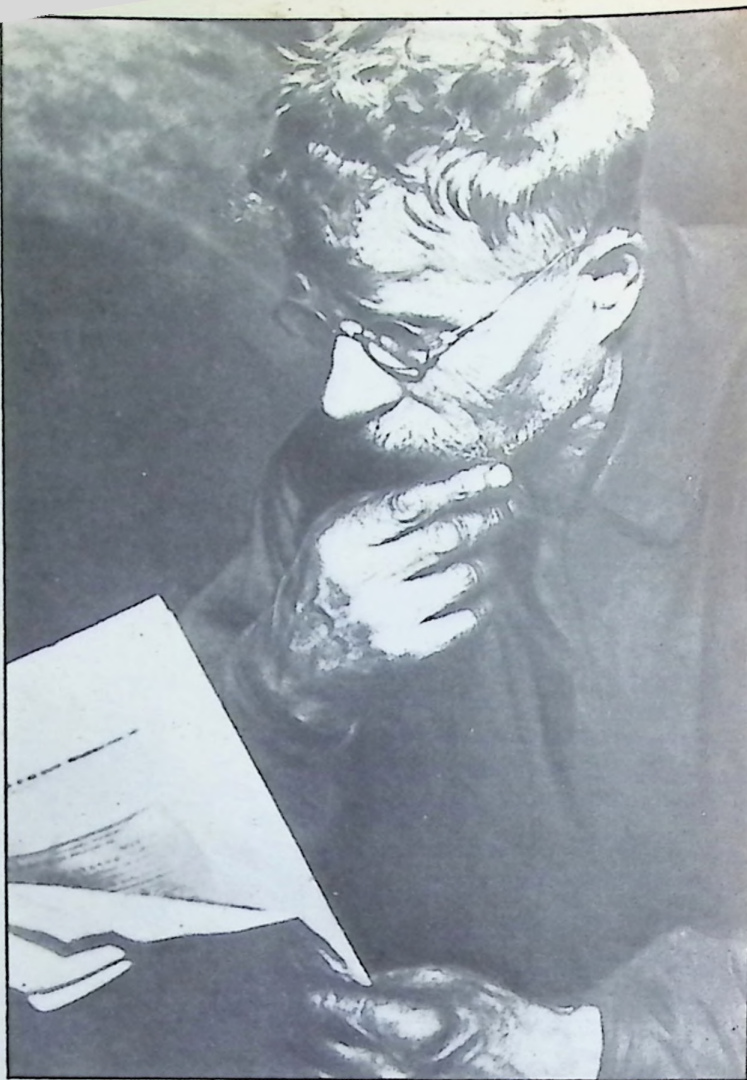
Schon im November 1917 verkündete die Sowjetmacht die Notwendigkeit einer allgemeinen und unentgeltlichen Schulpflicht und der Beseitigung des Analphabeten-

Der Al-  
literung. Praktisch  
Das ganze Land ging zur  
Schule. Typische Fotos  
aus jenen Jahren zeigen  
konzentrierte Gesichter,  
zerarbeitete Hände, die  
mehr an Sichel und Ham-  
mer gewohnt sind und  
die ersten plumpen Buch-  
staben hinkritzeln. Der er-  
ste Satz aus der Fibel lau-  
tete: „Wir sind keine Skla-  
ven.“ Allein in den ersten  
drei Jahren der Sowjet-  
macht hatten etwa 7 Mil-  
lionen ihr Analphabeten-  
tum überwunden.

Die Revolution weckte  
in den Millionenmassen  
Rußlands eine beispiele-  
lose Wißbegier, sie hatte  
die Standes- und Vermö-  
gensunterschiede aufge-  
hoben und vielen jungen  
Begabungen die Zukunft  
eröffnet. Junge Schriftstel-  
ler, die den Bürgerkrieg  
mitgemacht hatten, drän-  
gen in die Literatur buch-  
stäblich ein: Boris Lawre-  
njow, Michail Scholochow,  
Leonid Leonow, Alexan-  
der Fadejew. Sie brach-  
ten eine neue, frische  
Sprache, neue Themen  
und neue Helden mit.  
Heute bilden diese Na-  
men den Stolz unserer na-  
tionalen Literatur.

Arbeiter

Schule für Analphabeten



lakat  
us dem Jahre 1920:  
issen zerreißt die Ketten  
Sklaverei

Es war Bürgerkrieg,  
vention, Wirtschafts-  
hung, Hunger. Es  
elte am Notwendig-  
an Federn, Tinte,  
Aber der Wis-  
st siegte über alle  
isse. Statt Bleistif-  
zte man Holzkoh-  
Bleiminerale. Tinte  
s Ruß, roten Rü-  
sbeeren und Er-  
gebraut.



W

Auf  
Masa

25

Vor s

"NEUE ZEIT"

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15



MOSKAUER HEFTE  
FÜR POLITIK

# NEUE ZEIT

15

April 1987  
Gründungsjahr 194

IN DIESEM HEFT:

2

Wort des Redakteurs  
NON-GRATA-POLITIK

3

A. Lebedew, W. Orjol. DAS ANDERE  
GROSSBRITANNIEN

6

Panorama

9

Euroraketen. Wie weiter!  
L. Besymenski. WENN MAN PERSHING  
EINE STUFE NIMMT...  
M. Putinkowski. ... UND SS 20  
EINE STUFE DAZUGIBT

10

UdSSR--Indien  
L. Shegalow. 40 JAHRE  
FREUNDSCHAFT

12

Exklusiv für die NZ  
Majbritt Theorin. LÖSUNGEN  
SUCHEN

13

Chile  
L. Kulistikow. BESUCH IN EINEM  
GEMARTERTEN LAND

14

NZ-Umfrage  
an der Redaktion antworten  
Kosaka (Japan), Raymond  
Garthoff (USA)



Guatemala. 75 Prozent der Bevölkerung  
leben in Armut.



Die Route der künftigen sowjetisch-  
kanadischen Polarexpedition.



Am 1. März 1945 informierte  
Präsident Franklin Roosevelt den  
Kongreß über die Jalta-Konferenz.

15.

Archiv aktuell  
O. Fomin. UNAUSLÖSCHBAR  
IM GEDÄCHTNIS

16

Diskussion mit dem Leser  
T. Schawrowa. DER TEURE  
BILLIGE DOLLAR

18

J. Golowanow. DAS ALL  
OPTIMISTISCH BETRACHTET

22

Zeitgeschichte  
W. Malkow. DIE ROOSEVELT-ÄRA  
GING ZU ENDE

28

Guatemala  
W. Dolgow. LAND DES LÄCHELNS!

30

Expeditionen  
W. Snegirjow, D. Sparo. FUSSMARSCH  
ÜBER DEN NORDPOL

32

Musik  
Dave Brubeck: JAZZ-BRÜCKEN

Titelbild: I. Smirnow

# NEUE ZEIT

Chefredakteur  
V. IGNATENKO  
Redaktionskollegium:  
L. BESYMENSKI,  
S. GOLJAKOW,  
J. GUDKOW  
(verantw. Sekretär),  
A. LEBEDEW,  
A. PIN,  
B. PISTSCHIK  
(stellv. Chefredakteur),  
A. PUMPIANSKI  
(stellv. Chefredakteur),  
V. TSCHERNJAWSKI  
(stellv. Chefredakteur)

Verantwortlicher  
Redakteur der  
deutschen Ausgabe  
R. KRESTJANIN



ERFAHRUNGEN  
AUS SHENZHEN  
Wie wird in China  
die Politik  
zur Belebung  
der Wirtschaft und  
zum Ausbau  
der  
Außenbeziehungen  
verwirklicht?  
Bericht  
aus der  
wirtschaftlichen  
Sonderzone  
Shenzhen,  
oft Staat im Staate  
genannt.

Ihren war Shenzhen ein bescheidener  
ort. Heute hat diese moderne Stadt  
große Perspektiven.

# NON-GRATA-POLITIK

Tausende Kilometer liegen zwischen mir, einem Kasachen aus einer kleinen Stadt mitten in der UdSSR, und dem amerikanischen Wissenschaftler, der vor dem Weißen Haus den Militär-Industrie-Komplex der USA herausfordert. Ich möchte ihm aber sagen, daß die Sache des Friedens, um derentwillen er sich zu opfern bereit ist, auch für uns Sowjetbürger das wichtigste Anliegen ist. Charles Hyder ist für mich, meine Angehörigen und, wie ich überzeugt bin, auch für alle Sowjetbürger ein Symbol des unerschütterlichen Glaubens daran, daß das Leben auch ohne Kriege möglich ist, auf jeden Fall solange es auf der Erde Menschen wie Prof. Hyder gibt.

Salim UTENOW  
Aktjubinsk, Kasach. SSR

Vor kurzem wurde im argentinischen Fernsehen eine Sendung über Afghanistan gezeigt, die die Feinde des afghanischen Volkes nachgerade zu Heiligen hochstilisierte. Die Macht war schlau, die Zuschauer sollten die Überzeugung gewinnen, die Afghanen seien Opfer der "sowjetischen Völkermordpolitik"... Meines Erachtens muß man die Menschen über wirkliche Fakten informieren, die jene Lügenwege, die jeden Tag über uns hereinbricht, entkräften könnten.

Jose Maria NOGUEIRA  
Buenos Aires, Argentinien

Die USA wollen die Zone ihrer "nationalen Interessen" unendlich ausweiten und setzen deshalb auf Kernwaffen. Wer noch einen Rest gesunden Menschenverstand hat, kann sich denken, wie weit eine solche Politik führen kann. SDI als zuverlässiger Schutz ist Nonsens, die zwischen der UdSSR und den USA bestehende Parität kaum zu stören. Die amerikanische Seite muß das begreifen, ehe es zu spät ist.

Georgi BULATOW  
Moskau, UdSSR

Paris ist die Metropole der Mode. Das bezieht sich aber nur auf Dior und Yves Saint-Laurent, keineswegs auf die französische Außenpolitik. Das militärische Abenteuer in Tschad, die äußerst inkonsequente Position in der Frage der nuklearen Abrüstung und vieles andere kann schwerlich als nachahmenswerter letzter Schrei gelten.

Der „nostalgische“ Stil in der Weltpolitik wird heute in der französischen Hauptstadt energisch unterstützt. Die frischesten Beispiele sind die grobe Willkür und die Erpressung gegenüber der Sowjetbürgerin Ludmilla Warigina-Verdier sowie der Beschluß, sowjetische Diplomaten aus Frankreich auszuweisen. Ohne sich erst um Beweise zu bemühen, beschuldigt man sie der "Weltraumspionage".

Es sieht so aus, als neideten gewisse Leute in Paris den politischen Modeschöpfern in Washington und London ihre Lorbeeren, jenen Kräften, die vor kurzem mit der gleichen Spionagemache die Beziehungen zur UdSSR und zugleich deren Autorität zu beeinträchtigen versuchten. Das Ergebnis war allerdings gerade umgekehrt, weil im "Krieg der Ausweisungen" das Prestige der Urheber und die zahlenmäßige Stärke ihrer Vertretungen in der UdSSR arg in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Frankreichs Erklärungen für die Ursachen des jüngsten antisowjetischen Schrittes nehmen sich recht abstrus aus. Die UdSSR begeht den 30. Jahrestag des ersten Sputnik, baut Orbitalstationen, bietet Auslandspartnern eine Beteiligung an außerordentlich komplizierten Weltraumexperimenten und überläßt anderen Ländern zahlreiche Trägerraketen für den Start ihrer künstlichen Erdsatelliten. Und ausgerechnet unserem Land wird angelastet, Geheimnisse der westeuropäischen Ariane-Rakete zu entwenden. In Paris setzt man eine Farce in Szene: "Der Lehrer guckt bei seinem Schüler ab". Schließlich wurde nicht ein sowjetischer Kosmonaut zu einem Flug mit einem französischen

Raumschiff eingeladen, nicht sowjetische Geräte wurden von den Franzosen liebenswürdigerweise auf ihren Satelliten montiert. Nein, wenn französische Fachleute ihren Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit im Weltraum leisteten, so auf der Basis sowjetischer Erkenntnisse. Jetzt versucht man, ein solches Zusammenwirken zu behindern, selbst wenn das den nationalen Interessen Frankreichs Abbruch tut.

Das Hauptziel der Provokation in Paris — anders läßt sich das nicht nennen — liegt auf der Hand. Die Menschen im Westen stehen den Beschuldigungen immer skeptischer gegenüber, in der UdSSR würden die Menschenrechte verletzt, der Kreml wolle ein Zerwürfnis zwischen Europa und Amerika, und was dergleichen Todsünden mehr sind. Das Neuartige und Kühne der sowjetischen Außenpolitik, die in der UdSSR entfaltete Umgestaltung und die sich durchsetzende Atmosphäre der Transparenz zerstören stereotype Vorstellungen von der UdSSR. Deshalb suchen die konservativen und reaktionären Elemente, auch in Frankreich, nach Mitteln und Wegen, dem sowjetischen Herangehen an die internationalen und inneren Angelegenheiten wenn schon nicht etwas Wirksames entgegenzuhalten, so dieses Herangehen wenigstens zu diskreditieren.

Leider läßt sich die französische Regierung weiterhin von den Dogmen der Konfrontationspolitik und nicht von der Möglichkeit neuen Denkens leiten. Ohne neue Betrachtungsweisen aber sind das angestaute Mißtrauen, die vielen Vorurteile und ungelösten Probleme nicht aus der Welt zu schaffen.

Frankreichs Teilnahme am Ost-West-Dialog setzt vielseitige Kontakte mit der UdSSR voraus. Die jüngste Demarche der französischen Behörden steht jedoch, wie es im Protestschreiben des sowjetischen Außenministeriums heißt, im krassen Widerspruch zu den Erklärungen ihrer offiziellen Vertreter über das Streben, die Beziehungen zur Sowjetunion auf konstruktiver Grundlage zu pflegen.



# DAS ANDERE GROSSBRITANNIEN

Alexander LEBEDEW, Wladimir ORJOL

Eine Woche vor dem UdSSR-Besuch von Premierministerin Margaret Thatcher wollte eine Delegation des Sowjetischen Friedenskomitees, zu der auch wir gehörten, in Großbritannien. Sie war einer Einladung der Bewegung für nukleare Abrüstung (CND) gefolgt. Es liegt uns natürlich fern, Parallelen zwischen diesen zwei Besuchen zu ziehen, uns geht es um etwas anderes. Hörte man die Stellungnahmen der britischen Premierministerin und verglich man sie mit den eigenen Eindrücken, von Begegnungen mit Briten, so mußte man denken, daß es zweierlei Großbritannien gibt: eines, das sich an den nuklearen Gefechtskopf wie an einen Rettungsring klammert, und eines, das seine Rettung darin sieht, die Kernwaffen zu beseitigen. Eines, das noch immer seiner einstigen Größe nachtrauert, und eines, das in der Welt von heute seine Autorität als Großmacht durch gutes Beispiel bei der Abrüstung behaupten möchte. Kurzum, ein auf alte Weise denkendes Großbritannien und ein anderes, das sich den Weg zu neuem politischen Denken bahnt.

\* \* \*

Ende des 18. Jahrhunderts schilderte der große englische Satiriker Henry Fielding überzeugend einen Faustkampf zwischen mehreren achtbaren Gentlemen. Und zog einen philosophischen Schluß daraus (übrigens ohne richtig zu hoffen, wie er in seinem Hauptwerk "Tom Jones, die Geschichte eines Findlings" zugab, daß die Nachkommen seinen Rat befolgen): Alle Streitigkeiten, darunter auch zwischenstaatliche, seien in wenigen ehrlichen Zweikämpfen zu entscheiden, und zwar unter Einsatz nur der Mittel, die uns die Natur beschert habe.

Ansätze neuen politischen Denkens gab es offenbar auch schon damals, wenn auch nur schüchtern und nur bei bedeutenden Denkern. Heute ist die Wendung "neues politisches Denken" in Großbritannien außerordentlich weit verbreitet. Diesem Thema war u. a. ein mehrstündiges Seminar gewidmet, das die CND anlässlich unserer Ankunft veranstaltete. Zum Seminar kamen Mitglieder des CND-Vorstands, Vertreter der Labour-, der Liberalen und der Kommunistischen Partei, großer Gewerkschaften, der Pax Christi, anderer religiöser Friedensgruppen etc.

In ihren Ausführungen zu neuem Denken im Nuklearzeitalter gebrauchten unsere britischen Gesprächspartner nicht selten die russischen Wörter Perestroika und Glasnost.

Obrigens sagte Michail Gorbatschow im Dezember 1984 gerade in London, vor dem britischen Parlament, daß das Nuklearzeitalter unvermeidlich ein neues politisches Denken erzwingt. Seitdem wird dieser Standpunkt der UdSSR zu weltpolitischen Problemen durch die innere Entwicklung in unserem Land untermauert.

Bei Gesprächen mit Briten erkennt man: Die heutige Dynamik der sowjetischen Gesellschaft, der Trend zu größerer Transparenz, die tiefgreifenden Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus, die bei unseren Menschen sich endlich einstellende Aufgeschlossenheit (nicht mit Geschwätzigkeit zu verwechseln!) — all das hat das Interesse für unsere außenpolitischen Schritte und die damit verbundene Sympathie unglaublich erhöht und wird von verschiedenen Kreisen zunehmend unterstützt.

Die Worte Michail Gorbatschows auf dem Moskauer Forum, daß ein Weltkrieg in unserer Epoche aufgehört hat, die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu sein, und daß man auf die Doktrin der nuklearen Eindämmung verzichten muß, haben unsere Gesprächspartner stark beeindruckt.

Mrs. Thatcher ist da anderer Meinung. Häufig und überzeugt wiederholt sie, wie sie das auch in Moskau tat, eben die Kernwaffen hätten die 40 Jahre stabilen Friedens nach dem zweiten Weltkrieg gesichert. Sehr viele ihrer Landsleute teilen diesen Standpunkt nicht. Die CND hat eine kurze geistreiche Broschüre, betitelt "Sieben Todmythen über Kernwaffen", herausgegeben. Mythos Nr. 1 besagt, daß die Atombombe den Frieden in Europa 40 Jahre lang aufrechterhalten habe. Denn es sei nicht zu beweisen, schreiben die Autoren, daß etwas anderes als Kernwaffen Europa gerettet habe.

Auf jeden Fall geboten die Kernwaffen an sich den zahlreichen blutigen Kriegen außerhalb Europas keinen Einhalt, obwohl an diesen Kriegen nukleare Länder teilnahmen.

Insgesamt aber habe das Wettrüsten, heißt es in der Broschüre mit Fug und Recht, in welcher Form auch immer, noch keinen Krieg abgewandt, ja ihn immer nur noch furchtbarer und verheerender gemacht.

Nicht Waffen, nicht die Angst vor ihrer Vernichtungskraft müssen Kriegen vorbeugen. Nur ein neues Herangehen an die Lösung weltpolitischer Fragen und neue Verhaltensweisen der Staaten bei der Beilegung ihrer Streitigkeiten können den Frieden garantieren. Diesen Standpunkt teilen auch die meisten Briten, mit denen wir zusammenkamen. Auf jeden Fall glauben sie absolut nicht an den Mythos von den wundertätigen, erlösenden Eigenschaften der nuklearen Abschreckung.

Laut Umfragenergebnissen, die man uns zeigte, sind über 40 Prozent der Briten für den Verzicht auf Kernwaffen. Beinahe 60 Prozent sind gegen die Pläne, die britischen Nuklearkräfte durch den Ankauf amerikanischer "Trident 2" zu modernisieren und zu verstärken, und gegen die Stationierung von US-Flügelraketen auf englischem Boden. Freilich zeigen die Umfragen, je nachdem, wie die Frage formuliert wird, auch etwas anderes. Ungefähr zwei Drittel der Briten legen Wert auf den nuklearen Status ihres Landes. Andererseits betrug dieser Anteil vor einigen Jahren sogar drei Viertel.

\* \* \*

Uns interessierte, ob wir und die Briten neues politisches Denken gleich auffassen. Nach der Meinung der meisten unserer Gesprächspartner zu urteilen, sind die Auffassungen nicht identisch, aber immerhin sehr ähnlich. Als wir z. B. von der Notwendigkeit sprachen, die Konzeption der nuklearen Eindämmung aufzugeben sowie Gewalt, Diktat, Drohungen, Unterdrückung oder die Erpressung durch militärische Oberlegenheit aus den internationalen Beziehungen auszuschließen, erhob niemand Einwände. Was selbstverständlich nicht heißt, daß unsere Gesprächspartner mit allen Aspekten der sowjetischen Außen- und Innenpolitik vorbehaltlos einverstanden sind oder daß beim Herangehen an internationale Probleme keine Unterschiede bestehen.

Die meisten, wenn auch nicht alle, äußerten sich höchst kritisch über die Haltung der Regierung Thatcher zur Frage der Kernwaffen (besonders zu ihrer Absicht, das betreffende Arsenal auf ein Mehrfaches zu steigern), über die Einstellung der Premierministerin zu SDI und zweifeln an der Aufrichtigkeit und Konsequenz des Kurses des Tory-Kabinetts auf baldigsten Nuklearteststopp.

Bisweilen hörten wir Vorwürfe, die sowjetischen Truppenteile in Mitteleuropa wirkten "aggressiv", in verschiedenen Wallenarten bestehe eine "Disparität". Vorgeschlagen wurde u. a. eine Geste guten Willens wie etwa der Abzug von 2 oder 3 Divisionen aus der DDR u. a.



Umschlag der Broschüre "Sieben Todmythen über Kernwaffen"

Beim Thema "neues politisches Denken" mußte natürlich ein weiterer verbreiteter Mythos, das "Feindbild", auf Tapet kommen. In England ist der Sowjetbürger einfach der Feind. Unter den alten Denkmustern ist das wohl eines der zählebigsten. Veränderungen sind jedoch bemerkbar, wir haben sie empfunden. Zweitfollos spielt hier unsere Umgestaltung die Hauptrolle.

Es ist nicht lange her, da verbrechte man bei Begegnungen von Vertretern der sowjetischen und der westlichen Öffentlichkeit, darunter auch solchen der britischen CND, aufreibend lange Sitzun-

gen damit, nicht etwa über Friedensaktionen, sondern über die Menschenrechte in der UdSSR und die geschlossene sowjetische Gesellschaft zu diskutieren.

Diese Fragen sind noch immer da, aber in den Hintergrund gerückt. Der Politik unseres Landes und folglich auch den Stellungnahmen von Vertretern unserer Öffentlichkeit wird weit mehr Vertrauen entgegengebracht als noch vor kurzem. Ein CND-Leiter sagte, es sei absurd, die UdSSR, wie dies im Westen manchmal noch geschehe, stets nur als einen rassistischen Rechtsverletzer darzustellen, der immerzu zu verurteilen und zu bestrafen sei.

Stereotypen und Mythen verschwinden natürlich nicht über Nacht, die von Konfrontation geprägte Mentalität bringt im Westen neue böswillige, verzerrende Vorstellungen von unserem Leben, unserer Politik hervor.

Dieses Problem hat einen neuen Aspekt bekommen. Ein zentrales Thema in den britischen und anderen westlichen politischen Kreisen sowie Massenmedien lautet: Ist die sowjetische Umgestaltung für den Westen von Vor- oder von Nachteil, ist es besser oder schlechter, es mit einer klugen, dynamischen, fortschrittlichen und aufgeschlossenen sowjetischen Führung zu tun zu haben?

Das wurde auch im Westminster von einem konservativen Unterhausmitglied angesprochen. Im Westen heißt es, sagte er, daß eine Sowjetunion, die den Weg der Erneuerung kühn gehe, überholte Begriffe in Politik und Wirtschaft entschlossen abstreife, für den Westen gefährlich sei, und dies nicht aus militärischen, sondern aus ideologischen und politischen Gründen.

Auf jeden Fall meint dieser Tory, daß Menschen, die eine stagnierende und mit dem Westen lediglich auf militärischem Gebiet erfolgreich rivalisierende UdSSR vorzögen, eher in den USA zu suchen seien, keineswegs in Großbritannien und Westeuropa, denn hier sei man anders gesonnen.

"Auch in der Konservativen Partei?" hielten wir nach.

"Zweifelsöhne", antwortete der Parlamentarier.

Wir unsererseits hegen doch gewisse Zweifel. Zwar suchte Mrs. Thatcher in Moskau sie zu zerstreuen. Hört man indessen einigen Exponenten der Tories (und ihrer Gesinnungsgenossen auf dem Kontinent) zu, so hat man den Eindruck, als hätten sie keine anderen Sorgen als das - übrigens auf rein westliche Art verstandene - Wohlergehen des Sowjetvolkes. Zudem hänge besagtes Wohlergehen davon ab, wie "hart" die Politik Londons und seiner Partner gegenüber der UdSSR sei.

Es wäre gar nicht schlecht, wenn auch einflußreiche Kreise im Westen bald an eine Umgestaltung gehen, die Umgestaltung ihres Denkens, und wenn sie auf den "frommen" Wunsch verzichten, uns nach ihrem Ebenbild zu kneten. Das bezieht

sich auch auf die brennenden Probleme der Abrüstung und internationalen Sicherheit.

\* \* \*

Gewisse hoffnungserweckende Anzeichen sind in Großbritannien trotzdem zu bemerken. Am deutlichsten zeigt sich das im Programm der Labour Party, die eine britische Politik des Verzichts auf Kernwaffen billigt.

Martin O'Neil, stellvertretender Verteidigungsminister im Schattenkabinett, erläuterte uns diese Haltung ausführlicher. Sie sehe den Verzicht auf die heutigen "Polaris", den Verzicht auf den geplanten Kauf amerikanischer "Trident" sowie den Abzug der amerikanischen Flügelraketen und anderen Kernwaffen vor. Die USA dürften ihre nichtnuklearen Stützpunkte und sonstigen Objekte weiter behalten, aber die für die nuklearen Kräfte bestimmten Summen müßten der Modernisierung der konventionellen Rüstungen und der Vergrößerung des britischen Beitrags zur NATO dienen.

Neues Denken stößt auf wütenden Widerstand. Die Tories stellen das militärische Programm der Labours als Ausdruck der politischen Verantwortungslosigkeit hin. Bei dem jüngsten US-Besuch Neil Kinnocks und Denis Healeys mißbilligte Washington offen die antinukleare Position der Labour Party. Aber sie behauptet ihren Standpunkt mehr oder weniger entschlossen.

Nach Meinung führender Politiker der Labour Party werde ein solches Programm ihnen zwar keine zusätzlichen Stimmen einbringen, doch auch wohl kaum Wähler abstoßen. Im Wahlkampf werde es so wieso vor allem um die Sozial- und Wirtschaftspolitik gehen. Außerdem könne der Kurs der Labours auf lange Sicht zunehmende Unterstützung finden.

Genau können wir natürlich nicht beurteilen, inwiefern die antinukleare Plattform der Labours im Lande unterstützt wird; Umfrageresultate sind schließlich mit Vorsicht zu genießen. Auf jeden Fall gab es unter unseren Gesprächspartnern weit mehr Anhänger als Gegner dieser Haltung.

Deshalb wirkte befremdend, was Mrs. Thatcher in Moskau im Namen des britischen Volkes zu den nuklearen Fragen erklärte (nicht von ungefähr heißt es unter Moskauer Witzbolden jetzt, nach ihrem Auftritt im sowjetischen Fernsehen, sie sei nicht eine eiserne, sondern eine nukleare Lady). Auf keinen Fall wäre es recht und billig, das bedingungslose Bekenntnis der Premierministerin und ihrer Gesinnungsgenossen zu den "eindämmenden" Kernmitteln der allgemeinen Ansicht der britischen Öffentlichkeit gleichzusetzen. Die CND bildet angeblich die einzige Ausnahme. Bei der Erwähnung dieser Bewegung geben die konservativen Politiker übrigens herablassend zu verstehen, die CND vertrete die Ansichten eines unbedeutenden Teils der Öffentlichkeit. Ein typisches Beispiel des Wunschdenkens.



Die CND ist eine Massenbewegung: eine Viertelmillion Mitglieder plus ein gewisser Einfluß auf breite soziale und politische Schichten: Labours, Liberale, Grüne, Kommunisten, Nationalisten von Schottland und Wales, Parteilose, Gewerkschafter, Vertreter verschiedener Konfessionen, Wissenschaftler, Ärzte, Künstler etc. 1958 gegründet, erlebte die CND: zu Beginn der 60er Jahre einen stürmischen Aufschwung und in den 70er Jahren eine langwierige Depression. In den 80er Jahren, als sich die britische Gesellschaft, besonders nach der Stationierung von US-Flügelraketen 1983, über die nukleare Gefahr klarer wurde, aktivierte sich die CND wieder. Hunderttausende, mitunter eine Million gingen zu ihren Demonstrationen und Meetings.

Es ist bekannt, daß die Veränderungen in der Haltung der Labours der CND halfen, ihren Einfluß zu erweitern. Gerade damals wurde das Programm der einseitigen nuklearen Abrüstung angenommen. Das geschah übrigens, wie man uns sagte, unter dem unmittelbaren Einfluß der antinuklearen CND-Plattform.

Die CND unterstützt dieses Programm, hat jedoch so manches daran auszusetzen. Das Dokument wurde auf der Labour-Jahreskonferenz 1986 verabschiedet. Die CND stellt in einigen Positionen Abweichungen von einem ähnlichen Dokument, das zwei Jahre zuvor gebilligt wurde, fest.

Was kritisiert die CND? Im Unterschied zur Labour Party ist sie gegen Großbritanniens Teilnahme an den "nuklearen Blöcken", d. h. der NATO. Zwar versprechen die Labours, auf eine Modifizierung der NATO-Doktrin in antinuklearer Richtung hinzuwirken (Verpflichtung, keinen Erstschatz zu führen, Konzentration auf konventionelle Rüstungen). Aber die CND geht weiter, sie fordert, die Blöcke durch ein allgemeines Sicherheitssystem zu ersetzen.

Außerdem verweist sie darauf, daß das Dokument der Labours am "Feindbild Sowjetunion" festhält. Das Ziel, eine kernwaffenfreie Welt, wird darin nicht erwähnt.

Eins steht jedoch fest: Die größte Unterstützung findet die CND in der Labour Party und den Gewerkschaften. Der Bewegung gehören ferner ungefähr 120 Mitglieder des Unterhauses an, vorwiegend Labours, aber auch Liberale und Vertreter der nationalistischen Parteien von Wales und Schottland.

Bei den bevorstehenden Wahlen werden die CND-Aktivisten, wie leitende Vertreter dieser Organisation sagten, eine aktive Kampagne für jene Kandidaten, ganz gleich, welcher Parteizugehörigkeit, durchführen, die sich für nukleare Abrüstung einsetzen.

Das Thema Wahlen kam in unseren Gesprächen immer wieder zur Sprache, oft im Zusammenhang mit dem UdSSR-Be-

such Mrs. Thatchers. Wir waren verwundert, wie sensibel die britischen Friedensfreunde auf den Besuch reagierten. Ohne Umschweife sagten sie, die Tory-Führung würde alles versuchen, um die Ergebnisse der Reise für ihre egoistischen Parteizwecke auszuschlachten. Sie befürchteten außerdem, die britische Premierministerin würde der akuten Frage nach den britischen Kernwaffenstreitkräften, deren Auflösung die CND anstrebt, ausweichen. So fühlten sie sich alarmiert, als es neuerdings aus Regierungskreisen verlautete, Moskau ziehe es vor, gerade mit diesem Tory-Kabinetts zu tun zu haben.

Da wir keinen diplomatischen Status hatten, waren wir so frei, einige persönliche Erwägungen zu äußern, und hoffen, daß man uns deshalb keine Einmischung in die Wahlkampagne zur Last legt. Aus unserer Überzeugung heraus, daß die sowjetische Führung konsequent die Idee der nuklearen Abrüstung vertritt, sprachen wir uns dahingehend aus, daß die nuklearen Probleme unabhängig von den Absichten des Tory-Kabinetts sowieso im Mittelpunkt der Moskauer Gespräche stehen würden. So kam es auch.

Was konkret die britischen (wie auch die französischen) Kernwaffen betrifft, ganz zu schweigen von den häufig wiederkehrenden Projekten einer Eurobombe, so ist die Haltung der sowjetischen Öffentlichkeit absolut unmißverständlich: Ganz gleich, wann und wo Diplomaten über die Zukunft der britischen nuklearen Waffen diskutieren, sind wir für deren Beseitigung, und dies aus demselben Grunde, der uns auch sonst zum Kampf für eine überall (selbstredend auch in der UdSSR) vorzunehmende Vernichtung der Kernwaffen bewegt. Die Versuche des Tory-Kabinetts, zu tun, als gingen die Verhandlungen über eine einschneidende Kürzung der Kernwaffen Großbritanniens gar nichts an und als wären seine Kernwaffen unantastbar, sind weder logisch noch haltbar.

Zu den Sympathien der sowjetischen Öffentlichkeit für die eine oder die andere der führenden britischen Parteien: Unabhängig von ideologischen Motiven beruhen solche Sympathien vor allem auf ihrer konkreten Politik, ganz gleich, ob es sich um Tories, Labours, Liberale, Sozialdemokraten usw. handelt.

Fakt ist, daß der Beschluß über die Entwicklung britischer Kernwaffen von der ersten Labourregierung der Nachkriegszeit (Atlee-Bevin) angenommen wurde. Ebenso unbestreitbar ist die alles in allem energische und positive Rolle des Tory-Politikers Harold MacMillan, als der Vertrag über das Verbot der Nukleartests in drei Medien vorbereitet und dann 1963 geschlossen wurde.

Wie man sieht, hat die Labour Party seitdem auf nuklearem Gebiet eine wesentliche Evolution durchgemacht (allerdings in der Opposition). Die Tory-Regierung aber hält beharrlich an der Konzeption der nuklearen Eindämmung

fest und bleibt bei der Erreichung eines vollständigen Verbots der Nuklearexplosionen und auch in anderen Abrüstungsfragen passiv.

Auf jeden Fall glauben wir folgendes. Wenn der Moskau-Besuch Mrs. Thatchers die Wahlen in Großbritannien tatsächlich beeinflussen sollte (das Datum steht noch nicht fest, man spricht von Mai, Juni oder Oktober), so wäre das eine hochinteressante Besonderheit unserer Tage.

Spitzenpolitiker und Parteien beurteilt man heute danach, welches Verantwortungsbewußtsein sie in internationalen Angelegenheiten an den Tag legen und was sie zur Gewährleistung des Friedens tun. Das erhöht die Rolle der Öffentlichkeit und die Chancen für die Vertiefung einer "Entspannung von unten".

Die UdSSR geht mit gutem Beispiel voran: Viele Ideen, die zu verschiedenen Zeiten in der Öffentlichkeit entstanden, darunter in Bewegungen und bei Politikern des Westens, fanden später in den Vorschlägen der sowjetischen Führung ihren Niederschlag.

Vor unserer Abreise aus London hörten wir, daß die CND-Führung Margaret Thatcher eine Art "Mandat" für die Verhandlungen über Kernwaffenprobleme und die Einstellung des Wettrüstens zu übergeben gedenke. Pressemeldungen zufolge wurde das getan.

Es steht uns nicht zu, darüber zu urteilen, inwiefern die britische Führung das "Mandat" ihrer Öffentlichkeit realisiert hat. Aber als einflußreiche Massenorganisation beauftragte das Sowjetische Friedenskomitee seinerseits eine repräsentative Delegation unter Genrich Borowik, dem Vorsitzenden unseres Komitees, in Moskau mit Mrs. Thatcher zusammenzukommen und ihr die Position der sowjetischen Öffentlichkeit darzulegen.

Wir werden es ja erleben, in welchem Maße die Führung des Landes dem Standpunkt der Öffentlichkeit Rechnung trägt, darunter der dieses Landes, wo man auf tiefgreifende parlamentarische Traditionen so stolz ist und so gern bereit, anderen Völkern, am häufigsten dem Sowjetvolk, Lehren in demokratischer Beschlußfassung, darunter im außenpolitischen Bereich, zu erteilen.

"Ihr sollt euch nicht von den sieben Todmythen in Versuchung führen lassen": Mit diesen Worten schließt die von uns eingangs erwähnte Broschüre. Vielleicht gibt es sogar mehr als nur sieben Todmythen. Wir überzeugten uns in Großbritannien, wie nützlich Begegnungen und persönliche Kontakte sind: Sie tragen dazu bei, solche Mythen zu zerpfücken sowie Stereotypen auszumerzen, die früher im Bewußtsein der Briten und, wir wollen es offen sagen, auch in unserem Bewußtsein fest verankert schienen.

London--Moskau

USA--  
NIKARAGUA

## „Solid Shield“ soll provozieren

● MIT EINER UNBEDEUTENDEN STIMMENMEHRHEIT BILLIGTE DER US-SENAT DIE ÜBERWEISUNG VON 40 MIO. DOLLAR AN DIE CONTRAS IN NIKARAGUA.

Das ist der Rest der von der Reagan-Administration im vorigen Sommer bewilligten 100 Mio. Die CIA begann bereits mit der Belieferung der Contras mit Kanonen, Boden-Luft-Raketen und sonstigen schweren Waffen. Ferner überläßt sie bewaffneten Gruppen, die ins Innere Nikaraguas eingedrungen sind, Spionageangaben über zu zerstörende Objekte: Brücken, Dämme, Kraftwerke, Überlandleitungen, Telefonämter, Hafenanlagen usw.

Am frühen Morgen des 19. März überfielen die Contras die Siedlung Bocay im Departement Jinotega und plünderten die Genossenschaft Monterrey in 10 km Entfernung vom Städtchen Asturias. Drei Tage früher kam es in Managua nachts zu einer starken Explosion, die einen Leitungsmast bei Domitila Lugo zerstörte.

Am Abend des 26. März übertrug das Fernsehen das Begräbnis der Opfer. Weinende Witwen, Verwandte und Angehörige in tiefer Trauer. Begraben wurden neun Arbeiter des Carlos-Fonseca-Holzkombinats, die von Contras aus dem Hinterhalt ermordet worden waren.

Die Terrorakte passieren wohl nicht zufällig in einer Zeit, da eine Übung der amerikanischen und honduranischen Truppen, die auf den Namen „Pegasus 87“ hört und am 1. April in Honduras in der Nähe der nikaraguanischen Grenze begann. Im Mai will das Pentagon seine Übungszone von Honduras bis zum US-Stützpunkt Guantanamo auf Kuba und zur Insel



„Zum Verrücktwerden! Ist Rußland so unheimlich zurückgeblieben, oder bleiben wir hinter ihm unheimlich zurück!“

Zeichnung: W. Arsenjew

Vieques bei Puerto Rico erweitern. Am Manöver „Solid Shield“ sollen über 50 000 Militärangehörige, ferner Flugzeugträger und andere Kampfschiffe eingesetzt werden. In einem Interview für die Nachrichtenagentur Nueva Nicaragua betonte der amerikanische Admiral a. D. Gene La Rocque die außerordentliche Gefährlichkeit der Übungen,

die seiner Meinung nach wie ein Auftakt zu einer Invasion in Nicaragua wirken.

Washington setzt seine Provokationen fort. Vor kurzem veranstaltete die US-Botschaft in Managua für Vertreter der rechten Oppositionsparteien ein Treffen mit dem US-Obersten und Lateinamerikaexperten Jose Muratti. Wie er sagte, lasse die Administration

in Washington nicht einmal den Gedanken an eine friedliche Koexistenz mit den Sandinisten zu, wenn die Regierung Nikaraguas nicht der US-Forderung nachkomme, mit den Contras zu verhandeln und das gegenwärtige Regime zu ändern.

Managuas Öffentlichkeit war empört. Luis Sanchez, Parlamentsabgeordneter der Nikaraguanischen Sozialistischen Par-



tei, erklärte: „Es ist bedauerndswert, daß ein Ideologe des amerikanischen Imperialismus nach Nikaragua kommt, um eine Politik der Aggression gegen unser Land zu rechtfertigen, und eine Schande, daß sich nikaraguanische Politiker bereit finden, so etwas mitzumachen.“

NZ-Korrespondent

Managua

BRD

## Niederlage

in

## Hessen

ODIE LANDTAGSWAHLEN IN HESSEN BROCHTEN DEN SOZIALDEMOKRATEN EINE NIEDERLAGE.

Nun haben CDU und FDP zwei Sitze mehr als die SPD und die Grünen, in Hessen entsteht eine CDU/FDP-Koalition. Der neue Ministerpräsident ist Bundesumweltminister Walter Wallmann.

Die Wahlergebnisse bedeuten vor allem eine schwere Schlappe für die SPD. Hessen galt als eine Hochburg der Partei, in allen Nachkriegsjahren stand sie dem Landtag vor. In den meisten Fällen mußte sie allerdings die Macht mit anderen Parteien teilen, die letzten 14 Monate mit den Grünen.

Für die demokratischen Kräfte war Hessen eine Art Gegengewicht zu Bonn mit seiner bürgerlichen Koalition und das Bündnis der SPD mit den Grünen ein Modell, das eventuell auch auf andere Bundesländer übertragen werden könnte. Das Beispiel Hessen lieferte einen Orientierungspunkt auch für die Schaffung einer neuen politischen Mehrheit in der ganzen Bundesrepublik.

„NEUE ZEIT“ 15.87

Die „Ehe“ der SPD mit den Grünen alarmierte die bürgerlichen Parteien. Die „rotgrüne Gefahr“ werde, wie die Rechtspresse behauptete, unweigerlich in einem „Wirtschaftschaos“ enden. In Wirklichkeit ist die Lage in Hessen in so mancher Hinsicht besser als in den anderen Bundesländern: die Arbeitslosigkeit etwas geringer als der Bundesdurchschnitt, die Arbeitsproduktivität und der Lohndurchschnitt höher. Die Landesregierung konnte immerhin einige bescheidene Maßnahmen für die Werktätigen durchsetzen.

Dennoch zerfiel die Hessener Koalition noch Monate vor den regelmäßigen Landtagswahlen. Der unmittelbare Grund waren die Gegensätze zwischen den Partnern in der Kernenergiefrage.

In Hessen liegen mehrere Betriebe, die den Brennstoff für Kernkraftwerke erzeugen. Sie bestehen schon jahrelang, und zwar ohne entsprechende offizielle Genehmigung, so seltsam das auch ist. Fachleute äußerten wiederholt starken Zweifel an ihrer Betriebssicherheit. Sie befinden sich sämtlich in Hanau, in unmittelbarer Nähe des internationalen Frankfurter Flughafens und dreier Flugplätze der US Army. Ein Flugzeugunglück in diesem Gebiet (leider nicht auszuschließen) würde dichtbesiedelte Territorien verstrahlen. Eines dieser Unternehmen, die ALKEM, verarbeitet Plutonium, das sich auch für Kernwaffen eignet. Deshalb bestehen die Grünen entschlossen auf der Liquidierung der Firma. Die DKP erklärt dazu: „Die Einstellung der Plutoniumverarbeitung ist vor allem notwendig, um jede Möglichkeit zu unterbinden, daß die reaktionarischen Kräfte in der Bundesrepublik sich jemals ihren alten Wunsch - die eigene Atombombe - erfüllen können.“

Im vorigen Herbst sprach sich die SPD zwar ebenfalls gegen die Plutoniumverarbeitung in der Bundesrepublik aus, aber der hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger (SPD) versprach im Januar d. J. der Bundesregierung, der

ALKEM die nötige Genehmigung auszustellen. Die Kritik der Grünen an Steger war so scharf, daß der hessische Ministerpräsident Holger Börner ihren Vertreter Joschka Fischer (bis dahin Umweltminister) feuerte. Die Koalition zerfiel. Vorfristige Wahlen wurden ausgeschrieben.

Trotzdem wandten sich die hessischen Sozialdemokraten später mit der Forderung an das Bundesverfassungsgericht, die Plutoniumverarbeitung in Hanau zu verbieten. Zuerst brachen sie ihr Bündnis mit den Grünen ohne halbwegs ernsthaften Grund, nach den Wahlen nun wollten sie es erneuern.

Ein dermaßen widersprüchliches Verhalten der SPD mußte sich auf die Wähler auswirken. Gegenüber 1983 verlor sie 6 Prozent der Stimmen in Hessen und schnitt am schlechtesten in der ganzen Nachkriegszeit ab. Die Grünen hingegen, die trotz der Konflikte zur weiteren Zusammenarbeit mit der SPD bereit waren, konnten ihre Positionen bedeutend festigen: 9,4 Prozent der Stimmen bzw. 3,5% mehr als bei den früheren Landtagswahlen. Das reichte jedoch für eine weitere „rotgrüne“ Koalition nicht aus.

Die Wahlergebnisse in Hessen sind Ausdruck der allgemeinen SPD-Krise, als deren Folge auch der Rücktritt des Parteivorsitzenden Willy Brandt anzusehen ist. Wie er sagt, wolle der rechte SPD-Flügel eine Änderung des auf dem Nürnberger Parteitag festgelegten Kurses erzwingen, obwohl er dafür keine Mehrheit habe. Zweifellos wird die Niederlage in Hessen die Diskussion in der Partei aktivieren. Was nun? Wird die SPD die in Nürnberg begonnene Ausarbeitung einer politischen Linie fortsetzen, die eine Alternative zum konservativen Kurs der Bonner Koalition darstellt? Nach einem Bündnis mit anderen Kräften „links von der CDU“ streben? Oder sich im Gegenteil von Nürnberg abkehren und allmählich die sich abzeichnenden Positionen aufgeben und sich den bürgerlichen Parteien annähern? Der für Juni angesetzte außeror-

dentliche Parteitag muß auf diese Fragen antworten.

A. TOLPEGIN  
NZ-Korrespondent

Bonn

## GRIECHENLAND-- TÜRKEI

### Ursachen

### einer

### Krise

ODER SEIT ÜBER 10 JAHREN SCHWELENDE SPANNUNGSHERD IN DER ÄGÄIS STAND IN DEN LETZTEN TAGEN ERNEUT IM GESPRÄCH

Der Anlaß zur neuerlichen Verschärfung der griechisch-türkischen Gegensätze war die noch immer offene Frage über die Teilung des Kontinentalschelfs im Ägäischen Meer. Athen und Ankara standen dicht vor einem bewaffneten Konflikt. Die allgemeine Sicherheit im neuralgischen Punkt Ostmittelmeer drohte ins Wanken zu geraten.

Die UdSSR und die anderen in der Nähe gelegenen Staaten fühlten sich zu Recht alarmiert. Moskau forderte die griechische und die türkische Regierung auf, jeden die Situation erschwerenden Schritt zu vermeiden, und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß guter Wille auf beiden Seiten zur friedlichen Lösung der strittigen Fragen führen werde.

Man muß sagen, daß Athen und Ankara die Situation unter Kontrolle behielten. Sie übten Zurückhaltung und bemühten sich um eine Normalisierung der Lage. Auf einem Briefing für sowjetische und ausländische Journalisten am 2. April äußerte ein Vertreter des sowjetischen Außenministeriums Genugtuung und schätzte Griechenlands Vorschlag, die Frage des Kontinentalschelfs

dem Internationalen Gerichtshof vorzulegen, positiv ein.

Die Erörterung des Problems in dieser maßgeblichen Instanz mit ihren Erfahrungen bei der Hilfe für Staaten in ähnlicher Situation würde dazu beitragen, die Gegensätze ohne äußeren Druck, genau nach den Völkerrechtsnormen zu beseitigen. Erinnert sei auch daran, daß der UNO-Sicherheitsrat, der im August 1976 einen analogen griechisch-türkischen Konflikt wegen der Rechte der Seiten auf die Ausbeutung der Bodenschätze auf dem ägäischen Kontinentalschelf erörterte, ebenfalls die Zweckmäßigkeit hervorhob, die Erfahrungen des Internationalen Gerichtshofes in Anspruch zu nehmen.

Gegenwärtig scheint die Krise überwunden, die unmittelbare Gefahr für den Frieden im Ostmittelmeer und auf dem Balkan gebannt. Lohnt es, auf den Konflikt noch einmal einzugehen?

Doch, weil man die Schuldigen festnageln und Klarheit darüber schaffen muß, wer diesen Spannungsherd immer wieder schürt und warum. Der griechische Premier Andreas Papandreu sagte in seiner Erklärung vom 27. März ohne Umschweife, daß die Verantwortung für die Krise die USA trifft.

Die Annahme wäre naiv, im Weißen Haus wünsche man einen griechisch-türkischen Krieg. Er würde ja zum Zerfall der südöstlichen NATO-Flanke führen. Nein, Washington ist anders motiviert. In letzter Zeit ist man dort immer gereizter darüber, daß Athen außenpolitisch selbständig vorgeht, sich eindeutig für Abrüstung, für die Erhaltung und Erweiterung der vertragsmäßig geregelten Rüstungskontrolle einsetzt und gegen eine Militarisierung des Weltraums auftritt.

Am Pötomac verzieht man das Gesicht über jede neue Friedensaktion der Sechsergruppe, in der der griechische Premier eine aktive Rolle spielt. Offensichtlich ungehalten ist man dort auch über Papandreus Erklärungen, in

denen er die friedensdienlichen Initiativen der UdSSR und die Umgestaltung in unserem Lande positiv einschätzt. Schließlich macht es Washington einfach wütend, daß Athen das Weiterbestehen der US-Stützpunkte in Griechenland nicht garantiert, daß die Griechen die US-Kernwaffen aus ihrem Land weghaben wollen und sich weigern, an militäristischen Umtrieben gegen die sozialistischen Länder teilzunehmen.

Die US-Presse geizt nicht mit Beschimpfungen gegen die griechische Regierung. Erneut heißt es, Nordzypern sollte weiterhin okkupiert werden. Man droht den Griechen offen, ihnen die US-Militärhilfe zu entziehen.

Das ist nicht die am Pötomac erwartete Wirkung. Die neue antigriechische Kampagne bestärkt die Regierung in Athen noch in ihrer Entschlossenheit, das Land von den US-Militärobjekten und US-Kernwaffen zu befreien und so die eigene Sicherheit zu konsolidieren. Die Regierung gab bekannt, daß sie fest entschlossen ist, auch weiter einen selbständigen, friedliebenden außenpolitischen Kurs zu steuern und aktiv zu Frieden und Abrüstung beizutragen, darunter im Rahmen der Initiative der sechs Staaten.

G. SCHAPOWALOW

## TSCHAD

### Die Lage eskaliert

• DER PARISER „MONDE“ WILL NICHT VON DER ANTISOWJETISCHEN KAMPAGNE ABSEITS STEHEN, DIE BESTIMMTE FRANZÖSISCHE KREISE IN DIESEN TAGEN AUZIEHEN.

Die Kräfte, schreibt das Blatt, die gegen das Habre-Regime in Tschad kämpfen, hätten unterschiedliche Wollen sowie-

tischer Herkunft. Dies beweise die Einmischung der UdSSR in den inneren Konflikt in Tschad und überhaupt die imperialistischen Bestrebungen Moskaus in Afrika.

Über die Kolonisierungspläne der „Roten“ in Afrika las man seit Jahren in der französischen bürgerlichen Presse. Gegenwärtig ist „Le Monde“ darauf aus, die französische und internationale Öffentlichkeit von der - noch dazu gemeinsam mit den USA unternommenen - sprunghaften Eskalation der französischen Einmischung in Tschad abzulenken. Am 10. März erklärte Präsident Mitterrand auf einer Pressekonferenz in Paris unumwunden, die französische „Hilfe“ für N'Djamena nehme von Monat zu Monat zu; für die Bereinigung des dortigen Konfliktes sei militärische Gewalt entscheidend.

Die Erklärung, in der die Eskalation der Einmischung zugegeben wird, orientiert das Habre-Regime überdies darauf, eine friedliche Regelung durch Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien abzulehnen und den Bürgerkrieg - mit französischer Hilfe - bis zum siegreichen Ende zu führen. Frankreichs Einmischung in Tschad war aber schon ohne Eskalation beeindruckend genug.

Nach der Presse zu urteilen, sind in Tschad bei der Operation „Habicht“ (so das Kodewort für das Eindringen französischer Truppen in dieses Land) gegenwärtig mehr als 2240 Militärangehörige, 11 Jaguar-Jäger, 8 Mirage-Flugzeuge und mit Hot-Raketen bewaffnete Gazelle-Hubschrauber eingesetzt. Weitere 300 französische Soldaten sollen nach Tschad verlegt werden. Sprungbereit sind auch französische Bodeneinheiten und Kampfflugzeuge, die in den mit Paris durch „Sonderbeziehungen“ verbundenen afrikanischen Nachbarländern liegen. Es wird gemeldet, daß französische Ingenieure demnächst nach Tschad gehen, um Militärflugplätze anzulegen bzw. zu modernisieren. Waren die französischen Soldaten in Tschad bis jetzt nördlich nicht über den 16. Breitengrad (die von Paris gezogene „rote Linie“) vorge-

stoßen, so spricht man jetzt ganz offen von ihrer möglichen „Umverlegung“, d. h. von der Erweiterung der französischen Invasion.

An der Operation „Habicht“ wirkt die US-Administration aktiv mit. Sie gewährt dem Habre-Regime Waffen, Kampftechnik und Munition für 15 Mio Dollar. All das wurde mit den US-Maschinen geflogen bzw. von amerikanischen „technischen Hilfscorps“ mitgebracht. Jetzt sei es nicht ausgeschlossen, daß „der Präsident den Befehl über dringliche Militärhilfe erteilen könnte. Das erfordert keine Billigung durch den Kongreß.“ Eine solche Hilfe könnte 75 Mio Dollar erreichen. Wie eine ägyptische Zeitung vor kurzem schrieb, habe Washington versucht, auch Ägypten in das französisch-amerikanische Abenteuer in Tschad einzubeziehen, sei jedoch auf entschiedene Ablehnung gestoßen.

Die Eskalation der bewaffneten Einmischung Frankreichs in Tschad wird heute von der Öffentlichkeit in aller Welt, vor allem in Afrika selbst, immer schärfer verurteilt. Gegen die Einmischung sprachen sich die Spitzenpolitiker von Ghana, Burkina Faso, Benin, Nigeria, Togo und Niger aus. Das Volksbüro für auswärtige Beziehungen Libyens gab eine Erklärung ab: Die Stellungnahmen des französischen Präsidenten und die groben Ausfälle von Sprechern der US-Administration gegen das tschadische und das libysche Volk seien ein Beweis dafür, daß die Imperialisten einen strategischen Gesamtplan für Afrika haben, der ihnen die Wiederherstellung ihrer Herrschaft dort sichern soll.

Acheik Hou Omar, der Vorsitzende der Übergangsregierung der nationalen Einheit, mahnt das Volk Tschads zur Wachsamkeit und warnt zugleich vor dem Imperialismus, der die Naturreichtümer des Landes an sich reißen und es zu einem Aufmarschgebiet machen will, um destabilisierende Schläge auch gegen fortschrittliche Nachbarstaaten zu führen.

J. KORSCHUNOW

„NEUE ZEIT“ 13.87



# Wenn man Pershing 2 eine Stufe nimmt...

Die Kunst des politischen Plakats in der BRD hat nicht nur Höhen, sondern auch eine nie dagewesene Vielfalt erreicht - von riesigen Zeichnungen an Hauswänden bis zu Mini-Aufklebern auf Autos. Ich kann mich noch sehr wohl an die Massenproteste gegen die Stationierung der Pershing erinnern. Damals stieß man auf Schritt und Tritt auf Plakate, auf denen eine kleine muntere Gestalt eine schwarze Rakete von sich stieß...

Ein alter Anhänger der Friedensbewegung, dem ich unlängst dieser Tage in Essen begegnete, bemerkte:

„Ja, in jenen Jahren gelang es uns nicht, die Raketen fortzustoßen. Deshalb können Sie verstehen, wie froh wir waren, als wir von dem neuen sowjetischen Vorschlag für die Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa erfuhren...“

Doch sogleich fügte er hinzu:

„Wir sind sehr froh, doch ob daraus etwas wird, läßt sich einstweilen schwer sagen...“

Woher kommt diese Skepsis bei jemandem, den ich schon lange als unverbesserlichen Optimisten kenne - ja, und nicht nur bei ihm? Verschiedene Antworten wurden mir darauf gegeben, doch vor allem liefen sie auf folgendes hinaus: Die erste positive Reaktion des Westens auf die von ihm selbst vorgeschlagene „Null-Lösung“ wurde von einem müden „ja, aber“ abgelöst. In der BRD-Presse, ja auch in den Reden vieler CDU-Politiker wurden Befürchtungen laut, die „Null-Lösung“ berge entsetzliche Gefahren. Überdies tauchte sofort ein Buch von Lothar Rühl, Staatssekretär des BRD-Verteidigungsministeriums, auf, das die „Frankfurter Allgemeine“ als „Warnung“ propagiert. Die NATO habe, als sie die „Null-Lösung“ vorschlug, angeblich etwas ganz anderes im Sinne gehabt...

Die Gründe für diesen Eiertanz braucht man nicht lange zu suchen. Bekanntlich antwortete die Delegation der USA bei den Verhandlungen in Genf auf den sowjetischen Vorschlag mit einer Reihe von Gegenvorschlägen, die die gesamte Idee der Beseitigung der Mittelstreckenraketen gefährden. Erstens wurde erklärt, man gedenke nicht die Pershings abzuziehen, sondern wolle nur eine Raketenstufe demonstrieren. Zweitens werden die Verhandlungen zu einem Paket zusammengeschlüsselt, d. h. vom Abbau der operativ-taktischen Raketen abhängig gemacht. Und drittens sucht man zu definie-

ren, was denn eigentlich eine Mittelstreckenrakete sei...

Der Sinn des amerikanischen Manövers ist klar: „Die Raketen fortnehmen, um sie zu belassen“. Wenn man eine Stufe leicht demonstrieren kann, dann kann man sie ebenso leicht wieder aufsetzen. Nicht weniger durchsichtig ist auch die Absicht, die Diskussion erneut in den Dschungel der Zahlen und verwirrenden Begriffe zu treiben.

Wie reagierte man in der BRD auf diese „Raketenscholastik“? BRD-Außenminister Hans-Dietrich Genscher formulierte folgende Position: „Es gibt überhaupt keinen Zweifel darüber, daß die jetzt in der BRD stationierten Pershing 2 — genauso wie die Marschflugkörper, die nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Ländern stationiert sind — natürlich abgezogen werden.“ Auf die direkte Frage eines Rundfunkreporters hin bekräftigte er: „Diese Systeme sind hier aus der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Null-Lösung abzuziehen.“ Alles klar?

Doch im BRD-Verteidigungsministerium ist man da offenbar anderer Meinung: Wie die „Frankfurter Rundschau“ am 3. April meldete, „verwirft“ man dort „grundsätzlich“ nicht die amerikanischen Vorschläge. Insbesondere betrachtet man die Umrüstung der Pershing als „eine von mehreren Möglichkeiten“. Besagter Staatssekretär Lothar Rühl erklärte: „Die Bundesregierung hat sich ihre Stellungnahme dazu bisher aus gutem Grund vorbehalten.“

Warum eigentlich? Hat denn die BRD keinen Anlaß, zu Fortschritten bei der Abrüstung beizutragen? Besitzt sie etwa keine eigene Stimme und kann sie nicht dabei helfen, daß in Europa ein konkreter Schritt zur Senkung des Konfrontationsstandes getan wird? Hatte ja Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung gesagt: „Ein baldiger Abschluß eines INF-Abkommens würde ein sichtbares Zeichen für den Ernst und die Glaubwürdigkeit der Rüstungskontrollbemühungen setzen. Von ihm würde auch ein wichtiger Impuls für andere Verhandlungsbereiche ausgehen.“ Woran liegt es dann?

L. BESYMENSKI

## ...und SS 20 eine Stufe dazugibt

Im NATO-Hauptquartier nimmt die Besorgnis zu, weil - im Zusammenhang mit

den sowjetisch-amerikanischen Gesprächen über die „Nulloption“ bei den Euroraketen - in Washington vor kurzem die Idee das Licht der Welt erblickte, die amerikanischen Mittelstreckenraketen Pershing 2, zu operativ-taktischen Pershing-1-Raketen modifiziert, in Westeuropa zu belassen. Das sagte in Brüssel ein bekannter politischer Experte, der führenden NATO-Kreisen nahesteht. Erforderlichenfalls könne die Pershing 1 ebenso leicht in eine Pershing 2 zurückverwandelt werden. Viele erfahrene NATO-Militärs seien der Meinung, daß die UdSSR als Gegenmaßnahme ihre SS-20-Raketen zu mobilen interkontinentalen ballistischen Raketen (ICBM) transformieren könne. Nachdem sich die US-Administration gewiegt habe, SALT 2 einzuhalten, seien die Russen, wie eine im NATO-Hauptquartier weitverbreitete Meinung besagt, berechtigt, sich, was ihre Vertragsverpflichtungen über die ICBM-Höchstgrenzen betrifft, als frei zu betrachten.

Der Experte zweifelt nicht daran, daß die UdSSR ihren Bestand an mobilen ICBM relativ schnell und ohne übermäßigen Aufwand erhöhen könne, wenn sie die recht effektiven SS 20 zu noch effektiveren ICBM umwandelte, was durch rein mechanische Hinzufügung einer dritten Stufe und eine relativ einfache Modifizierung des Steuerungssystems zu erreichen sei.

Solche neuen sowjetischen mobilen ICBM seien dann weit gefährlicher für Westeuropa als die SS 20, denn selbst von Kampfstellungen etwa hinter dem Ural aus könnten sie die gleichen Objekte in den westeuropäischen Ländern anvisieren und dabei praktisch unverwundbar bleiben.

Die Russen, denen man in letzter Zeit immer mehr Vertrauen entgegenbringe, hätten zwar so etwas nie gesagt, aber auch nie die Hände in den Schoß gelegt, wenn sie bestimmte „Neuheiten“ der Amerikaner entdeckt hätten, so der Militärexperte.

Auf Brüssel und andere europäische Hauptstädte wirkt die Haltung der US-Administration in der Frage der Euroraketen unvermeidlich wie ein Doppelspiel. Versuche der USA, ihre Mittelstreckenraketen in Europa, und sei es in beschränktem Maße, zu behalten, obwohl die „Nullvariante“ von ihnen selbst stammt, erschüttern das Vertrauen zum Weißen Haus. Westeuropäische Beobachter sind nicht so vertrauensselig, die Augen davor zu verschließen, daß dieses Doppelspiel die Sicherheit in Westeuropa noch mehr gefährdet.

M. PUTINKOWSKI

# 40 Jahre Freundschaft

Am 13. April 1947, vier Monate bevor über dem Roten Fort in Delhi die dreifarbig indische Fahne, die Fahne der Unabhängigkeit, gehißt wurde, informierte Jawaharlal Nehru seine Nation darüber, daß Indien und die Sowjetunion diplomatische Beziehungen aufnehmen wollen.

Nehru sagte dem ersten indischen Botschafter vor seiner Abreise nach Moskau: "Sie fahren in ein befreundetes Land, von dem wir infolge der fremdländischen Herrschaft getrennt waren. Es gilt, die vertane Zeit nachzuholen und unsere Verbindungen zur Sowjetunion zu festigen. Wir sind Nachbarn und haben viel Gemeinsames. Zwischen uns gibt es und darf es nie einen Interessenkonflikt geben."

Kurz nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland sagte Lenin, daß die Völker des Ostens, darunter auch Indiens, an den Entscheidungen über die Geschicke der ganzen Welt beteiligt sein werden. Er rief dazu auf, dem indischen Volk und allen anderen Völkern des Ostens die Hand der Freundschaft und Brüderlichkeit zu reichen. Die marxistische Sicht der Entwicklungsperspektiven der Gesellschaft fundierte diese Voraussage.

Die marxistische Interpretation der Geschichte übte auf die Weltanschauung des herausragenden Führers des indischen Volkes im Kampf für nationale Befreiung Jawaharlal Nehru großen Einfluß aus. Auf diese Tatsache verwies der indische Soziologe Vinod Bhatia:

"Deshalb haben sich auch Nehrus antiimperialistische Ansichten gefestigt. Dieser Umstand könnte lediglich eine subjektive Besonderheit seiner Biographie darstellen. Doch darin waren objektive Tendenzen konzentriert, die im indischen Volk noch unter imperialistischer Knechtschaft reiften. Daher wurde die russische Revolution 1917 von den Indern als der erste Schlag gegen den Imperialismus empfunden. Der erste Leiter des unabhängigen Indiens sprach über das natürliche Zusammenwirken beider Länder bei der Lösung von gemeinsamen

Aufgaben, etwa des Kampfes gegen Kolonialismus und Imperialismus, für Frieden... Mit gutem Grund kann man sagen, daß Jawaharlal Nehru die von Lenin entgegengestreckte Hand der Freundschaft und Brüderlichkeit gern angenommen hat..."

## Der Hintergrund

Dieser Händedruck der Freundschaft charakterisiert auch heute die Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern. 40 Jahre diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und Indien decken einen Zeitraum ab, in dem vieles von dem entstand, was heute typisch ist für die Verbindungen der Sowjetunion zu den Ländern, die sich vom kolonialen Joch befreit haben. Sie bilden jene gesunde, gerechte und gleichberechtigte Substanz, die langsam aber sicher in der Praxis der internationalen Beziehungen Fuß faßt.

"40 Jahre sowjetisch-indische diplomatische Beziehungen", sagte mir M. Zuberi, Professor an der Nehru-Universität, "geben der Welt ein nachahmenswertes Beispiel für die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Zugleich stellen unsere engen Verbindungen ein wichtiges Element der Konsolidierung jenes Kräftepotentials dar, das die internationale Stabilität fördert und neoglobalistische Tendenzen unterbindet..."

Viele westliche und indische Politologen sind angesichts so freundschaftlicher indisch-sowjetischer Beziehungen ratlos. Indien ist ein blockfreies kapitalistisches Land. Die UdSSR ein sozialistischer Staat, Mitglied des Warschauer Vertrages. Dessenungeachtet wirken Moskau und Delhi, die ihre Beziehungen auf der Grundlage des 1971 unterzeichneten Vertrags über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit aufbauen, erfolgreich bei der Lösung der wichtigsten Fragen der Gegenwart zusammen und unterhalten praktisch in allen Bereichen intensive Verbindungen. Da gibt es

keinen Widerspruch. Ich möchte zwei Zitate anführen, die den Gedankengang Nehrus und Lenins für die Gegenwart illustrieren.

Die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi, Tochter des ersten führenden Staatsmannes im unabhängigen Indien, sagte 1984, kurz vor ihrem tragischen Tod: "Der Begriff 'Nichtpaktgebundenheit' bedeutet nicht Tatenlosigkeit, passive Neutralität bzw. Selbstdistanzierung. Nichtpaktgebundenheit ist die logische Konsequenz einer Außenpolitik, die den antiimperialistischen Kampf der Völker Asiens, Afrikas und anderer Regionen zum Inhalt hat. Dieser Kampf ist noch nicht zu Ende."

Und hier einige Zeilen aus der Neufassung des Programms der KPdSU, die 1986 vom XXVII. Parteitag bestätigt wurde: "Die Praxis der Beziehungen der UdSSR zu den national befreiten Ländern hat gezeigt, daß eine reale Grundlage dafür besteht, auch mit jungen Staaten zusammenzuarbeiten, die den kapitalistischen Weg gehen. Dazu gehört das gemeinsame Interesse an der Erhaltung des Friedens, an der Festigung der internationalen Sicherheit und an der Einstellung des Wettrüstens. Dazu gehört der sich zuspitzende Widerspruch zwischen den Interessen der Völker und der imperialistischen Politik des Diktats und der Expansion. Dazu gehört ferner die Einsicht junger Staaten in die Tatsache, daß politische und ökonomische Beziehungen zur Sowjetunion die Festigung ihrer Unabhängigkeit fördern."

Gerade weil der Kampf, wie Indira Gandhi sagte, noch andauert, wird der Sowjetstaat, der nach den Worten ihres Vaters dem Imperialismus den ersten Schlag versetzt hat, von den meisten Indern als natürlicher Verbündeter dieses großen asiatischen Landes in seiner antiimperialistischen Politik betrachtet.

Herzlich war der Händedruck unserer Völker am Anfang dieses Jahrhunderts. Daß sie auch jetzt Seite an Seite gehen, ist gesetzmäßig.

## Gemeinsame Werte

Delhi und Moskau haben systematisch Konsultationen erarbeitet und in die Praxis umgesetzt, um den Frieden und die Gerechtigkeit zu verteidigen. Gipfeltreffen wird eine Sonderstellung eingeräumt.

Die von Michail Gorbatschow und Rajiv Gandhi während des Besuches des sowjetischen Politikers in Indien im November v. J. unterzeichnete Deklaration von Delhi und ihre 10 Grundsätze wurden in beiden Ländern nicht als Kompromiß, sondern als gelungene Kombination der außenpolitischen Konzeptionen und ihrer Besonderheiten, die den Kurs der beiden



Länder in der Weltpolitik markieren, aufgenommen. Die UdSSR setzte sich von Anfang an für das Verbot und die Beseitigung der Kernwaffen ein. Indien wirkt für die Anwendung der Lehre Mahatma Gandhis von Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen. Bereits in der Bezeichnung des Dokuments — die Deklaration von Delhi über die Prinzipien einer Welt ohne Kernwaffen und Gewalt — fließen die traditionellen Wertvorstellungen beider Völker zusammen. Michail Gorbatschow sagte in seiner Ansprache vor dem indischen Parlament, daß unsere geistige Kultur viele gemeinsame Züge aufweist und vor allem in der Suche nach dem Sinn des Seins, der ewigen Triade "Mensch--Menschlichkeit--Menschheit" besteht.

Diese moralischen und philosophischen Kategorien verbinden sich in der Deklaration mit einem detailliert entwickelten

die von diesen Staaten zu verschiedenen Zeiten unterbreitet wurden. Es ist kein Zufall, daß Rajiv Gandhi, als er die Vorschläge von Wladiwostok erwähnte, darauf verwies, daß sie an die Beschlüsse der Konferenz asiatischer Staaten erinnern, die 1947 auf Initiative Indiens einberufen worden war. In einer anderen Ansprache sagte er: "Zwischen der sowjetischen und der indischen Sicherheitskonzeption für Asien gibt es keinen grundlegenden Unterschied".

Es liegt auf der Hand, daß gemeinsame oder parallel verlaufende Aktionen unserer beiden Länder, deren Bevölkerung ein Fünftel der Menschheit bildet, ein effektives Potential darstellen, um die Situation auf dem asiatischen Kontinent und in angrenzenden Regionen zu sanieren.

## Indische Resonanz

Die zwanzigjährige Rena Gupta wurde von einem Blindenführer ins Haus der Sowjetischen Wissenschaft und Kultur in Delhi gebracht. Als sie ging, brauchte sie keinen Führer mehr. Sie nutzte den Aufenthalt sowjetischer Augenärzte in Indien im März d. J. Sie kamen vom Moskauer Institut für Mikrochirurgie des Auges, das von Prof. S. Fjodorow geleitet wird, nach Delhi. Viele Inder haben bereits den "Magic Bus" besucht, der zu einem mobilen Operationssaal umfunktioniert wurde, in dem sowjetische Ärzte exemplarische Operationen durchführen.

"Die Sowjetunion hat große Fortschritte im Bereich der Augenmikrochirurgie erzielt", sagte der Staatsminister für Gesundheitswesen, Khaparde: "Indien kann viel von Ihrem Land lernen."

Übrigens lernen wir voneinander. Die Mitglieder der Delegation sowjetischer Wissenschaftler unter dem Direktor des Orientalistik-Instituts der AdW der UdSSR, Prof. M. Kapiza, die Anfang April in Indien waren, berichteten, daß Diskussionen mit indischen Wissenschaftlern ihnen viel Neues und Interessantes vermittelt hätten. Sowjetische Wissenschaftler konnten, wie sie sagten, bei den Seminaren über Sicherheit und zwischenstaatliche Beziehungen in Asien sowie über die neue Weltwirtschaftsordnung ihr Wissen durch Erkenntnisse ihrer indischen Kollegen bereichern.

... Die Lieferungen sowjetischer Ausrüstungen für mit sowjetischer Hilfe errichtete Industrieobjekte werden immer geringer, aber die Mitarbeiter des Botschaftsrates für wirtschaftliche Fragen in der UdSSR-Botschaft in Indien machen einen entspannten Eindruck. Sind sie schlechte Geschäftsleute?

"Für gegenseitige Geschäftsverbindungen neuen Typs", lächelt der Botschaftsrat W. Litwinenko, "sind frühere Kategorien passe. Während die UdSSR Mitte der 50er Jahre, als mit dem Bau des ersten Objekts sowjetisch-indischer ökonomischer Zusammenarbeit, des Stahlwerks Bhilai, begonnen wurde, praktisch alle Aus-

rüstungen geliefert hat, muß sie für den dritten mit sowjetischer Hilfe gebauten Stahlgiganten in Vihakhapatnam lediglich ein Fünftel der Ausrüstungen liefern. 80 Prozent der Ausrüstungen für dieses Kombinat werden in sowjetischer Lizenz in Indien hergestellt. Und diese Tendenz ist für uns sehr erfreulich. Darin liegt nicht nur der wirtschaftliche, sondern auch der politische Sinn unserer Zusammenarbeit mit Indien, nämlich zur Festigung seiner Selbständigkeit beizutragen."

In den mit sowjetischer Hilfe errichteten Betrieben werden 40 Prozent des in Indien hergestellten Stahls produziert, fast 40 Prozent des Erdöls verarbeitet, 70 Prozent der Energieausrüstungen und 80 Prozent der metallurgischen Ausrüstungen erzeugt.

Der gegenseitig vorteilhafte Charakter der 40jährigen Verbindungen unserer beiden Länder ist allgemein bekannt. Nicht minder wichtig ist die gegenseitige geistige Bereicherung der beiden unterschiedlichen Zivilisationen. Man bedenke: Früher wurde den Indern suggeriert, die Höhe der Weltkunst stelle uneingeschränkt die Kathedrale von Canterbury, nicht aber die Basilika-Kirche in Moskau dar, der Film "S.O.S. Titanic", nicht aber "Panzerkreuzer Potemkin", und in der Literatur herrsche Charles Dickens vor, nicht aber Maxim Gorki. Aber auch bei uns lernte die ältere Generation das ferne Indien oft nicht durch Rabindranath Tagore, sondern durch Rudyard Kipling kennen. Wie haben sich die Kenntnisse voneinander in den letzten Jahrzehnten vertieft! Die bevorstehenden Indien-Festivals und UdSSR-Festivals in beiden Ländern, die jeweils ein Jahr dauern sollen, werden uns geistig noch näher bringen.

Ende der 40er Jahre führte Nehru erstmals Russisch-Lehrgänge, damals fakultativ, an der Universität Delhi ein. Inzwischen wird Russisch an 60 Universitäten Indiens unterrichtet.

"Das Interesse an der russischen Sprache ist seit Beginn der Umgestaltung in Ihrem Land spürbar gestiegen", sagte mir M. G. Vaidya, wissenschaftlicher Sekretär des Russistik-Instituts in Bhopal. "Heute schreiben unsere Studenten beispielsweise Aufsätze zu solchen Themen wie die 'Beschleunigung in der UdSSR und der staatliche Sektor in Indien'."

... Soeben wurden die Pläne sowjetisch-indischer Zusammenarbeit im Wohnungsbau bekanntgegeben.

"Im UNO-Jahr der Obdachlosen hat die Zusammenarbeit zwischen Moskau und Delhi in dieser Richtung", erklärte mir I. Choudhary, Ressortleiter des Ministeriums für Stadtentwicklung, "wahrhaftig symbolische Bedeutung. Wir werden Wohnstätten für unsere Völker bauen und damit unseren Beitrag leisten, um ein friedliches Domizil für alle Menschen auf der Erde zu errichten."

L. SHEGALOW  
NZ-Korrespondent

Delhi, April



Polytechnisches Institut Leningrad.  
Diese indischen Studenten sind ange-  
hende Wissenschaftler und Ingenieure  
Foto: TASS

Programm für umfassende internationale Sicherheit, für allgemeine und vollständige Abrüstung und eine Gesundung des Klimas in der Welt.

Womit beginnt Sicherheit? Michail Gorbatschows Bemerkung in Delhi, daß der Frieden an der Schwelle des eigenen Hauses beginne, ist bereits zu einem geflügelten Wort geworden. Sowohl Indien als auch die Sowjetunion sind in der asiatisch-pazifischen Region zu Hause.

Nach dem Gipfeltreffen im November festigte sich bei indischen Politikern die Erkenntnis, daß die in Wladiwostok unterbreiteten sowjetischen Vorschläge über die Gewährleistung der Sicherheit in Asien kein militärpolitisches Gebilde vorsehen, das gegen jemanden gerichtet ist und jemandes Interessen verletzen könnte. Inzwischen wird hier der Begriff "Sicherheit in Asien" so verstanden, wie er ursprünglich konzipiert war — nämlich als gemeinsame Suche nach Sicherheit durch ausnahmslos alle Staaten dieser Region auf der Grundlage der Prinzipien,

# Lösungen suchen

Seit 30 Jahren gibt es die Genfer Abrüstungskonferenz. Zu Beginn der Arbeit hieß sie Komitee der 18 (nach der Zahl der Teilnehmerländer), dann Abrüstungskomitee und seit 1984 Abrüstungskonferenz - wegen der größeren Zahl der Teilnehmerstaaten. Und obgleich die Ergebnisse der Zusammenarbeit von 40 Staaten in diesem Zeitraum größer sein könnten, vermochte die Konferenz einige wichtige internationale Verträge zu erarbeiten. Nicht zuletzt ist das auf den Beitrag der neutralen und nichtpaktgebundenen Länder zurückzuführen. Ihr weltpolitisches Gewicht nimmt in letzter Zeit zu.

Unser Sonderkorrespondent Dmitri Pogorshelski sprach mit der Leiterin der Delegation Schwedens bei der Genfer Abrüstungskonferenz, Botschafterin Majbritt THEORIN, einer namhaften Persönlichkeit des öffentlichen Lebens.

Zunächst möchte ich Sie an Ihre Worte erinnern: „Schweden ist eine Großmacht in Fragen der Abrüstung.“ Ja, der Beitrag Ihres Landes zur Festigung des Friedens ist wohl bekannt. Es sei nur daran erinnert, daß eben in Stockholm die erste Phase der Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen, Sicherheit und Abrüstung in Europa erfolgreich absolviert wurde. Was können, davon ausgehend, die neutralen und nichtpaktgebundenen Länder tun? Wie bewerten Sie die Aussichten des KSZE-Prozesses?

Vor allem halte ich es für überaus wichtig, daß wir uns in allen Richtungen voranbewegen, daß wir uns z. B. nicht nur mit der Festigung vertrauensbildender Maßnahmen, die natürlich allein schon wichtig sind, befassen. Es geht um unsere Zukunft, die Zukunft der Europäer. Deshalb haben insbesondere die nordeuropäischen Länder bei dem Treffen in Wien gemeinsame Vorschläge zum Umweltschutz unterbreitet.

Was die vertrauensbildenden Maßnahmen und die Abrüstung angeht, so bin ich optimistisch. Ich hoffe, daß wir zu jener Phase werden übergehen können, die durch das Mandat des Madrider Treffens vorgesehen war.

Es ist sehr wichtig, daß sich der KSZE-Prozeß auf multilateraler Grundlage entwickelt - unter Teilnahme aller Staaten des Kontinents.

Offenbar greife ich etwas vor, doch wie stehen Sie dazu, daß Stockholm möglicherweise erneut zum Konferenzort wird, wo die wichtigsten Fragen der Abrüstung erörtert werden?

Unsere Regierung hat durch Außenminister Sten Andersson bereits die Bereitschaft bekundet, erneut die Konferenzteilnehmer aufzunehmen, wenn sie daran Interesse zeigen. Natürlich müssen wir erst die Ergebnisse von Wien abwarten, ob die Diskussion dort mit einem konkreten Ergebnis enden wird.

Zweifelsohne war die Stockholmer Konferenz wichtig, allein schon dadurch, daß sie zeigte: Die europäischen Länder, die USA und Kanada können, wenn sie wollen, Vereinbarungen in einem so

sensiblen Bereich treffen wie bei Abrüstung und vertrauensbildenden Maßnahmen. Eben hier erfolgte eine Art Durchbruch im Denken. Wenn der politische Wille und das Streben nach Lösung der Probleme da ist und ein positiver Beitrag der neutralen Länder hinzukommt, sind viele Probleme lösbar.

Was meinen Sie zum SDI-Programm, das zum Haupthindernis für eine Vereinbarung in Reykjavik wurde?

SDI blockierte Reykjavik. Ich möchte hier einen Vorschlag der Palme-Kommission erwähnen, der, wie ich meine, von Interesse ist. Er sieht etwa so aus: Laßt uns einmal in Ruhe das Wesen des Problems, den sowjetischen und den amerikanischen Standpunkt erörtern, was vom ABM-Vertrag verboten ist und was nicht. So könnte man die heute bestehenden Differenzen klar herausstellen. Ich hoffe, daß sich bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen, die ebenfalls in Genf stattfinden, die Seiten gerade auf diesem Weg befinden.

Auf der Genfer Konferenz erörtern wir ferner die Frage eines Verbots der Weltraumwaffen, wir haben sogar eine Sondergruppe dafür eingesetzt. Doch leider sind wir hier nicht weit gekommen. Mir scheint, zur Lösung dieser Frage könnte man eine größere Zahl von Ländern heranziehen. Vielleicht sollte man sich auf konkrete Fragen konzentrieren, z. B. auf ein Verbot der ASAT-Antisatellitenwaffen.

Selbstverständlich ist vom Standpunkt der UdSSR SDI das Haupthindernis für die Erreichung von Vereinbarungen. Doch, ich möchte betonen, daß die Vorschläge, die beide Seiten in Reykjavik vorlegten, auf dem Verhandlungstisch bleiben.

Sie sind kürzlich aus Moskau zurückgekehrt, wo Sie Gespräche mit sowjetischen Kollegen führten. Ihre Eindrücke von der Reise?

Das war ein sehr konstruktiver und nützlicher Dialog. Ich spürte die Offenheit, verspürte, wie offen die Gespräche waren und wie ungezwungen wir unsere Meinungen austauschten.

Ich vertrat natürlich den schwedischen

Standpunkt, darunter zur Frage der Kernwaffentests. Die UdSSR führte ihren ersten Test einige Tage nach meiner Rückkehr aus Moskau durch. In Gesprächen mit Kollegen sagte ich: Es wäre besser, wenn die UdSSR auf die Tests verzichtet und das Moratorium verlängert hätte. Und zwar, weil die öffentliche Meinung, die sich nicht nur in den USA, sondern in der ganzen Welt immer mehr durchsetzt, sonst enttäuscht reagieren könnte: Wieder das alte Spiel. Überdies würden die Falken in den USA das Argument bekommen: Sehen Sie ja, die Sowjets haben Kernwaffentests durchgeführt, warum sollten dann wir nicht unsere Tests fortsetzen? All das sagte ich in Moskau. Meine Gesprächspartner akzeptierten teilweise meinen Standpunkt. Und ich hoffe sehr, daß die Sowjetunion ihr Moratorium erneuern wird.

Was die Genfer Konferenz angeht, so haben wir versucht, die Vertreter der USA zu bewegen, die Tests einzustellen. Wir suchten sie insbesondere auch durch das sowjetische Beispiel zu überzeugen, doch leider blieben unsere Bemühungen erfolglos.

Die Sowjetunion hat neue Vorschläge zu den Mittelstreckenraketen unterbreitet...

Bei dem Aufenthalt in Moskau sagte ich: Die Frage dieser Raketen sollte aus dem Paket von Reykjavik herausgenommen werden, da sie im Gegensatz zu den strategischen Interkontinentalraketen nicht direkt mit SDI verbunden sind. Und es ist sehr gut, daß die Sowjetunion diesen Schritt getan hat. Die Hoffnung auf eine Vereinbarung ist entstanden, da Reagan gleichfalls einen Gegenvorschlag unterbreitete. Man kann die Fortschritte, die in letzter Zeit in Genf erfolgten, nur positiv bewerten.

Sie sprachen von der positiven Reaktion in der Welt auf den sowjetischen Vorschlag zu den Mittelstreckenraketen. Doch erneut sind Stimmen zu vernehmen, Westeuropa gelange, wenn die Nuklearwaffen vom Kontinent entfernt würden, in eine unvorteilhafte Lage, da der Warschauer Vertrag ein Übergewicht bei den konventionellen Waffen besitze.

Das Wichtigste ist, daß die Sowjetunion zu einer Vereinbarung auch über dieses Problem bereit ist. Jüngste Studien zeigten, daß es ein Ungleichgewicht bei den konventionellen Waffen gibt. Wie groß es ist, darüber läßt sich streiten. Doch ein Gleichgewicht darf nicht dadurch erreicht werden, daß die NATO ihre Waffen aufstockt. Ein Gleichgewicht muß auf möglichst niedrigem Stand gewährleistet sein. Wie gesagt, es ist wichtig, daß die UdSSR dieses Problem zu erörtern bereit ist, daß sie zu Vereinbarungen angesichts der Besorgnis des Westens darüber bereit ist.

Stockholm



# Besuch in einem gemarterten Land

Die wichtigste Etappe im Südamerika-besuch des katholischen Kirchenoberhauptes Johannes Paul II war Chile. In Lateinamerika unterwegs, gedachte er jedoch weniger des Andenlandes, sondern vertraute einem Korrespondenten der italienischen "Repubblica" im Flugzeug an, daß "das polnische Volk einen weitaus schwereren Kampf führt, als das chilenische Volk".

Die Einstellung des Papstes zum Sozialismus und den Kommunisten, besonders in seiner Heimat, ist bekannt. Pinochet wiederum war nicht so naiv, von seinem Gast den Hirtensegen zu gewärtigen. In dem erwähnten Flugzeuginterview nannte der Papst das Juntaregime zwar "gegenwärtig" diktatorisch, aber "seinem Wesen nach" provisorisch, also geeignet, sich in naher Zukunft demokratisch zu regenerieren.

Die chilenische Junta will der Welt zeigen, daß sie gewillt ist, sich "zu bessern". Ihre in jüngster Zeit verabschiedeten Gesetze zu Parteien und Wahlen ahmen, allerdings ziemlich plump, einen "Übergang zur Demokratie" nach. Man will die Tyrannei mit dem Hauch der Gesetzlichkeit umgeben und einem sorgfältig selektierten Wahlmännerkollégium 1989 den einzigen Präsidentschaftskandidaten präsentieren, den Diktator selbst oder einen von ihm ernannten Nachfolger.

Der Papst segnete Pinochet nicht. Die chilenischen Behörden hatten zwar versucht, mit Razzien und Vorbeugehaft zumindest in Santiago idyllische Verhältnisse zu schaffen, jedoch: Die Sicherheitskräfte sind nicht mehr allmächtig. Chile stellte sich dem Papst als ein Land dar, in dem es keinen Frieden gibt, solange es die Junta gibt. Die päpstliche Versöhnungsmesse mußte übereilt abgebrochen werden. Es gab heftige Zusammenstöße zwischen Polizei und Demonstranten. Die Ermahnungen der Kirchenhierarchen, die den bedrückten und erschütterten Gast begleiteten, waren vergeblich.

Wo der Papst und seine Corona auch immer Halt machten, überall kam es zu Massenmanifestationen gegen die Diktatur, spontan oder von der Opposition vorbereitet. Die Polizei hatte strengen Befehl, in Gegenwart des Gastes nicht von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Man wußte sich mit Wasserwerfern, Tränengas und Schlagstöcken zu behelfen. Tote gab es keine, dafür über 600 Verletzte.

Über eine halbe Million Gläubige fanden sich zur Papstaudienz ein. Viele glaubten, daß man im Vatikan über Terror und Gesetzlosigkeit in Chile nicht informiert ist. Dabei verfügt der Vatikan wahrscheinlich über das weitestverzweigte Nachrichtensystem der Welt. Einzelne Redner sprachen über die Foltern, die sie hatten über sich ergehen lassen müssen, über Tausende von Verschollenen. Eine Bewohnerin der Elendsviertel von Santiago flehte den Papst an, er möge sich für die Freilassung



**Unweit der Stelle, wo Johannes Paul II vor den Slummbewohnern Santiagos sprach, versuchten Obdachlose Grundstücke zu besetzen. Die Polizei vertrieb die Besetzer und nahm über 60 Personen fest.**

Telefoto AP--TASS

der politischen Gefangenen einsetzen. Vielen drohe die Todesstrafe. Die Kirche hat sie bereits in Schutz genommen. Bischof Carlos Camus bezeichnete sie laut und deutlich als Helden und Kardinal Raul Silva Henriquez bat darum, ihre Haftbedingungen zu erleichtern. Das Wort des obersten Katholikos wöge natürlich schwerer...

Die knappste und schlagendste Information über die Lage im Land gaben junge Chilenen dem Papst. Auf einem Zusammentreffen entrollten sie über den Köpfen der Menge ein riesiges Transparent mit der Aufschrift "Pinochet-Mörder".

In dem gemarterten Land kamen antikommunistisch unterlegte Trostworte

nicht an. Für die Katholiken, die Johannes Paul II zujubelten, war der Antikommunist Pinochet Feind Nummer eins. Der Papst schwenkte um, nannte Diktatur Diktatur und sprach von der Respektierung der Menschenrechte.

Tausende Katholiken hörten aus diesen Worten das heraus, was sie hatten hören wollen: den Aufruf der Kirche, für den Sturz des Tyrannen zu kämpfen. Der Papst selbst stellte die Frage nicht so hart und direkt. Wie er überhaupt jede politische Wertung mied und sich auf eine eher humanitäre Regimekritik zurückzog. Er schwebte mehr über den stürmischen Wassern der chilenischen Politik. Viele Chilenen konnten beobachten, wie weich und oft genug in verschleierte Form sich der Papst äußerte. Er empfahl dem chilenischen Klerus, sich aus dem politischen Kampf herauszuhalten. Die Armen und die Jugend hielt er zu demutsvollem Dulden an. Ausgerechnet im Nationalstadion, wo im September 1973 Hunderte von Patrioten gequält worden waren...

Die Linke ist in Chile stärker als in jedem anderen Land Lateinamerikas. Würden jetzt wirklich demokratische Wahlen stattfinden, könnten allein die chilenischen Kommunisten auf 15-20 Prozent der Stimmen rechnen. Hinter Versuchen, die Massenbewegung vom politischen Kampf abzulenken, ist die Angst der Konservativen zu spüren, daß ein allzu schneller Diktaturabbau unter dem Druck von unten die Linken an die Macht bringt.

Um die schwer kontrollierbare Plebs ruhigzustellen, bemühte sich der Papst, den Tyrannen zur Vernunft zu bringen. An Segens statt gab er ihm in einer 45minütigen vertraulichen Unterredung den Tip, nicht mehr länger mit liberalen Reformen zu warten. Wird Pinochet auf ihn hören? Ein Kirchenmann aus der Papstbegleitung beantwortete diese Frage mit einem Hinweis auf Marcos und Duvalier, die beide seinerzeit nicht hören wollten...

Es ist äußerst wahrscheinlich, daß Pinochets Diktatur dasselbe Schicksal erwartet, wie das Regime des Haitianers Duvalier oder des philippinischen Marcos. In Chile dürften sich die Ereignisse schwerlich in den dort erprobten Bahnen abspielen. Der Papst hatte seine Versöhnungsmesse gehalten und ließ ein unverändert zerrüttetes Land hinter sich. Zwischen Diktatur und Gesellschaft Brücken bauen zu wollen, verbietet sich bereits. Die demokratische Opposition zeigte, daß sie stark und selbständig operieren kann. Sie nutzte den Besuch von Johannes Paul II für gegen die Regierung gerichtete Manifestationen und machte deutlich, daß Volk und Regime ein Abgrund trennt. Die Opposition hat eine wichtige Schlacht gegen jene gewonnen, deren politisches Kalkül darin besteht, die Agonie der Tyrannei zu verlängern.

W. KULISTIKOW



# IST EINE KERNWAFFENFREIE WELT MÖGLICH UND WIE STELLEN SIE SICH DIE GRUNDLAGEN DER INTERNATIONALEN STABILITÄT VOR?

**Masataka Kosaka:**

## EIN UNVERMEIDLICHES ÜBEL?

Masataka Kosaka ist Professor an der Universität Kyoto, Experte für Fragen der internationalen Sicherheit

Eine kernwaffenfreie Welt ist keineswegs so unreal, wie viele meinen. Ein vollständiges Verbot und die Vernichtung der Nuklearwaffen würde nicht zur Schaffung einer idealen Weltordnung, die Kriege ausschließt, führen. Sie würden trotzdem entstehen, und die Beteiligten würden sich bei einer Eskalation der Feindseligkeiten immer häufiger an die Nuklearwaffen erinnern - wird ja die Technologie ihrer Herstellung nicht vergessen, bleibt in Computer-Bänken erhalten. In diesem Sinn ist eine vollständige Beseitigung der Nuklearwaffen bereits unmöglich. Doch selbst eine unvollständige Variante ist viel begrüßenswerter als die Beibehaltung und Aufstockung der Nukleararsenale, die die Versuchung wecken, einen Erstschlag zu führen.

Die Angst vor einem nuklearen Inferno - diese Meinung teilen sehr viele - sichert der Welt seit 1945 einen mehr oder weniger ruhigen Fortbestand: Einen Nuklearkrieg vermögen sich normale Menschen nicht vorzustellen, einen konventionellen Krieg aber viel leichter. Von ihrem Standpunkt aus würde die Beseitigung der Nuklearwaffen konventionelle Kriege wahrscheinlicher werden lassen. Was Japan angeht, so kühlt die Existenz von Nuklearwaffen in den USA und in der Sowjetunion die Heißköpfe ab, die unser Land für eine Supermacht halten und zu militärischen Abenteuern bereit sind.

Nichtsdestoweniger bin ich für eine nukleare Abrüstung. Ist Japan an nukleare Abrüstung interessiert? Ja, sehr. Es würde seinen Status in einer Welt, wo der Besitz von Massenvernichtungswaffen nicht mehr ein Ausdruck der Stärke wäre, festigen.

Die Frage nach Sicherheitsgarantien in einer immer noch hypothetischen kernwaffenfreien Welt ist sehr schwer zu beantworten. Was kann eine Rückkehr zu den Nuklearwaffen verhindern? Keine neue UNO, keine „Weltregierung“, sondern die den normalen Menschen eigene Abscheu vor Nuklearwaffen. Besonders

verhaßt sind nicht nur die Nuklearwaffen, sondern auch die chemischen und bakteriologischen Massenvernichtungswaffen. Dieses Gefühl würde ich als nichtgreifbare Garantie bezeichnen. Dazu gehören ferner die Verständigung zwischen den Völkern sowie ein Ausbau der Verbindungen und Kontakte - von wirtschaftlichen bis zu humanitären. Viele allerdings ziehen eine greifbare Garantie vor - die begrenzte Beibehaltung der Nuklearwaffen. Doch wenn man weiter auf Massenvernichtungswaffen und auf die gegenseitige Angst davor setzt, wird ein Nuklearkrieg wahrscheinlicher.

Zu Beginn des 17. Jh. sollte in Japan die Abrüstung Wirklichkeit werden. Der Heerführer Ieyasu Tokugawa verbot die

aus Europa eingeführten Schußwaffen, die damals die Rolle von Massenvernichtungswaffen spielten. Die Samurai griffen wieder zu ihren Schwertern, und so blieb es fast 250 Jahre. Dieses Abrüstungsexperiment gelang nur, weil die Tokugawa-Dynastie allein das Land regierte. Ende des 20. Jh. können weder die USA noch die UdSSR auf eine Wiederholung von Tokugawas Experiment hoffen.

Bereits Adam Smith sagte, daß Waffen ein unvermeidliches Übel seien, daß ihre Herstellung unproduktiv, doch erforderlich sei. Deshalb seien die Waffen, wie er meinte, eine unvermeidliche Vergeudung von Ressourcen. Michail Gorbatschow ist offenkundig bemüht, diese Vergeudung zu verringern. Seine Aufgabe ist sehr schwer. Er hat bereits einige sehr gute Schritte getan, doch ein einseitiger Abbau der Nukleararsenale ist praktisch unmöglich. Das anderthalb Jahre währende sowjetische Kerntestmoratorium spielte eine gewisse bremsende Rolle, war ein wichtiger politischer Schritt.

**Raymond Garthoff:**

## KERNWAFFEN OPFERN

Raymond Garthoff ist Professor am Brookings-Institut, USA

Ein Einwand, der bei dem geringsten Versuch, eine kernwaffenfreie Welt näher zu bringen, erhoben wird, besteht darin, daß ohne Nuklearwaffen eine Gefahr für alle entstehe, da diese Waffen die Abschreckung garantierten.

Viele fürchten, daß die Beseitigung der Kernwaffen das konventionelle Wettrüsten forcieren würde und manche Länder sich versucht sehen könnten, für die Erreichung ihrer politischen Ziele zu Gewalt zu greifen. Doch ich meine, daß, wenn sich die Menschheit tatsächlich auf eine kernwaffenfreie Welt zubewegen wird, sie zugleich offenbar auch größere Barrieren gegen jegliche Gewaltanwendung aufbauen wird.

Obwohl die Schaffung einer kernwaffenfreien Welt erst in einer recht fernen Zukunft möglich ist, darf das unser Voranschreiten in Richtung auf eine wesentliche Reduzierung der Nuklearwaffen nicht stören. Diese Maßnahmen allein schon werden zu einem wichtigen Faktor

der internationalen Sicherheit, zu einer realen Perspektive für eine kernwaffenfreie Welt.

Oberdies müssen sich im System der internationalen Beziehungen einige politische Veränderungen vollziehen, die es den Nuklearmächten erlauben würden, sich ohne Angst von ihren Arsenalen zu trennen. Ich meine, daß wir in den kommenden Jahren viel für das Einfrieren der heute bestehenden Waffen und dann für ihren Abbau tun müssen - zudem nicht nur der nuklearen, sondern auch der konventionellen. Wir sollten auch eine Ausweitung des Wettrüstens auf neue Bereiche vermeiden, sollten an der Schaffung eines internationalen Systems arbeiten, in dessen Rahmen es jedes Land lernen würde, seine nationalen Interessen zu sichern und mit Ländern, die zu anderen Systemen gehören, in einer kernwaffenfreien Welt zu wetteifern.



# UNAUSSLÖSCHBAR IM GEDÄCHTNIS

Ein Jahr ist vergangen, seit am 15.4.1986 18 amerikanische F-111-Bomber mit voller Raketen- und Bombenlast vom britischen Stützpunkt Lakenheath starteten und Kurs auf Libyen nahmen. Die Piloten hatten den Befehl, einen Schlag gegen die libysche Hauptstadt Tripolis zu führen. Vor allem sollten sie das Gelände der Bab Aziziya-Kaserne treffen, wo der Führer der libyschen Revolution, Muammar Ghaddafi, mit Familie lebte. Amerikanische Marineflieger bombardierten am gleichen Tag eine andere libysche Stadt, Bengasi.

Der Überfall der US-Luftwaffe auf die Sozialistische Libysche Arabische Volksjamahiriya (Staat des Volkes) war eine unverhohlene Aggression, ein Akt des politischen Vandalismus. Der Luftüberfall auf die Residenz des Führers eines souveränen Staates mit dem Ziel, ihn und seine Angehörigen zu ermorden, ist ein empörender Präzedenzfall, der in den internationalen Beziehungen einmalig dasteht. Der barbarische Luftüberfall der USA auf die libysche Zivilbevölkerung kann nur als schwerstes Verbrechen gegen die Menschheit qualifiziert werden, vergleichbar mit der Zerstörung des spanischen Guernica oder dem Massenmord an Vietnamesen in Song My.

Die derzeitige aggressive Politik Washingtons gegenüber dem souveränen Libyen geht bis auf das Jahr 1969 zurück, als dort das monarchische Regime von König Idris gestürzt wurde und eine antiimperialistische Regierung unter Oberst Muammar Ghaddafi an die Macht kam. Sie wurde besonders nach Ronald Reagans Einzug ins Weiße Haus verschärft. Seit den ersten Tagen seiner Präsidentschaft im Januar 1981 entfesselte das State Department eine Kampagne, bei der Libyen der Unterstützung des „internationalen Terrorismus“ bezichtigt wurde. Pläne für einen Staatsstreich im Lande wurden ausgearbeitet, und unweit der libyschen Küste erfolgten provokatorische Manöver der 6. US-Flotte.

Einige Monate vor dem April-Überfall griffen die USA zu einer offenen ökonomischen Aggression gegen Libyen: Präsident Reagan untersagte jegliche Handels- und Geschäftsverbindungen der USA mit diesem Land, und die „Voice of Amerika“ rief in ihren arabischen Sendungen direkt zum Sturz des in Libyen bestehenden Regimes auf. Im März 1986 griffen amerikanische Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge von Flugzeugträgern der 6. Flotte aus Vororte der libyschen Stadt Sirte und andere Objekte mit Raketen und Bomben an. Und schließlich die Bombardierung der Hauptstadt eines UNO-Mitgliedsstaates...

Wodurch erklärt sich dieser offen aggressive Kurs der USA gegenüber der Libyschen Jamahiriya? Allein dadurch, daß Washington der progressive Charakter der inneren sozialökonomischen Umgestaltungen in Libyen, dessen konsequente antiimperialistische Politik auf der Weltarena, seine Unterstützung für den gerechten Kampf des arabischen Volkes von Palästina sowie der Widerstand gegen Camp David und andere Kapitulantenpläne für eine Nahostregelung nicht zusage? Der Vorwand, den das Weiße Haus zur Rechtfertigung seiner Provokationen und bewaffneten Aktionen gegen Libyen wählte - die „Bestrafung wegen Terrorismus“ - war völlig willkürlich, ließ sich absolut nicht beweisen. Ganz zu schweigen davon, daß terroristische Akte, die Washington Libyen unterstellte, von der CIA und dem israelischen Geheimdienst Mossad provoziert worden waren.

Die Aggressionsakte gegen Libyen sind organischer Bestandteil der sorgfältig koordinierten Politik Washingtons und Tel Avivs gegen ein arabisches und die anderen islamischen Länder. Hinter dem gemeinen Überfall der USA auf Libyen verbarg sich das Streben, sie alle einzuschüchtern, den Arabern eine Nahostregelung a la Camp David aufzuzwingen und die Moslems zu veranlassen, auf den Kampf für das von Israel okkupierte Jerusalem zu verzichten.

Zugleich sind die antilibyschen Aktionen der USA ein direkter Ausfluß der neoglobalistischen Reagan-Doktrin. Ihr zufolge nehmen sich die USA das Recht, ihre Streitkräfte unter dem Vorwand der „Verteidigung der Lebensinteressen“ der USA direkt an jeden Punkt der Erde zu entsenden.

Was ist das, wenn nicht eine offene Politik des Staatsterrorismus und der Willkür, der Versuch, anderen Völkern, die den Weg einer unabhängigen Entwicklung eingeschlagen haben, mit Waffengewalt den eigenen Willen aufzuzwingen? Der Überfall auf Libyen demonstrierte Washingtons Kurs auf Einmischung in die Angelegenheiten souveräner Staaten, auf die weitere Schürung der internationalen Spannungen.

Washingtons militärisches Abenteuer vom April 1986 enthüllte die ganze Heuchelei des US-Präsidenten beim feierlichen Abschluß des sowjetisch-amerikanischen Treffens in Genf, als er von dem Recht der Völker Asiens, Afrikas und Mittelamerikas sprach, „ihr Schicksal frei ohne Einmischung von außen zu bestimmen“. Michail Gorbatschow enthüllte das Wesen dieses Pharisäertums, als er am 30. März bei dem Essen für die Premierministerin Großbritanniens, Margaret Thatcher, im Kreml sagte: „Im Westen gibt es nicht wenige, die sich nur zu gern über das Recht auf die freie Wahl der Entscheidung auslassen. Doch darunter wird eine Entscheidung für die kapitalistische Ordnung verstanden. Wenn aber ein Volk, ob in Nicaragua oder in Afrika, im Nahen Osten oder in Asien tatsächlich einen anderen, für ihn besser geeigneten Weg suchen will, dann sucht man ihn sogleich mit Dollars und Raketen, ja mit Söldnern zu sperren. Man beginnt bei Heuchelei und endet bei Blutvergießen.“

Die Sowjetunion bekundet unablässig Solidarität mit dem libyschen Volk, das seine Ehre und Würde, das Recht auf eine unabhängige Entwicklung verteidigt, und unterstützt Libyen politisch, diplomatisch, ökonomisch und militärisch. Sie verurteilt auf das entschiedenste die Aggressionsakte der USA gegen dieses arabische Land. Die sowjetische Führung appellierte wiederholt an die US-Administration, die gefährlichen Folgen, zu denen die Fortführung ihrer antilibyschen Politik führen kann, ernsthaft abzuwägen.

Der barbarische Überfall auf die Jamahiriya ist eine Schande für die USA. Als Akt des Staatsterrorismus, als größte Verletzung des Völkerrechts wurde er von der VIII. Konferenz der Bewegung der Nichtpaktgebundenen in Harare, von den höchsten Foren der Organisation für Afrikanische Einheit und der Islamischen Konferenzorganisation eingeschätzt. Die UNO-Vollversammlung verurteilte nicht nur die US-Aggression, sondern bekräftigte auch das Recht Libyens auf gebührende Entschädigung für materiellen Schaden und die menschlichen Opfer.

Oleg FOMIN

15. April 1986. Überfall von US-Jagdbombern auf Libyen



DISKUSSION  
MIT DEM LESER



Es diskutiert  
Dr. rer. oec.  
Tatjana SCHAWROWA

## Der teure billige Dollar

Für radikale Veränderungen der Wirtschafts- und Finanzkonjunktur in der kapitalistischen Weltwirtschaft, Genosse Timoschin, sind zwei oder drei Jahre nicht wenig. Um so mehr reichen sie für grundlegende Änderungen in der Außenwirtschaftspolitik der herrschenden Kreise der USA. Diese Politik wird einerseits durch die Veränderungen der Weltkonjunktur bestimmt, andererseits aber bestimmt sie selbst diese Konjunktur. Eine derartige Behauptung mag Ihnen absurd erscheinen, doch ohne sie ist die Ihr Erstaunen hervorruhende paradoxe Tatsache nicht zu verstehen, daß Anfang der 80er Jahre für Washington ein „teurer“ Dollar von Vorteil war, heute aber ein „billiger“.

Um diese Widersprüche in der Währungspolitik der USA zu vereinen, wollen wir uns zunächst den Zeiten zuwenden, als Washington auf einen hohen Dollarkurs setzte. Vor allem aber wollen wir analysieren, warum.

Westliche Wirtschaftswissenschaftler verbinden die Politik des „teuren“ Dollars gewöhnlich mit der Reagan-Administration. Bereits 1980, in seinem ersten Wahlkampf, versprach der derzeitige Präsident, den Dollar zu stärken – dessen Kursverfall zu stoppen und die galoppierende Teuerung zu bremsen. Bekanntlich war der Dollar gegen Ende der 70er Jahre verglichen mit deren Beginn gegenüber den anderen westlichen Währungen um mehr als ein Drittel „billiger“ geworden, und die jährliche Verteuerung der Einzelhandelspreise in den USA war zweistellig.

Vor zwei bis drei Jahren schrieb die sowjetische Presse, die USA würden die anderen kapitalistischen Länder mit dem „teuren“ Dollar ausplündern. Jetzt, da der Dollarkurs gefallen ist, behaupten unsere Journalisten, die Amerikaner würden ihre Rivalen mit dem „billigen“ Dollar ausnehmen. Beide Behauptungen sind miteinander unvereinbar. Außerdem ist unverständlich, warum die „Ausgeplünderten“ kürzlich in Paris ein Abkommen mit den USA über die Stabilisierung der Währungskurse schlossen.

W. TIMOSCHIN  
Pawlodar, Kasach. SSR

Doch die Stärkung des Dollars und die Bremsung der Inflation waren nicht das einzige und nicht das Hauptziel der Administration, die sich die Aufgabe gestellt hatte, „Amerika umzurüsten“ – im direkten Sinne, d. h. militärische Überlegenheit gegenüber der UdSSR zu erlangen, wie in übertragener Bedeutung, also die amerikanische Industrie angesichts der verstärkten Konkurrenz der anderen imperialistischen Mächte technisch umzurüsten.

Das eine wie das andere verlangte nicht geringe finanzielle Mittel, über diese aber verfügte die US-Regierung nicht. Der Bundeshaushalt schloß alljährlich mit einem bedeutenden Defizit ab, und

gelangte in der ersten Hälfte der 80er Jahre allein aus Westeuropa Kapital in Höhe von 300 Md. Dollar in die USA. Insgesamt aber strömten in diesem Zeitraum zusätzliche Finanzmittel von mehr als 0,5 Billionen Dollar in die USA.

Die Politik des „teuren“ Dollars fügte den Entwicklungsländern noch größeren Schaden zu. Die steigenden Kreditzinsen führten zu einer jähen Verteuerung der Anleihen. Die Länder der dritten Welt, die Kredite bei westlichen, vor allem amerikanischen, Banken aufnahmen, mußten Wucherzinsen bezahlen. Anfang der 80er Jahre machten sie ein Fünftel der Kreditsumme aus. Etwa ein Drittel der gesamten Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer (sie hat jetzt eine Billion Dollar erreicht) entstand Wirtschaftswissenschaftlern zufolge durch den überhöhten Diskontsatz.

Doch diese in der Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus beispiellosen Kredit- und Devisenmachenschaften sollten bald schon zu negativen Folgen auch für die USA führen. Die „Umrüstung“ auf fremde Kosten verwandelte die USA aus einem Kreditgeberland in den größten Schuldner der Welt. Ihre Auslandsverschuldung überstieg im vergangenen Jahr 250 Md. Dollar und wächst weiter, da der Zustrom von Auslandskapital trotz des gesunkenen Dollarkurses nicht endete. So strömten im vergangenen Jahr 140 Md. Dollar Fremdkapital in die USA. Doch gegenüber früheren Jahren ist der Hauptkapitalgeber jetzt nicht Westeuropa, sondern Japan, wo man über große Devisenreserven verfügt. Japan erlangte diese Devisen und festigte seine Finanzpositionen in der kapitalistischen Wirtschaft nicht zuletzt durch seine ... Politik des „teuren“ Dollars.

Bekanntlich ist ein hoher Wechselkurs vorteilhaft für den Importeur (schließlich kann er in der „teuren“ Währung mehr Importwaren kaufen), doch von Nachteil für den Exporteur (je höher die Währung eines Landes quotiert wird, desto teurer werden seine Waren und desto geringer die Nachfrage nach ihnen). Deshalb schädigte die Politik des „teuren“ Dollars, die den Magnaten der Rüstungsindustrie und den transnationalen Banken zupaß kam, die amerikanischen Industriellen. Ihre Konkurrenten begannen sie nicht nur auf den Auslandsmärkten, sondern auch auf dem Binnenmarkt der USA zu bedrängen. So kamen zu der steigenden Auslandsverschuldung, bedingt durch die

Präsident Reagan wollte nicht durch Steuererhöhungen die Ausgabenlücke decken. Eben deshalb beschlossen die herrschenden Kreise der USA, zwei Fliegen (die Stärkung des Dollars und den Zustrom von Finanzen) mit einem Schlag zu treffen – durch die Anhebung des Diskontsatzes.

Der Zusammenhang zwischen der Höhe des Diskontsatzes und dem Währungskurs ist folgender: Je höher der Diskontsatz in einem bestimmten Land, desto vorteilhafter wird es, dort Kapital anzulegen, und je mehr Geld ins Land kommt, desto größer wird die Nachfrage nach dieser Währung und folglich steigt sie im Kurs. Die Manipulationen mit dem Diskontsatz in den USA wirken sich infolge der besonderen Rolle des Dollars im kapitalistischen Währungssystem sogleich auf den internationalen Kapitalmarkt aus. Der Dollar ist internationale Reservewährung, in der zwei Drittel der Abrechnungen im Welthandel erfolgen. Dank der führenden Stellung des Dollars kann Washington nicht nur die Währungssituation, sondern die gesamte wirtschaftliche Lage der kapitalistischen Weltwirtschaft bestimmen.

Urteilen Sie selbst. Wenn das Kapital nur in die USA strömt, dann geht es anderen Ländern verloren, das aber bedeutet, daß ihre Investitionen verringert werden und die Arbeitslosigkeit zunimmt. Mit anderen Worten entzog die künstliche Überhöhung des Dollarkurses den anderen kapitalistischen Industrieländern wichtige Mittel. Schätzungen zufolge





## Transit durch die UdSSR—

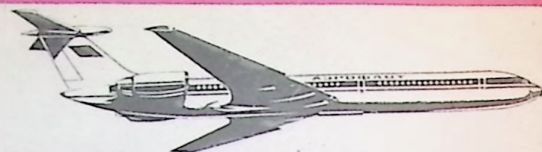
der kürzeste und bequemste Weg aus Europa in Länder Ost- und Südasiens, des Nahen und des Mittleren Ostens.

Die unbestreitbaren Vorzüge der Transitrouten machen sie so beliebt bei den Reisenden wie bei vielen ausländischen Fluggesellschaften. In Moskau können Sie einen Zwischenaufenthalt einlegen, von dort aus andere Städte der Sowjetunion besuchen und dann die Reise fortsetzen.

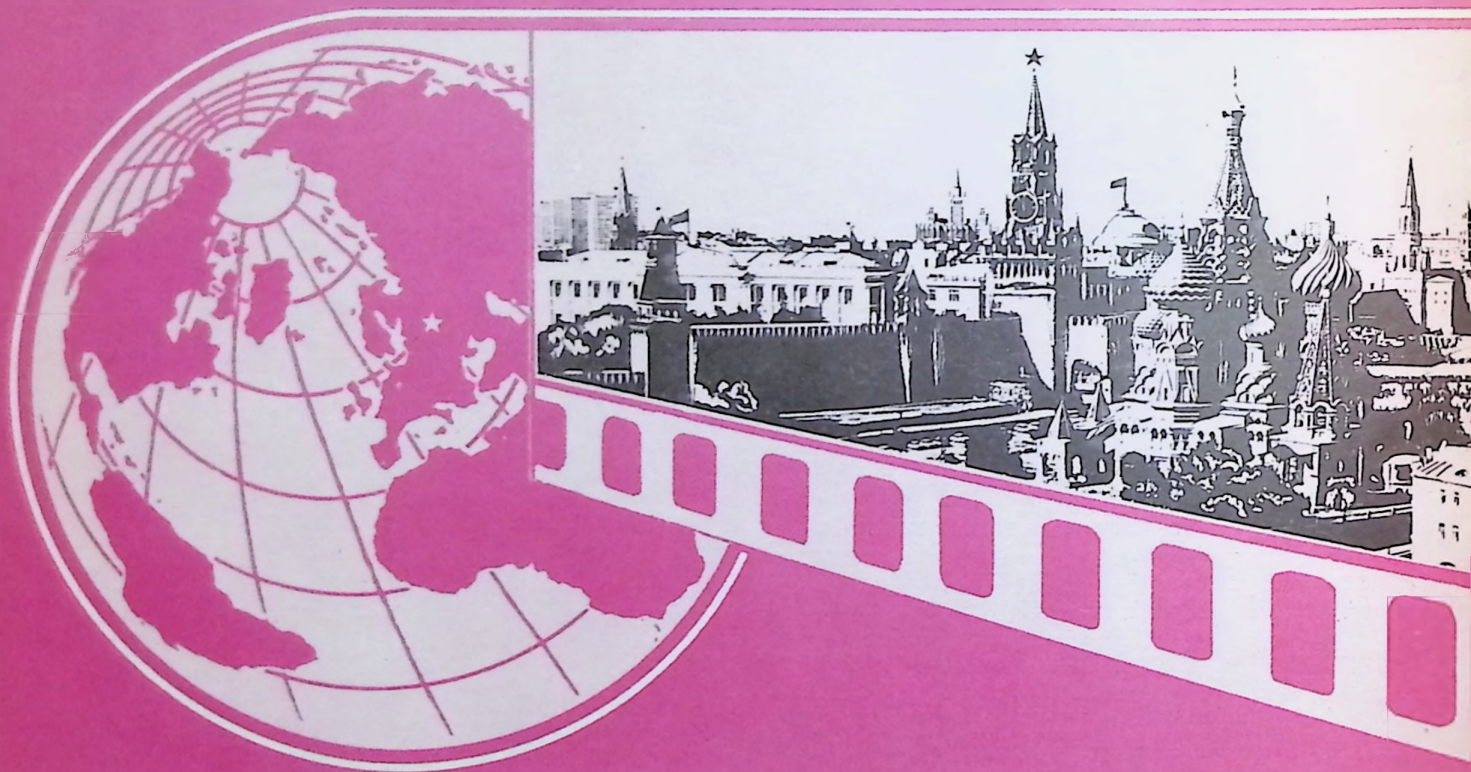
Ausführliche Informationen über die Flüge in jeder Vertretung oder Agentur von Aeroflot.

*Mit Aeroflot  
in alle Kontinente!*

**АЭРОФЛОТ**  
Soviet airlines



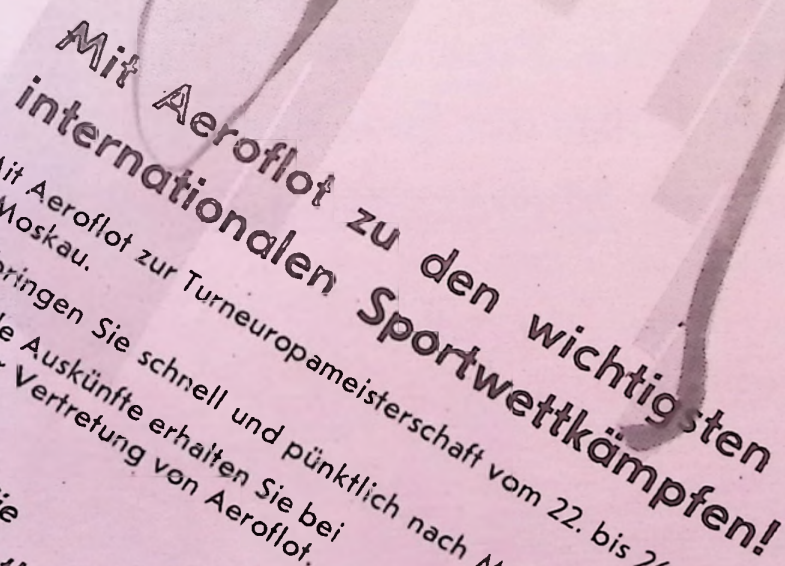
Mit Aeroflot  
zu den XV. Moskauer internationalen  
Filmfestspielen!



[6.—17. Juli 1987]  
Zeitsparende Fluggeschwindigkeit  
und bequeme Routen.  
Aeroflot, die weltgrößte Fluggesellschaft,  
bedient fast 100 Länder  
und garantiert Ihnen eine angenehme Reise.  
Näheres über die bequemsten Routen  
bei der Aeroflot-Vertretung in Ihrem Land.

**AEROFLOT STETS ZU DIENSTEN!**





**Aeroflot zu den wichtigsten internationalen Sportwettkämpfen**

Mit Aeroflot zur Turneuropameisterschaft vom 22. bis 26. Mai in Moskau.

Wir bringen Sie schnell und pünktlich nach Moskau und zurück.

Alle Auskünfte erhalten Sie bei jeder Vertretung von Aeroflot.

**Aeroflot!**

**АЭРО**



**Fliegen Sie  
mit Aeroflot!**



АЭРОФЛОТ  
Soviet airlines



## MEINUNGEN

## Ich unterstütze Ihren Vorschlag

Die Feststellung ist offenbar nicht sonderlich originell, daß die Nuklearwaffen eine neue Dimension der Bedrohung - verglichen mit dem konventionellen Rüstungsstand - für die Menschheit darstellen. Als angehender Historiker kann ich sagen, daß die Zunahme dieses Standes von Jahrhundert zu Jahrhundert verfolgt werden kann. Ich weiß nicht, wie es in Rußland war, in Westeuropa aber war im Mittelalter die Pest die schrecklichste Geißel. Einzelne Städte, seltener ganze Landstriche wurden dahingerafft. Heute aber kann man durch einen einzigen Knopfdruck die Menschen der ganzen Erde vernichten. Während

man sich vor einem Pfeil mit einem Schild, vor einem Schwert mit einem Helm schützen konnte, gibt es vor der Nuklearbombe keinen realen Schutz.

Ja, ich meine, daß ein Krieg ausbrechen kann, doch selbst, wenn das nicht geschieht, haben die Kernwaffen der Menschheit bereits solchen Schaden zugefügt, daß sie allein deshalb verboten werden sollten. Die Existenz von Kernwaffen ist allein schon ein Übel, da sie das Risiko eines Krieges erhöhen und ganze Generationen um ihr Leben bangen lassen.

Die so teuren Waffen und Abwehrsysteme werden ständig

erneuert. Obriens bezweifle ich, daß die meisten Amerikaner für SDI waren. Viele unterstützen die diesbezüglichen Forschungen - in der Hoffnung, das werde die Entwicklung der Weltraum- und Computertechnologie fördern, doch wenden sie sich gegen die Stationierung der bereits fertigen Komponenten dieses Programms im Weltraum. Ist eine solche Haltung berechtigt?

Der Abzug der SS-20-Raketen und der Pershings aus Europa könnte die Lage verbessern. Ich unterstütze die entsprechenden Vorschläge Ihrer Regierung - habe ich ja selbst an Friedensdemonstrationen teilgenommen. Denn wenn ich zu Hause bliebe, wenn alle zu Hause blieben, wer würde dann erfahren, daß wir dagegen sind?!

William TOWELL  
New Haven, USA

## LESER ALS REPORTER

Dieser Junge, der das Wort „Frieden“ schrieb, wurde von unserem Leser Alfred A. La Picciella aus der italienischen Stadt San Severo fotografiert.



Kapitaleinfuhr, Schulden hinzu, die durch die jährlichen Außenhandelsdefizite entstanden: Von 1980 bis 1986 wurden in den USA Waren für 630 Md. Dollar mehr importiert als exportiert.

Eine so bedeutende Verschlechterung der Außenwirtschaftspositionen der USA wirkt sich auf die Stellung des Dollars aus, über dem bereits vor zwei Jahren die Gefahr einer jähen Talfahrt schwebte. Um den Dollar vor dem Zusammenbruch, der zum Exitus des Finanzsystems des Kapitalismus führen kann, zu retten, mußte Washington unfreiwillig seine Politik ändern. Auf einer Sonderkonferenz der führenden Finanzpolitiker des Westens im September 1985 im New Yorker Plaza-Hotel wurde ein Abkommen über eine „weiche Landung“ des Dollars, d. h. über eine allmähliche Senkung des Dollarkurses, geschlossen.

Von 1985 bis Anfang 1987 wurde der Dollar gegenüber den Währungen der Hauptkonkurrenten der USA - Japans und der BRD - um 30% „billiger“. Doch in Washington rechnete man sich aus, daß dies nicht ausreichen würde, um die Konkurrenzfähigkeit des amerikanischen Exports zu steigern. Und erneut begann man den Kurs des Dollars zu manipulieren und seine Senkung zu provozieren. Wie zu Beginn der 80er Jahre beschloß die US-Administration, die von ihr selbst geschaffenen Wirtschaftsprobleme auf Kosten der Handelspartner zu lösen. Die Senkung des Dollarkurses bereits 1986 rief eine Rezession in den Exportbranchen der Industrie Japans, der BRD und einiger anderer kapitalistischer Länder hervor. Sie führte auch dazu, daß ein Teil der US-Auslandsverschuldung, wenn man sie in anderen Währungen berechnet, faktisch abgeschrieben wurde, da der Dollar an Wert verlor und seine Kaufkraft geringer wurde.

Eine solche durch Konkurrenzermäßigungen bedingte Entwertung beunruhigte die anderen westlichen Länder spürbar. Ebenfalls bestanden sie auf der Einberufung einer weiteren Konferenz über Währungsfragen Ende Februar in Paris. Dort wurde das „Louvre-Abkommen“ (so genannt nach dem Ort des Treffens - im Nordflügel des Louvre, wo sich das Finanz- und Wirtschaftsministerium Frankreichs befindet) über eine Stabilisierung des Dollarkurses geschlossen.

Gibt es eine Gewähr, daß, anders als frühere derartige Abkommen, die neuen Vereinbarungen von den USA respektiert werden? Viele westliche Wirtschaftswissenschaftler halten es für kaum möglich.



# DAS ALL, OPTIMISTISCH BETRACHTET

Jaroslav GOLOWANOW

Wie viele Schwerhörige, so hat auch Konstantin Ziolkowski auf fast allen Foto- und Filmaufnahmen einen gespannten Gesichtsausdruck. Er hatte ein schweres Leben und lachte selten. Und doch finden sich nicht allein in Rußland, sondern in der ganzen Welt nur wenige so überzeugte Optimisten wie er. Mit 74 Jahren schrieb er: "In meinem Alter sterben Menschen, und ich fürchte, daß Sie einmal mit Bitterkeit im Herzen aus dem Leben scheiden werden, ohne von mir erfahren zu haben, daß eine Freude ohne Ende Ihrer harzt. Ich möchte, daß dieses Leben für Sie ein schöner Zukunftsraum, ein nie endendes Glück ist... Ich möchte Sie begelstern für den Anblick des Alls, für die allen winkende Zukunft, für die wunderbare Geschichte der Vergangenheit und Zukunft jedes einzelnen Atoms. Das wird Sie gesünder machen, wird Ihr Leben verlängern und Ihnen die Kraft geben, Schicksalsschläge zu ertragen."

Noch ergreifender als der Sinn dieser Worte ist das persönliche Empfinden, mit dem sie niedergeschrieben sind. Der alte Mann fürchtete wirklich, daß wir sterben, ohne erkannt zu haben, daß der Vorstoß zu den Sternen ein Glück ist. Ziolkowski dachte daran, die Menschheit im sonnen-nahen Raum anzusiedeln. Das sollte nicht die Flucht vor einer unaustilgbaren Seuche oder anderen irdischen Heim-suchungen sein, nicht der Rückzug von Soldaten aus den Flammen eines Weltkriegs, auch kein notgedrungenen Abzug von Bergleuten aus einer erschöpften Grube, sondern eine neue Entwicklungsphase der menschlichen Zivilisation, eine neue Stufe im Fortschritt der Gesellschaft, ein neues, unermessliches Betätigungsfeld für unzählige Generationen: Kurz, es wäre ein Glück!

Mit Juri Gagarin, den wir am Internationalen Tag der Luft- und Raumfahrt gefeiert haben, war ich gut bekannt. Auch er war ein überzeugter Optimist. Oft sagte er, es sei sein Traum, auf den Mond zu fliegen und an Expeditionen auf die nächstliegenden Planeten teilzunehmen. Ihn machte die Raumfahrt glücklich wie jede Arbeit, die man liebt, den Menschen glücklich macht. Ich erinnere mich an Gagarins Fahrt durch Moskau im April 1961, als dem ersten Kosmonauten Tausende zujubelten. Damals teilte er uns allen ein Stück seines Optimismus mit. Viele dachten beim Anblick des unter-setzten Majors mit dem bezaubernden Lächeln: "Was ein Mensch alles kann! Ob ich das auch könnte?" Wir versetzten uns gedanklich an seine Stelle, und jeder empfand das Bedürfnis, besser und leistungsfähiger zu sein. Gern hätte man diesem Major bewiesen, daß man auch zu etwas taugt. Gern wollte man besser mit Hand und Kopf arbeiten, froher leben und sich so glücklich wie er fühlen.

Das 1957 angebrochene Raumfahrtzeitalter war (propagandistisch gesehen) vielleicht ein etwas schreihafter Säufling, aber bestimmt optimistisch und lebensbejahend. Das liegt schon 30 Jahre zurück. Wir wollen kein Fazit ziehen. Das überlassen wir unseren Nachfahren. Wir wollen einfach nachdenken.

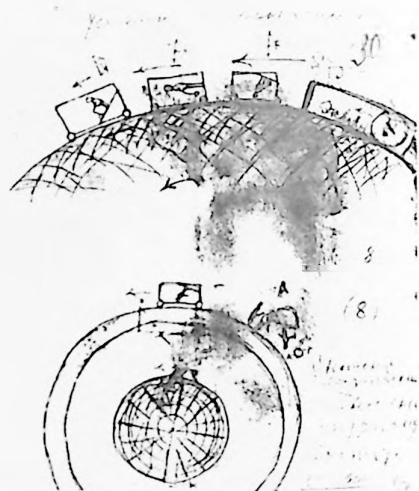
Uns mangelt es unverkennbar an kos-mischem Optimismus. Heutzutage fällt uns, wenn wir an die Raumfahrt denken, immer seltener etwas Helles, Schönes und viel öfter etwas Alarmierendes, Bedrohliches ein. Von Weltraumsiedlungen schreibt und spricht man viel weniger als von "Sternenkriegen" und von der "Strategischen Verteidigungsinitiative" der USA.

Den Begriff "Sternenkriege" kannte man schon, bevor die Raumfahrt entstand. Der amerikanische Futurologe Hamilton schrieb seine "Sternenkönige" vor dem Start des ersten künstlichen Erdsatelliten. Die von ihm geschilderten Gefechte zwischen Planeten erregten niemanden besonders, es sei denn Jungens und Fachleute für Trickaufnahmen. Heute erregen die "Sternenkriege" jeden, weil an die Stelle der Futurologen Präsidenten und an die der Fachleute für Trickaufnahmen Generale des Pentagons getreten sind. Eine Fernsehfolge mit Gefechten im All kostet einige Millionen Dollar. Die sind aber eine Lappalie neben den 14 Milliarden, auf die die "kosmischen" Militärausgaben der USA für das kommende Jahr geschätzt werden.

An Waffen im Weltraum dachte man sofort, als die erste Erdumlaufbahn erreicht war. Damals genierte man sich aber ein wenig, laut und deutlich davon zu reden. Mitte der 60er Jahre behauptete US-Präsident Johnson, der Weltraum

werde "ein Weg zum Frieden" sein. Das hindere übrigens schon damals das Pentagon nicht daran, ein Viertel der Aufwendungen für Militärforschungen für die Vorbereitung von "Sternenkriegen" zu verausgaben.

Der "Sternen"-General Bernard Schriever sagte im Oktober 1965 zu amerikanischen Raumflugexperten: "Militärisch tragen wir im Weltraum die Verantwortung dafür, einer beliebigen Bedrohung, ob ausgesprochen oder nur angedeutet, zu begegnen, die von der sowjetischen Raumfahrttechnik ausgeht und eine Frucht



Zeichnung von Konstantin Ziolkowski

politischer Vorhaben der Sowjets ist."

Bei einer "klassischen" Hetzjagd schreibt der Dieb: "Haltet den Dieb!" Was ist an der sowjetischen Raumfahrttechnik bedrohlich? Der Flug Valentina Tereschkows? Die Aufnahmen vom Hinterkopf des Mondes? Die ersten Starts zur Venus und zum Mars? Der Ausstieg Alexej Leonows in den offenen Weltraum? Man beachte die typische Wendung: "Wir tragen die Verantwortung..." Bei solcher Anmaßung kann man sich allerhand erlauben, ehe jemand auf die Idee kommt, zu fragen, wer ihnen eigentlich diese "Verantwortung" auferlegt hat. Immerhin scheint es peinlich gewesen zu sein, dem General die Schulterstücke an einen Raumanzug zu nähen — er könnte ja der Militarisierung des Weltraums verdächtig werden. Und so schließt er denn mit dem beschwichtigenden Satz: "In Wirklichkeit

dienen unsere Raumforschungsprogramme dem Frieden." Ein Jahr später sprach Schriever — nunmehr in Boston — erneut von dem „Bestreben, zu verhindern, daß der Weltraum zu einem Schlachtfeld oder

Astronaut Harrison Schmitt, der an der Harvard University studiert hat und als einziger Wissenschaftler auf dem Mond war — ein Mann, den man für seine Willensstärke und seinen Mut gern achten



Juri Gagarin vor einem Flug.

Foto: A. Moklezow

einem neuen Bereitstellungsraum gemacht wird, von dem aus Schläge gegen Bodenzustützpunkte geführt werden können". Im selben Tonfall sagte der Demokrat George Miller, Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Raumfahrt im Repräsentantenhaus: "Aus dem Kosmos darf kein Schauplatz zwischenstaatlicher Zusammenstöße gemacht werden."

Man kann mich fragen, ob die 20 Jahre zurückliegenden Fakten denn noch jemanden interessieren. Ja, weil wir sehen, wie sich die Dinge entwickeln und weil wir die Gegenwart mit diesen Fakten vergleichen können. Solche Vergleiche ermöglichen eine bessere Erkenntnis der Zukunft.

Die 60er Jahre waren also eine Zeit, in der die USA wenigstens Lippenbekennnisse für den Frieden im Weltraum ablegten.

Und in der Tat? Was war in der Tat? Seit dem Mondflug laut Apollo-Programm wird in den USA weniger Geld für friedliche Raumforschungsprogramme bereitgestellt und der Aufwand für militärische Weltraumprogramme erhöht. Das geht seit 15-17 Jahren so, ganz gleich, wer Präsident ist. Es ist eine Politik auf weite Sicht. Der Tonfall der Militärs wird rigoroser. 1983 fürchtete der stellvertretende Luftwaffenminister der USA nicht mehr, falsch verstanden zu werden, als er sagte: "Die militärische Nutzung des Weltraums ist nichts Neues. Wir haben sie schon immer bewerkstelligt."

Militärs haben militant zu sein. Das sind aber auch Zivilisten. So fordert der

möchte —, daß die militärischen Weltraumforschungen ausgedehnt werden und daß ein Weltraumkommando gebildet wird.

Im Sommer 1982 überstieg der Jahresetat des Pentagon für kosmische Zwecke den der Nationalen Luft- und Raumfahrtbehörde. Damals beförderte eine Raumfähre erstmalig eine rein militärische Fracht auf den Orbit. Schmitts Traum von einem Weltraumkommando ging in Erfüllung, und Präsident Reagan verkündete die neue nationale Weltraumpolitik, die eindeutig auf die Militarisierung der Raumfahrt ausgerichtet ist. Die makabre Futurologie der "Sternenkriege" beginnt sich zu verwirklichen.

Ich bin kein Fachmann für Weltpolitik und internationale Beziehungen. Aber vielleicht ist das gut so. Die Ausbildung zum Ingenieur für Raketentechnik und 30 Jahre Tätigkeit bei wissenschaftlichen Zeitschriften befähigen mich, das Problem der "Sternenkriege" und SDI aus einem anderen Gesichtswinkel zu betrachten.

Das Weiße Haus behauptet, SDI sei nichts als ein Verteidigungsprogramm. Amerikaner selbst schreiben, daß das nicht der Fall ist. So z. B. John Oakes, ehemaliger Chefredakteur der "New York Times", ein Kenner militärischer Probleme, oder Robert Bowman, Präsident des Forschungsinstituts für Weltraumprobleme und Sicherheit, Oberstleutnant der Luftstreitkräfte a. D. In dem Buch "Sternenkriege: Verteidigung oder 'Todesstern'?" schreibt Bowman ausdrücklich,

daß das Raketenabwehrsystem, das im Rahmen des "Sternenkriegs"-Programms aufgebaut wird, kein Verteidigungssystem sein wird und warum nicht.

Wir wollen die von zahllosen Zeitungen und Zeitschriften aller Länder immer wieder ins Feld geführten Argumente nicht wiederholen. Nehmen wir einmal an, daß SDI wirklich ein Projekt nicht für Angriffs-, sondern ausschließlich für Verteidigungszwecke ist. Na und? Wäre es selbst dann begrüßenswert? Keineswegs, denn auch dann wäre es unmenschlich, kostspielig und gefährlich.

Die "New York Times" schrieb: "Die Vorstellung, die USA könnten sich eine konstante rüstungstechnische Überlegenheit sichern, ist vollkommen verstiegen." Vollkommen richtig. Ich sage sogar noch mehr: Jetzt ist das wissenschaftliche und technische Potential der UdSSR so groß, daß sich kein Land eine "konstante Überlegenheit", ob technisch oder militärtechnisch, über sie zu sichern imstande ist. Obigens kann sich auch die UdSSR keine "konstante Überlegenheit" über andere Länder verschaffen. Heute ist nun einmal so eine Zeit.

Jemand hat einmal gescherzt, die Geschichte lehre, daß sich niemand von ihr belehren lasse. Auch richtig. Die Amerikaner haben die erste Atombombe gebaut und gezündet. Jetzt sagen sie, die UdSSR sei ihnen mit ihrem nuklearen Potential überlegen. Die Amerikaner haben das erste Atom-U-Boot vom Stapel gelassen, und jetzt sagen sie, die Atom-U-Bootflotte der UdSSR sei größer als die der USA. US-Verteidigungsminister Weinberger erläutert SDI folgendermaßen: "Wenn wir imstande sein werden, ein System aufzubauen, das wirksam sein und die Rüstungen der UdSSR unwirksam machen wird, dann werden wir wieder so weit wie damals sein, als wir allein Kernwaffen hatten." Begreift ein kluger Staatsmann wie der US-Verteidigungsminister denn nicht, daß die USA die erwünschte Situation niemals herbeiführen können, weil es beim jetzigen Stand von Wissenschaft und Technik unmöglich ist, das erforderliche System aufzubauen? Das haben anhand von Zahlen nicht nur sowjetische, sondern auch amerikanische Experten wiederholt nachgewiesen. Glaubt man in Washington etwa auch den eigenen Leuten nicht? Unter den SDI-Verfechtern ist kein einziger, der garantieren könnte, daß keine Rakete des eventuellen Gegners doch alle seine Stufen durchschlagen wird.

Ich bin aber bereit, noch eine Hypothese zu wagen. Nehmen wir einmal an, die Rakete durchschlägt sie nicht. Mag eine 100%ige Effektivität des Systems garantiert sein. Lehrt die Geschichte aber nicht auch, daß, wenn das heute nicht gelingt, es morgen bestimmt gelingen wird? Als die Nazis ihren Tiger-Panzer bauten, meinten sie auch, daß keins der ihnen bekannten sowjetischen Geschütze die Panzerung durchschlagen könne, so daß er bis an den Ural kommen werde. Er kam aber nicht hin, seine Panzerung



wurde durchschlagen, und das wäre auch geschehen, wenn sie noch dicker gewesen wäre.

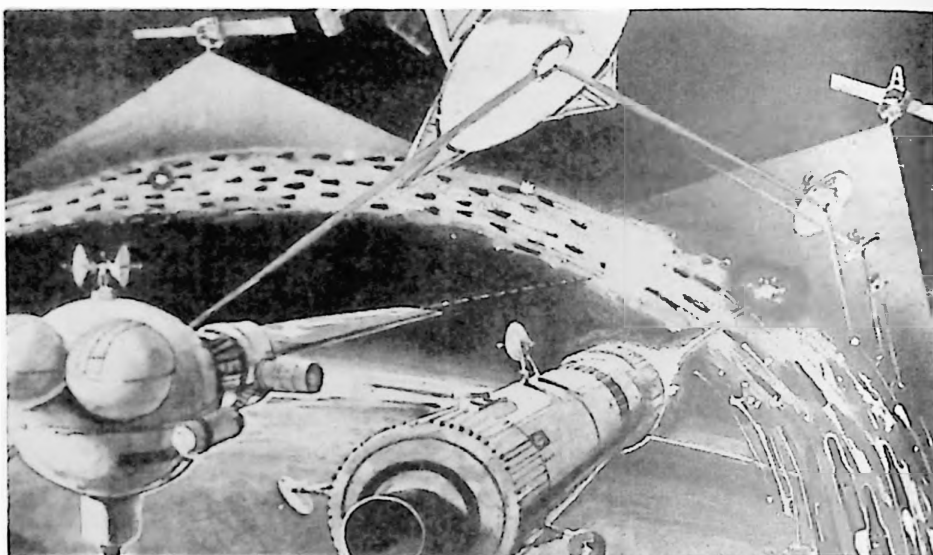
Und noch eins. Ist es nicht klar, daß im Weltraum alles anders als auf der Erde ist, wo nach dem klassischen militärischen Schema der Angreifer immer verletzbarer als der sich Verteidigende ist? Im Weltraum ist das Verteidigungssystem viel verletzbarer als die Angriffswaffen. Die SDI-Objekte werden massiv und äußerst schwerfällig sein, weil die heutige Raketechnik keine realen technischen Mittel besitzt, die einen raschen Wechsel der Höhe und des Neigungswinkels der Flugbahn dieser Objekte gestatten würden.

Es wäre vermessen von mir, zu glauben, daß ich, ein Journalist, das alles begreife, während es die Generale im Pentagon oder die Politiker im Weißen Haus und Kapitol nicht begreifen. Natürlich begreifen sie es! Man muß sich darüber im klaren sein, daß SDI zwar ein militärisches, zugleich aber auch ein politisches und sogar ideologisches Programm ist. Der bereits erwähnte Oakes schreibt wie gehabt in der "New York Times": "Jetzt, wo sie" (d. h. wir — die Red.) "eine ungefähre militärische Parität mit uns haben, brauchen sie gar kein neues Wetrüsten. Es würde ja enorme Rüstungsausgaben erforderlich machen, obwohl diese für die zunehmende Nachfrage nach Gebrauchsgütern und zur Hebung des sowjetischen Lebensstandards notwendig sind."

Er hat ganz recht, wir brauchen wirklich kein neues Wetrüsten. Und deshalb will man uns dazu zwingen. Wir werden auf SDI ja irgendwie reagieren müssen. Ob uns das daran hindern wird, die geplanten ökonomischen und sozialen Umgestaltungen vorzunehmen? Kann sein. Das wird jeder Wirtschaftsexperte bestätigen. Wir werden sie sowieso vornehmen. Nur wird es länger dauern und schwieriger sein. Für diesen Fall hoffen die SDI-Urheber und -Ideologen, der Welt sagen zu können: "Ihr seht es ja, sie schaffen es nicht, weil das System nichts taugt!" Sie wissen, daß sie bei einem militärischen Streit einfach nicht siegen können, und werden sich anstrengen, mit Hilfe der Militärtechnik im ideologischen Streit zu siegen. Ich will mich nochmals auf Robert Bowman berufen, damit Sie wissen, daß ich nicht allein so klug bin. Er schreibt: "Bekanntlich sind unter den eifrigsten SDI-Anhängern in der Regierung Reagan die verbissensten Russenfeinde, meistens Auswanderer aus Osteuropa, die eine Politik wollen, in deren Rahmen man versuchen könnte, das jetzige Regime in der Sowjetunion zu stürzen." Wir haben es also viel eher mit einer antisowjetischen als mit einer Verteidigungsinitiative zu tun.

Man braucht nicht die Weisheit eines Staatsmannes zu besitzen, um die Binsenwahrheit zu begreifen, daß die Macht über den Weltraum wichtig, aber die Macht über die Hirne der Erdenbewohner wichtiger ist.

20



SDI wird in Reagans Amerika herbelgeträumt, skizziert und ausgemalt und in Einzelteilen bereits erprobt. Feindbild: UdSSR.

Aus: „U.S. News & World Report“

Es ist sehr schade um Geld und Mühe, die für ein — ich wiederhole: unmenschliches und sinnloses — Vorhaben verschwendet worden sind. Die Amerikaner sind reicher als wir. Sie haben sich das Apollo-Programm — die Landung auf dem Mond — rund 25 Md. Dollar kosten lassen und nachher selbst geschrieben, daß es kostspielig war. Dadurch ist die Wirtschaft der USA nicht ins Wanken geraten, aber auf einigen Gebieten haben sich doch Spannungen ergeben. Fünf Jahre nach der ersten Landung auf dem Mond war ich in Pasadena, in dem berühmten Labor für reaktive Bewegung, wo der erste amerikanische Satellit und viele vorzügliche Raumfahrtautomaten entstanden sind. Dort kamen wir auf eine künftige Expedition zum Mars zu sprechen. Die Kosten wurden auf 100 Md. Dollar geschätzt, und die Amerikaner sagten: "Nein, allein können wir das nicht bewältigen. Wir müssen uns mit jemandem zusammuntun und gemeinsam fliegen." Interessant ist, daß Prof. Awdujewski, Mitglied der AdW der UdSSR, 10 Jahre später dasselbe schrieb. Das Vorhaben ist in der Tat horrend teuer. Jetzt hat man aber an der Universität in Stanford nachgerechnet und herausbekommen, daß nur die ersten SDI-Anlagen 500 Md. Dollar und daß ein vielschichtiges System ein Mehrfaches dieser Summe kosten wird. Senator William Proxmire schrieb vor ungefähr einem Jahr, daß sich die Kosten der technischen SDI-Anlagen mindestens auf 1 Billion Dollar belaufen werden. Wenn schon 100 Md. schwer erschwänglich sind, wie will man dann erst das Zehnfache aufbringen? Und vor allem wozu? Gehen wir die Sache einmal mit einer denkbar primitiven Logik an! Also schön, man hat das System aufgebaut. Falls es nicht funktioniert, braucht es niemand,

ebensowenig, wie man ein nicht fliegendes Flugzeug oder einen Hochofen braucht, der keinen Stahl schmilzt. Falls es aber funktioniert, dann werden die Leute, die es brauchen, gar nicht mehr existieren...

Von unseren Ingenieuren habe ich solche Argumente gehört: Die Amerikaner würden SDI auch deshalb bauen, weil sie die Kapazitäten des Militär-Industrie-Komplexes auslasten, für die Rentabilität der Betriebsanlagen sorgen und Millionen Menschen Arbeit geben müssen.

Stimmt. Eine Stilllegung der Produktion würde eine Krise und Millionen Arbeitslose bedeuten, sie wäre eine nationale Tragödie. Warum sollen diese Millionen Menschen aber etwas völlig Sinnloses herstellen? Sollen sie doch etwas machen; das auch nur halbwegs sinnvoll ist: ein Unterwasserlabor oder eine Einschienenhängebahn um die Erde bauen oder aber in der Antarktis eine Stadt unter einer Kuppel errichten! Und wenn es unbedingt der Weltraum sein muß, dann trifft das erst recht zu. Unser Friedrich Zander, ein Enthusiast der Raumfahrt, dessen 100. Geburtstag dieses Jahr begangen wird, starb 50 Jahre vor Entstehung des Sternenkriegsprogramms. Er schrieb aber, wie er auch heute geschrieben hätte: "Welcher Mensch, der in einer klaren Herbstnacht zum Himmel aufgesehen hat, dachte beim Anblick der leuchtenden Sterne nicht daran, daß dort, auf fernen Planeten, vielleicht uns ähnliche vernunftbegabte Wesen leben, die uns kulturell um Jahrtausende voraus sind? Welch unermeßliche Kulturschätze könnten auf die Erde gebracht und der irdischen Wissenschaft beschert werden, wenn es dem Menschen gelänge, dorthin zu fliegen! Und wie billig käme dieses große Werk zu stehen, verglichen mit allem, was der Mensch nutzlos ausgibt!"

"NEUE ZEIT" 15.87

In Reagan ist Zander ein ernst zu nehmender Gegner erwachsen. Der US-Präsident ist es nicht nur, weil er eindeutig unnütze Aufwendungen partout für nützlich hält. Die Existenz anderer, vernünftigerer Lebewesen erscheint ihm überhaupt zweifelhaft. Na schön, mag er den Standpunkt Giordano Brunos nicht teilen und sich ablehnend zu der Hypothese verhalten, daß es viele bevölkerte Welten gibt. Aber auch ohne im All nach vernunftbegabten Brüdern zu suchen, könnten die Menschen viel wunderbare, aussichtsreiche und wesentlich billigere, vor allem aber nützlichere als SDI-Programme realisieren. Ein beliebiges Sternenfriedensprogramm wäre ja viel begrüßenswerter als das „Sternenkriegs“-Programm.

Der Bau von Sonnenkraftwerken und die Leitung der von der Menschheit dringend benötigten Energie mit Hilfe von Laseranlagen auf die Erde rückt immer mehr in den Bereich des Möglichen. Sollen sich die Firmen, die Laserkanonen für „Sternenkriege“ entwickeln, doch mit diesem naheliegenden Themenkreis befassen!

Sehr verlockend ist die Aussicht, außerirdische Produktionsstätten zu schaffen, die das kosmische Vakuum und die Schwerelosigkeit benutzen würden. Fiele es den Projektanten einer Weltraumfestung denn gar so schwer, sich auf Pläne für eine Fabrik im Weltraum umzustellen?

Experten sprechen allen Ernstes davon, daß man Asteroiden zur Erde abschleppen könnte, wodurch viele Rohstoffprobleme der Menschheit gelöst wären. An der Technologischen Hochschule von Massachusetts hat man errechnet, daß man in Sonnenhochöfen auf erdnahen Flugbahnen 100 Mio t Asteroidenerz schmelzen könnte. Ein Raumkilometer davon würde den Eisenbedarf der ganzen Erde für 15 und ihren Nickelbedarf für 1250 Jahre decken. Dieses Metall kostet 5 Billionen Dollar, das technische Projekt für das „Abfangen“ von Asteroiden würde aber nur 1,7 Md., also ein Achtel der Summe kosten, die 1988 für den militärisch genutzten Weltraum ausgegeben werden soll. Wie gut wäre es, die Weltraumshuttles für die Jagd nach Asteroiden umzufunktionieren, statt ihre Bäume mit Spionagesatelliten vollzustopfen!

Bei Michail Gorbatschows Zusammenkunft mit Friedensnobelpreisträgern im Kreml sagte er: „Wir haben der UNO ein detailliertes Programm für ein friedliches Zusammenwirken im Kosmos zugeleitet. Die UdSSR schlägt die Gründung einer kosmischen Weltorganisation vor, die die Koordinationszentrale für die Bemühungen um dieses globale Vorhaben sein könnte. Das wären Grundlagenforschungen und der Start interplanetarer Schiffe beispielsweise zum Mars.“

Beim Lesen des Berichts über die Zusammenkunft im Kreml ist mir die Expedition auf den Mars eingefallen, über die wir damals in Pasadena sprachen. Sowjetischen und amerikanischen Exper-

ten zufolge wäre sie technisch durchaus möglich. Was die Praxis angeht, so besteht schon einige Erfahrung im kosmischen Zusammenwirken — siehe das Apollo-Sojus-Projekt! Es fehlte nicht viel, dann hätten wir vereinbart, daß amerikanische Shuttles internationale Besatzungen zu unseren „Saluts“ befördern werden. Im Januar 1975 sprach nicht ein Futurologe, sondern Frank Moss, Vorsitzender des US-Senatsausschusses für Luftfahrt und Weltraumforschung, davon). Noch früher — 1969 — sagte Präsident Nixon, in 30 Jahren würden „wir Erdenbewohner neue Welten besuchen und dort irgendeine Lebensform vorfinden“, und Vizepräsident Agnew regte die Landung eines Menschen auf dem Mars bis zum Jahr 2000 an. Landen wir doch! Suchen wir die neuen Lebensformen! Um wieviel ratsamer wäre das als das Abschießen atomarer Gefechtsköpfe, zumal man auch ohne Atomkanonen einfach mit ihnen aufräumen, nämlich ihre Erzeugung ein für allemal verbieten und die gehorteten vernichten kann. Um wieviel leichter ist das auf der Erde zu bewerkstelligen!

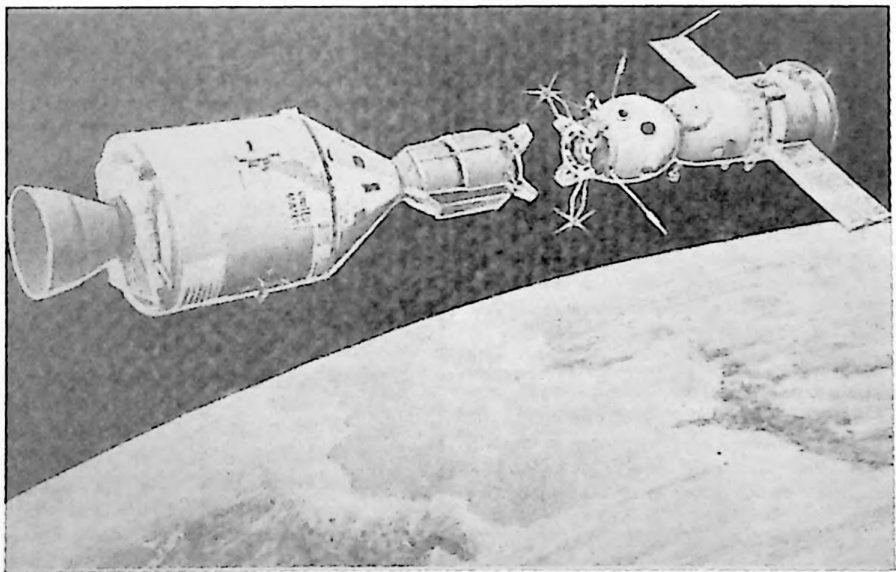
Gewiß, ein Flug auf den Mars ist kostspielig, er wäre aber — zum Unterschied von „Sternenkriegen“ —

Werkstoffkunde, Computer- und Fernmeldetechnik — alle Bereiche, denen die kosmischen Erfahrungen zugute kämen, sind heute noch schwer absehbar. Und alle Menschen, die jetzt am SDI-Programm arbeiten, alle Firmen, Universitäten und Labors könnten an diesem Programm ebenso eifrig mitwirken, ohne Arbeitslosigkeit und Krise befürchten zu müssen.

Als das „Vega“-Projekt ausgeführt wurde und zwei sowjetische Weltraumautomaten dem Halleyschen Kometen nahe kamen, traf der bedeutende amerikanische Astrophysiker Carl Sagan in Moskau ein. Leider sind wir damals nicht zusammengetroffen. Ich hätte ihm gern die Hand gedrückt. Er setzt sich energisch für eine sowjetisch-amerikanische Expedition auf den Mars ein. Jemand fragte ihn, wann sie wohl steigen könnte. Er antwortete: „Ein Besuch auf dem Mars ist bis zum Anbruch des nächsten Jahrzehnts kaum wahrscheinlich. Eine sowjetische Kosmonautenexpedition in die Nähe des Mars ist bis zum Jahr 1992 durchaus möglich. Ein denkwürdiges Jahr — 1992 jährt sich die sozialistische Oktoberrevolution zum 75. Mal. Im selben Jahr aber auch die Entdeckung der Neuen Welt durch Kolumbus, u. zw. zum 500. Mal. Man könnte diese Jahrestage kaum angemessener feiern als

Sojus-Apollo-Rendezvous. Lang ist's her...

Zeichnung aus einer „Nowosti“-Publikation



sinnvoll. Er könnte das erste leuchtende Beispiel einer Vereinigung der Kräfte und Mittel der ganzen Menschheit, ein Beispiel globalen Zusammenwirkens sein, das erste Werk, das nicht Weiße, Schwarze oder Gelbe, nicht Amerikaner, Chinesen oder Russen, nicht Christen, Buddhisten oder Atheisten, nicht Kommunisten, Kapitalisten oder Leute ohne Weltanschauung, sondern Erdenbewohner vollbringen würden. Schon die Vorbereitungen auf diesen Flug wären sehr ergiebig für Biologie, Medizin,

mit einem internationalen Programm für die Entdeckung noch einer Neuen Welt.“

Sagan ist Optimist. Mir gefallen Optimisten. Auch ich finde, daß „Sternenkriege“ für die Raumfahrt nicht das Richtige sind. Sie führen zu nichts.

Ich weiß, nach dem Lesen dieses Beitrags kann man mir Naivität vorwerfen. Heutzutage ist es aber keine Todsünde, naiv zu sein. Ich möchte nur nicht der Unaufrichtigkeit verdächtigt werden.



Am 12. April 1945 starb Franklin Delano Roosevelt, ein Mann, der in die Geschichte unserer Epoche eingegangen ist. Anhand neuer Dokumente und Forschungen hat der Historiker Dr. Viktor MALKOW den Verlauf der letzten Tage des 32. US-Präsidenten rekonstruiert.

# Die Roosevelt-Ära ging zu Ende

Washington, Donnerstag, 1. März 1945, 12.32 Uhr. Das überfüllte Repräsentantenhaus des US-Kongresses. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Franklin Delano Roosevelt, beginnt in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Kongreßkammern seinen Bericht über die Konferenz der Alliierten in Jalta. Er entschuldigt sich, er müsse sitzend sprechen, da er sehr müde sei, und fährt fort:

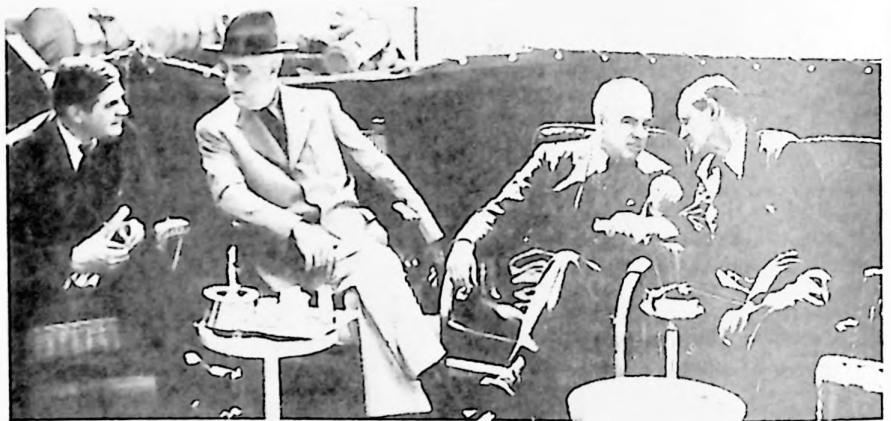
"Die Reise war von langer Dauer, ich glaube aber, Sie werden mir recht geben, wenn ich sage, daß sie auch ersprießlich gewesen ist."

Roosevelt sprach nicht so energisch wie sonst. Er sprach leise und manchmal heiser, ja sogar undeutlich wie im Selbstgespräch. Oft wich er von seinem aufgesetzten Text ab. Sam Rosenman, der die Rede gemeinsam mit dem Präsidenten abgefaßt hatte, zählte 49 solche Abweichungen. Aber das Ende klang fest, wie man es von Roosevelt gewöhnt war, wenn er etwas Bedeutsames hervorheben wollte. Er sagte:

"Die Welt, die wir aufbauen, kann keine amerikanische oder britische oder russische, keine französische oder chinesische Welt, keine Welt großer Länder oder kleiner Länder sein. Sie muß eine Welt sein, die auf gemeinsamen Bemühungen aller Länder beruht."

Es folgte eine Ovation. Nach der Sitzung begab sich Roosevelt für ein paar Tage auf seinen Landsitz Hyde Park, um sich auszuruhen. Die Anstrengung machte sich fühlbar, und Roosevelt nahm sich fest vor, den Rat der Ärzte und seiner Tochter Anna zu befolgen, seinen Arbeitstag abzukürzen und sich nicht mit Geschäften zu überlasten, die nervliche Anstrengungen von ihm forderten. Er sollte Ende März einen zweiwöchigen Urlaub einlegen und ihn im sogenannten kleinen Weißen Haus in Warm Springs, Georgia, verleben. Auf seinem dortigen kleinen Gut wollte er sich auf seine Eröffnungsrede für die Konferenz der Vereinten Nationen in San Francisco vorbereiten.

Der Präsident ahnte nicht, daß er nur noch anderthalb Monate zu leben hatte. Es standen Tage bevor, die seine langjährigen Mühen belohnen sollten. In Europa



Roosevelt kehrt aus Jalta in die USA zurück. V. l. n. r.: US-Botschafter in Großbritannien Wynant, Roosevelt, Staatssekretär Stettinius und Hopkins.

ging der zweite Weltkrieg zu Ende, und der Krieg im Fernen Osten näherte sich seinem Abschluß. Die Konferenz in Jalta ließ ihn hoffen, daß Grundlagen für einen festen Frieden geschaffen werden konnten. Die Gründung einer neuen Weltorganisation stand bevor.

## Das Weiße Haus im März

Aber die Tage danach waren nicht leicht. Besonders schwierig war die innenpolitische Lage. Die Spannungen nahmen unmittelbar vor Jalta und gleich danach zu, als die oppositionelle Presse die erste zustimmende Reaktion vorübergehen ließ und dazu überging, die Öffentlichkeit mit sensationell aufgemachten "Vermutungen" wegen in Jalta angeblich geschlossener Geheimabkommen zu alarmieren. Der Präsident war verärgert. Sein Ärger wurde noch dadurch gesteigert, daß er die Anwürfe nicht auf einer Pressekonferenz widerlegen konnte — die Gesetze der Kriegszeit erlegten ihm Zurückhaltung auf.

Auch fehlte ihm Hopkins, der in solchen Fällen jeden Frechling zurückzuweisen verstand. Auf halbem Weg von der Krim hatten sich der Präsident und sein engster

Berater getrennt. Hopkins, dessen Gesundheit gelitten hatte, ging nach Minnesota, wo er sich nicht zum ersten Mal den Ärzten der Mayo-Klinik anvertrauen mußte. Seine Abwesenheit im Weißen Haus verursachte nicht nur Mehrarbeit, sie störte auch den seit Jahren gewohnten Modus der Beschlußfassung und die Kontrolle über den aufgeblähten Regierungsapparat.

Rein äußerlich blieb alles beim alten. Der Präsident begann seinen Arbeitstag zwischen 8 und 9 Uhr früh. Bis 10.30 Uhr war er mit der Durchsicht der Eiltelegramme und Papiere fertig, die ihm, von Sekretären gesiebt, unterbreitet worden waren, und begab sich in das Ovale Zimmer. Zuweilen machte er unterwegs einen Abstecher in den Landkartenraum, in dem alle Fäden der militärstrategischen Operationen und diplomatischen Schritte der USA während des Krieges zusammenliefen und wo Hopkins lange den Ton angab.

Ofter als andere erschien nunmehr, während der Präsident ins Ovale Zimmer unterwegs war, der Chef seines persönlichen Militärstabs, Admiral William Leahy. Als Roosevelt den angesehenen Vertreter der Militärkreise in seine nähere Umgebung aufnahm, wußte er, daß Leahy

und seine langjährigen Mitarbeiter, besonders Hopkins, verschiedene Ansichten vertraten. Daran hatten sich aber schon längst alle gewöhnt. Einer der bemerkenswertesten Wesenszüge Roosevelts als Staatsmann war das Bestreben und die Fähigkeit, mit Leuten zusammenzuarbeiten, die in ihren politischen Ansichten nicht übereinstimmten.

Was war für Leahys Berufung bestimmend? Zum Teil seine alte Freundschaft mit dem Präsidenten, zum Teil auch die erhebliche Zunahme der militärstrategischen Fragen auf dem Arbeitsplan des Präsidenten.

## Das Gespräch mit Stimson

Am 15. März 1945 erschien beim Präsidenten Kriegsminister Henry Stimson, um über eine äußerst wichtige Angelegenheit Bericht zu erstatten: über die Fertigstellung einer Atomwaffe.

Als sich hinter Stimson die Tür geschlossen hatte, konnte der Präsident die Entstehungsgeschichte dieser Massenvernichtungswaffe in seinem Gedächtnis ablaufen lassen. Einsteins Schreiben und Beginn der Arbeiten gemeinsam mit den Briten... Ernennung Robert Oppenheimers zum Leiter der Forschungszentrale in Los Alamos und der Auftrag an ihn, zu verhindern, daß Hitler den USA mit der Schaffung der Atomwaffe zuvorkomme... Das Problem der Information der UdSSR... Die Bitte Felix Frankfurters, eines Mitglieds des Obersten Gerichts der USA und alten Freundes von Roosevelt, den Physiker Niels Bohr zu empfangen...

Worüber wollte Bohr mit dem Präsidenten sprechen? Er war der Ansicht, daß die UdSSR über die Arbeiten an dem streng geheimen Projekt informiert werden müsse, damit das Vertrauen der Alliierten nicht gestört werde. Von diesem Standpunkt hatte Frankfurter den Präsidenten schon im April 1944 in Kenntnis gesetzt.

Roosevelt las das Memorandum Bohrs vom 3. Juli 1944, das Frankfurter ihm überreicht hatte, und empfing Bohr am 26. August, mit welchem Ergebnis, das ist bekannt: Bohrs Äußerung, daß jedes Atomwaffenmonopol nur vorübergehend sein könne, erschien Roosevelt nicht stichhaltig genug. Er ließ sich von Churchill überreden und unterschrieb ihrer beider Ablehnung des Vorschlags, die UdSSR über das "Manhattan-Projekt" zu informieren. Mehr noch, nachdem Roosevelt gemeinsam mit Churchill das betreffende Memorandum am 19. September unterzeichnet hatte, sanktionierte er auch die Beobachtung Bohrs durch die Geheimdienste der USA und Englands.

Der 15. März 1945 kam heran. Stimson brachte die Sache erneut zur Sprache. Er erinnerte den Präsidenten an die Ideen des "mißliebig gewordenen" Bohr.

Erst ein Jahr später schilderte Stimson, ein Verfechter der internationalen Atom-

waffenkontrolle, die wichtige Begebenheit in der „Washington Post“. Er schrieb:

"Am 15. März 1945 sprach ich das letzte Mal mit Präsident Roosevelt. Meine Tagebuchaufzeichnungen über das Gespräch geben ein recht genaues Bild von unserer damaligen Denkweise...

Ich entwarf ein Bild von der Zukunft der Atomenergie und sprach über den Termin, zu dem die Arbeit an der Bombe



Roosevelt spricht im Kongreß (1. März 1945)

abgeschlossen sein wird. Ich sagte, das alles sei ungemein wichtig. Der Präsident und ich diskutierten über die beiden Standpunkte zur Atomwaffenkontrolle nach dem Krieg, falls die Arbeit daran erfolgreich zum Abschluß kommen sollte. Der eine Standpunkt ist die Überzeugung, daß die Kontrolle in Händen derjenigen bleiben müsse, die sie jetzt ausüben. Der andere geht von der Notwendigkeit einer internationalen Kontrolle aus, fußend auf dem Grundsatz der Freiheit sowohl der Wissenschaft als auch ihrer praktischen Nutzung. Ich sagte dem Präsidenten, man müsse alle diese Probleme lösen, ehe die erste Einrichtung benutzt werde, er müsse bereit sein, dem amerikanischen Volk, sobald alles getan wäre, eine Erklärung zu geben. Er war einverstanden..."

## Eine Warnung verhüllt

Wie ist diese Aufzeichnung Stimsons zu verstehen? Das läßt sich schwer eindeutig beantworten. Man hat natürlich Grund zu der Annahme, daß der Konflikt zwischen Roosevelt und Bohr nicht einfach ein tragisches Mißverständnis war. Viele Tatsachen sprechen dafür, daß Roosevelt in dieser Sache ebenso wie Churchill hart war, daß er eine internationale Atomwaffenkontrolle ablehnte und sie bei gleichberechtigter Beteiligung aller

Staaten der Antihitlerkoalition für unmöglich hielt. Kategorisch kann man das aber nicht sagen. Die reichen staatsmännischen Erfahrungen, das sichere Gefühl für die Geschichte und schließlich die Fähigkeit, die Meinung seiner nächsten Berater anzuhören, von denen viele wie Frankfurter dachten, veranlaßten den Präsidenten, immer wieder auf das erledigt scheinende Thema zurückzukommen. Die kurze Einsamkeit in Warm Springs benutzte er stets dazu, über besonders schwierige innen- und außenpolitische Fragen nachzudenken.

War der Präsident also gesinnt, auf seinem früheren Standpunkt zu beharren? Am 26. August 1944 hatte er ja in vielem mit Bohr übereingestimmt. Er bat Bohr sogar, ihm Argumente für die Unduldbarkeit eines atomaren Wettrüstens zu liefern.

Gewisse Angaben zeugen davon, daß im Verhältnis zwischen Roosevelt und Bohr nicht alles eindeutig war. Wie ließe es sich sonst erklären, daß sich in Frankfurters Papieren eine "Ergänzung" zu Bohrs Memorandum vom 3. Juli 1944 findet? Sie ist mit dem 24. März 1945 datiert. Der Inhalt zeugt eindeutig davon, daß weder Bohr noch Frankfurter die Hoffnung auf eine neuerliche Zusammenkunft mit Roosevelt und auf eine grundsätzlich positive Entscheidung über eine internationale Atomwaffenkontrolle aufgegeben hatte.

Bemerkenswerterweise erklärte Bohr in diesem Dokument nochmals, im Zuge des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts könne es nicht ausbleiben, daß viele Länder (in erster Linie die UdSSR) in den Besitz der Geheimnisse der Atomwaffenproduktion gelangen. Sollte ihr Potential unterschätzt werden, warnte Bohr, so würde die Menschheit unweigerlich Geisel eines irrsinnigen Wettrüstens von einer derartigen "Vernichtungsgewalt" werden, "die über alle bisherigen Vorstellungen hinausginge".

Den Schlußteil der "Ergänzung" schrieb Bohr, als ob er das am 26. August 1944 begonnene vielversprechende Gespräch mit Roosevelt fortsetze. Damals bat der Präsident ihn um präzise Begründungen dafür, warum eine Anhäufung der furchtbaren neuen Waffen und erst recht ein Wettstreit um ihre Perfektionierung inakzeptabel sei. Bohr antwortete darauf gleichsam, die Menschheit werde sich beispiellosen Bedrohungen gegenübersehen, falls im rechten Augenblick keine Maßnahmen getroffen würden, den lebensgefährlichen Wettstreit in der Erzeugung dieser Vernichtungswaffen zu verhindern und die Produktion und Verwendung dieser hochwirksamen Sprengstoffe unter internationale Kontrolle zu stellen.

Es ist unklar, ob dieses Dokument Roosevelt erreicht hat. Höchstwahrscheinlich nicht. Jedenfalls geht aus der Korrespondenz Frankfurters, dem Bohr seine "Ergänzung" übergab, hervor, daß er weder im März noch im April 1945 Gelegenheit zu einer Aussprache mit dem Präsidenten hatte, obwohl er dazu bereit war. Am 15. März brachte Stimson



Roosevelt aber auf dieses leidige Thema zurück.

Später sagte Oppenheimer: "Wir haben für den Teufel gearbeitet." Er lehnte die Beteiligung an der Entwicklung der H-Bombe ab, weil er meinte, sie führe zum nuklearen Wettrennen. Eleanor Roosevelt äußerte, gerade als die McCarthyhysterie in den USA in vollem Gange war, in einem speziellen Schreiben an Oppenheimer die Überzeugung, daß er richtig gehandelt hatte. Damit zeigte sie, worin Oppenheimers mutige Tat mit der Entscheidung übereinstimmte, über die Präsident Roosevelt im März und Anfang April 1945 nachsann. Ebenso kann es kein purer Zufall gewesen sein, daß der in den Ruhestand getretene Kriegsminister Stimson genau ein Jahr nach seiner letzten Zusammenkunft mit Roosevelt in der damals vielgelesenen Zeitschrift "Harper's" schrieb:

"Wir dürfen uns nicht verspäten. Die giftige Saat von früher ist sehr zählebzig und durch oberflächliches Jäten nicht auszurotten. Im Besitz des Atombombenmonopols sind die USA zumindest jetzt in der Welt führend. Der Alleinbesitz ist aber bestimmt vorübergehend. Unser Land muß das erkennen und unverzüglich handeln. Es muß die Initiative ergreifen und den anderen Ländern im Sinne vollen Vertrauens und in dem Wunsch die Hand reichen, ein allseitiges Zusammenwirken bei der Lösung des Problems zu erzielen." Stimsons Aufforderung blieb leider ungehört.

## Der Fall Earle

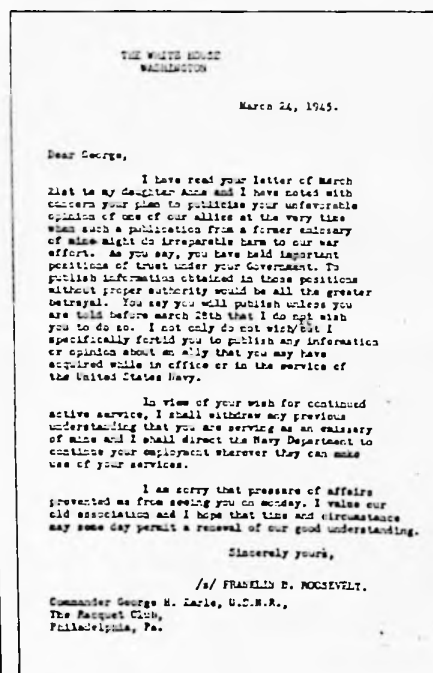
Roosevelt setzte die Abreise nach Warm Springs für den 29. März an. Als er sich dazu entschloß, um wenigstens kurze Zeit der Zone "erhöhter politischer Aktivität" entrückt zu sein, nahm er an, daß in den nächsten beiden Wochen eine Abkühlung eintreten werde. Danach kam das wichtigste Ereignis, der Sieg in Europa, mit dem viele akute Fragen automatisch forfielen — Fragen, aus denen die Opposition gegen Roosevelt Kapital schlagen wollte. Die Hoffnung, daß sich der Präsident etwas entspannen und imstande sein werde, sich vor allem auf die außen- und innenpolitischen Schlüsselfragen zu konzentrieren, traf aber nicht ein. Gewisse Leute wollten seine Abwesenheit in Washington und die Pause in seinen Kontakten zur Presse benutzen, um einen Tumult zu stiften, etwa wie zwei Jahre vorher William Bullitt, als er Vorbereitungen zu einem Krieg gegen die UdSSR forderte. Dieses Mal spielte George Earle die Rolle des Unruhestifters, ein Funktionär der Demokratischen Partei, der drei Jahre den US-Geheimdienst in der Türkei geleitet hatte.

Earle war ein alter Bekannter Roosevelts, ehemaliger Gouverneur von Pennsylvania und schwerreich. Er hatte Roosevelt im Wahlkampf viel geholfen und bekam die vielbegehrten diploma-

tischen Posten der Botschafter in Wien und Sofia. Mehr noch, Roosevelt machte ihn bei Geheimoperationen auf dem Balkan zu seinem Vertrauensmann. Mit Earle hatte der Präsident wieder einmal einen Mann gewählt, der ganz andere politische Anschauungen als er selbst vertrat.

Earles Vorgehen in der Türkei lief der Politik Roosevelts diametral zuwider. Als Kommunistenhasser tat Earle alles, um die Antihitlerkoalition zu unterminieren. Er nahm zum deutschen Botschafter in Ankara, von Papen, und sogar zum Chef der Abwehr, Canaris, der eine geheime Abmachung gegen die UdSSR im Schilde führte, Geheimverbindungen auf.

Dieser Earle nun teilte dem Präsidenten vor dessen Abreise nach Warm Springs seine Absicht mit, eine Beitragsfolge gegen die Zusammenarbeit mit der UdSSR in die Presse zu lancieren. Die Tatsache, daß Earle mit dem Präsidenten und anderen hohen Regierungsbeamten be-



## Roosevelts Schreiben an Earle

freundet war, machte die Situation nicht bloß heikel, sondern äußerst gefährlich. Seine Auslassungen über "versäumte Chancen" auf einen Separatfrieden der westlichen Alliierten mit Deutschland und auf eine "Rettung" der Länder Osteuropas konnten bei gewissen Schichten der USA neuerliche Feindseligkeiten gegen die UdSSR auslösen. Außerdem waren sie dazu angelegt, das Ansehen der Regierung bei der demokratischen Weltöffentlichkeit zu erschüttern.

Wichtige Verhandlungen und höchstwahrscheinlich auch ein neues Treffen der großen Drei standen bevor. Zu diesem Treffen unter Begleitung der durch Earles "Bekanntnis" ausgelösten Disso-

nanzen zu gehen, hielt Roosevelt für äußerst riskant. Er hatte keine Zeit, die Ursache von Earles Fahnenflucht zu klären — Nachforschungen konnten zu weit führen. Also antwortete ihm Roosevelt selbst und fand dafür die plausible Form der Mahnung des Offiziers der Seestreitkräfte an den Treueid zu Kriegszeiten. Roosevelts Brief war mit dem 24. März 1945 datiert. Er lautete so:

"Lieber George,

Ihren Brief vom 21. März an meine Tochter Anna habe ich gelesen und zu meiner Besorgnis von Ihrer Absicht erfahren, eine abfällige Meinung über einen unserer Verbündeten gerade jetzt zu veröffentlichen, wo eine derartige Veröffentlichung meines ehemaligen Sonderabgesandten den militärischen Bemühungen nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen kann. Wie Sie schreiben, haben Sie wichtige Stellungen bekleidet, in denen Ihnen das Vertrauen Ihrer Regierung gehörte. Es wäre schwerster Verrat, auf einem solchen Regierungsposten erhaltene Informationen ohne Erlaubnis der Führung zu veröffentlichen. Sie schreiben, daß Sie diese Informationen publik machen werden, falls Sie meine Ablehnung nicht bis zum 28. März bekämen. Ich erkläre Ihnen, daß ich eine derartige Publikation nicht nur für unzulässig halte, sondern Ihnen ausdrücklich verbiete, beliebige Informationen zu veröffentlichen oder öffentlich eine Meinung über unseren Verbündeten zu äußern, die auf Angaben beruhen, die Sie als Angehöriger der Seestreitkräfte des Landes bekommen haben."

Earle antwortete am 26. März: "Ihr Brief vom 24. März habe ich erhalten. Ich gehorche jedem Buchstaben Ihres Befehls als Oberbefehlshabers der Streitkräfte der USA." Es folgte ein Schwall von Treuebezeugungen und Klagen, unverständlich zu sein. Der Fall schien erledigt. Die Spannung aber hielt an. Robert Sherwood, der gerade als General MacArthurs Stab zurück war, besuchte Roosevelt. Sherwood erzählte, dort seien fast alle mitsamt dem Befehlshaber der Ansicht, daß die Politik des Weißen Hauses von den "Kommunisten und britischen Imperialisten" beeinflusst sei. Die gleichzeitigen Angriffe Earles auf das Abkommen von Jalta und derartige Äußerungen der Rechtspresse der USA und Großbritanniens verstärkten das Gefühl, daß eine Krise im Anzug war.

Wie von unsichtbarer Hand gelenkt, erfolgten Schlag auf Schlag Angriffe auf Roosevelt: Earles Provokation, Churchills Versuche, eine Revision der Beschlüsse von Jalta zur Polenfrage durchzusetzen (die Roosevelt eine realistische Grundlage zu bieten schienen) und die Angriffe der Hearst-, Patterson- und McCormick-Presse.

Der heißeste Konfliktherd war aber wohl der "Berner Zwischenfall", von dem im weiteren die Rede sein soll.

(Schluß folgt)

# Erfahrungen aus Shenzhen

Wie in China die Politik der Wirtschaftsbelebung und erweiterter Auslandsverbindungen verwirklicht wird

Michail JAKOWLEW

Die besondere Wirtschaftszone Shenzhen in der Provinz Guangdong an der Küste des Chinesischen Meeres wird oft "Staat im Staate" genannt. Die gesamte Festlandsgrenze entlang zieht sich nämlich ein hoher Drahtzaun beziehungsweise eine Steinmauer. Für Ein- und Ausreise nach oder aus Shenzhen brauchen Chinesen wie Ausländer eine Sondergenehmigung.

Im Dezember vergangenen Jahres war ich das letzte Mal hier.

## "Grundlegendes Langzeitprogramm"

Sobald in letzter Zeit die Wirtschaft des modernen China zur Sprache kommt, wird Shenzhen genau so oft erwähnt, wie etwa Peking, Shanghai oder eine beliebige andere chinesische Großstadt. Warum gelangte die noch bis vor sieben Jahren wenig bekannte Kreisstadt Baoan, das heutige Shenzhen, zu einem derartigen Ansehen und wurde zum Wallfahrtsort für Geschäftsleute, Journalisten und Touristen? Zweifellos hängt das mit ihrer heutigen Funktion im Wirtschaftsleben der VR China zusammen.

Das 3. ZK-Plenum der KP Chinas in der 11. Legislaturperiode vom Dezember 1978 hat bekanntlich eine neue Wirtschaftspolitik für die Volksrepublik China erarbeitet. Damit sollte die Volkswirtschaft aus der Stagnation befreit werden, in der sie nach "Großem Sprung" und "Kulturrevolution" versackt war. Für die Lösung dieser Aufgaben war nicht genug Geld da. Man beschloß, die Wirtschaftsbeziehungen zu den Industrieländern des Westens und zu Japan auszubauen, um über sie an das notwendige Kapital und die moderne Technik heranzukommen. Chinesische Ökonomen begründen die Notwendigkeit ausländischer Kapitalinvestitionen mit dem empfindlichen Mangel an eigenen Finanzen bei gleichzeitigem Arbeitskräfteüberschuß und reichen Bodenschätzen.



Junger Straßenbauarbeiter

Somit entstand die "Staatspolitik auf lange Sicht". In einem Interview für die US-Zeitschrift "Atlantic" sagt der amtierende Generalsekretär des ZK der KP Chinas und Vorsitzende des Staatsrats Zhao Ziyang, daß die von einigen Leuten ohne jeden Grund "Politik der offenen Tür" genannte neue Politik einen "wohlfundierten, langfristigen Kurs der VR China darstellt, der das Land erneuern und das Volk zu Wohlstand führen soll. Wir bleiben nicht beim Erreichten stehen, sondern gehen weiter."

In Südchina gibt es vier wirtschaftliche Sonderzonen: Shenzhen, Zhuhai, Shantou, in der Provinz Guangdong und Xiamen in der Provinz Fujian. Sie sind mit Sondervollmachten für die Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen ausgestattet. Ich erwähnte bereits lebhaftere ausländische Kapitalinvestitionen in die chinesische Wirtschaft, die Einführung moderner Technologie und neuer Leitungsmethoden. Die aktivsten Investoren der Anfangsetappe waren reiche Auslandschinesen aus Xianggang (Hongkong) und Aomen (Macao). Shenzhen ist mit 327,5 Quadratkilometern die größte und entwicklungsfreudigste wirtschaftliche Sonderzone. Sie grenzt direkt an Xianggang.

...Per Schnelldrift gelangen wir auf die Aussichtsplattform auf dem Dach des 52stöckigen internationalen Handelszentrums. 1985 sah ich noch, wie es gebaut wurde. Heute ist das Zentrum bereits in Betrieb. Von oben ein atemberaubendes Panorama: Autobahnen, wo früher Felder waren, mehrstöckige Wohnhäuser, Verwaltungsgebäude und Industriekomplexe. Eine neue und schöne moderne Stadt. Die in der Sonderzone gebauten Wohnhäuser, Büros und Betriebe machen 9 Mio Quadratmeter umbauten Raums aus. Im Industrieabschnitt Shekou wird ein moder-

ner Hafen seiner Bestimmung übergeben. Er kann Oberseeschiffe mit großer Wasserverdrängung aufnehmen. Alles innerhalb von sieben Jahren.

Fernab im grauen Nebel sind die Wolkenkratzer des bislang kolonialen Xianggang zu erkennen. Nach der Wiedervereinigung mit China 1997 soll die Stadt mit Shenzhen zusammengelegt werden. Hier wird der Investbau, mit eigenen Mitteln der Sonderzone, Bankdarlehen und Auslandskapital finanziert. Der Anteil der staatlichen Zuschüsse ist unbedeutend. Als Unternehmer figurieren über 100 Bauunternehmen aus allen neun Provinzen der VR China und aus Xianggang. Die Industriebetriebe werden überwiegend mit Geld aus dem Ausland hochgezogen.

Man will vorwiegend exportorientierte Industriezweige fördern. Anfangs hatte man vor, die gesamte Produktion der Fabriken und Werke, die mit ausländischem Kapital gebaut worden sind, auf den Außenmarkt zu werfen. In der Praxis erwies sich das jedoch aus verschiedenen Gründen als nicht durchführbar. Zwei Drittel der Produktion werden einstweilen noch auf dem Binnenmarkt realisiert.

Seit 1979 wurden ungefähr 5000 Verträge mit ausländischen Gesellschaften in Höhe von 3,8 Md. US-Dollar unterzeichnet. 960 Mio Dollar wurden bereits investiert. Industriebetriebe stellen die Hälfte der insgesamt 1200 Wirtschaftsobjekte. 250 wurden bereits in Betrieb genommen und erwirtschaften 60 % der Exportproduktion der Sonderzone. Ihre Bruttoproduktion betrug im vergangenen Jahr 2,3 Md. Yuan (622 Mio Dollar), das sind 65 % der Gesamtproduktion der Sonderzone.

## Test, Kontrolle, Auswertung

Ein einheitliches Leitungssystem für die Industrie gibt es in Shenzhen nicht. In den staatlichen Betrieben gelten die Gesetze und Verordnungen der VR China. In den ausschließlich mit Auslandskapital finanzierten Betrieben wird die Ordnung der Kreditorenländer eingeführt, wobei der Unternehmer die Gesetze der VR China zu beachten hat. Hier ist die chinesische Seite nicht in der Unternehmensleitung vertreten. In den gemischten Betrieben gibt es eine gemeinsame Leitung unter chinesischem Vorsitz. Der Proporz der Leitungsmitglieder hängt vom Kapitalanteil jeder Seite ab.

Der Gesamtchinesische Journalistenverband hatte uns sowjetische Journalisten eingeladen. In Shenzhen empfing uns Bürgermeister Li Hao. Wir fragten ihn, ob sich die Hoffnungen erfüllt hätten, die man anfangs auf die wirtschaftlichen Sonderzonen gesetzt hatte.



"In den letzten sechs Jahren haben wir mit Hilfe ausländischen Kapitals viel gebaut, wie Sie sehen, Straßen und Kommunikationssysteme. Wir haben mehrere unserer ursprünglichen Ziele erreicht. Wir stellen uns jetzt eine neue Aufgabe: Entwicklung von Industriezweigen mit Spitzentechnologie, damit neue Betriebe eine Produktion ausstoßen, die in erster Linie für den Export geeignet ist. Wir standen schon früher vor derselben Aufgabe, wir haben sie allerdings auf die leichte Schulter genommen. Das ist noch gar nicht so lange her. Wir nehmen die Sache jetzt ernster in Angriff."

In Shenzhen überwiegen bislang noch Montage- und verarbeitende Industrie.

Produktion ließen nicht lange auf sich warten.

1986 beschloß die Volksregierung von Shenzhen, innerhalb der nächsten 2 bis 3 Jahre vorübergehend auf den Bau von Cafés, Hotels, Hochhäusern und anderen Objekten des unproduktiven Sektors zu verzichten und die Arbeit auf 72 entsprechenden Baustellen ruhen zu lassen. Die materiellen Ressourcen wurden auf die wichtigsten Industrieneubauten, auf Transport- und Energiewesen konzentriert. Sofort machte sich ein spürbarer Qualitätsschub im Montagebau bemerkbar. Seitdem konnten 153 Industriebetriebe schlüsselfertig übergeben werden. Davon wurden 85 mit Fremdkapital



Hier werden Spielsachen für Kinder in den USA montiert.

Aus: „National Geographic“ (USA)

Westliche, besonders aber japanische Firmen wachen eifersüchtig über ihre technologischen Errungenschaften, denn sie fürchten die chinesische Konkurrenz. Kapitalistische Unternehmer wollen zunächst einmal von der billigen Arbeitskraft profitieren und den chinesischen Markt erschließen, sagt mir Zou Erkang, verantwortlicher Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Sie versuchen die Unternehmen der wirtschaftlichen Sonderzonen umzudrehen und auf den Binnenmarkt zu orientieren.

Ein effektiv begrenzter Investbau und eine allseitig ausgeglichene Struktur der ausländischen Investitionen stellen die Hauptfaktoren eines "stabilen und harmonischen" Wirtschaftswachstums 1986 in Shenzhen dar, schreibt die "Renmin ribao". Obwohl die Kapitaleinlagen im Vergleich zu 1985 um fast 1 Md. Yuan zurückgingen, sei im vergangenen Jahr in Shenzhen ein beachtlicher Zuwachs bei der Bruttoindustrieproduktion, beim Außenhandelsumsatz, bei Haushaltseinkünften und bei Einnahmen aus dem Fremdenverkehr zu verzeichnen, schreibt die Zeitung. Ein Ergebnis dessen, daß man den Investbau rechtzeitig zurechtgestutzt hatte. Die positiven Auswirkungen auf die

gebaut. Ein Rekordstand in der Geschichte Shenzhens.

Die bescheidenen Ausmaße im Investbau, schreibt "Renmin ribao" weiter, machten es möglich, zusätzliches zirkulierendes Kapital für die Industrieproduktion zu ermitteln. Im Vergleich zum Vorjahr stieg es um fast 300 Mio Yuan. Gleichzeitig gründete man ein "Zentrum für Dividendendistribution". Es hat über 50 Mio Dollar an die Unternehmen verteilt. Der Gesamtumfang der Industrieproduktion betrug 1986 nach Angaben der Zeitung 3,5 Md. Yuan, 31,1 % mehr als 1985. Der Exportgesamtwert erreichte 670 Mio Dollar und ist damit 19 % höher als 1985. Die Haushaltseinnahmen stiegen um 15 % im Vergleich zu 1985 und die Unternehmensgewinne um das 2,6 fache.

Das Leben in Shenzhen ist mit dem Leben in anderen Provinzen Chinas nicht zu vergleichen. Bis zur Gründung der Sonderzone lebten hier insgesamt 20 000 Menschen, jetzt sind es über 400 000. In anderen Provinzen der VR China angeworbene Arbeiter und Angestellte mit Zeitverträgen machen etwa die Hälfte aus. In der Sonderzone gelten eigene Bestimmungen und Gesetze. Dabei ist die Macht dieselbe, wie auf dem gesamten Territo-

rium der VR China. In modernen Supermärkten liegt ein breites Sortiment an Industriewaren und Lebensmitteln aus, die man für US-, Hongkong-Dollar und Yuan kaufen kann. Importwaren werden vorwiegend gegen US- und Hongkong-Dollar abgegeben.

Man kann wohl sagen, daß in Shenzhen ein künstlich hoher Lebensstandard geschaffen wird. Für die Arbeiter und Angestellten der Sonderzone baut man komfortable Wohnhäuser, ihnen werden Vorteile im Transport- und Dienstleistungswesen und bei der Rentenversorgung eingeräumt. Der Durchschnittslohn für Arbeiter und Angestellte beträgt monatlich 240 Yuan, das sind 2,5 bis 3mal soviel wie im restlichen China.

"Armut und Elend in Shenzhen gehören der Vergangenheit an", sagte mir He Yunhua, Leiter der Presseagentur Xinhua, Abteilung Shenzhen, "die einheimische Bevölkerung versuchte früher, nach Hongkong auszuwandern, um ihre Existenz zu sichern. Heute wandert niemand mehr aus."

Shenzhen und andere wirtschaftliche Sonderzonen haben Pilotfunktion für die Politik der wirtschaftlichen Belebung und erweiterter Kontakte mit der Außenwelt. Sie sind eine Art Prüfstand für neue Ideen und politische Richtlinien für außenwirtschaftliche Aktivitäten. In diesen Sonderzonen sucht man nach optimalen Formen für die Anlage von Auslandskapital und den Import zukunftsorientierter Technologie und Technik. Hier werden neue Leitungsmethoden erprobt.

Ein Ziel der wirtschaftlichen Sonderzonen liegt darin, Erfahrungen für die Weiterverwendung im Landesinneren zu sammeln. Was aus dem Ausland übernommen werden soll, wird in den Sonderzonen getestet, überarbeitet und verallgemeinert. Um erst danach von anderen Provinzen übernommen zu werden.

Die chinesische Führung schätzt die Erfahrungen der wirtschaftlichen Sonderzonen im wesentlichen positiv ein. Man beabsichtigt ihren Wirkungsradius zu erweitern. In der Wirtschaftszone Shenzhen sollen beispielsweise bis zum Jahr 2000 Auslandsinvestitionen im Wert von 7 Md. US-Dollar getätigt werden.

## Aus der Küstenzone ins Reich der Mitte

1984 wurden 14 Küstenstädte und die Insel Hainan für Auslandskapital geöffnet. Daneben erhielten auch Regionen im Landesinneren das Recht, sich um Auslandskapital zu bewerben. Der stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses Peng Chong sagte im Gespräch mit sowjetischen Journalisten, daß jetzt die für die Außenwelt geöffnete Wirtschaftszone recht weiträumig gefaßt sei. Sie umfaßt die Provinz Shandong im Norden, erstreckt sich dann weiter nach Süden am Küstenstreifen entlang, schließt die Stadt

Shanghai, die Provinz Guangdong, das autonome Gebiet Guangxi-Zhuang und die Provinzen Fujian, Zhejiang, Jiangxi und Jiangsu ein. Staatsratsmitglied Gu Mu, verantwortlich für Außenbeziehungen, definierte die Grenzen dieser Politik in einem Interview für "Jingji ribao": "die wirtschaftlichen Sonderzonen, die offenen Küstenstädte, die offenen Wirtschaftsregionen an der Küste und die inneren Regionen".

Nach 1980 setzte in der VR China der Investment-Boom aus dem Ausland ein. Bis Ende Oktober 1986, sagt Gu Mu, hätten die Auslandsinvestitionen (ohne Kredite) 5,9 Md. Dollar erreicht. Für 7300 Objekte wurden Verträge abgeschlossen. Ein Drittel davon ist in Betrieb, 80% liegen in den Küstenprovinzen und -städten. Gu Mu machte auch auf die beachtlichen Erfolge in der ökonomischen Entwicklung der 14 offenen Küstenstädte aufmerksam, in denen mit Hilfe von Auslands-Ausrüstungen, -Technologie und -kapital über 4000 Objekte renoviert werden konnten. Eine derartige Umstrukturierung wichtiger Betriebe, wie etwa in Tianjin, ermöglichte, über 100 Warentypen für den Export zu produzieren oder, wie etwa in Nantong, den Anteil der Exportproduktion zu erhöhen.

Die Investition von Auslandskapital in die chinesische Wirtschaft findet auf zweifache Art statt: entweder in eigenen Auslandsunternehmen oder in gemischten Betrieben mit chinesischem und ausländischem Kapitalanteil. Die überwiegenden Auslandsinvestoren sind bislang noch viele kleinere Gesellschaften aus Hongkong und Macao. Die entscheidenden Investoren der kapitalistischen Welt stellen die unzureichend spezifizierte Investitionsgesetzgebung der VR China in Rechnung sowie den chronischen Mangel an Energie, Transportmitteln und hochqualifizierten Arbeitskräften und gehen entsprechend mit Bedacht zu Werke.

China hat Verträge abgeschlossen, nach denen ausländische Geldmittel in Höhe von 25 Md. Dollar in die chinesische Wirtschaft fließen sollen. Chinesische Wirtschaftsexperten halten dafür, daß Auslandskapital die Wiederaufnahme der Bautätigkeit an stillgelegten Objekten ebenso wie den Neubau fördert. Die Einfuhr von Ausrüstungen stimuliert die technische Umrüstung der Betriebe und steigert die wirtschaftliche Effektivität und Arbeitsproduktivität.

Die VR China will moderne Technik und Technologie nicht nur importieren, sondern Bedingungen schaffen, um sie im Land nachzuproduzieren. Li Peng, stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats, sagt dazu: "Die Funktionalisierung ausländischer Spitzentechnologie, fortschrittlichen Managements und ausländischer Kapitalinvestitionen ist eine wichtige Komponente des sozialistischen Aufbaus."

Unbeirrt beteuert die chinesische Führung, daß, obwohl China Auslandskapital anlockt, das Prinzip der Gleichheit und

des beiderseitigen Vorteils streng beachtet wird. Die chinesische Seite, heißt es, schaffe optimale Vorzugsbedingungen für ausländische Investoren.

Peng Chong meint beispielsweise, daß "wenn nur wir den Vorteil abschöpfen, schwerlich jemand mit seinem Kapital zu uns kommen wird. Für ausländische Unternehmer erheben wir bis zu 15 % Einkommenssteuer, während sie sonst bei 50 % liegt".

Gleichzeitig wird in den Hauptstädten mehrerer kapitalistischer Industrieländer, vor allem in Washington, laut darüber nachgedacht, wie die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der VR China für politische und ideologische Einflußnahme nutzbar gemacht und wie mit Hilfe des investierten Kapitals die sozialökonomischen Prozesse in China gesteuert werden können.

Bekanntlich informierte auch die Presse der VR China in letzter Zeit recht ausführlich über bürgerliche Ideologie, „bürgerliche Liberalisierung“, die in die chinesische Gesellschaft eingedrungen sei. Wie "Renmin ribao" berichtete, hätten Mitarbeiter aus dem ideologischen und Kulturbereich sich der Reform bedient, um mit Ansichten aufzuwarten, die sich nicht mit den Grundprinzipien des sozialistischen Aufbaus in China vereinbaren ließen. Diese Apologeten "bürgerlicher Liberalisierung" kämpften für eine "undifferenzierte Kopie des Westens" und versuchen die sozialistische Richtung

in der Entwicklung der VR China zu ändern und sie auf die kapitalistische Schiene umzuleiten.

Es gibt Belege dafür, daß die USA und ihre Verbündeten darauf spekulieren, in der VR China eine soziale Schicht zu züchten, die im Sinne der westlichen, der US-amerikanischen Lebensweise erzogen ist. Immerhin studiert die Hälfte aller 30 000 chinesischen Studenten im Ausland in den USA.

Der Sender "Stimme Amerikas" hatte sich in seinen chinesischen Sendungen mit den Studentendemonstrationen in mehreren Städten Chinas solidarisiert. Wie die Agentur Xinhua meldete, habe die "Stimme Amerikas" in einer solchen Sendung die Hoffnung geäußert, "daß die chinesischen Studenten nicht den Mut verlieren", daß ihre Demonstrationen bei "Dissidenten der ganzen Welt tiefe Genugtuung hervorrufen". "Mit welchem Ziel zieht die 'Stimme Amerikas' solche Sendungen ab?" wurde in einer Xinhua-Mitteilung gefragt. "Wir müssen uns doch zu diesen Fragen etwas einfallen lassen."

Amtliche Funktionäre betonen, daß sie den Einfluß fremder Ideologie, Fremdeinwirkung auf die chinesische Gesellschaft mitnichten unterschätzen. Die Geschehnisse der in der VR China realisierten Wirtschaftspolitik werden ihrer Auffassung nach jedoch nicht durch diese negativen Erscheinungen bestimmt.

Peking-Shenzhen-Moskau

## PERSONALIEN

### Der Botschafter der UdSSR in Indonesien

SEMJONOW

Wladimir Michailowitsch



Wladimir Semjonow (geb. am 17. August 1928 in Petrowsk, Gebiet Saratow), ein Russe, studierte bis 1951 am Moskauer Staatlichen Institut für internationale Beziehungen beim sowjetischen Außenministerium; Mitglied der KPdSU seit 1953.

Nach dem Studium war Semjonow im Apparat des Außenministeriums tätig; 1954-1959 als Attache und als 3. Sekretär der UdSSR-Botschaft in Großbritannien. 1959-1962 wieder im Apparat des Außenministeriums; 1962-1968 1. Botschaftssekretär, dann Botschaftsrat in Kanada. Bis 1972 wieder im Ministerium; 1972-1978 Botschaftsrat und Gesandtschaftsrat an der UdSSR-Botschaft in Großbritannien.

1979-1984 stellvertretender Leiter der 2. Europäischen Abteilung im sowjetischen Außenministerium, 1984-1987 Botschafter der UdSSR in Singapur.

Wladimir Semjonow hat mehrere staatliche Auszeichnungen.



# Land des Lächelns?

Von unserem Sonderkorrespondenten

Wladimir DOLGOW

Als Kind habe ich das Buch „Guatemala Lächeln“ gelesen. Darin wurde mit Wärme über die Freundlichkeit der Guatemalteken geschrieben - der Verfasser will sie damals alle lächeln gesehen haben. „Ist dem auch heute so, nach der jahrelangen Herrschaft von Militärdiktaturen?“ fragte ich mich vor meiner Reise nach Guatemala.

1954 hatte die CIA in Guatemala einen Staatsstreich organisiert und die Regierung des legitim gewählten Präsidenten Jacobo Arbenz durch ihre Söldner unter den dortigen Militärs gestürzt. Über das Land brach die finstere Nacht des Terrors herein.

Die Militärs konnten zwar mit der Bevölkerung, nicht aber mit der Wirtschaft fertig werden. Dem Land drohte eine Wirtschaftskrise. Die Produktion ging zurück, die Arbeitslosigkeit nahm zu. Selbst die Bourgeoisie zeigte sich unzufrieden. Stimmen wurden laut, die zur Wiederherstellung einer wenigstens beschränkten Demokratie aufforderten. Diesen Stimmen konnte sich auch ein Teil der Militärs nicht verschließen.

Selbstverständlich wollten sie das Staatsruder nicht aus der Hand lassen. Doch die Lage inner- und außerhalb des Landes zwang sie, im Dezember 1985 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durchzuführen.

In der zweiten Wahlrunde siegte Vinicio Cerezo Arevalo von der Christlich-Demokratischen Partei Guatemalas. Die Christdemokraten bekamen 51 von 100 Abgeordnetenmandaten. In 165 Stadträten wählte man ihre Vertreter zu Bürgermeistern. Vinicio Cerezo, der sein Amt am 14. Januar 1986 antrat, gewann die Wähler, die der politischen Gewalt müde waren, durch das Versprechen, die Menschenrechte wiederherzustellen, den Demokratisierungsprozeß einzuleiten, der Wirtschaftskrise Einhalt zu gebieten und, was die Außenpolitik betrifft, gute Beziehungen „zur ganzen Welt“ zu unterhalten.



Die Zukunft dieses kleinen Sohnes einer guatemalteken Indianerin hängt davon ab, ob das Land die schweren Probleme aus der Vergangenheit überwindet

Aus: „National Geographic“ (USA)

## Regierungsmaßnahmen

Roberto Carpio Nicolle, Vizepräsident Guatemalas, empfing mich im großen Säulensaal seiner Residenz.

„Ich meine, daß sich bei uns eine Umwandlung sozialer Strukturen und deren Umwertung vollzieht sowie neue, der Nation gerechte Werte geschaffen werden“, sagte der Vizepräsident. „Dieser Prozeß begann vor einigen Jahren, heute ernten wir die Früchte des neuen guatemalteken Denkens auf allen Ebenen. Unsere Christlich-Demokratische

Partei sagt dem Volk offen, daß wir das Land umgestalten und demokratisieren wollen.“

Die Armee unterstütze alles in allem den Demokratisierungsprozeß, betonte Roberto Carpio. Der zivile Präsident Cerezo habe die Posten des Verteidigungsministers, des Generalstabschefs, des Chefs der militärischen Aufklärung und der bedeutendsten Standortältesten mit neuen Leuten besetzt. Die Militärs seien der wichtigsten Ministerposten enthoben und vom Staatsschef durch Zivilisten ersetzt worden. Die meisten Gouvernements würden jetzt ebenfalls von Zivilisten regiert. In einigen großen Departements aber, darunter in Peten mit seinen reichen Erdölvorkommen, habe man die Militärs an der Macht gelassen, nachdem man sich mit ihnen geeinigt hatte.

Die Maßnahmen der Regierung im wirtschaftlichen Bereich seien mit einer chirurgischen Operation vergleichbar: schmerzhaft, aber heilsam. Durch solche Maßnahmen sei es gelungen, die nationale Währung Quetzal einigermaßen zu stabilisieren und die Inflation zu bremsen.

„Die Stadt Guatemala steckt in einer Krise, der Staat ebenfalls.“ Einen Artikel unter diesem Titel las ich in der Zeitung „La Hora“. In der Hauptstadt leben rd. 33 Prozent der 9-Millionen-Bevölkerung des Landes und sind drei Viertel des gesamten Industrie- und Handelsumfanges konzentriert. Trotzdem finden bei weitem nicht alle Einwohner der Hauptstadt einen Arbeitsplatz: Arbeitslos oder Kurzarbeiter sind 45 Prozent der erwerbsfähigen Hauptstädter. Außerdem zieht die Stadt ca. 12 000 Familien jährlich aus den Dorfgegenden an, wo die Lebensbedingungen noch schlimmer sind. Die Armen machen 73 Prozent der Landesbevölkerung aus, die Hälfte davon fristet ein Elendsdasein. Auch das Jahr 1987 verheißt den einfachen Guatemalteken vorläufig keine Wende zum Besseren.

## Ungelöste Probleme

50 Prozent der Gesamtbevölkerung sind Indianer. 22 ethnische Gruppen sprechen verschiedene Sprachen oder Dialekte. Die zahlreichsten Stämme sind Quiche, Mame, Cakchiquel und Quekchi. Indianer-Gemeinden findet man im gebirgigen Teil des Landes und im Departement Peten, wo in alten Zeiten die Maya lebten. Die vorwiegend in der Landwirtschaft tätigen Indianer werden schonungslos ausgebeutet. Die Entdeckung großer Erdölvorräte bedeutete für die Einwohner von Peten eine wirkliche Heimsuchung: Den Erdölmagnaten zuliebe wurden sie vertrieben, ihre Dörfer wurden dem Boden gleichgemacht.

„NEUE ZEIT“ 15.87

Aus Angst vor dem Tod flohen viele Tausende Guatemalteken über die Grenze nach Mexiko.

Während meiner Reise besuchte ich die malerische Ortschaft Chichoy. Eine indiansche Familie der Quiche unterhält hier ein kleines Restaurant und einen Laden für Reisende. Wie man mir erzählte, kommen von weither indianische Frauen - Witwen der bei den Massenrepressalien 1982 Ermordeten. Sie geben im Laden ihre Handarbeiten ab, machen Einkäufe und unterhalten sich. Eine Kellnerin des Restaurants erzählte mir in einem mühseligen Spanisch, daß hier vor einigen Jahren beinahe alle getötet worden waren - die Einwohner galten als Regimegegner. Jetzt gehe es hier ganz ruhig zu.

Nach den Gesprächen mit Guatemalteken und Presseberichten zu urteilen, haben sich die Wogen der Gewalt geglättet. Fürs erste hat Präsident Vinicio Cerezo das Departement für technische Untersuchungen (DIT, die Geheimpolizei) aufgelöst, das brutal gegen die unbotmäßige Bevölkerung vorgegangen war. Meldungen zufolge wurden 600 DIT-Agenten verhaftet. Man hat sie verhört und entlassen, ohne Anklage gegen sie zu erheben. Mehr noch, viele von ihnen wurden danach in der Nationalen Polizei eingestellt.

Die Öffentlichkeit Guatemalas verlangte vom Präsidenten eine Untersuchung des „Verschwindens“ von über 30 000 Menschen in den Jahren der Militärregimes und die Militärs, die sich Morde haben zuschulde kommen lassen, so wie in Argentinien vor Gericht zu stellen. Doch die Regierung der Christdemokraten konnte sich nicht dazu entschließen: Armeekreise sind nach wie vor stark und einflußreich.

Zugleich wüten weiterhin bewaffnete Trupps der Rechtskräfte. Immer wieder berichtet die Presse von Greueltaten aus politischen Gründen. Nach Angaben der Polizei wurden in den ersten sieben Monaten der Regierung Cerezo 400 Personen ermordet oder gelten als „verschollen“, darunter auch Mitglieder der regierenden Christdemokraten...

Guatemala ist ein Agrarland. In der Landwirtschaft sind die meisten Menschen beschäftigt, doch gerade sie leiden unter der ungerechten Verteilung von Boden. Die landlosen Bauern müssen sich bei Großgrundbesitzern verdingen. In Guatemala besteht die größte Konzentration von Landbesitz unter den Lateinamerikas. Fünf Prozent der Bevölkerung besitzen 80% des Bodens. Nichtsdestoweniger ist Agrarreform für die christdemokratische Regierung tabu. Statt dessen schlug sie einen „Plan der ganzheitlichen Entwicklung“ für den Agrarsektor vor.

In dem Gespräch mit Vizepräsident Roberto Carpio fragte ich danach. Mir

schien, daß er sich nur ungern zu diesem Thema äußerte.

„Eine Agrarreform ist weniger eine ökonomische, als vielmehr eine politische Frage“, sagte Roberto Carpio. „Wir suchen viel weiter, suchen nach einem Weg für die Gesamtentwicklung unserer Bauernschaft. Deshalb wurden in unsere neue Verfassung viele Artikel im Interesse der Landbevölkerung aufgenommen. Ein Oberster Entwicklungsrat konstituierte sich. Die entferntesten Dörfer sollen von dem Entwicklungsprogramm erfaßt werden. Örtliche Munizipalräte für die Entwicklung werden gebildet.“

## Aktive Neutralität

Ana Maria Gonzalez Saenz, Kongreßabgeordnete der Nationalen Revolutionären Einheit, Mitglied der Kommission für mittelamerikanische Integration, äußerte mir gegenüber die Meinung, daß der wohl einzige Erfolg der Regierung Cerezo im ersten Amtsjahr ihre Außenpolitik sei, in erster Linie die Politik der „aktiven Neutralität“ in bezug auf mittelamerikanische Probleme. Zugleich ruft ein solcher Kurs Widersprüche in politischen und Geschäftskreisen Guatemalas hervor, da die Interessen der einen vorwiegend in Mittelamerika, die der anderen in den Beziehungen zu den USA liegen.

Bei seinem Amtsantritt erklärte Präsident Cerezo, er wolle Beziehungen „zur ganzen Welt“ unterhalten. Kennzeichnend ist, daß er nicht zuerst in die USA, sondern nach Westeuropa kam. Diplomatische Beziehungen zu Großbritannien wurden wiederaufgenommen. Im Februar 1987 kamen in der guatemalteckischen Hauptstadt EG-Teilnehmer, Mitglieder der Contadora-Gruppe und Vertreter von Staaten Mittelamerikas zusammen. Dort wurden Dokumente zur Unterstützung der Contadora-Gruppe in der friedlichen Beilegung des regionalen Konflikts und zur Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit EG-Mittelamerika (einschließlich Nikaragua) verabschiedet.

Gegenwärtig ist in Guatemala keine offene antinikaraguanische Kampagne zu erkennen, dafür sorgen die Behörden. Trotzdem agiert auf guatemalteckischem Boden ein Contrás-Trupp von der „Union der nikaraguanischen Opposition“, der von Rechtskräften, darunter einigen Militärs, unterstützt wird. Führende Männer der guatemalteckischen Rechtspartei Nationale Befreiungsbewegung haben auf einer Pressekonferenz offen erklärt, sie seien für einen „Kreuzzug“ gegen Nikaragua und bereit, 8000 bewaffnete Männer, die auf einem Stützpunkt ausgebildet werden, zur Unterstützung der Kampfoperationen der Contrás zu entsenden. Am Tag darauf verbot die Regierung in ihrer Erklärung

die Ausbildung von „Freiwilligen“ in Guatemala, weil das der Politik der Neutralität widerspreche.

Guatemala schlug die Gründung eines mittelamerikanischen Parlaments nach dem Beispiel des Europäischen Parlaments vor. Wie Präsident Cerezo sagte, würde eine solche Institution zur Festigung des Friedens beitragen, man würde dort frei diskutieren, die Situation analysieren und Probleme dieser Region ohne Einmischung von außen lösen können. Der erste Schritt erfolgte im Mai 1986, als die Präsidenten mittelamerikanischer Staaten in Esquipulas (am Schnittpunkt zwischen Guatemala, El Salvador und Honduras) zusammentraten. Sie gründeten eine Vorbereitungskommission aus Vertretern dieser Länder. Nikaragua unterstützt die Idee eines Regionalparlaments. Aber die Gegner einer friedlichen Bereinigung des mittelamerikanischen Konfliktes bereiten auch hier Hindernisse.

Ende März stattete Cerezo Managua einen offiziellen Besuch ab. Er verhandelte mit Nikaraguas Präsident Ortega. Beide Politiker kamen zu dem einmütigen Schluß, daß der Frieden in der Region nur bei Respektierung der Völkerrechtsnormen möglich sei. Sie billigten Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Contadora-Gruppe.

Welche Eindrücke habe ich in Guatemala gewonnen? Die finstere Nacht, die jahrelang im Land herrschte, scheint mir zu vergehen, doch geschieht das sehr langsam. Ebendeshalb lächeln die Guatemalteken noch selten. Noch sind die Tränen der Witwen, der Mütter um die ermordeten oder „verschollenen“ Männer und Söhne nicht getrocknet. Die Schuldigen sind strafflos ausgegangen. Gegenwärtig gibt es weniger solche Tragödien, aber politische Gewalt grassiert noch immer. Der Erzbischof von Guatemala, Prospero Penados del Barrio, meint, das Übel komme daher, daß die meisten Guatemalteken in erschreckendem Elend leben und daß die Regierung brennenden Wirtschaftsproblemen ungenügend Beachtung schenkt.

Das Volk protestiert, das Volk streikt und kämpft für seine Rechte. Sein Symbol ist der Quetzal, der Vogel der Selvas, der in Unfreiheit eingeht. In einigen Gebieten wirken Aufständische, sie haben die Waffen nicht gestreckt. Zwar sind sie zu einem Dialog mit den Behörden bereit, dazu braucht es aber eine demokratische Atmosphäre, und sie wird bei weitem nicht von allen angestrebt. Die höchsten Militärs weisen kategorisch jeden Dialog zurück.

Damit ein heller Tag die Nacht über Guatemala ablöst, damit die angeborene Freundlichkeit der Guatemalteken durchbricht und sie wieder lächeln, muß noch viel getan werden.

Guatemala—Managua



# Fußmarsch über den Nordpol

Wladimir SNEGIRJOW, Dmitri SCHPARO

Am 3. März 1981 meldete die sowjetische Presse, daß sich vier Kanadier auf Skiern zum Nordpol aufgemacht hatten. Sie wollten als erste ohne Hundegespanne und ohne Flugzeuge den Nordpol erreichen. Die Gruppe wurde von dem 35jährigen Gelstlichen Laurie Dexter geleitet.

Eine Woche später kam die Nachricht, daß der Versuch gescheitert war - alle vier mußten umkehren.

Sechs Jahre sind vergangen. Wir sind in Ottawa. Suchen Dexters Telefonnummer, rufen bei ihm an. Wir wären nach Kanada gekommen, um die Erlaubnis der kanadischen Regierung für die Überquerung des Nördlichen Eismers auf Skiern von der Küste der Sowjetunion über den Nordpol nach Kanada zu gelangen und kanadische Teilnehmer für die Expedition zu finden. Vielleicht wollte auch Laurie selbst an der künftigen gemeinsamen Expedition teilnehmen?

Dexter flog aus der weit im Norden gelegenen Siedlung Fort Smith nach

vollen Weges über driftendes Eis würden wir auf einander angewiesen sein.

Larry hat recht. Der Skimarsch über das Nördliche Eismeer von der Sowjetunion nach Kanada ist ein Weg der Freundschaft und der Zusammenarbeit. Darin sehen wir den eigentlichen Sinn des geplanten Marsches. Der moderne Mensch, der von seinen Vorfahren körperliche Kraft geerbt hat, der mit dem heutigen Wissen gewappnet ist und die neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik in seinen Dienst gestellt hat, kann die schrecklichen Naturgewalten des Polar-meeres bezwingen.

diese Zusammensetzung erklärt sich einfach.

Bei der „Komsomolskaja Prawda“ besteht schon viele Jahre eine ehrenamtliche Polarexpedition, geleitet von Dmitri Schparo. Expeditionsarzt ist M. Malachow. Ein Stab für die geplante transarktische Überquerung wurde gebildet: W. Snegirjow, Leiter unserer kleinen Delegation in Kanada, ist stellvertretender Stabschef. A. Tscherkassow, ein ausgewiesener Kanadakenner, ist Experte und Dolmetscher der Gruppe.

Die Idee, das Nördliche Eismeer zu überqueren, entstand am 31. Mai 1979, als sieben Skiläufer, Mitglieder der Polarexpedition der „Komsomolskaja Prawda“, einen beispiellosen 1500 km langen Marsch von der sowjetischen Küste bis zum Nordpol durchführten. Der Sieg, der in einem 76 Tage währenden Kampf gegen das Treibeis errungen wurde, war mitreißend. Von der Spitze des Planeten sahen wir gleichsam die Kontinente, die das Eismeer umgeben, die Länder mit ihren nach Norden gerichteten Fassaden: die UdSSR, Norwegen, Schweden, Island, Kanada und die USA... Fast die Hälfte der Längengrade führte zu den Küsten der Sowjetunion - und ein gutes Viertel nach Kanada. Zudem war Nordamerika „zum Greifen nahe“ - nur 750 km entfernt.

1937 war es Valeri Tschkalow, der als erster aus der UdSSR über den Pol nach Nordamerika flog. Wir meinten, daß wir die Kraft haben, Tschkalows Route auf Skiern zu bewältigen.

Die Jahre danach wurden zu einer Zeit des Trainings und neuer Erfolge. Der letzte von ihnen gelang erst unlängst. Am 29. Januar v. J. starteten die elf Teilnehmer einer Polarexpedition der „Komsomolskaja Prawda“ von der driftenden sowjetischen Forschungsstation Nordpol 26 aus. Über dem Treibeis stand die ewige Polarnacht.

Wir nahmen Kurs auf einen Punkt, der als sogenannter Pol der Unzugänglichkeit bezeichnet wird. Am 15. Februar erreichten wir ihn. Bis zum Festland - ob sowjetischem, kanadischem oder anderem Territorium - waren es mindestens 1300 km. Wir befanden uns im natürlichen Zentrum des Nördlichen Polar-meeres. Und wir waren die ersten, die diesen Punkt zu Fuß erreicht hatten. Am 7. März gelangten wir zur Driftstation Nordpol 27.

„NEUE ZEIT“ 15.87



So sieht die Route der sowjetisch-kanadischen Polarexpedition aus.

Ottawa. Wir machen uns bekannt. Laurie hält ein Russischlehrbuch in der Hand. Die Idee begeisterte ihn. Auf einer Pressekonferenz, die wir für kanadische Journalisten veranstalten, sagt Laurie, daß der Sport die Menschen einander näherbringt. Eishockeyspiele und andere Wettkämpfe seien ein Zeichen der Freundschaft. Doch dabei kämpften die Menschen gegeneinander um den Sieg, seien sie Rivalen. Auf dem 90 Tage langen Marsch vom Arktischen Kap in der Inselgruppe Sewernaja Semlja bis zum Columbia-Kap im Ellesmere-Land würden wir keine Rivalen sein. Alle 1600 Kilometer dieses gefahren-

Zu viert waren wir nach Kanada gereist: Dr. med. Michail Malachow, Chirurg und wissenschaftlicher Assistent an der medizinischen Hochschule Rjasan; Dr. Arkadi Tscherkassow, Geograph, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für die USA und Kanada der AdW der UdSSR, sowie die Autoren dieses Beitrages - Wladimir Snegirjow, stellvertretender Chefredakteur der „Komsomolskaja Prawda“, und Dr. Dmitri Schparo, Mathematiker, Dozent des Moskauer Instituts für Stahl und Stahlliegierungen. Arzt, Geograph, Journalist und Mathematiker - eine ungewöhnliche Delegation. Doch

Bei dem transarktischen Marsch sind gleichfalls medizinisch-biologische und glaziologische Forschungen geplant. Das Programm wird sowjetischerseits von Forschungsinstituten unseres Landes finanziert. Unseren Schätzungen zufolge werden sich die Ausgaben auf nicht mehr als 200 000 Rubel belaufen.

Doch wie soll der Skimarsch UdSSR-Kanada im einzelnen aussehen? Am 1. März 1988 sollen vom Arktischen Kap elf Teilnehmer starten: acht bis neun Sowjetbürger und zwei bis drei Kanadier. Wir gehen auf Skiern, tragen je 40 kg schwere Rucksäcke. Sie enthalten Boote, Funkgeräte, Akkumulatoren, wissenschaftliche Geräte, warme Kleidung, Nahrungsmittel, eine Feldküche, Brennstoff und ein Zelt. Zwei Funkbojen des internationalen kosmischen Seerettungssystems COSPAS-SARSAT werden mitgeführt. Die eine für den Notfall, die andere für Navigationszwecke. Täglich wird es Funkverbindung mit dem Festland geben. Sie wird über Zwischenpunkte in der Arktis abgewickelt, wo Funkamateure, gleichberechtigte Teilnehmer der Expedition, Dienst tun werden.

Wir gehen zehn bis zwölf Tage, dann erholen wir uns ein bis zwei Tage. Ein Flugzeug wirft Fallschirme mit Nahrungsmitteln und Benzin ab. Mit den Fallschirmen decken wir das Zelt ab, und es wird viel wärmer. Jetzt liegt in dem kaprongeschützten Zelt die Temperatur bei Null oder sogar darüber.

Den Bedingungen des medizinisch-biologischen Programms zufolge ist die Landung eines Flugzeuges auf dem Eis im Lager ausgeschlossen - die Gruppe hat, abgesehen von der Funkverbindung, keinerlei Kontakte zur Außenwelt...

In Kanada fand unser Plan Billigung und Unterstützung. Ein hoher Vertreter des kanadischen Außenministeriums, Alan McLaine, teilte uns das prinzipielle Einverständnis der kanadischen Regierung zu dem Vorhaben mit. Unser Marsch wird auf paritätischer Grundlage erfolgen: Im kanadischen Sektor des Nördlichen Eismeer werden kanadische Flugzeuge die Fallschirme abwerfen (in unserem Sektor - sowjetische), kanadische und sowjetische Funkamateure schalten sich in den Funkverkehr der Expedition ein, und gemeinsame Forschungsprogramme, die wir in Medizin und Glaziologie erarbeiten, werden verwirklicht.

...An einem Abend kam eine merkwürdige Gesellschaft in unserem Hotelzimmer zusammen: Hans und Richard Weber - Vater und Sohn, Roy und Anna Koerner - Mann und Frau, und wir vier. Von diesen acht waren fünf schon am Nordpol gewesen. Hans Weber, ein kanadischer Polarforscher, mit dem Flugzeug. Sein Sohn, der 28jährige Ingenieur Richard, 1986 als Teilnehmer einer amerikanisch-kanadischen Expedition mit Hundegespannen. Roy Koerner von der Geologischen Verwaltung Kanadas gehörte zu der in der UdSSR wohl bekannten

britischen Expedition von Wally Herbert, die 1968-1969 das Nördliche Eismeer mit Hundegespannen von Alaska bis Spitzbergen überquerte. (Roy unterbreitete seine Vorschläge für das gemeinsame glaziologische Programm.) Und schließlich waren die Autoren dieses Beitrags 1979 drei Tage am Nordpol.

Jacques Bouffard, Gilbert Rioux und Claude Duguay zu uns - junge Leute, die 1986 als Mitglieder eines fünfköpfigen kanadischen Teams den „Pik des Kommunismus“ bezwungen hatten.

Die sowjetische Presse berichtete seinerzeit darüber, doch die Namen der Alpinisten wurden nicht genannt. Der „Pik



Am 31. Mai 1979. 1500 km liegen hinter uns. Wir stehen auf dem Nordpol.

Richard Weber und Laurie Dexter sind kanadischerseits Anwärter auf eine Teilnahme an der Expedition...

Wir besuchten Toronto, Quebec, Montreal und Ottawa. In Ottawa hatten wir Kontakte mit Regierungskreisen (wir wurden von Sportminister John Jelinek, dem Minister für Gesundheitswesen, A.J. Epp, dem Chef der Abteilung für internationale Beziehungen des Nationalen Forschungsrates, John Stone, von Leitern und Experten des Außenministeriums empfangen). In Ottawa lernten wir Richard und Laurie persönlich kennen. In Toronto standen die Begegnungen mit Prof. Roy Shephard von der dortigen Universität im Mittelpunkt. Das medizinische Institut, das Prof. Shephard leitet, kann zu einem Partner der sowjetischen medizinischen Einrichtungen werden, die sich mit dem medizinisch-biologischen Programm der Expedition befassen.

Sehr herzlich wurden wir von Torontos Bürgermeister Art Eggleton empfangen, wobei auch unser großer Freund, der Präsident der Gesellschaft Kanada-UdSSR, Michael Lucas, zugegen war. Vor der Freundschaftsgesellschaft zeigten wir den Film „Zum Pol“, der dem Marsch zum Nordpol 1979 gewidmet ist.

In Quebec wurden die Kontakte mit Wissenschaftlern fortgesetzt. Doch hier geschah etwas Unerwartetes. Aus Matán, 400 km von Quebec entfernt, kamen

des Kommunismus“ ist natürlich etwas anderes als der Nordpol, und auf den Gedanken, nach den Bezwingern des Siebentausers im Pamir zu suchen, waren wir nicht gekommen. Dafür spürten uns diese jungen Leute auf. An jenem Tag hatte Gilbert Geburtstag, und, als wir ihm gratulierten, wünschten wir von Herzen, auch seinen nächsten Geburtstag gemeinsam zu feiern.

In Montreal - unsere Reise näherte sich ihrem Ende - wandten sich viele, die an der Expedition teilnehmen wollten, an uns, wurden neue wissenschaftliche Kontakte geknüpft, doch das Wichtigste war die Begegnung in der großen Firma Lavalin, die umfassende und immer engere Geschäftsbeziehungen zur UdSSR unterhält. Wir wurden vom Vizepräsidenten der Firma, Clement Richard, empfangen. Die Firma ist bereit, kanadischerseits die Expedition zu sponsern.

Die nicht einfache Vorbereitung der Expedition läuft an. Wir erwarten unsere neuen Freunde aus Kanada zu gemeinsamen Trainingstreffen in der UdSSR. In beiden Ländern werden vorbereitende Begegnungen von Wissenschaftlern und Funkamateuren stattfinden.

Der Marsch durch das Eismeer muß sehr sorgfältig und geduldig vorbereitet werden. Wir freuen uns, daß er zur Annäherung zweier Nachbavölker - des kanadischen und des sowjetischen Volkes - beitragen wird.



Dave Brubeck:

## Jazz-Brücken

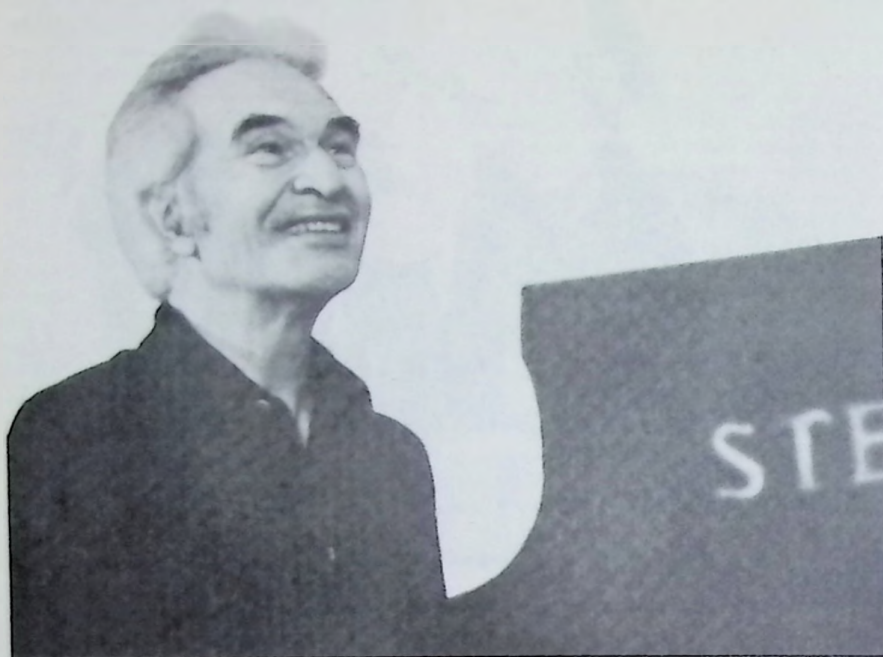


Foto: A. Kostin

Der letzte Ton war kaum verhallt, da brach ein Beifallssturm los. So war es an allen fünf Abenden im Moskauer Konzertsaal "Rossija", als dort das Quartett des amerikanischen Pianisten und Komponisten Dave Brubeck, eines Gesetzgebers des modernen Jazz, auftrat.

Seine Musik kannten wir von Schallplatten. Viele seiner Stücke sind jedem Musiker und jedem Verehrer des Jazz vertraut. Für uns wie für viele Brubeck-Fans in den USA und in der ganzen Welt ist sein ausdrucksvoller Stil so anziehend. Er zeichnet sich durch originelle Rhythmen aus, und jeder, dem der Jazz gleichbedeutend mit Entspannung und Unterhaltung ist, fühlt sich als Mitschöpfer dieser Musik einbezogen.

"Der Jazz hat seine eigene Ausdrucksweise", sagt Brubeck. "Typisch dafür sind Improvisationen, mit denen jeder Musiker seine eigene Art zu musizieren am besten zur Geltung bringen kann. Was man einmal gehört hat, wird sich nie genauso wiederholen. Das Thema ist erkennbar, man kann es

mitsummen, aber das emotionale Timbre hängt von vielem ab: von Tageserlebnissen, von der Akustik des Saals und der Stimmung des Musikers. Aber das fünfte und wichtigste Mitglied des Quartetts ist das Publikum."

"Wie hat das Moskauer Publikum reagiert? Anders als die Jazzverehrer bei Ihnen zu Hause?"

"Großartig!" ruft der Klarinettist Bill Smith, ein alter Freund Brubecks, der schon seit 1947 mit ihm konzertiert. "Die Zuhörer sind ganz Ohr, sie haben ein feines Empfinden für die Nuancen jeder Improvisation. Uns ist es sehr wichtig, zu spüren, daß wir verstanden werden."

"Ich staune, wie gut man meine Musik hier kennt", sagt Brubeck. "Das Publikum hat meistens blitzschnell reagiert. Wenn ich improvisiere, füge ich immer sogenannte Zitate aus einer bestimmten Periode der Jazzmusik ein, verflochte bekannte und weniger bekannte Themen aus früheren Jahren, und danach, wie das Publikum reagiert, kann ich beurteilen, ob es mich verstanden hat. Als Interpret

bemühe ich mich, verschiedene, zuweilen kontrastierende Details zu verbinden, ihre Schwächen zu überspielen."

"Haben Sie sowjetische Jazzmusiker gehört?"

"Unlängst hat das Jazztrio Ganelins mit viel Erfolg in den USA gastiert", sagt Brubeck. "Interessante Musiker. Andere kennen wir leider noch nicht. Vielleicht sollten wir einander öfter besuchen. Im Moskauer Komponistenhaus habe ich bei der 'Jamsession', der Abschlußimprovisation — zusammen mit vorzüglichen Musikern gespielt. Ich möchte wenigstens den Saxophonisten Igor Butman und den Gitarristen Alexej Kusnezow nennen. Ich glaube, es wäre schon Zeit, das Publikum beider Länder mit möglichst vielen Interpreten bekannt zu machen."

"Ihr Eindruck von den Sowjetbürgern?"

"Alle, mit denen ich dieser Tage sprach, äußerten sich engagiert über die Wandlungen", sagt Brubeck jun. „Viele sind der Ansicht, daß es aufgrund der neuen außen- und innenpolitischen Ideen Gorbatschows möglich ist, die Sachlage und die Beziehungen in Ihrer Gesellschaft von Mensch zu Mensch wesentlich zu verändern und die einfachen Menschen zu aktivieren. Allem Anschein nach hat sich die Situation auch für die Künstler verändert. Allerdings klang in Gesprächen manchmal der Gedanke an, daß ein Musiker in den USA mehr erreichen könne. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen: Wenn einer aus irgendeinem Grunde unbemerkt bleibt und keinen Erfolg hat, dann leidet er Not. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie schwer es Künstlern haben, die keine großen Engagements bekommen."

"Glauben Sie, daß sich die Beziehungen zwischen unseren Ländern durch Ihr Gastspiel besser werden?"

"Ja, soweit es sich um die Beziehungen zwischen Menschen handelt", sagt Brubeck sen. „Unsere Politiker und Massenmedien müßten sich darum wohl mehr als bisher bemühen. Ein Beispiel: Gleich am ersten Abend fragte mich ein amerikanischer TV-Korrespondent (unser Gastspiel ist von drei amerikanischen TV-Gesellschaften aufgenommen worden): 'Wie fühlen Sie sich bei Ihrem Auftreten vor dem Feind?' Ich war ganz betreten und antwortete: 'Wir waren einmal Verbündete, und nichts hindert uns daran, wieder zusammenzuarbeiten. Im zweiten Weltkrieg diente ich in der US Army und kam in München und Nürnberg mit sowjetischen Militärs zusammen.'"

Ich mußte an die Worte von Brubeck denken, die im Konzertprogramm abgedruckt sind: "Der Besuch und das Gastspiel in der UdSSR erfüllt mir einen langgehegten Traum. Ihre Musik hat mich schon oft eine geistige Verwandtschaft mit dem russischen Volk empfinden lassen."

Wladimir BOTNIKOW

**Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.**

**Telefon: 229-88-72, 209-07-67**

Verlag der Zeitung "Trud" • Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache • Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"





immer wieder schauten Menschen herein.

Das ist die erste Ausstellung der Malerin nach 20 Jahren Arbeit.

Der Menschenstrom schiebt sich langsam an der Wand vorbei. Immer wieder stockt die Bewegung vor einem Gemälde. Darauf ist die Familie des sowjetischen Schriftstellers Wassili Schukschin abgebildet. Jelena Romanowa hatte schon lange den Wunsch, ihn zu porträtieren, aber als er schließlich einwilligte, ihr zu sitzen, schaffte sie nur eine einzige Zeichnung nach der Natur. Einem Schriftsteller und Regisseur so gar nicht ähnlich, sitzt im weichen Wiesen gras ein resignierter Wassili Schukschin, barfuß, eine Tochter neben sich. Das sich schon lichtende graue Haar nach hinten gekämmt, das Gesicht eines Menschen, der so



manches erlebt hat, zerschneidet, große Bauernhände. Neben ihm seine Frau und die zweite Tochter. Hinter ihnen sieht man Birken, das blau schimmernde Wasser eines schmalen Flusses, einen einsamen alten Glockenturm. Eine typisch russische Landschaft.

Im Gästebuch lesen wir: „Jelena Romanowas Werke atmen den Duft der Heimerde.“

A. MAKOWSKI



Im winzigen Arbeitszimmer des Leiters saß eine schlanke, festlich angezogene Frau und antwortete müde auf endlose Telefonanrufe.

„Ausstellung der Romanowa? Ja, kommen Sie... Kusnezki Most... Ja, morgen haben wir auch auf...“

Sie legte auf und seufzte kurz. Ich steckte den Kopf unentschlossen in die halboffene Tür:

„Verzeihen Sie, man sagte mir, daß die Romanowa in der Ausstellung ist. Könnten Sie mir bitte sagen, wie sie aussieht?“

Die Frau lächelte:

„Die bin ich.“

Zu einem richtigen Gespräch kam es nicht, denn

Duft der  
Heimerde



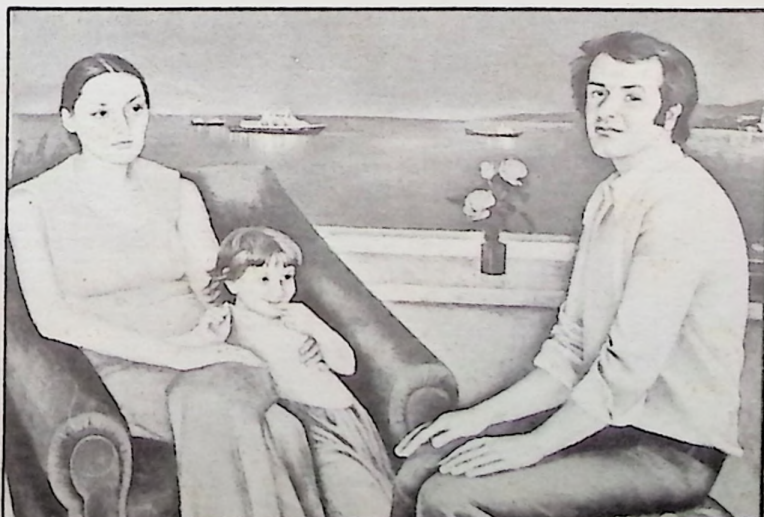
① Selbstbildnis mit Pelzmütze

② Fenster zum Feld hinaus

③ Menschen, rettet den Frieden!

④ Stiller Abend in Varna

Fotos: W. Panow







INTERNATIONALER  
WETTBEWERB

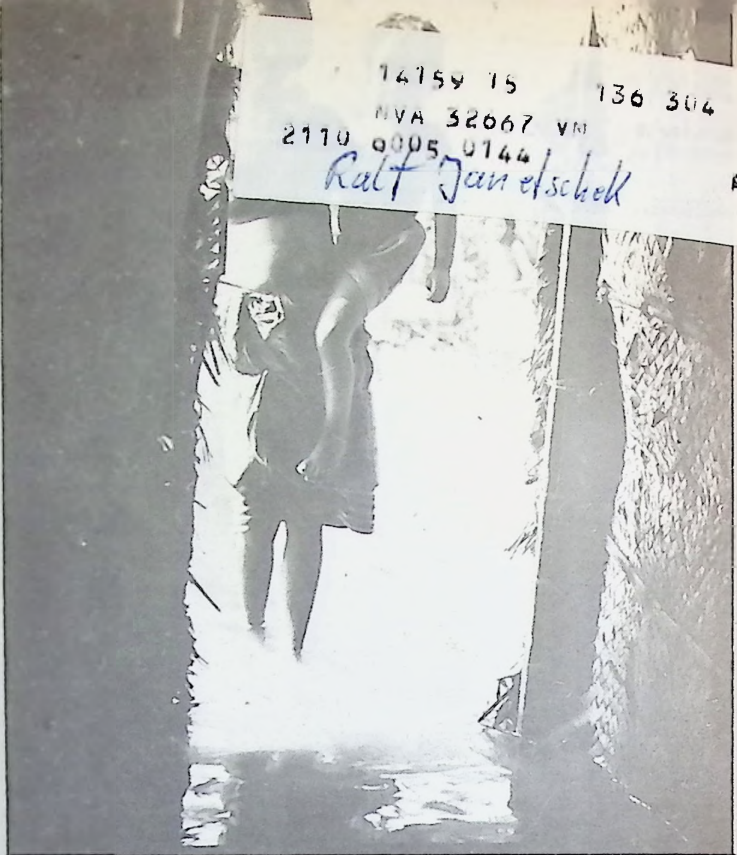
**„MENSCH,  
MENSCHHEIT,  
MENSCHLICHKEIT“**

**Mathew Thomas (Indien)**

Nach der Überschwemmung

**B. Kesar Singh (Indien)**

Bauer



Индекс 70624 на немецком языке